

# Erleben | Erinnern | Einmischen

40 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Herausgeberin: Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Mit Beiträgen von:

Helena Becker

Martha Betat

Andreas Bräutigam

Gertrud Fischer-Sabrow

Martin Forberg

Jannis Herberhold

Jürgen Karwelat

Peter Lassau

Annette Maurer-Kartal

Sonja Miltenberger

Nahuel Mulone Estevez

Cord Pagenstecher

Gisela Wenzel

Jenny Wüstenberg

Irmgard Zündorf



## **Dokumentation**

zur Veranstaltungsreihe 2022/23 der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

## **Erleben | Erinnern | Einmischen**

### **40 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt e. V.**

Eigenverlag der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.  
Goltzstraße 49, 10781 Berlin

September 2023

Druck: Rotabene Medienhaus, Schneider Druck GmbH, Rothenburg ob der Tauber

Satz, Layout und Umschlaggestaltung: Grafik Büro Kathrin Ehmer  
© für die Texte bei den Autor\*innen  
© für die Abbildungen bei den Urheber\*innen oder Leihgeber\*innen

ISBN: 978-3-925702-28-0

Gefördert aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin

# Inhalt

<b>Vorwort</b> von Jürgen Karwelat	5
<b>40 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt – mal ganz persönlich</b>	
Bilanz: Jürgen Karwelat	7
<b>„Dampferfahren“ und Geschichte</b>	
Veranstaltungsbericht: Peter Lassau	15
Dokumentation: Jürgen Karwelat	18
<b>Grabe, wo du stehst: 40 Jahre Erinnerungsarbeit der BGW</b>	
Veranstaltungsbericht: Peter Lassau	25
Vortrag: Prof. Jenny Wüstenberg	29
Vortrag: Dr. Andreas Bräutigam	38
<b>Die Rote Insel – Geschichte eines ehemaligen Schöneberger Arbeiterviertels</b>	
Veranstaltungsbericht: Jürgen Karwelat	45
Vortrag: Gisela Wenzel	49
Vortrag: Martin Forberg	58
Vortrag: Annette Maurer-Kartal	70
<b>Straßennamen: Warum denn kein „Benno-Ohnesorg-Platz“?</b>	
Veranstaltungsbericht: Sonja Miltenberger	75
Vortrag: Jürgen Karwelat	77
<b>Wer erzählt? – Dokumente als Ersatz für Zeitzeugen</b>	
Veranstaltungsbericht: Peter Lassau	97
Zusammenfassung der Vorträge: Dr. Cord Pagenstecher / Dr. Irmgard Zündorf	100
Zusammenfassung der Diskussion: Gertrud Fischer-Sabrow	104
<b>Podiumsgespräch: Geschichtswerkstatt – quo vadis?</b>	
Veranstaltungsbericht: Jürgen Karwelat	111
Einführung: Peter Lassau	114
Anmerkungen: Helena Becker	115
Vortrag: Martha Betat	117
Vortrag: Jannis Herberhold	122
Vortrag: Nahuel Mulone Estevez	126
<b>Chronologie</b> von Sonja Miltenberger	131
<b>Nachwort</b> von Peter Lassau	141



# Vorwort

Jürgen Karwelat

Menschen ab einem gewissen Alter neigen dazu, auf ihr Leben zurückzublicken und Überlegungen darüber anzustellen, was sie richtig oder falsch gemacht haben. Wenn sie mit gewisser Wahrscheinlichkeit noch einige Jahre vor sich haben, ziehen sie eine Zwischenbilanz und möglicherweise auch Konsequenzen für ihr weiteres Leben. Unser „Geburtsjahr“ war 1981.

Das Bedürfnis nach einer Zwischenbilanz stellte sich bei den Vorstandsmitgliedern der Berliner Geschichtswerkstatt spätestens ein, als der Verein immer öfter Gegenstand von Untersuchungen wurde. Studentinnen und Studenten, Hochschulprofessorinnen und Journalisten fragten nach Entstehung, Entwicklung und Zukunftsperspektiven unseres Vereins. Wir führten Gespräche, gaben Hinweise auf Dokumente und Fotos oder verfassten selbst kleinere und größere Berichte. Es entstanden Aufsätze, Studienabschlussarbeiten und wissenschaftliche Abhandlungen. Wir waren nach und nach selbst Objekt der Geschichtsbeachtung geworden. Nachdem wir schon einmal vor zehn Jahren eine Reihe „30 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt – Graben, Stolpern, Erinnern“ durchgeführt hatten, reifte jetzt die Idee, die Sache zum 40. Geburtstag etwas grundsätzlicher anzugehen. Dann kam die Corona-Pandemie dazwischen, sodass wir das Projekt von 2021 auf 2022 verschieben und einen Teil der Veranstaltungen sogar in das Jahr 2023 verlegen mussten.

Die Berliner Geschichtswerkstatt war eine der ersten, wenn nicht sogar die erste ihrer Art in Deutschland. Anspruch der Laien und Historiker war, nach dem Motto „Grabe, wo du stehst“, die Alltagsgeschichte zum Gegenstand der Geschichtsvermittlung zu machen. Die neue Methode war, die Menschen selbst reden zu lassen (Oral History) und die Geschichte als die Geschichte ihres unmittelbaren Lebensumfelds darzustellen. In den Diskussionsveranstaltungen wollten wir nun nach 40 Jahren der Frage nachgehen, was zur Gründungszeit des Vereins das Neue der Geschichtsdarstellung war, und inwieweit diese Arbeit

heute noch ihre Berechtigung hat. Eine weitere Frage war, wie man nachfolgende Generationen für die Geschichte begeistern kann. Und wie kann man sie lebendig vermitteln, wenn die Zeitzeugen nicht mehr unter uns sind? Wissensvermittlung ist das Eine, neue Medien kommen hinzu – aber reicht das? Diese Fragen stellten wir uns bei den sechs Veranstaltungen.

Mit dieser Dokumentation wollen wir die vielfältigen Ergebnisse der Reihe festhalten und um weitere Texte, Dokumente und Fotos ergänzen. Wir wollen damit ein, wenn auch unvollständiges, Fazit von 40 Jahren ziehen und auch den Versuch machen, in die Zukunft der ehrenamtlichen Geschichtsarbeit zu blicken, für die unser Verein ein Beispiel ist. Die Bedingungen und die Arbeit haben sich geändert. Die Methoden der Geschichtswerkstatt, die Menschen selbst sprechen zu lassen und die Alltagsgeschichte darzustellen, sind mittlerweile Standard der „etablierten“ Geschichtsinstitutionen. Für die Berliner Geschichtswerkstatt gilt aber weiterhin das Motto „Erleben, Erinnern, Einmischen“. Möge die Dokumentation der Veranstaltungsreihe dazu einen Beitrag leisten.

Editorische Notiz:

Alle gegenderten Schreibweisen wurden so beibehalten, wie sie in den Originaltexten vorlagen.



# 40 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt – mal ganz persönlich

Jürgen Karwelat

Hätte unser Verein eine goldene Ehrennadel für langjährige Mitgliedschaft, wäre ich ein Anwärter dafür. Denn ich war zwar nicht bei Gründung des Vereins im Jahr 1981 dabei, bin aber immerhin jetzt schon fast 40 Jahre Mitglied. Mein Eintrittsdatum lautet 16. Juli 1984.

Glücklicherweise hat unser Verein mit Ehrenzeichen, Orden et cetera recht wenig „am Hut“. Es reicht nicht einmal dafür, langjährigen Mitgliedern nach Ablauf bestimmter Zeiträume für ihre treue Mitgliedschaft zu danken. Die Berliner Geschichtswerkstatt ist ein Kind der antiautoritären Bewegung der 1960er, die die Gesellschaft nicht nur in Westdeutschland und West-Berlin aufmischte. Dieses Antiautoritäre ist bis zum heutigen Tage an der Satzung des Vereins erkennbar. Genauso wenig, wie am 10. November 1918 die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte einen neuen Kanzler oder Präsidenten wählten, sondern einen „Vollzugsrat“ und einen „Rat der Volksbeauftragten“, so gibt es in der Geschichtswerkstatt nicht etwa einen Vorstand, sondern einen „Geschäftsführenden Ausschuss“. Und es gibt auch keinen Vorsitz, sondern alle Mitglieder sind gleichberechtigt. Um den offenen Charakter dieses Gremiums auch nach außen zu dokumentieren, hieß die Gruppe, die sich jeden zweiten Montag traf, anfangs „Montagsgruppe“. Sie bestand aus dem „Geschäftsführenden Ausschuss“ und allen aktiven Vereinsmitgliedern, die an den Montagen anwesend waren und mitgestalten wollten.

Als ich 1980 von Dortmund nach Berlin umzog, fiel mir als geschichtsinteressierter Aktivist auf, dass sich am Landwehrkanal deutsche Geschichte ballte. Ich stellte fest, dass die Kommentierung auf den Ausflugsschiffen mehr als dürftig war. Warum also nicht ein Schiff mieten und aus den üblicherweise feuchtföhlichen Berliner Dampferfahrten Fahrten durch die Berliner und die deutsche Geschichte machen? So kam ich auf der Suche nach Verbündeten zur Berliner Geschichtswerkstatt und stürzte mich, und damit auch den Verein, im Frühjahr 1984 in das nasse Aben-



© Berliner Geschichtswerkstatt

## HISTORISCHE RUNDFAHRTEN MIT DEM SCHIFF *Termine Sommer 1984*

*11. Juni (Pfingstmontag) um 11 und um 15 Uhr*  
3 Stunden (Landwehrkanal–Spree)  
Abfahrt: Kottbusser Brücke (Maybachufer Ecke  
Kottbusser Damm) – Preis: DM 10.–

*16. und 30. Juni / 14. und 28. Juli*  
*jeweils um 17.30 Uhr*  
4 Stunden (Spree–Landwehrkanal–Westhafen)  
Abfahrt: Hansabrücke (Levetzowstr., Tiergarten)  
Preis: DM 12.–

*13. August / 9. September / 7. Oktober*  
*um 11 und um 15 Uhr*  
3 Stunden (Landwehrkanal und Spree)  
Abfahrt: Kottbusser Brücke (Maybachufer Ecke  
Kottbusser Damm) – Preis: DM 10.–

*26. August und 23. September, um 11 Uhr*  
6 1/2 Stunden (Landwehrkanal–Westhafen–  
Tegeler See–Havel–Spree)  
Abfahrt: Kottbusser Brücke (Maybachufer Ecke  
Kottbusser Damm) – Preis: DM 15.–

Kinder bis 14 Jahre fahren zum halben Preis.

Kartenvorverkauf *nur* im Laden der  
BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT e. V.  
Goltzstraße 49, 1000 Berlin 30,  
*nur* Mittwoch und Freitag 15–18 Uhr.  
*Keine Vorbestellungen!*

Flyer mit dem Programm zu den „Historischen Rundfahrten mit dem Schiff“, 1984

**Der Polizeipräsident in Berlin**  
**Referat Ordnungsbehördlicher Staatsschutz**

**BERLIN**

**Anmeldebestätigung**

Der Polizeipräsident in Berlin, Platz der Luftbrücke 6, 1000 Berlin 42		
GeschZ (bei Antwort angeben) Dir VB P 1 207700	Fernruf Durchwahl 699-3405/3406/3407	Datum 18.04.1985

Ich bestätige, daß aufgrund des § 14 des Versammlungsgesetzes die/die nachstehend bezeichnete

- Versammlung unter freiem Himmel
- Aufzug

angemeldet wurde.

**Angaben**

Anmelder: Berliner Geschichtswerkstatt e.V.	
Leiter (Name/Anschrift): Herr Jürgen KARWELAT, Joachim-Friedrich-Str. 53, 1000 Berlin 31	
Tag der Versammlung / des Aufzuges: 05. Mai 1985	Voraussichtliche Dauer: von 11.00 bis 12.00 Uhr
Versammlungsort: Gelände neben dem Martin-Gropius-Bau / Kreuzberg *	
Versammlungsgegenstand: "Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft"	

**Ordner**

- Die Verwendung von ..... Ordnern wird genehmigt. Die Ordner müssen gemäß § 9 des Versammlungsgesetzes volljährig sein und weiße Armbinden mit der Bezeichnung „Ordner“ tragen.

**Wegstrecke**

Für den Aufzug gilt folgende Wegstrecke:
<input type="checkbox"/> wie angemeldet
<input type="checkbox"/> wie vereinbart

Als Anlage füge ich ein Merkblatt mit Hinweisen bei. Ich bitte, diese zu beachten. \* Bezüglich des genauen Standortes bitte ich, sich vor Ort mit der POLIZEI in Verbindung zu setzen.  
 Im übrigen ist im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung jede Handlung zu unterlassen, die geeignet ist, Zwischenfälle an der Demarkationslinie hervorzurufen.

Im Auftrag  


Utecht  
 Zutreffendes ist angekreuzt

6991 - Abschrift 53



© Berliner Geschichtswerkstatt

Ausstellungseröffnung im Schöneberger Lindenhof, 1985

teuer der Historischen Stadtrundfahrten mit dem Schiff. Die Idee wurde so gut angenommen, dass wir schon nach der ersten Fahrt am 28. April 1984 eine stabile Gruppe von Leuten bilden konnten, die ebenso wie ich Spaß an der Vermittlung der Geschichte auf eine damals unbekannte Art und Weise hatten.

Auch finanziell schwammen wir im Vergleich zu späteren Jahren im Geld. Das war auch für den Verein von Vorteil, der trotz zahlreicher Aktivitäten angeblich immer mal wieder kurz vor der Pleite segelte. So musste in einem Jahr sogar eine Haushaltssperre verhängt und alle Ausgaben über 50 DM vom Vorstand genehmigt werden.

Für mich bildeten die nächsten zehn Jahre die intensivste Zeit im Verein, die neben den Schiffsfahrten durch zahlreiche, nicht immer ganz legale Ereignisse geprägt war:

Da war zum Beispiel die legendäre symbolische Aktion „Nachgegraben“ am Sonntag, den 5. Mai 1985 auf

dem Gelände, wo bis 1945 das Gebäude des Reichssicherheitshauptamts stand. Mit der Grabung wollten wir Druck machen, damit dieses Gelände endlich als Erinnerungsort hergerichtet wird. Wir führten diese Aktion gemeinsam mit dem Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin durch. Als Jurist und Verwaltungsmensch hatte ich es übernommen, die Veranstaltung bei der Polizei anzumelden.

Dass wir dort mit Spaten antreten wollten, verrietten wir nicht. Von der Polizei wurde uns schriftlich auferlegt, nahe der Mauer zu Ost-Berlin keine provokativen Handlungen vorzunehmen. Während ich auf einem kleinen Hügel auf dem Gelände stand, mit einem Megafon in der Hand, und Gesetzestexte über die Judenverfolgung vorlas, gruben etwa 25 Leute im Gelände, natürlich ohne irgendetwas zu finden. Unsere Aktion machte so viel Druck, dass wenige Monate später von offizieller Stelle gegraben wurde. Das Erstaunliche geschah: Es wurden tatsächlich Reste des Gebäudes, nämlich gekachelte Kellerräume, gefunden, in denen anschließend einige Jahre lang eine

kleine, aber feine und beeindruckende Ausstellung über das Gelände gezeigt wurde.

1987 standen Ost- und West-Berlin im Zeichen der 750-Jahr-Feier der Stadt. Die Berliner Geschichtswerkstatt hatte sich nach kontroversen Diskussionen dazu entschlossen, „Staatsknete“ anzunehmen und drei große Projekte durchzuführen: Ausstellungen und Bücher zur „Roten Insel“ in Schöneberg, zur Genossenschaftssiedlung „Lindenhof“ in Schöneberg und zum Wedding unter dem Namen „Hart an der Grenze“.

Ich kann mich erinnern, dass seitens des Vereins ein erheblicher Organisationsaufwand zu leisten war. In den Gruppen arbeiteten bis zu 30 Leute, die sich zum Teil über die Konzepte in die Haare gerieten und sich in die Untergruppen „Ausstellung“ und „Buchprojekt“ aufsplitteten. Die Ergebnisse waren jedenfalls überwältigend. Alle Ausstellungen und Bücher ernteten in der Öffentlichkeit großes Lob. Die Berliner Geschichtswerkstatt war als ernsthafter „Mitspieler“ in der (West)-Berliner Kulturszene anerkannt. Zeitgleich 1987 stellte die Dampfergruppe ihr Buch „Landgang in Berlin – Stadtgeschichte an Landwehrkanal und Spree“ vor.

Es folgte 1988 die Produktion des Buchs „Sackgassen – Keine Wendemöglichkeit für Berliner Straßennamen“, an der mit mir ein Großteil der Dampfergruppe beteiligt war. Mehr Namen von Frauen auf Straßenschildern war eine der Forderungen des Buches. Zeitgleich tourte eines der interessantesten Projekte der Berliner Geschichtswerkstatt durch die Stadt: das Mobile Museum, ein umgebauter, rot angestrichener BVG-Bus, den wir für wenig Geld mit Unterstützung der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz kaufen konnten. Wir benutzten den Bus für Ausstellungen, um zum Beispiel über AIDS und dessen Geschichte zu informieren. Der Mobile Museum stand auch an der Brücke, die wir nach Rosa Luxemburg benennen wollten, ebenso in der Manfred-von-Richthofen-Straße, um auf die problematische Namensgebung aufmerksam zu machen, und mit der Ausstellung „Russenbilder“ an der Tauentzienstraße neben dem KaDeWe. Das Problem war, dass der Bus, der keinen Motor mehr hatte, von Ort zu Ort geschleppt werden musste und jedesmal auch eine Ausnahmegenehmigung zum Abstellen in einer

Straße brauchte. Ich kümmerte mich bisweilen um die Standgenehmigungen und hatte das Gefühl, mit diesem Bus „auf der Flucht“ zu sein.

1989 war das nächste Großprojekt dran, das dem Vorstand, dem ich damals angehörte, einige schlaflose Nächte bereitete. Es war viel Geld geflossen: Einschließlich der gewährten ABM-Stellen kann es sicherlich eine Million Mark für die Ausstellung und das Buch „Augusterlebnis 1914“ gewesen sein. Die Vorbereitungsgruppe kam nicht voran. Der Eröffnungstermin rückte ohne vorzeigbare Ergebnisse immer näher. Es wurde die „Notbremse“ diskutiert, nämlich Abbruch des Projekts oder Rauswurf des selbst ernannten Leiters der Gruppe, dann aber doch nicht umgesetzt. Zur Ausstellungseröffnung im Künstlerhaus Bethanien blieben zahlreiche weiße Wände, vieles war noch nicht fertig. Das fiel aber gar nicht negativ auf. Die Zeitungen lobten die Ausstellung in höchsten Tönen, während wir intern der Ansicht waren, dass sie eher misslungen war. Ich muss täglich daran denken, denn eines der dort ausgestellten Großbilder (drei mal drei Meter), eine Zitatmalerei von Erich Heckels „Der gläserne Tag“ von 1913, hängt seit Ende der Ausstellung in meinem Arbeitszimmer. Das hat mich mit dem damaligen Chaos etwas versöhnt.

Nahezu zeitgleich hatten wir Kontakte nach Ost-Berlin aufgenommen, konnten im Mai 1989 im Museum „Berliner Arbeiterleben um 1900“ in der Ost-Berliner Husemannstraße Teile der Ausstellung „Rote Insel“ zeigen und dort auch eine Veranstaltungsreihe über die Arbeit der Geschichtswerkstatt durchführen. Dieses frühlinghafte Ost-West-Berliner Annähern war nur das blasse Vorspiel dessen, was sich nach dem Mauerdurchbruch am 9. November ereignete. Am Montag, den 13. November 1989 versammelten wir uns wie üblich in der Montagsgruppe. Ich war noch geschafft und überwältigt von den weltbewegenden Ereignissen der vergangenen Tage, die Berlin in das freudigste Chaos verwandelt hatten, das ich je gesehen habe. Schneller als gedacht war unser Aufruf „Gründung der Initiative: Die Mauer muss bleiben“ Realität geworden. Am 30. Oktober hatten wir den im Vorstand nicht ganz unumstrittenen Aufruf verabschiedet. Es war eine Solidaritätsbekundung mit der DDR-Bürgerbewegung und gleichzeitig die Warnung, „werden die Grenzen eines Tages geöffnet“, die Mauer

als ein Denkmal für eine verfehlte Politik weitgehend stehen zu lassen. Diesen sehr schnell einsetzenden Kampf um Abriss oder Erhalt der Mauer haben wir leider verloren.

Die Öffnung der Mauer bedeutete für uns ganz praktisch, dass die Dampferfahrten nun auch durch Ost-Berlin verlaufen konnten, eine umgesetzte Utopie, um deren Verwirklichung wir schon drei Jahre zuvor unverschämter Weise das Ost-Berliner Wasserstraßenhauptamt vergeblich gebeten hatten. Es folgte bald die Ost-West-Foto-Ausstellung „Von Krenz zu Kohl“ mit Fotos vom Wochenende des Mauerdurchbruchs, konterkariert mit den Wahlkampfplakaten zur Volkskammerwahl am 18. März 1990. Der Verein unterhielt auch zeitweise eine Filiale in Friedrichshain, da wir eine Reihe von Ost-Berliner Arbeitslosen beschäftigen konnten, die aber wegen der Trennung der Tarifgebiete ihren Arbeitsplatz im Osten der Stadt haben mussten. Was uns nicht gelang, war die Fusion mit Ost-Berliner Geschichtsaktivisten, die aus uns einen Verein mit Gesamtberliner Identität gemacht hätte. Es gründete sich stattdessen eine „Ostberliner Geschichtswerkstatt“, mit der wir mehr oder weniger freundschaftlich verbunden waren.

Für mich folgten nach diesen turbulenten ersten zehn Jahren im Verein etwas ruhigere, wohl auch wegen meiner sehr zeitintensiven Mitgliedschaft in der Bezirksverordnetenversammlung Wilmersdorf. Dort trug ich aber auch einige Kämpfe um das Erinnern an die Nazi-Diktatur aus, insbesondere wenn es um belastete Straßennamen und die Ehrung von Widerstandskämpferinnen mit Gedenktafeln ging. In dieser Zeit liefen zudem die Schiffsfahrten immer weiter. Wir experimentierten mit zahlreichen neuen Anlegestellen auch in Ost-Berlin. 1994 begann die Arbeit der Vereinsgruppe „NS-Zwangsarbeit in Berlin“, deren Eifer, Professionalität und letztlich auch Erfolg ich sehr bewunderte.

Ich selbst konzentrierte mich neben den Dampferfahrten, für die wir weitere Broschüren und Bücher produzierten, darauf, an demokratische und revolutionäre Ereignisse zu erinnern. So machte die Geschichtswerkstatt 1998 mit wenigen anderen Gruppen die Revolution von 1848 zum Thema. Zusammen mit der Aktion 18. März stürmten wir sogar das Zeughaus, um dagegen zu protestieren, dass an diesem



*Spurensuche mit Kazimica Kosanowska (rechts) aus Polen im Rahmen eines Besuchsprogramm in Berlin-Britz, November 2000*

© Berliner Geschichtswerkstatt

authentischen Ort das Deutsche Historische Museum keine Ausstellung zeigte. 25 Jahre später, im Jahr 2023, waren es gleich drei Veranstaltungen der BGW.

Eine wichtige Periode der deutschen Geschichte liegt mir weiterhin am Herzen: die Zeit der Studentenrevolte 1967/68. Zahlreiche Veranstaltungen am Kurfürstendamm, Ort des Attentats auf Rudi Dutschke, führten wir im Laufe der Jahre auch mit prominenten PolitikerInnen durch. 2017 versammelten wir uns an der Deutschen Oper in der Bismarckstraße, um an die Studentenrevolte und den Tod von Benno Ohnesorg vor genau 50 Jahren zu erinnern. Seitdem fordern wir die Umbenennung des nahe gelegenen Shakespeareplatzes in Benno-Ohnesorg-Platz. Wir werden das schaffen; fragt sich nur, zu welchem Zeitpunkt. Für den Rosa-Luxemburg-Steg, den wir schon seit 1986 gefordert hatten, brauchten wir 26 Jahre, bis zum September 2012.

Ein durchgängiges Thema – mal weniger, mal mehr – ist die Benennung von Straßen. Schon seit 1988 sind wir im „Straßennamenkampf“. Den Stadtplan 1946,



Jürgen Karwelat auf dem Weg zur alljährlichen symbolischen Brückenbenennung am Landwehrkanal, 10. Januar 2010

mit schon gedruckten vorgesehenen Umbenennungen, zu denen es dann aber doch nicht kam, hatte ich im Frühjahr 1988 auf dem Flohmarkt am Landwehrkanal gefunden. Bis zum heutigen Tage ist der Nachdruck des Plans einer der Verkaufshits des Vereins. Das Thema wird uns, wie die aktuellen Diskussionen um Straßennamen mit kolonialem Bezug, noch länger erhalten bleiben, wobei mir Umbenennung nicht immer die richtige Lösung scheint.

Was kann ich nach fast 40 Jahren Mitgliedschaft im Verein für ein persönliches Fazit ziehen? Es hat mich unheimlich viel Zeit gekostet. Das bedauere ich aber überhaupt nicht. Es macht Spaß, mit Gleichgesinnten Ideen zu entwickeln und sie umzusetzen. Wir haben etwas erreicht. Zwei wichtige staatlich finanzierte Erinnerungs- und Dokumentationszentren gehen auf wesentliche Arbeiten der Geschichtswerkstatt zurück: Die Topographie des Terrors und das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin. Wir haben Anstöße gegeben für Gedenktafeln, Stolpersteine und vieles andere. Wir haben mittlerweile Dutzende von Büchern vorgestellt. Unsere Veranstaltungen gehen in die Hunderte. Wir sind in die Jahre gekommen.

Unsere Arbeit ist aber nicht überflüssig, wie man an vielen Beispielen sehen kann. Unser Verein ist immer noch so groß, dass er finanziell allein stehen kann und nicht auf Gelder von dritter Seite angewiesen ist. Das gibt uns eine gewisse Selbständigkeit. Wir brauchen keine Schere im Kopf zu haben, wenn wir Pläne schmieden. Und es gibt immer wieder und immer noch etwas zu tun. Unentdecktes ans Licht holen, Vernachlässigtes beleuchten. Zeichen setzen und Beispiele aufzeigen für eine demokratische und gerechte Gesellschaft. Kleine Dinge und große Dinge. So werden wir den Bezirk Mitte noch dazu bringen, endlich 25 Jahre nach der Benennung Schilder auf dem Platz der Märzrevolution aufzustellen. Vielleicht wird es auch in absehbarer Zeit an der Deutschen Oper den Benno-Ohnesorg-Platz geben. Und dann gibt es noch die Idee, dort, wo in Berlin-Mitte neben dem Humboldt-Forum die „Einheitswippe“ aufgestellt werden soll, den Platz in „Neues Forum“ umzubenennen. Bisher heißt er Schlossplatz. Der Name der DDR-Oppositionsgruppe wäre an dieser Stelle sicherlich sehr viel passender. Mal sehen, ob es klappt. Die Geschichte geht immer weiter.





# „Dampferfahren“ und Geschichte

**ReferentInnen: Gertrud Fischer-Sabrow, Erika Hausmann, Jürgen Karwelat, Peter Lassau  
(alle Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)**

*Sonntag, 18. September 2022, Anlegestelle Caprivibrücke, 14:00 Uhr, Schiff: „Der Fliegende Holländer“*

Seit 1984 bietet die Berliner Geschichtswerkstatt von Frühjahr bis Herbst regelmäßig ihre "Historischen Stadtrundfahrten mit dem Schiff" an. In der Anfangszeit, noch vor dem Fall der Mauer, war dies im alten West-Berlin eine neue und ungewohnte Form der Geschichtsvermittlung, war doch bis zu diesem Zeitpunkt eine „Dampferfahrt“ mit Kaffee und Kuchen und allenfalls oberflächlichen inhaltlichen Kommentaren zur Fahrtstrecke verbunden. Die "Dampfergruppe" hat im Laufe der Jahre zahlreiche The-

menfahrten entwickelt (zum Beispiel „Litera-Tour“, „Rebellisches Berlin“, „Frauengeschichte(n)“, „Emigrantenschiff“, „Berlin in den 1920ern“, eine Musikfahrt, eine Krimi-Tour und weitere), mit denen die Stadt aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden kann. Während der Jubiläumsfahrt werden wir Beispiele für einzelne Themenfahrten vorstellen und auch die Aktivitäten der Berliner Geschichtswerkstatt auf dem Wasser darstellen.

## Veranstaltungsbericht

**Peter Lassau**

Witzig, spritzig, fulminant –

### 38 Jahre Historische Stadtrundfahrten mit dem Schiff

38 Jahre sind es inzwischen, in denen die Berliner Geschichtswerkstatt historische Dampferfahrten anbietet. Kein Wunder, dass diese Fahrt anlässlich des 40. Geburtstages des gemeinnützigen Vereins gut und gerne doppelt so lange hätte dauern können, ist es doch schier unmöglich, verschiedene Elemente unterschiedlicher Themenfahrten von Litera-Tour über Frauen an der Spree, rebellischem Berlin, Einwanderungsstadt Berlin bis Mauergeschichten in einer Fahrt unterzubringen. Überraschend war auch nicht, dass der „Fliegende Holländer“ trotz widrigen Wetters bis auf den letzten Platz besetzt war und dass sich auch etliche ehemalige Mitglieder der „Dampfergruppe“ an der Caprivibrücke eingefunden hatten.

All das sorgte für eine heitere Stimmung, und die Fahrt machte deutlich, worin das Geheimnis für den Erfolg dieses Dampferprojekts liegt: So gut wie alle Informationen, Erklärungen und Kommentare



*Die Moderator:innen Gertrud Fischer-Sabrow, Peter Lassau und Jürgen Karwelat (von links)*

zu den Sehenswürdigkeiten an den Ufern von Spree und Landwehrkanal, an denen das Schiff vorbeizieht, haben eines gemeinsam: Sie enthalten überraschende Pointen, beschreiben Ereignisse, die in Geschichtsbü-



*Zufriedenes und entspanntes Publikum*

chern nur selten erwähnt werden, lösen Emotionen aus, reizen zum Lachen, Staunen, aber auch zu Nachdenklichkeit oder Trauer.

Da ist zum Beispiel die Königin Luise, nach der die Luisenstadt benannt ist. Sie ist keineswegs eine blasierte adlige Herrscherin, sondern nicht nur ansehnlich, auch tatkräftig, couragiert mit eher bürgerlichen Tugenden. Ihr wird sogar nachgesagt, mit Napoleon den Frieden von Tilsit ausgehandelt zu haben.

Da sind die koreanischen Krankenschwestern des Urban-Krankenhauses, die sich in einem Reisebüro das Reissortiment ansehen wollen, weil sie Reise für den Plural von Reis halten. Sie können mit uns darüber lachen, weil sie die liberal-tolerante Tradition dieses Krankenhauses kennen und schätzen gelernt haben. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Zu einer solchen Jubiläumsfahrt gehören natürlich Anekdoten. Zwei seien erwähnt, aus denen gleichsam entnommen werden kann, wie die Berliner Geschichtswerkstatt seit nunmehr vier Jahrzehnten tickt:

Etwa fünf Jahre vor der „Wende“ nahm die Dampfergruppe Kontakt auf zu den zuständigen Schifffahrtsbehörden der DDR. Man wollte die Fahrten auf Ost-Berliner Gebiet ausdehnen. Wie damals üblich, lautete die Anrede des Briefes: „Sehr geehrte Damen und Herren“. Zurück kam ein Antwortschreiben mit der Anrede „Sehr geehrte Herren“. Reaktion der so Adressierten: „Sehr geehrte Damen“. Möglich, dass solche Ping-Pong-Spiele zusammen mit Udo Lindbergs „Oberindianer“ Honecker zur Erosion des real existierenden Sozialismus Marke DDR beigetragen haben.

Diese war nach dem Mauerfall schon deutlich weiter fortgeschritten. Bei der Überfahrt auf DDR-Gebiet im Frühjahr 1990 musste noch ein Grenzwächter auf dem Schiff die Pässe kontrollieren. Erschrockener Ausruf eines Passagiers: „Scheiße, ich hab meinen Pass vergessen!“ – Beruhigende Antwort des Grenzwächters: „Das macht nichts. Ich mache nur Stichproben.“

So konnten ehemalige Aktive der Dampfergruppe diese Fahrt mit ihren Erinnerungen bereichern, und



*Der obligatorische Büchertisch darf nicht fehlen*

für sie war beruhigend, dass diese Gruppe ihre besondere Färbung nicht verloren hat.

Und das ist dem Gruppenmitglied zu verdanken, das – neben einer verschrammten braunen Kasse – als einziges von Anfang an dabei war: Jürgen Karwelat. Er hatte seinerzeit diese Fahrten ins Leben gerufen und er kennt nicht nur alle Routen, alle Sehenswürdigkeiten, alle Reedereien auf der Strecke. Er konnte auch die Gruppe zusammenhalten, wenn es mal hoch herging, wie Protokolle aus früheren Zeiten verraten.

Alles in allem: Dies war ein vielversprechender und angenehmer Auftakt unserer Reihe „40 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt e. V. – Erleben, Erinnern, Einmischen“.

## Dokumentation

Jürgen Karwelat, Verwaltungsjurist, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

### 40 Jahre „Dampferfahren“

Am Anfang lief es so, wie viele unserer Projekte begannen und auch heute noch beginnen. Beim Vorstandstreffen der Berliner Geschichtswerkstatt taucht jemand auf, der eine Idee hat, und stellt sie vor. Und der Vorstand sagt dann „Die Idee klingt gut. Mach mal, das kann was werden. Unseren Namen kannst du für das Experiment haben“. Im Falle des „Dampferfahrens“ war ich es, der im Frühjahr 1984 zum Vorstand des Vereins kam und vorschlug, dass man ein normales Berliner Ausflugsschiff mietet und den Leuten dann bei Kaffee, Kuchen und vielleicht auch Bier die Berliner Geschichte vom Wasser aus, auf Spree und Landwehrkanal, erzählen sollte. Es war nicht etwa so, dass der Vorstand gleich vorgeschlagen hätte, eine Arbeitsgruppe zu bilden. Das Vertrauen in mich war grenzenlos, zumal ich versicherte, dass ich das Schiff auf mein Risiko mieten wolle, sodass der Verein bei einem Fehlschlag keine Kosten tragen müsste. Ich war aber von dem neuen Konzept der Geschichtsvermittlung überzeugt. Schon im Vorjahr hatte ich mit einem gemieteten Schiff der Reederei Riedel eine Testfahrt von Kreuzberg bis zum Westhafen in Moabit gemacht und Freunden und Freundinnen mein zusammengetragenes Wissen der Berliner Geschichte am Landwehrkanal vorgetragen.

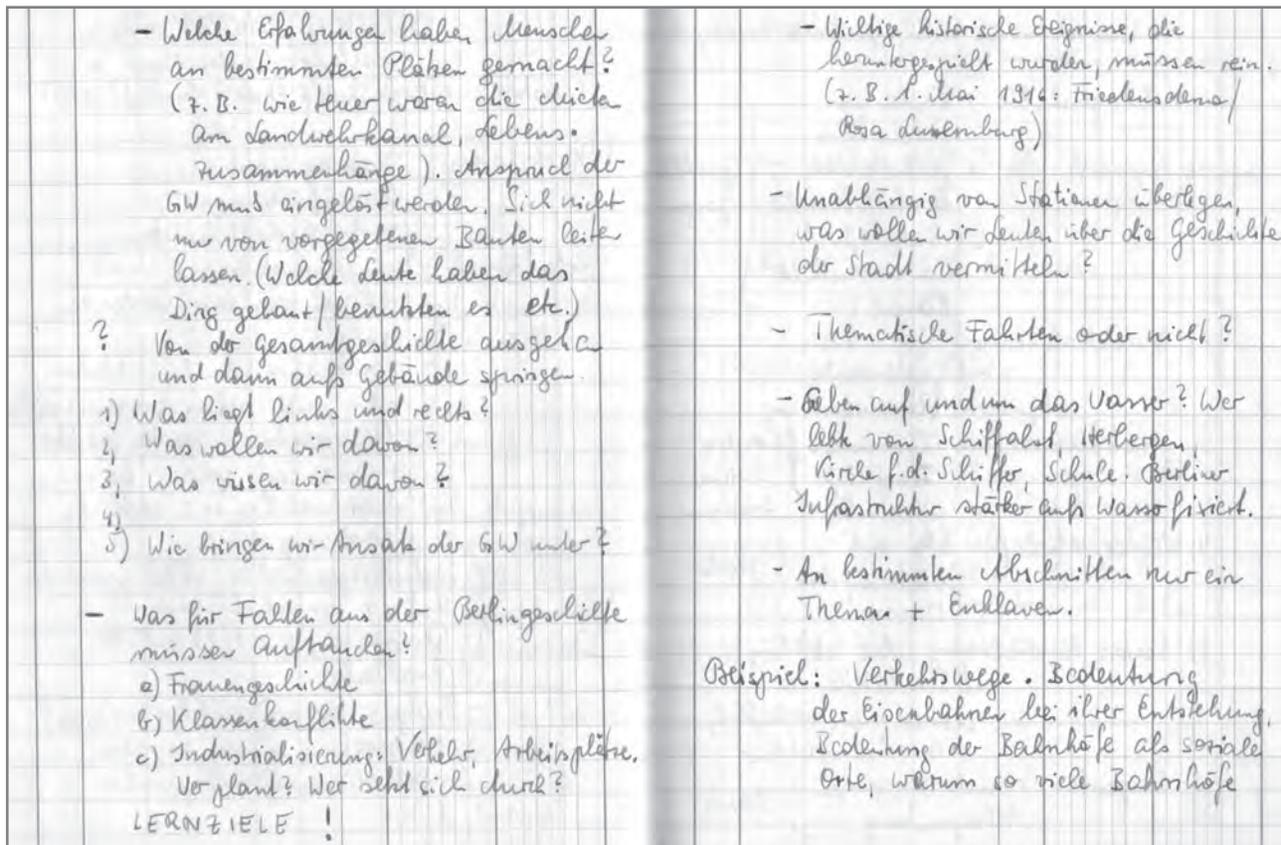
Die Einladung zur ersten „Historischen Stadtrundfahrt mit dem Schiff“ am 28. April 1984 war schnell gefertigt, unter Zuhilfenahme eines Kollegen in meinem Amt, der sehr schön Schiffe zeichnen konnte. Die Werbemaschine wurde angeworfen, Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen informiert. Bei strömendem Regen erschienen dann tatsächlich zur ersten Fahrt am Anleger Kottbusser Ufer in Kreuzberg etwa 80 Gäste. Und auch gleich die Berliner Abendschau, die am nächsten Tag wohlwollend berichtete und meinte, an diesem Konzept „könne man weiter stricken“ – und dabei eine Teilnehmerin zeigte, die, während es draußen in Strömen regnete, ein Kleidungsstück strickte. Einige Vereinsmitglieder waren auch



Ankündigung der ersten Schiffsfahrten, 1984

an Bord. Auf meinen Aufruf während der Fahrt, dass ich jetzt eine „Dampfergruppe“ bilden wolle, meldeten sich tatsächlich mindestens drei Personen, die mitmachen wollten. Dabei waren das Vereinsmitglied Cornelia Carstens sowie Gisela Hahn und Susanne Köstering, die kurze Zeit später beitraten. Auch der damalige Geschäftsführer der Geschichtswerkstatt, Thomas Lindenberger, machte mit.

In sehr kurzer Zeit stellten wir das erste kleine Faltblatt her. 20 Fahrten planten wir für die Saison 1984. Es begannen damit einige turbulente Jahre in der Geschichte der Dampfergruppe, die dadurch gekenn-



© Berliner Geschichtswerkstatt

Auszug aus dem Protokollbuch vom 17. Juni 1984

zeichnet waren, dass wir uns vor Nachfrage kaum retten konnten. Die Fahrten, die in Kreuzberg starteten, führten zum Ende des Landwehrkanals an der Oberschleuse am hinteren Teil von Kreuzberg. Dort mussten wir wenden, da hier wegen der Mauer „die Welt zu Ende“ war. Dann ging es durch den gesamten Landwehrkanal in die Spree. Auf der Spree endete die Fahrt wieder an der Grenze zu Ost-Berlin in Höhe des heutigen Hauptbahnhofs.

Was war das Neue, das die BewohnerInnen des alten West-Berlins so interessierte? Sicherlich war es das allgemein gesteigerte Interesse an Geschichte und speziell an der Geschichte der Stadt. Nicht nur „Dampferfahrten“ gab es. „Antifaschistische Stadtrundfahrten“ mit dem Bus wurden verstärkt angeboten. Hinweise auf Stadtrundgänge zu Fuß, zunehmend auch abseits der Touristenpfade, standen in den Stadtmagazinen. Was unsere „Historischen Stadtrundfahrten mit dem Schiff“ ausmachten, war sicherlich die Tatsache, dass eine Schiffstour auch immer etwas Gemütliches mit sich bringt und weniger pädagogisch daher kommt als eine Fußtour. Wer nicht zuhören will, der klinkt sich eine Zeitlang aus und widmet sich seinem Getränk

oder genießt einfach den ungewöhnlichen Blickwinkel auf die Stadt. Es kommt hinzu, dass eine Schiffstour immer wieder ein besonderes Erlebnis ist, zumal die Brücken über den Landwehrkanal so niedrig sind, dass die Menschen auf dem Oberdeck sitzen bleiben müssen, um sich nicht den Kopf zu stoßen. Das ist ein kleines Abenteuer und schweißt die Besuchergruppe zu einer „Gefahrgemeinschaft“ zusammen.

Außerdem wird deutsche Geschichte besonders am Landwehrkanal auf brutale Art und Weise sichtbar. Nicht nur, dass die Stelle passiert wird, an der die sozialistische Politikerin Rosa Luxemburg im Januar 1919 tot oder halbtot in den Kanal geworfen wurde. Am Kanal liegen auch zahlreiche Gebäude, die im Ersten und Zweiten Weltkrieg eine Rolle spielten. Weite Strecken zeigen die Narben, die der Stadt durch die Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg zugefügt worden sind. Wir gingen in den Anfangsjahren auch auf aktuelle Ereignisse in der Stadt ein, wie zum Beispiel auf die damalige Hausbesetzerbewegung. Zahlreiche Häuser am Rand der Strecke waren besetzt, und wir zogen Parallelen zur Wohnungsnot in der Kaiserzeit. Spektakuläre Orte des Berliner öffentlichen Verkehrs-

## „Dampferfahren“ und Geschichte

systems liegen auf der Strecke. Schließlich kam dazu, dass wir unser Konzept sehr schnell um das Element Musik erweiterten und regelmäßig interessante Personen einluden, die uns einen bestimmten Teil der Strecke erläuterten. So war auch einmal der in Berlin lebende US-amerikanische Historiker und Journalist Michael S. Cullen auf dem Schiff und erklärte uns die Pläne von Christo und dessen Frau Jeanne-Claude zur Verhüllung des Reichstagsgebäudes. Erst im Jahr 1995 wurde dies verwirklicht.

Das Konzept der Fahrten wurde in der Gruppe heftig diskutiert. Insbesondere die Frauen drängten darauf, dass die Frauengeschichte nicht zu kurz kommen sollte. Es wurde eine spezifische „Frauenfahrt“ entwickelt. Sie setzten aber auch einen Beschluss durch, dass 50 Prozent der von uns erzählten Geschichte „Frauengeschichte“ sein sollte. Ich wage zu sagen, dass dies nur eine Richtschnur wurde und nie wirklich umgesetzt werden konnte. Ein weiterer Anspruch der Gruppe war, die Alltagsgeschichte der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt darzustellen. Wir wollten und wollen immer auch „hinter die Fassaden“ schauen.

Derweil wuchs die „Dampfergruppe“ auf zeitweise 15 Mitglieder an, von denen nicht alle am Mikrofon stehen wollten, sondern andere Aufgaben wie Recherche und Büchertisch übernahmen. Die Palette der Fahrtangebote wurde nach und nach erweitert. Sehr schnell gab es eine „Litera-Tour“, zu der auch Schauspieler und Schriftsteller eingeladen wurden. Der Synchronsprecher und Schauspieler Helmut Krauss war jahrelang die stimmliche Attraktion dieser Fahrt. Manchmal gab es auch Chaos, zum Beispiel als eines Tages der Ost-Berliner Feuilletonist Heinz Knobloch seine Texte über den Landwehrkanal lesen sollte, aber ein Sturzregen niederging und seine Lesung im drangvollen Inneren des Schiffs durch lautes Nachfragen der Kellner unterging, wer denn die Currywurst bestellt habe. Kurios wurde es auch, als einmal der Schiffsantrieb ausfiel und der Kapitän mit Mühe und Not an einem Schrottplatz anlanden konnte, wo wir zwei Stunden warten mussten, bis der Mechaniker der Reederei das Schiff wieder flottmachen konnte.

Einen ewigen Kampf um das Konzept gab es und gibt es bis zum heutigen Tage, wenn es um die Frage möglicher Pausen geht. Inzwischen war so viel Textmaterial gesammelt worden, dass das Publikum drei Stun-



Schreiben an das DDR-Ministerium für Verkehr, Wasserstraßenhauptamt, vom 13. Dezember 1985

den ununterbrochen hätte beschallt werden können. Das ist den Menschen kaum zuzumuten, zumal es sich teilweise um sehr dichte Informationen handelt. So streitet sich die Gruppe bis heute, wie viel oder wie wenig das Publikum aufnehmen kann. „Weniger ist manchmal mehr“.

Die große Zahl der Gruppenmitglieder machte es möglich, neben den Schiffsfahrten auch noch eine Reihe von Publikationen zu produzieren. Wir überarbeiteten die Broschüre „Passagen“ zum Landwehrkanal und legten weitere zum Neuköllner Schiffahrtskanal, zu einer Fahrt rund um Moabit, zu Frauen am Landwehrkanal und eine englischsprachige auf. Später folgten eine Broschüre zur Spree zwischen Oberbaum- und Unterbaumbrücke, zwei Bücher zur Frauengeschichte an Spree und Landwehrkanal und 1987 das Buch „Landgang in Berlin – Stadtgeschichte an Landwehrkanal und Spree“. Ein Jahr später war ein Teil der Gruppe beteiligt an dem Buch „Sackgassen – Keine Wendemöglichkeit für Berliner Straßenna-



Antwortschreiben des Wasserstraßenhauptamts Ost-Berlin vom 10. Juni 1986

men“. Derweil setzte sich die Gruppe seit 1986 dafür ein, dass die Fußgängerbrücke über den Landwehrkanal nach Rosa Luxemburg benannt wird. Jedes Jahr wurde während einer kleinen Veranstaltung die neue Brücke symbolisch umbenannt. Einen nahezu utopischen Streit brach die Dampfergruppe 1985 mit dem Ost-Berliner Wasserstraßenhauptamt vom Zaun, indem die Gruppe höflich darum bat, eine Sondergenehmigung zum Befahren der Spree auf Ost-Berliner Gebiet zu erhalten.

Eine solche Rundtour war erst nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 möglich. Unsere erste Gesamtberliner Fahrt fand am 2. März 1990 statt. Es war für uns ein sehr berührender Augenblick, hinter der Kreuzberger Oberschleuse des Landwehrkanals, vor der wir regelmäßig wenden mussten, in den Osthafen einfahren zu dürfen. Seit Frühjahr 1990 ist es möglich, die mittlerweile klassischen Rundtouren über Spree und Landwehrkanal anzubieten, mit denen wir also durch mehrere Ost- und West-Berliner



Schreiben an das Wasserstraßenhauptamt Ost-Berlin vom 30. Oktober 1987

Stadtteile fahren können. Mit der Öffnung der Grenzen veränderten sich gleichzeitig die Bedingungen.

Die klassischen Reedereien erkannten nach und nach das hohe Potenzial der Stadtrundfahrten mit dem Schiff und boten Touren an, die von der Strecke her identisch zu unseren Angeboten waren. Für Außenstehende war nicht sofort erkennbar, dass unsere Fahrten einen wesentlich höheren Informationsgehalt hatten und wir nicht nur die touristischen Highlights erläuterten. Unsere Besucherzahlen gingen langsam zurück, waren aber immer noch so gut, dass sich die Fahrten selbst trugen. Nach dem Mauerfall experimentierten wir mit verschiedenen Abfahrtstellen: Hansabrücke in Moabit, Oberbaumbrücke, Jannowitzbrücke, Unterbaumbrücke am Reichstag, lange Zeit Märkisches Ufer in Mitte, Historischer Hafen in Mitte, dann auch der Anleger an der Mercedes-Benz-Halle in Friedrichshain und schließlich aktuell die Caprivibrücke in Charlottenburg. Man kann sagen, wir sind mit unseren Anlegestellen in der Stadt herumge-



Ein DDR-Grenzsoldat kontrolliert die Pässe, 2. März 1990

kommen. In den Anfangsjahren wurden auch längere Fahrten nach Spandau, Treptow, Köpenick und Neukölln angeboten. Die Dampfergruppe kann für sich in Anspruch nehmen, bis auf ganz wenige spezielle Aus-

nahmen alle Fahrten ohne staatliche oder anderweitige finanzielle Hilfe durchgeführt zu haben.

Nach der turbulenten Anfangsphase entwickelte die Gruppe eine ganze Palette von Themenfahrten, bei denen jeweils ein ganz bestimmter Aspekt der Geschichte betont wurde. Neben die „Litera-Tour“ und die Frauenfahrt traten Fahrten wie „Jüdisches Berlin“, „Altes und neues Berlin“, „Hurra, wir sind vereinigt“, eine Fahrt zu Wasser und Ökologie, „Rebellisches Berlin“, „Emigrantenschiff“, „Berlin in den 1940ern“, „Spuren der NS-Zeit“, „Mauergeschichte(n)“, „Ost-West und die Stasi“, „40 Jahre DDR“, „Insel Westberlin“, „Einwanderungsstadt Berlin“, „100 Jahre Groß-Berlin“, „Multikulturelles Berlin“, „Berlin in den 1920ern“, „Dada in Berlin“, eine Musikfahrt, eine Krimi-Tour und eine Abendfahrt unter dem neudeutschen Titel „Sunset in Berlin“, die aus einer Mixtur verschiedener Themenfahrten besteht.

Einige Jahre lang führten wir auch eine „Rio-Reiser-Fahrt“ in Erinnerung an den Sänger der Band Ton Steine Scherben durch. Die Band gab, leider ohne seinen schon 1996 gestorbenen Sänger Rio Reiser, Konzerte im Unterdeck des Schiffs. Das gemeinsame Projekt scheiterte schließlich in der Corona-Zeit auch an der Tatsache, dass unsere langjährige Partnerreederei Riedel an einen Grundstücksspekulanten ver-



Erste Tour durch Ost-Berlin mit Dr. Cord Pagenstecher als Moderator, 2. März 1990

kaufte wurde, der die mit uns geschlossenen Verträge nicht einhielt.

Die Dampfergruppe kann seit den 1990er Jahren zwar nicht mehr so hohe Mitgliederzahlen vorweisen wie zu Anfang. Die Zahl der Mitarbeitenden lag aber stabil bei fünf bis sieben Personen. So war es möglich, dass wir kontinuierlich jährlich zwischen 15 und 25 Fahrten anbieten konnten. Zählt man die Fahrten zusammen, die die Berliner Geschichtswerkstatt seit 1984 unternommen hat, kommt man auf ungefähr 930. Die höchste Anzahl gab es im Jahr 2008 mit 29 Fahrten, in der Saison 2023 sind es 18.

Wo stehen wir heute? Rundfahrten mit dem Schiff, bei denen Erläuterungen zur Stadtgeschichte gegeben werden, sind in Berlin zu einem Standardangebot für BerlinerInnen und Besucher geworden. Die Menschen sind ungeduldiger geworden; fünf- oder sechsstündige Fahrten werden schon fast als Zumutung angesehen. Die Rundtour über Spree und Landwehrkanal, die etwa dreieinhalb Stunden dauert, wird noch akzeptiert. Unser Anspruch ist es weiterhin, Stadtgeschichte in engagierter Form mit Kritik an den bestehenden Verhältnissen darzustellen. Das kann durchaus eine subjektive Sicht auf die Objekte zur Folge haben. Wir wollen weiterhin „hinter die Fassaden“ schauen und auch den Alltag der Menschen damals und heute darstellen. Wir wollen unser Wissen



© Berliner Geschichtswerkstatt

Der Schauspieler Helmut Krauss liest Gedichte auf der „Litera-Tour“, 2001

und unsere Sicht der Dinge nicht bierernst und belehrend vortragen. Wir wollen unsere Gäste mit unserem Wissen nicht überfordern. Und wir wollen weiterhin Spaß an dieser „Geschichtsarbeit“ haben. Mit dieser Einstellung sollten wir im Jahr 2024 die 40. Saison schaffen.



© Berliner Geschichtswerkstatt

Der Schiffskellner serviert auf dem Oberdeck, Mitte der 1990er Jahre



# Grabe, wo du stehst: 40 Jahre Erinnerungsarbeit der BGW

**Moderation: Sonja Miltenberger, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.**

**Referent:innen: Prof. Jenny Wüstenberg, Nottingham Trent University, UK**

**Dr. Andreas Bräutigam, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.**

*Montag, 27. März 2023, 19:00 Uhr*

Die Geschichtswerkstätten-Bewegung ist Teil der Erinnerungskultur in Deutschland. „Mit dem Aufkommen dieser Bewegung in den frühen 80er Jahren erlebte das öffentliche Erinnern in Westdeutschland einen beispiellosen Aufschwung“, so Jenny Wüstenberg. Der Ansatz „Grabe, wo du stehst“ wird am Beispiel der Geschichtswerkstatt Lichtenrade, die sich 2001 der Berliner Geschichtswerkstatt angeschlossen

hat, von Andreas Bräutigam vorgestellt. Wie aktuell Erinnerungsarbeit ist, wird vor allem mit Blick auf gegenwärtige nationalistische und identitäre Interpretationen der deutschen Geschichte deutlich. Wüstenberg: „Wir brauchen neben dem Einsatz neuer Medien, vielleicht auch emotionalere Herangehensweisen, damit aus Erinnerungsarbeit auch wieder Erinnerungspolitisierung werden kann.“

## Veranstaltungsbericht

**Peter Lassau**

### „Geschichtswerkstätten aller Regionen, vereinigt euch!“

Dieses Motto aus den frühen 1980er Jahren kennzeichnete Stimmung und Wunsch unserer Vortragsreihe. Die eigentlich als Auftakt gedachte Veranstaltung bildete wegen Erkrankung der Referentin zwar nun den Abschluss, komplementierte die Reihe aber gut.

„Erleben, Erinnern, Einmischen“: An diese Losung erinnerte Sonja Miltenberger bei der Begrüßung von gut 20 Gästen am 27. März 2023, und Jenny Wüstenberg, zugeschaltet aus Nottingham, wo sie eine Professur innehat, nahm diesen Satz auf: Die Berliner Geschichtswerkstatt sei in der Tat mehr als bloße Pflegerin einer Erinnerungskultur. Sie sei wesentlicher Bestandteil und Mitgestalterin der Demokratiegeschichte dieser Stadt.

Dies führte Jenny Wüstenberg im Folgenden aus: Als Teil einer großen Bewegung, integriert in die linksalternativen Szene, gegründet im Mehringhof, dem Zentrum dieser Szene, zeichnete sich die BGW von Anfang an durch ihren Pragmatismus aus. Drei Elemente bestimmten die Arbeit: Historisch-wissenschaftliches



*Referent Dr. Andreas Bräutigam und die Moderatorin Sonja Miltenberger, per Video zugeschaltet aus England Prof. Jenny Wüstenberg*

Interesse paarte sich mit Gesellschaftsanalyse und daraus folgendem politischen Engagement. Die Lehren aus der Vergangenheit sollten konkret im Hier und Jetzt angewandt werden. Und als Drittes sollte all das in einer sozial gesinnten empathischen Gruppe und mit Spaß stattfinden. Sie sollte offen sein für jeden, basisdemokratisch organisiert, ohne Hierarchien.



*Obwohl eine Online-Veranstaltung, fanden doch einige den Weg in den Laden*

So etwas war neu; es war ein linksgerichteter Blick auf Geschichte, und zwar nicht nur von Seiten der Berliner Geschichtswerkstatt. Aus einem bundesweiten Kongress der Geschichtswerkstätten mit immerhin 700 Teilnehmern stammt die Schlagzeile dieses Berichts mit dem leicht modifizierten Aufruf aus dem Kommunistischen Manifest: „Geschichtswerkstätten aller Regionen, vereinigt euch!“ Es liegt auf der Hand, dass es dabei wesentlich um die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit gehen musste.

1983, also 50 Jahre nach der Machtergreifung durch die Nazis, war es eine Herausforderung, diese Vergangenheitsbewältigung nicht nur dem „Mainstream“ zu überlassen. Tatsachen und Zusammenhänge, die gerne verdrängt worden waren, gerieten in den Blick. Die Methode der Oral History gewann zunehmend an Bedeutung, unbequem und herausfordernd für das Establishment, Beleg für eine soziale Bewegung, die Druck von unten entfaltete, misstrauisch beäugt von staatlichen Organen.

1987, anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins, änderte sich das Verhältnis zwischen Staat und BGW. Die Berliner Behörden hatten erkannt, wie sehr dieser Verein zum besonderen Image Berlins beiträgt: Die BGW erhielt „Staatsknete“ für einige ihrer Projekte in diesem Zusammenhang. Es gab Honorarverträge und ABM-Stellen. Zwar fürchteten manche Mitglieder um die Unabhängigkeit des Vereins, viele begrüßten aber die Möglichkeiten, die solche Gelder eröffneten. Sie sahen darin eine angemessene Honorierung für das Wahrnehmen wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben.

Dies ist übrigens eine Frage, die den Verein immer noch beschäftigt: Soll er staatliche Gelder (zum Beispiel die Bezahlung einer festen Stelle) beantragen oder riskiert er dadurch zu sehr seine Unabhängigkeit, wird gar weisungsabhängig?

1989: „Wende“ und Wiedervereinigung erbrachten als direkte Folge neue Routen für die historischen Dampferfahrten. Das Ende des Kalten Krieges erweiterte den historisch-geografischen Horizont Berlins zu Land und eben auch zu Wasser. Bei dieser Gelegenheit erinnerte Jenny Wüstenberg auch an den Rosa-Luxemburg-Steg, der auf der Dampferstrecke liegt und der seinen Namen der Hartnäckigkeit und dem Stehvermögen der Berliner Geschichtswerkstatt zu verdanken hat. Seit März 1986 hatte der Verein von den Verantwortlichen des Berliner Senats kontinuierlich gefordert, dass die Stelle, an der die Leiche der sozialistischen Politikerin Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 in den Landwehrkanal geworfen worden war, durch die Namensgebung der dortigen Brücke besonders gekennzeichnet wird. Im September 2012 kam die Berliner Regierung tatsächlich dieser Forderung nach. Dies kann ebenfalls als ein Erfolg der Gründergeneration der BGW gewertet werden.

Wesentlich war der Beitrag der Berliner Geschichtswerkstatt an der Dokumentation der Zwangsarbeit während der NS-Zeit, und dass darauf im Dokumentationszentrum Schönweide selbst nur am Rande hingewiesen wird, ist mehr als ärgerlich.

So gerne das Publikum die Erfolgsgeschichte und das Lob für die BGW hörte: Mit Wehmut schauten die meisten auf eine Vergangenheit zurück, in der dieser Verein noch Teil einer machtvollen Bewegung war. Heutzutage ist er eher Teil eines Netzwerkes. Die Veränderungen in der Geschichtsauffassung resultieren nicht aus Aktivitäten „von unten“. Sie gehen eher von professionellen Hochschullehrern aus wie etwa beim berühmten „Historikerstreit“ oder einzelnen bedeutenden Ereignissen wie der Rede Richard von Weizsäckers am 8. Mai 1985.

Die Protestbewegungen von heute, zum Beispiel die Klimabewegung oder auch die Erinnerungsproteste an Kolonialisierung und Rassismus, finden ohne Geschichtswerkstätten statt.

## Geschichtswerkstatt Lichtenrade

Die „Filiale“ der Berliner Geschichtswerkstatt verdankt ihre Existenz, wie Andreas Bräutigam ausführte, der Friedensbewegung der 1980er Jahre. Zunächst war es die evangelische Jugendarbeit in der Gemeinde Lichtenrade, die Jugendliche und junge Erwachsene ansprach. Gegen Nato-Nachrüstung und blinden Antikommunismus wurden von Sozialarbeitern Gedenkstättenfahrten zum Beispiel nach Auschwitz unternommen. Es gab Kontakt zum ehemaligen Auschwitz-Häftling Tadeusz Szymanski und zu aufgeschlossenen und versöhnungsbereiten polnischen Menschen, deren Orientierung weniger von Nationalismus als von Antifaschismus geprägt war.

In Berlin machte der als Verfolgter des Nationalsozialismus bekannte Zeitzeuge Wolfgang Szepansky die jungen Leute mit Sachsenhausen bekannt und vor allem mit der Tatsache, dass es unter anderem in Lichtenrade ein Außenlager dieses Konzentrationslagers gegeben hatte. Orte des Terrors und der NS-Verbrechen gab es also vor der Haustür. Erinnerungspflege und Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus an einen solchen Ort zu binden, lag für einen Lichtenrader Bauern näher als zum Beispiel Auschwitz.

Damit war ein Betätigungsfeld eröffnet, das für die damals Anfang 20-Jährigen eine erstaunliche Dynamik entfaltete. Es gab noch Zeitzeugen, Menschen, die Häftlinge in diesem Lager gewesen waren. Einprägsame Kontakte konnten geknüpft werden. Bald wurde erkannt, dass für eine umfassende Recherche Archivarbeit unumgänglich ist. In der Finanzdirektion gab es verstaubte, aber aufschlussreiche Akten über Herkunft und Schicksal der jüdischen Bevölkerung von Lichtenrade.

Eine Politologin kam dazu und es gelang, für den evangelischen Kirchentag 1985 eine respektable Ausstellung zusammenzustellen. Erfolg und Anerkennung blieben nicht aus. Freilich gab es auch Reibungsverluste. So war dieses KZ-Außenlager für die 750-Jahr-Feier Berlins zwar von Interesse, aber der Bezirk entschied, als Erinnerung einen großen Granitblock von einem Künstler anfertigen zu lassen. Für die Lichtenrader Geschichtswerkstatt unangemessen, da die in den Himmel ragenden Schienen des Mahn-



Dr. Andreas Bräutigam beim Zuhören des Vortrags von Jenny Wüstenberg

© Berliner Geschichtswerkstatt

mals zwar Deportation und Selektion an der Rampe assoziiert, aber wenig die Situation und das Leben der Häftlinge im Lichtenrader Außenlager widerspiegelt.

Vor allem seit „Wende“ und Wiedervereinigung ließ die Arbeit mit authentischen Zeitzeugen nach, was schließlich auch in der Natur der Sache liegt. Stattdessen gewinnt die Kooperation mit anderen Trägern und „Schwesterbewegungen“ an Bedeutung. Konkretes und sehr eindrucksvolles Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist das Bühnenstück „Schwester, was bleibt uns denn?“, das 2022 von der Gruppe „Tütü Sabotage“ zur Aufführung gebracht wurde – weitere Vorstellungen sind geplant. Entstanden ist es auf der Grundlage von Informationsmaterial über den Mord der SA an dem Kommunisten Erich Hermann an Silvester 1932, das von der Geschichtswerkstatt Lichtenrade zusammengestellt worden war. Dies ist ein Beispiel für mögliche Wege der Geschichtswerkstatt, um ihre Arbeit auch für Jüngere attraktiver zu gestalten, und damit ihre Zukunft zu sichern.

Insgesamt regten die beiden Vorträge einen lebhaften Diskurs an. Da hieß es zum Beispiel: Mehr Protest sei auf jeden Fall vonnöten, bloß wie und mit wem und gegen wen? Für Menschen aus dem deutschen Bürgertum sei es kompliziert und schwierig, den postkolonialen Diskurs im Zusammenhang mit der Migrationsproblematik zu führen. Der Erfolg der 1980er Jahre durch die Faszination der Oral History und die Bedeutung von Zeitzeugen fehle nun einmal. Auffällig sei, dass aus Geschichtswerkstätten häufig Anregungen und thematische Schwerpunkte kämen, dass

## Grabe, wo du stehst

diese Vereine aber zurückgedrängt würden, sobald diese Themen institutionalisiert bearbeitet würden, so zum Beispiel bei der „Topographie des Terrors“.

Dass staatliche Stellen solche Ansätze aufgreifen und aktiv gestalten, sollte aber, so Jenny Wüstenberg, als Erfolg verbucht werden. Möglichkeiten für Aktivitäten und vielleicht auch für eine Bewegung gebe es sicher viele. Wer weiß: Vielleicht vereinigen sich die Geschichtswerkstätten aller Regionen doch noch, und zwar europaweit, England eingeschlossen. Dort gibt es, wie Jenny Wüstenberg erzählte, eine aktive Szene auf diesem Gebiet.

Man könnte zum Beispiel versuchen, sich bei der Etablierung eines geplanten Museums zur deutsch-polnischen Geschichte einzumischen, wurde angeregt. Man könnte aber auch hinterfragen, was polnische Menschen in Berlin so treiben. Schließlich gebe es zahlreiche Pendler. Berlin sei eine der Metropolen, in denen viele Menschen ausgenutzt und ausgebeutet werden, wo viele illegal beschäftigt und um ihren Lohn betrogen werden. Ihre Biografien zu erkunden und zu dokumentieren, setze gleichsam das Zwangsarbeiter-Projekt fort. Mit Zukunftsbewegungen wie zum Beispiel der Klimabewegung müsse die Zusammenarbeit gesucht werden, eventuell mit dem Ziel gemeinsamer Projekte. Für die Dampfergruppe schon mal Anlass, über eine „Klimafahrt“ nachzudenken. Wer Jürgen Karwelat kennt, weiß, dass das durchaus etwas werden könnte.

Eine Fülle von Anregungen, Wünschen und guten Vorsätzen, mit denen die Veranstaltungsreihe ausklang – nicht ohne einen leichten Kontrast zu den personellen und materiellen Möglichkeiten dieses Vereins, aber im Bewusstsein, dass etliche der genannten Aktionsvorschläge ja bereits auf der Agenda stehen und beackert werden. Auch kann letztendlich festgehalten werden, dass die Berliner Geschichtswerkstatt ihren Grundsätzen über mehr als 40 Jahre treu geblieben und nach wie vor eine zuverlässige und engagierte demokratische Kraft in Berlin ist.

## Vortrag

**Prof. Jenny Wüstenberg**, Historikerin, Nottingham Trent University

### Ist Geschichtsarbeit (heute noch) gefährlich? –

### Momentaufnahmen aus 40 Jahren Berliner Geschichtswerkstatt

Der 40. Geburtstag der Berliner Geschichtswerkstatt (BGW) ist nicht nur ein Anlass zum Feiern – und gebührend feiern sollte man diese Erfolgsgeschichte ganz bestimmt –, sondern auch zum Nachdenken. Die BGW war ein wichtiger, oft tonangebender Bestandteil der so genannten „neuen Geschichtsbewegung“, die so neu nun nicht mehr ist. Wie ich in meinem Buch *Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945* <sup>(1)</sup> argumentiere, hat bürgerschaftliches Engagement die bundesdeutsche politische Kultur und auch das institutionelle Rahmenwerk des öffentlichen Gedächtnisses ganz maßgeblich geprägt. Ich möchte hier einige Schlüsselmomente im Werdegang der BGW beleuchten und durch sie wichtige Merkmale der Arbeit von Geschichtswerkstätten hervorheben. Gleichzeitig geben diese Momente jeweils Diskussionsanstöße zu der Frage, wie Geschichts- und Erinnerungsarbeit an den Graswurzeln heute aussieht oder aussehen könnte.

#### 1981: Gründung

Die Berliner Geschichtswerkstatt wurde 1981 im Mehringhof – also in einem Zentrum der alternativen Szene – gegründet. Wie in Abbildung 1 zu lesen ist, stand zur Diskussion, die Initiative nach dem kommunistischen Historiker Franz Mehring zu benennen. Dies wurde relativ schnell verworfen, denn man wollte sich nicht auf Arbeitergeschichte und auch nicht auf Männerperspektiven beschränken. Hier zeigte sich also schon früh die klar linksgerichtete, aber grundsätzlich offene und undogmatische Haltung der BGW – auch wenn durchaus immer wieder

Konflikte bezüglich Genderdynamiken und Arbeitsteilung auftauchten. In der Anfangsphase verstand sich die BGW vor allem als Infrastruktur, und somit als Gegenaktion, um die Geschichtsschreibung nicht dem politischen und akademischen „Establishment“ zu überlassen. Sie entstand im engen Austausch mit anderen Gruppierungen, beispielsweise in der Friedens-, Frauen-, Hausbesetzer- und Ökologiebewegung. Diese Integration der Geschichtsbewegung in die breitere alternative Szene ist auch ein Grund, der es erschwerte, die genaue Zahl der Mitglieder der Geschichtswerkstatt – in Berlin oder bundesweit – zu schätzen, denn die Grenzen des Aktivismus waren relativ fließend und veränderten sich ständig.

Die Geschichtsbewegung verfolgte ähnliche Prinzipien und Organisationsformen wie die anderen linksalternativen Bewegungen: basisdemokratisch, strukturiert durch flexible Projektformate und auf freiwillige Arbeit und passioniertes Engagement angewiesen. Die BGW gedieh als Teil der größeren West-Berliner „Bewegungs-Szene“ – man traf sich in Kneipen, Cafés und Buchläden, machte Stände bei Demos und Straßenfesten und kannte sich aus WGs und anderen Aktionen. Die Geschichtswerkstätten dienten ihren Schwesterbewegungen bundesweit ganz bewusst als kollektive Archivarinnen und Historikerinnen (siehe Abbildung 2).

Sie entwickelten ein Netz von lokal autonomen und verschiedenartigen Gruppen, die durch Foren, jährliche Treffen, einen Rundbrief und auf andere Weisen eher informell in Verbindung blieben. Die in den Geschichtswerkstätten Aktiven konzentrierten sich vor

<sup>1</sup> Erschienen 2020 im LIT Verlag und in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Es handelt sich um die Übersetzung von *Civil Society and Memory in Postwar Germany*, Cambridge University Press, 2017. Dieser Artikel beruht maßgeblich auf dieser Forschungsarbeit.

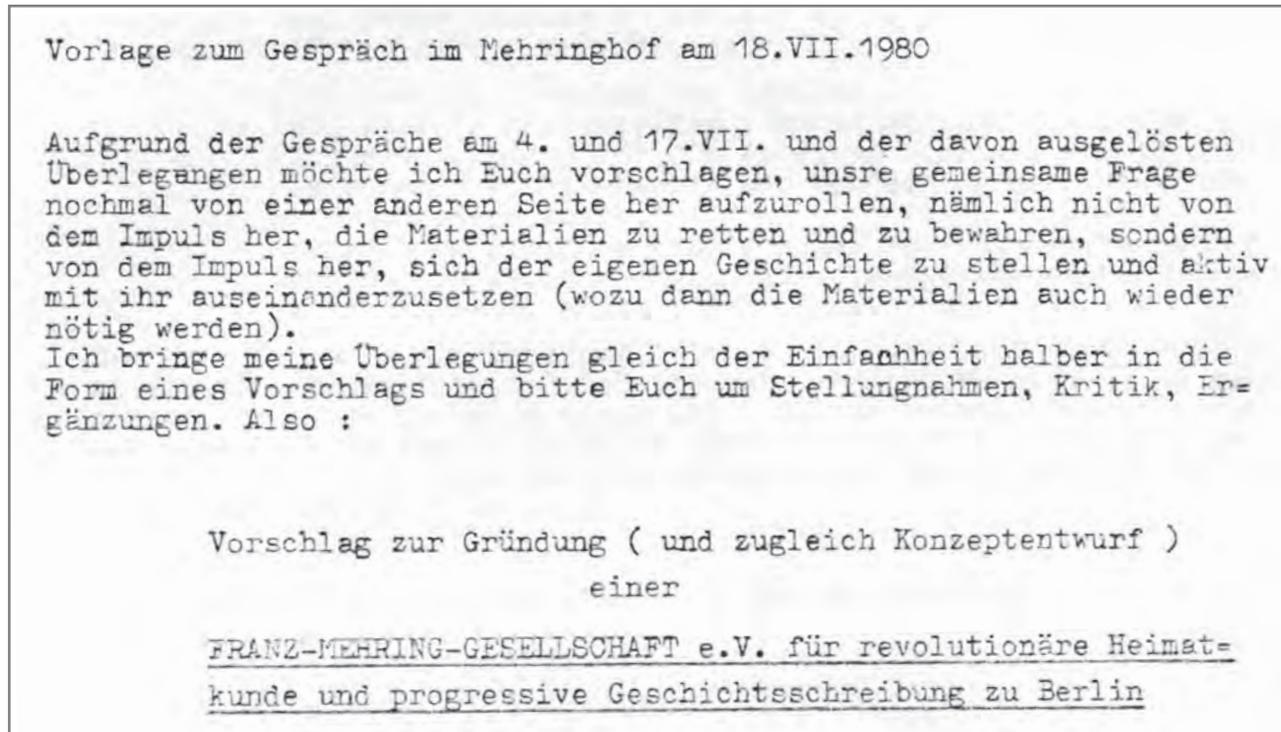


Abb. 1: Gründungsentwurf für die Berliner Geschichtswerkstatt von Diethart Kerbs, 17. Juli 1980

allein auf lokale Geschichte und Politik. Dennoch stellte die Hamburger Langzeitaktivistin Beate Meyer fest: „Wir hatten schon das Gefühl, wir sind Teil einer großen Bewegung, wir hatten aber das Gefühl, in dieser Bewegung hat jeder sein Thema an seinem kleinen Ort.“<sup>(2)</sup> Der Begriff Geschichtsbewegung wurde offenbar 1983 durch einen Spiegel-Artikel<sup>(3)</sup> geprägt. Dies deutet an, dass es auch schon früh eine Außenwahrnehmung dafür gab, dass es sich um eine kohärente soziale Bewegung handelte.

Ein wichtiger Beitrag der Geschichtsbewegung, den vielen alternativen Archiven und Werkstätten, war, das Bewusstsein bei anderen sozialen Bewegungen zu stärken, dass es wichtig ist, die eigene Geschichte zu bewahren und die Narrative mitzubestimmen. So haben die Geschichtswerkstätten also Knowhow entwickelt, das dann weitergereicht wurde. Heute ist explizite Geschichtsschreibung ein fester Bestandteil von – linken wie rechten – Graswurzelbewegungen. Allerdings findet diese Arbeit – Archivierung, Veran-

staltungen, Ausstellungen – oft in virtuellen Räumen statt. Da stellt sich die Frage:

*Wie kann unter den Bedingungen digitaler und beschleunigter Medienwelten kritische Geschichtsschreibung geleistet werden? Welche neuen Möglichkeiten ergeben sich daraus und wo stößt zivilgesellschaftliche Geschichtsschreibung an die Grenzen ihrer finanziellen Mittel und technologischen Kapazitäten?*

### 1982/83: Mobilisieren für die Geschichtsschreibung

Die Geschichtsbewegung als bundesweites Netzwerk ging aus vielen unterschiedlichen Initiativen hervor, die auf das Erforschen, Ausstellen und Erinnern der Geschichte bedacht waren – besonders zur NS-Zeit, zum Leben der Arbeiter\*innen oder den Belangen „normaler“ Menschen. Was sie verband, war die gemeinsame Motivation, eine engagierte, politische Perspektive auf die Geschichte zu verbreiten. Das Motto der Bewegung – zugleich Kampfbegriff und Metho-

2 Interview mit Beate Meyer, 22.8.2013

3 Der Spiegel (1983): „Ein kräftiger Schub für die Vergangenheit“. Spiegel-Report über die neue Geschichtsbewegung in der Bundesrepublik. In: Kröll, Ulrich (Hrsg.): *Historisches Lernen in der Erwachsenenbildung*. Münster: Verlag Regensburg, 1984



Abb. 2: Artikel in der tageszeitung, 23. Juni 1981

dik – lautete: „Grabe, wo du stehst“. Es war eine Aufforderung, die Bedeutung der Vergangenheit in der eigenen sozialen und geographischen Umgebung genau zu untersuchen und öffentlich zu machen. Ihre Befunde sollten zudem für aktuelle politische Entscheidungen und Kämpfe relevant gemacht werden. Obwohl es das Hauptziel der Geschichtswerkstätten war, die Geschichte kritisch zu diskutieren und neue Zugänge zu eröffnen, führte ihr Interesse an lokalen Bezügen dazu, dass sie kollektiv zu den wichtigsten Initiator\*innen von Erinnerungsorten in der Bundesrepublik und West-Berlin wurden. Während der 1980er Jahre prägte die Geschichtsbewegung zusammen mit der Gedenkstättenbewegung – mit der es viele Überschneidungen gab – die deutsche Erinnerungslandschaft ebenso wie die institutionelle Infrastruktur öffentlichen Gedenkens in entscheidender Weise.

Ungeachtet der in der Bewegung verbreiteten Skepsis gegenüber Organisationsformen im Allgemeinen – also der Ablehnung des Ruchs eines schläfrigen Vereins – gründete sich die offizielle Bundesvereinigung der Geschichtswerkstätten sehr früh. Ein Bild, das damals in der Bewegung zirkulierte, versah den berühmten Aufruf von Marx und Engels mit neuem

Inhalt: „Geschichtswerkstätten aller Regionen – vereinigt Euch!“ Darin kam nicht nur der Wille, eine nationale Organisation zu schaffen, zum Ausdruck, sondern auch das selbstverständliche Bekenntnis zur linken Tradition. Die Bundesvereinigung Geschichtswerkstatt e. V. wurde 1982 und 1983 im Verlauf von zwei Treffen in Göttingen und Bochum gegründet. In Berlin fand dann das erste bundesweite Treffen der Initiativen statt – das Geschichtsfest 1984 (Abbildung 3).

Die Geschichtsfeste sind ein sehr eindrücklicher Beleg für die in der Geschichtsbewegung einzigartige Verbindung von wissenschaftlicher Ernsthaftigkeit, politischer Motivation und einer Vorliebe, gleichzeitig eine schöne und lustige Zeit zu erleben. Die Idee eines Geschichtsfests entwickelte sich bei der Gründung der Bundesvereinigung und hatte zum Ziel, sich deutlich von bestehenden geschichtswissenschaftlichen Foren zu unterscheiden – wie sich Organisator Thomas Lindenberger erinnerte: „Wir nennen es mal einfach Geschichtsfest, so dass dieses ganze Spektrum sich zeigen kann, und keine Zugangsbeschränkungen nach akademischen Riten oder so, sondern es ist für alle offen und jeder kann sozusagen Workshops vorschlagen.“ Das erste Geschichtsfest hatte stattliche



Abb. 3: Plakat zum ersten bundesweiten Treffen von Geschichtswerkstätten, Historiker:innen und anderen Interessierten in Berlin, 1984

700 Teilnehmer\*innen. Ein Bericht über das zweite Geschichtsfest in Hamburg trug den Titel „Tango & Theoriearbeit“, was die Erwartung ausdrückte, Substanz und Spaß miteinander zu verbinden und die Routine akademischer Historiographie zu durchbrechen.

*Wie viel ist von diesem Stil, von „Tango und Theoriearbeit“, heute noch übriggeblieben? Kann Geschichtsarbeit in Zeiten konkurrierender zivilgesellschaftlicher Initiativen in allen gesellschaftlichen Bereichen und von staatlicher Zelebrierung (Kooptation?) bürgerschaftlichen Engagements noch subversiv und „cool“ sein?*

### 1983: Geschichtsarbeit wird gefährlich

Die BGW verstand sich also eingangs vor allem als Archiv der Berliner Alternativbewegung. Dies änderte sich aber schnell und sie wurde selbst zu einer wichtigen Akteurin. Dies wird klar in der Ankündigung der Veranstaltungen von 1983 (Abbildung 4), als die BGW ganz maßgeblich das Gedenken an die Macht ergreifung 1933 prägte, da die Stadt es größtenteils verschlafen hatte, etwas zu organisieren. Hier wurde die BGW also mit einem Mal sehr viel bekannter. Für die Geschichtsbewegung insgesamt war es wichtig, dass das Schreiben und Repräsentieren von Geschichte nicht um seiner selbst willen geschah, sondern vielmehr mit dem Ziel, sich politisch zu engagieren, neue Einsichten für die Kämpfe der Gegenwart zu gewinnen und die Menschen zu motivieren, politisch zu denken. Hannes Heer und Volker Ulrich schrieben damals: „Geschichte von unten betreiben heißt, die Propaganda der Sieger aufdecken und durch eigene Deutung und Darstellung den Blick für geschichtliche Prozesse und ihre Resultate schärfen, das Widerstandsvermögen der Menschen und ihre Fähigkeit, sich zu verändern, erkennen und dadurch die eigene Identität und ihr rebellisches Potential stärken.“ Und: „Geschichtsarbeit ist ohne gegenwartsorientierte Gesellschaftsanalyse daher undenkbar.“<sup>(4)</sup>

In diesem Zitat kommt das Gefühl einer konservativen Belagerungssituation zum Ausdruck. Die Geschichtsbewegung in Deutschland entstand, wie Peter Schöttler 1984 schrieb, in einer Zeit des „Rollback“ und der konservativen „Wende“.<sup>(5)</sup> In den Werkstätten wurde die Ansicht entwickelt, dass Geschichte und Erinnerung ein Politikfeld seien, das man nicht dem „Mainstream“ überlassen dürfe. Während die anderen neuen sozialen Bewegungen bei ihren Protesten auf aggressive Polizeitaktiken stießen, musste die Geschichtsbewegung zwar keine repressiven Maßnahmen zur Verhinderung ihrer überwiegend „intellektuellen“ Aktivitäten fürchten. Nichtsdestotrotz war der Eindruck der Aktivist\*innen, einem massiven kulturellen Widerstand gegenüber zu stehen, der wichtig für ihr Selbstimage als Rebell\*innen war und

4 Heer, Hannes und Volker Ullrich (1985): Einleitung: Die „neue Geschichtsbewegung“ in der Bundesrepublik. Antriebskräfte, Selbstverständnis, Perspektiven. In: *Geschichte entdecken – Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung*. Reinbek: Rowohlt Verlag, S. 28

5 Schöttler, Peter (1984): Die Geschichtswerkstatt e. V. – Zu einem Versuch, basisdemokratische Geschichtsinitiativen und -forschungen zu „vernetzen“. *Geschichte und Gesellschaft* 10: 421-424, S. 423

ihnen half, Mitglieder zu mobilisieren. Sie gingen davon aus, dass Geschichte „gefährlich“ für das Establishment sei.

Ganz wichtig für die Fähigkeit, gefährlich zu sein, war eine innovative Methodik. Vor allem war die BGW eine Pionierin der Oral History sowie anderer innovativer Ansätze – zum Beispiel im Bereich der Ausstellungsgestaltung und Stadtführungen. In einer zeitgenössischen Publikation der Bewegung kam das in einer humorvollen Darstellung eines alternativen Multitasking-Historikers zum Ausdruck (Abbildung 5). Die Teilnehmenden an der Geschichtsbewegung verbrachten ihre Zeit überwiegend mit Forschung in Archiven, mit Interviews mit Zeitzeugen, Aufbereiten von Ausstellungen oder mit Debatten in endlosen Meetings: Sie leisteten also Erinnerungsarbeit. Öffentliche Proteste gegen die Mainstream-Geschichtspolitik oder für einen spezifischen Gedenkort kamen ebenfalls regelmäßig vor, auch wenn dies nicht die primäre Beschäftigung der Bewegung war. Wenn also das Repertoire der Geschichtsbewegung überwiegend leiser und weniger sichtbar war als das anderer neuer sozialer Bewegungen, so war es dennoch nicht weniger konfliktgeladen: Weil es den Aktivist\*innen um die Repräsentation der Vergangenheit im öffentlichen Raum ging, konfrontierten sie damit unweigerlich staatliche Stellen, und sehr oft stießen sie auf staatlichen Widerstand.

In diesem Sinne entspricht die Geschichtsbewegung dem klassischen Begriff einer sozialen Bewegung, die die Staatsmacht herausfordert und mit mehr Druck von unten für demokratische Werte in der (Erinnerungs-)Politik eintritt. Doch im Verlauf ihrer Entwicklung wurde das Verhältnis der Bewegung zum Staat komplexer und immer öfter wurde auch mit staatlichen Akteuren kooperiert. Daraus ergibt sich für die heutige Arbeit die Frage:

*Ist Geschichte noch gefährlich? Ich denke, wenn wir über den Tellerrand schauen, kann diese Frage klar mit Ja beantwortet werden. Es ist bezeichnend, dass sich die BGW sofort zu Wort meldete, als die Menschenrechtsorganisation Memorial in Russland verboten wurde. Aber wie steht es mit Berlin und der Bundesrepublik? Unter welchen Umständen kann Geschichte noch aufrütteln und den „Mächtigen“ gefährlich werden – und soll sie das überhaupt? Oder geht die gefährlichste Ge-*

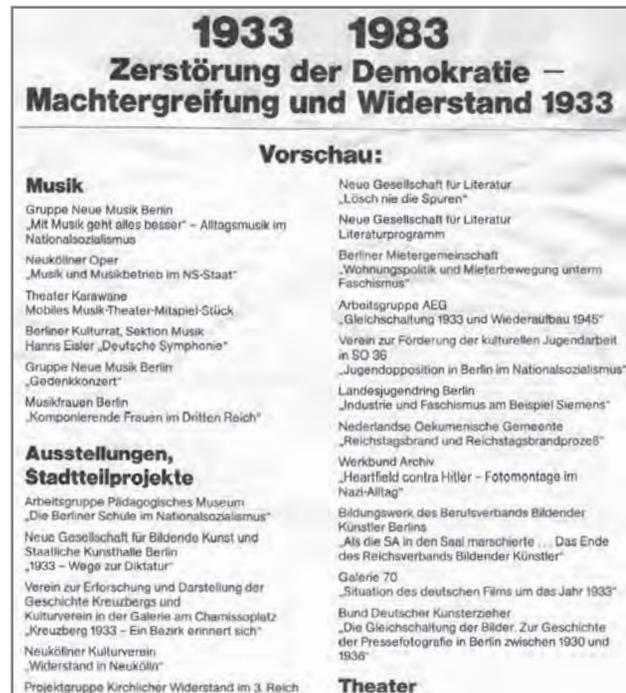


Abb. 4: Flugblatt, 1983

schichtarbeit von „unzivilen“ und extremistischen Akteuren, also „von unten“, aus?

### 1987: Zwischen Oppositionsbewegung und „Staatsknete“

1987 war bezüglich des Verhältnisses zwischen der BGW und dem Staat ein Schlüsseljahr, weil im Zuge der Feierlichkeiten für „750 Jahre Berlin“ plötzlich viel Geld und Aufmerksamkeit vorhanden war. Außerdem liefen heiße Debatten über das geplante Deutsche Historische Museum und ob sich die Geschichtsbewegung davon komplett abgrenzen sollte.

Mit dem boomenden Interesse innerhalb der deutschen Gesellschaft an Geschichte und einer wachsenden Resonanz in Wissenschaft, Medien und Politik, realisierten die Aktivist\*innen nach und nach, dass sie nicht mehr wirklich klar in der „Opposition“ waren. Das führte zum Dauerkonflikt innerhalb der BGW; er drehte sich zwangsläufig auch um die Notwendigkeit der Professionalisierung, die von einigen Mitgliedern der Bewegung befürwortet, von anderen aber als elitäre Entwicklung gesehen wurde. Letztere befürchteten, dass staatliche Finanzierung von Geschichtsjekten einer Selbstzensur gleichkomme und den Verlust ihrer kritischen Haltung nach sich ziehen



Abb. 5: Aus: Jürgen Kinter, Manfred Kock und Dieter Thiele: Spuren suchen – Leitfaden zur Erkundung der eigenen Geschichte, VSA Verlag, Hamburg 1985, S. 71

könne. Allerdings hatte sich die Geschichtswerkstatt e. V. schon 1984 zu ihren finanziellen Grenzen bekannt und begonnen, darüber nachzudenken, wie das Budget durch höhere Mitgliedsbeiträge, Fundraising oder Anträge um staatliche Unterstützung vergrößert werden könnte.

Obwohl die Geschichtswerkstatt die staatliche Tendenz, große Jahrestage und monumentale Museen pompös zu zelebrieren, zurückwies, glaubten einige Werkstättler\*innen, dass nur die Teilnahme an solchen Projekten „den großen Schluck aus der Pulle staatlicher Subventionierung verheißt“. <sup>(6)</sup> Für den frühen Aktiven Andreas Ludwig war die Antwort auf diese „Staatsknete-Debatte“ relativ unproblematisch: „Na selbstverständlich muss man Geld vom Staat

nehmen, was wir machen ist eine öffentliche Aufgabe, also wir haben uns sozusagen als rechtlicher Empfänger von Steuermitteln betrachtet.“ <sup>(7)</sup> Diese Spannungsverhältnisse sind auch heute noch aktuell:

*Hat zivilgesellschaftliche Erinnerungsarbeit noch genug kritisches Potenzial oder ist sie zu abhängig von staatlicher Förderung?*

### 1989: Die Rahmenbedingungen ändern sich

Ein weiterer wichtiger Moment für die BGW war natürlich die Revolution von 1989, der Mauerfall, die Vereinigung und alles, was sich daraus im Berliner Stadtgeschehen ergab. Ganz praktisch gesehen konnten nun die historischen Dampferfahrten eine ganz andere Route nehmen. Und der mobile Museumsbus konnte auf dem Alexanderplatz stehen (Abbildung 6).

Bis er Randalierern zum Opfer fiel, wurde dieser Bus auch genutzt, um Aufmerksamkeit auf verschiedene BGW-Erinnerungsprojekte und -proteste zu lenken – zum Beispiel auf die Forderung für ein Denkmal für die Opfer der NS-Euthanasiepolitik. Auch symbolische „Happenings“, die in der Regel mit einem „harten Kern“ von Aktivist\*innen in sehr kreativer Form stattfanden, gehörten zu den wirksamen Methoden der Geschichtsbewegung. Ein gutes Beispiel dafür war das alljährliche Ritual der Neubenennung der Rosa-Luxemburg-Brücke (Abbildungen 8 und 9).

Paradoxerweise trugen aber die individuell-professionell und die kollektiv-institutionell errungenen Erfolge der Geschichtsbewegung auch zu ihrem Abstieg bei – also dem Abstieg der bundesweit vernetzten Bewegung, nicht aber der daran beteiligten Werkstätten, die ja größtenteils weiterhin bestehen. Bemerkenswert viele Mitglieder der Bewegung haben, aufbauend auf ihrer Graswurzelarbeit, beeindruckende Karrieren entwickelt und auch institutionell einschlägige Rollen übernommen, beispielsweise als Museums- oder Gedenkstättenmitarbeiter\*innen. Damit haben sie viele Werte und Herangehensweisen der Geschichtsbewegung etabliert und sozusagen in den Mainstream ein-

6 *Geschichtswerkstatt* 14, April 1988, S. 8-9

7 Interview mit Andreas Ludwig, 14. August 2007

geführt. Das lässt sich als klassische Erfolgsgeschichte einer sozialen Bewegung einordnen.

Doch unproblematisch war diese Entwicklung nicht. Die Konflikte um drohende Kooptation durch den Staat und die Tücken der Professionalisierung erreichten ihren Höhepunkt gerade zu der Zeit, als sich mit dem Ende des Kalten Krieges der Diskurs über Geschichte und Erinnerung generell wandelte. Eine „neue Vergangenheit“ – die der DDR und der europäischen Teilung – wurde auf die erinnerungspolitische Agenda gesetzt. Besonders in Berlin änderte sich das politische und institutionelle Umfeld für Projekte schlagartig und erforderte eine Umorientierung. Unmittelbar nach Öffnung der Mauer gab es einige Versuche, mit Ostberliner Kolleg\*innen zu kooperieren und Projekte zur Geschichte der DDR zu initiieren. Deren Umsetzung gelang jedoch nur vereinzelt. Die BGW hielt größtenteils an ihren ursprünglichen Themenfeldern – NS-Geschichte, linke Geschichte, Alternativgeschichte – fest, in denen sie ja auch eine durchaus beachtliche Reputation entwickelt hatte.

*Trotzdem ist die Frage angebracht, wie „mobil“ die Herangehensweise und die „Marke“ Geschichtswerkstatt ist? Ließe sie sich fruchtbar auch auf „andere Vergangenheiten“ wie zum Beispiel die europäische Kolonialgeschichte anwenden? Gäbe es neue oder neuentdeckte Themen, mit denen die BGW ihre kritische und mobilisierende Kraft wiederbeleben könnte?*

### 1994 – Einflussnahme auf die Berliner Erinnerungslandschaft

Vor und nach 1990 hat sich die BGW immer wieder in viele lokale aber auch nationale Erinnerungs- oder Museumsprojekte eingemischt. Neben den schon erwähnten Debatten um das DHM gab es die Proteste um die Neue Wache und die Beteiligung an der Koalition von Gruppen, die sich für die Topographie des Terrors einsetzte. Zukunftsweisend war das Engagement der BGW – zusammen mit der Antifa Treptow für die Erinnerung an Zwangsarbeit, das Kontaktnäpfen mit ehemaligen davon Betroffenen und die Gründung des Dokumentationszentrums NS-

<sup>8</sup> <https://www.ns-zwangsarbeit.de/ueber-uns/> (eingesehen am 13.5.2023)



© Berliner Geschichtswerkstatt

Abb. 6: Eröffnung der Ausstellung „Von Krenz zu Kohl“, Sommer 1990

Zwangsarbeit in Niederschöneweide. Nachdem das Lager 1993 entdeckt worden war, begann 1994 das Projekt „Verdrängte Geschichte – Zwangsarbeiterlager der NS-Zeit in Berlin-Niederschöneweide“. Diese Arbeit der BGW war exemplarisch für die Prägung der Erinnerungslandschaft durch die Geschichtsbewegung und hat den Umgang mit NS-Zwangsarbeit auf Bundesebene einschlägig beeinflusst.

Trotzdem ist die Rolle der BGW und anderer zivilgesellschaftlicher Gruppen nicht Teil der Eigengeschichtsschreibung dieses Ortes. Auf der DZ-Website ist diese Arbeit nur vage angedeutet. Dort heißt es: „Die Entstehung des Dokumentationszentrums wäre nicht möglich gewesen ohne das starke bürgerschaftliche Engagement und die wachsende öffentliche Diskussion um die Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern.“<sup>(8)</sup> Dieses „Weglassen“ von Details ist kein Einzelfall. In der aktuellen Debatte über die Bedeutung des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur – irreführenderweise auch Historikerstreit 2.0 genannt – kommt die Rolle von bürgerschaftlichem Engagement und spe-



© Jenny Wüstenberg

Abb. 7: Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Niederschöneweide, September 2007

## Grabe, wo du stehst

ziell der Geschichtsbewegung bei der Entwicklung der Erinnerungskultur kaum vor. Die Wandlung der Erinnerungspolitik seit den 1980er Jahren wird meist als von politischen und intellektuellen Eliten verantwortet erklärt.

*Die Akteur\*innen von unten werden meist „vergessen“. Warum ist das der Fall? Ist dieses Vergessen ein Anzeichen der Kooptation durch staatliche Erinnerungsinstitutionen? Hat die Geschichts(werkstätten)bewegung es versäumt, die eigene Geschichte so öffentlichkeitswirksam zu schreiben, dass sie auch wirklich breit gesehen wird? Oder könnte das noch geschehen?*

### 2012: Der Kreis schließt sich?

Der vorletzte Moment, den ich hier beleuchten will, passierte im September 2012. Lange Jahre hatte sich die „Dampfergruppe“ der BGW dafür eingesetzt, dass die Fußgänger-Doppelbrücke über den Landwehrkanal den Namen Rosa Luxemburgs erhält. Nun wurde ein Teil der Brücke offiziell in Rosa-Luxemburg-Steg benannt. Es ist ein Beispiel eines klar zu belegenden und sichtbaren Erfolgs der Geschichtsbewegung. Durch hartnäckiges Beharren und Kreativität wurde erreicht, dass ein für das linke Selbstverständnis wichtiger Ort und eine wichtige Persönlichkeit öffentlich gewürdigt wurden. Hier lässt sich auch die beeindruckende Transformation, die der deutsche Staat durchlaufen hat, konkret erkennen.

26 Jahre hat es gebraucht, die Brücke umzubenennen. Auf der unteren Abbildung ist zu sehen, dass viele frühe Mitstreiter\*innen der BGW den frostigen Bedingungen der Gedenkfeier nach der Umbenennung 2013 trotzten – also noch immer aktiv dabei waren. Das reflektiert das über die Jahre gepflegte Gemeinschaftsgefühl und die Bedeutung der gemeinsamen Sache, die auch heute wieder gefeiert gehört.

*Aber es stellt sich auch die Nachwuchsfrage: Wie kann man junge Leute dazu bewegen, sich bei der BGW zu engagieren? Braucht man neue Technologien? Eine emotionalere Herangehensweise? Vielleicht neue Themen?*



Abb. 8: Polizisten entfernen das Schild der Berliner Geschichtswerkstatt an der Brücke im Tiergarten, 1987

### 2023

Die Geschichtsbewegung veränderte die Aufarbeitung der Vergangenheit in Westdeutschland und dann im vereinten Deutschland tiefgreifend – sowohl durch ihre stetige und oft kleinteilige Erinnerungsarbeit als auch durch ihre Protestaktivität. Die Frankfurter Rundschau schrieb beispielsweise: „Ihre herausragende Leistung besteht sicherlich in der Aufarbeitung des deutschen Faschismus bis in den kleinsten Stadtteil hinein.“ Etwas allgemeiner stellt Detlef Siegfried fest: Die Geschichtswerkstätten haben sich „an den historischen Selbstvergewisserungsdebatten der Gesellschaft massiv beteiligt, also Geschichte kommuniziert – und zwar in die Tiefe der Gesellschaft, als Teil einer breiteren außerparlamentarischen Bewegung, die die politische Kultur der Bundesrepublik insge-



Abb. 9: Mitglieder der Berliner Geschichtswerkstatt feiern am neu benannten Rosa-Luxemburg-Steg, 13. Januar 2013

samt stark geprägt hat.”<sup>(9)</sup> Es ist allerdings wichtig zu betonen, dass zivilgesellschaftliche Erinnerungsarbeit und Erinnerungsprotest nicht automatisch kritisch, emanzipatorisch oder demokratisierend sind. Rechts-extremistische Kräfte üben sich sogar sehr viel im Erinnerungsprotest und sind sehr effektiv dabei.

Die großen Themen und die Herangehensweise der BGW bleiben aktuell und bedeutsam, sind aber heutzutage nicht mehr in gleicher Weise kontrovers und oppositionell, denn ihr Ansatz hat sich zumindest teilweise etabliert und genießt viel gesellschaftliche und staatliche Unterstützung. Deshalb ist die Arbeit von Geschichtswerkstätten auch nicht mehr so auf-rüttelnd für unser Demokratieverständnis. Gleichzeitig sind heute geschichtspolitische Fragen und was ich „Memory Activism” nenne – also inklusive Proteste um Monumente, die an rassistische oder koloniale Vergangenheiten erinnern – hochaktuell und fast täglich in den Schlagzeilen.

*Kann man das eine neue Geschichtsbewegung nennen? Und was wäre dabei die Rolle der Berliner Geschichtswerkstatt? Wäre es gut, wieder mehr Protest zu machen und wie könnte das aussehen? Wie hätte heute Erinnerungsarbeit und -protest die größte Wirkung auf die Demokratie?*

9 Siegfried, Detlef (2003): Subversiver Alltag – Geschichtswerkstätten zwischen Politik und Wissenschaft. In: Volker Böge, Beate Meyer, Sielke Salomon (Hrsg.) 25 Jahre Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel – Festschrift. Hamburg: Galerie Morgenland e. V., S. 103

## Vortrag

**Dr. Andreas Bräutigam**, Berliner Geschichtswerkstatt

### 40 Jahre Erinnerungsarbeit am Beispiel der Geschichtswerkstatt Lichtenrade

In den 1980er Jahren fanden sich vielerorts politisch aktive Menschen in diversen Gruppen zusammen, die im Rahmen der Friedens- und/oder Umweltbewegung entstanden waren. Die Berliner Geschichtswerkstatt gründete sich und in Berlin-Lichtenrade entstand innerhalb der Jugendarbeit der evangelischen Kirchengemeinde die Geschichtswerkstatt Lichtenrade. Es war eine Gruppe junger Erwachsener im Alter um die 20 Jahre in Ausbildung oder Studium, die sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ihres Stadtteils zu beschäftigen begannen, zunächst angeleitet von einem engagierten Sozialarbeiter der Gemeinde. Drei wesentliche Motive für das Engagement in dieser Gruppe lassen sich rekonstruieren und benennen:

1. Da war zum einen die Beschäftigung mit dem Thema „Krieg“ im Rahmen der damaligen Friedensbewegung, die sich konkret gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa (inklusive der BR Deutschland) richtete. Bei der geplanten Stationierung handele es sich um eine „Nachrüstung“ gegen die zuvor von der damaligen Sowjetunion stationierten und gegen Westeuropa gerichteten Mittelstreckenraketen, so die Argumentation der westlichen Verantwortlichen. Zusammen mit ihren militärischen Einsätzen in Afghanistan wurde die Sowjetunion in dem seinerzeitigen Kalten-Kriegs-Klima von einem Großteil der Medien und politisch Verantwortlichen als Kriegstreiber dargestellt und in einem entsprechend großen Teil der Bevölkerung traditionell als solcher auch wahrgenommen.

Gegen diese Stimmung war rhetorisch nur schwer anzukommen. Ein wesentliches Argument war der Blick in die Geschichte, vor allem in die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs: Die Sowjet-

union wurde von Nazi-Deutschland überfallen. Die osteuropäischen Menschen galten in der nationalsozialistischen Ideologie als Untermenschen, dazu bestimmt, den deutschen Ariern bestenfalls als Sklaven im zu erobernden Lebensraum zu dienen. Unendliches Leid hat Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg in die Sowjetunion getragen. Entsprechend war dieses Land als Kriegsoffer mit dramatischen historischen Erfahrungen und wenig Interesse an erneuten kriegerischen Auseinandersetzungen anzusehen. Der Vorwurf der Kriegstreiberei an die Sowjetunion kam für erhebliche Teile der Friedensbewegung – so auch für uns – einer „Bedrohungslüge“ gleich, deren historische Wurzeln aufzudecken und zu hinterfragen waren.

2. Ein zweites Moment war im Jahre 1983 die Ausstellung in der Staatlichen Kunsthalle in der Budapester Straße aus Anlass des 50. Jahrestages der Machtübertragung an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933.<sup>(1)</sup>

Durch sie erfuhren wir anhand einer Übersichtskarte von Berlin von der früheren Existenz eines KZ-Außenlagers von Sachsenhausen in unserem Stadtteil Lichtenrade sowie auch in vielen anderen Berliner Bezirken. Das machte uns fassungslos, beschäftigten wir uns doch gerade in Vorbereitung auf eine Gedenkstättenfahrt nach Polen mit dem KZ-System der Nazis.

3. Schließlich war es der Kontakt zu Zeitzeugen, der uns nachhaltig prägte: Zum einen durch die Teilnahme an antifaschistischen Stadtrundfahrten durch den Bezirk Tempelhof – hier lernten wir Emil Ackermann und Wolfgang Szepansky, zwei ehemalige Sachsen-

<sup>1</sup> Staatliche Kunsthalle Berlin und Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (Hrsg.): 1933 – Wege zur Diktatur. Berlin, 1983. Im Ausstellungskatalog wird auf den Seiten 290 ff. über das KZ Sachsenhausen und seine Nebenlager in Berlin berichtet.



© Andreas Bräutigam

Gedenkveranstaltung am 8. Mai 1985 in Lichtenrade

hausen-Häftlinge, kennen und erhielten Kontakt zur Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN/BdA).

Zum anderen durch die Teilnahme an mehreren Gedenkstättenfahrten der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste nach Polen – in der Gedenkstätte Oswiecim (Auschwitz) lernten wir Tadeusz Szymanski kennen, der Auschwitz-Häftling war und dessen Berichte für uns zu einer bleibenden Verpflichtung wurden, dem Thema Faschismus unsere weitere Aufmerksamkeit zu widmen.

### Was wollten wir?

Zurück in Berlin war es unser Ziel, über den Faschismus und seine „Nähe“ zu den Alltagserfahrungen und –handlungen der Menschen aufzuklären, und zwar konkret durch Errichtung einer Erinnerungs- und Gedenktafel am Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers von Sachsenhausen in Lichtenrade. Diese Erinnerung vor Ort sollte zum einen der Opfer gedenken, zum anderen verdeutlichen, dass Faschismus nicht weit

entfernt, sondern „direkt vor der Haustür“ stattfindet und die Menschen sehr unmittelbar betroffen und beteiligt sind. Durch diese Nähe können und sollten sie sich über ihr Handeln oder Nichthandeln Rechenschaft ablegen.

So verstanden und verstehen wir „Geschichte von unten“ als basisdemokratisch-emanzipatorischen Ansatz der Geschichtsschreibung, der die kleinen Leute – ob als Opfer oder Täter – nicht nur als passives Objekt, sondern als aktives Subjekt, als Akteur der Geschichte begreift. *„Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern“* – allerdings im Positiven wie im Negativen. Dieses afrikanische Sprichwort war ein viel zitiertes Motto der Friedensbewegung der 1980er Jahre und auch wir machten es zu unserem Leitspruch. Die eigenen Handlungen der Menschen stellten wir in den Mittelpunkt unseres Aufklärungsanspruches. Damit sich Faschismus nie wieder ereignet, müssen die Menschen antifaschistisch handeln. Was heißt das aber? Und welche Möglichkeiten hat der oder die Einzelne konkret in der jeweiligen Lebenssituation?



*Antifaschistischer Rundgang mit Wolfgang Szepansky (Mitte) durch Lichtenrade, 2006*

Zeitzeugen des Faschismus – insbesondere seine Opfer und die, die ihm widerstanden – spielten für uns eine wesentliche Rolle in diesem Aufklärungsbestreben. Wir haben im Laufe der Zeit noch viele kennengelernt. Als authentische Quellen konnten und können sie die Nachgeborenen berühren und ihnen Vorbild sein. Sie geben den Opfern Namen und damit eine Individualität als Menschen. Durch ihre authentischen Schilderungen machen sie den NS-Terror und die eigenen Handlungsmöglichkeiten sinnlich erfahrbar, lösen beim Zuhörer Betroffenheit, Empathie und individuelle Anteilnahme aus – eine wesentliche Voraussetzung für eigenes emanzipatorisches Handeln in der Gegenwart vor dem Hintergrund kollektiver geschichtlicher Erfahrung.

Oral History („Erzählte Geschichte“) war für uns daher eine wesentliche Methode. Ob wissenschaftlich anerkannt, war uns herzlich egal. Für uns war sie legitim, weil Erkenntnis bringend.

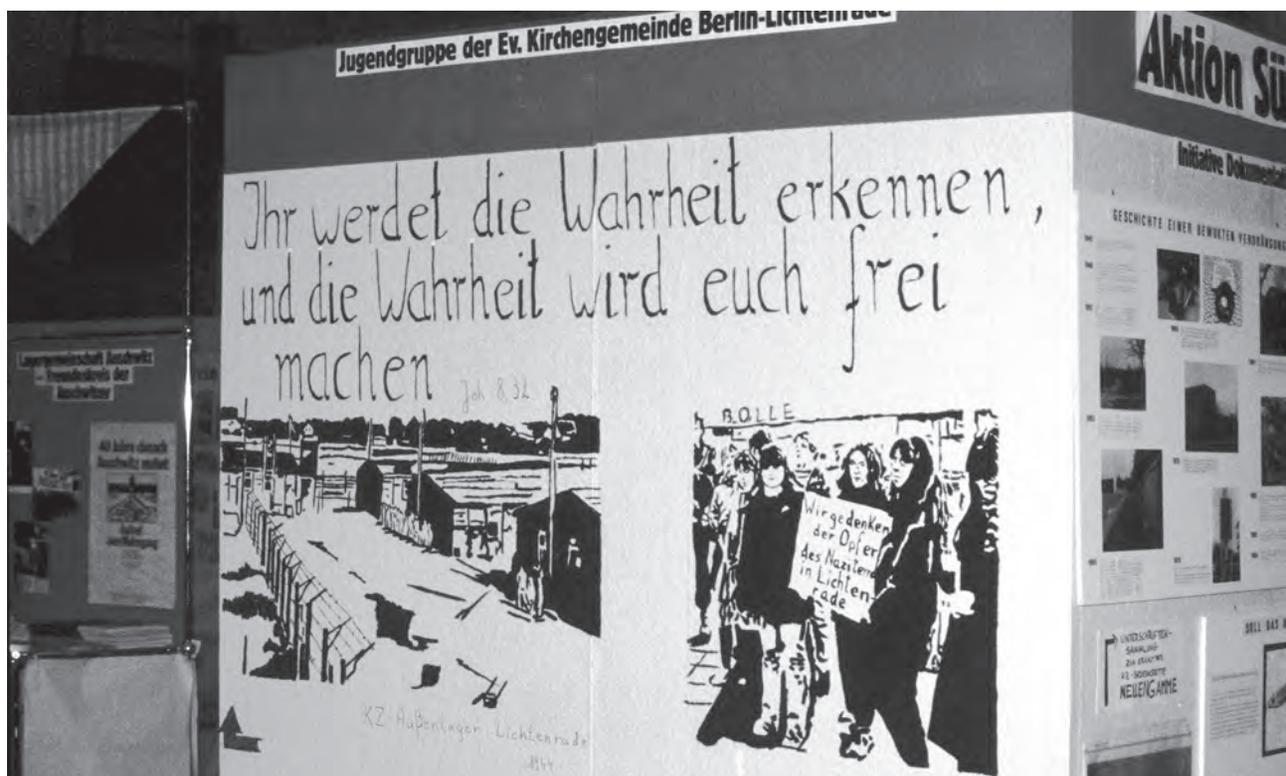
Mit unserem Anliegen einer Gedenktafel am Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers von Sachsenhausen in Lichtenrade blitzten wir bei der Bezirksverwaltung zunächst ab. Was kann eine Jugendgruppe – zwar unter dem Dach und der Obhut der evangelischen

Kirche – schon wollen? Außerdem sei zuerst mal zu beweisen, dass das Lager überhaupt existierte und, wenn ja, an welcher Stelle: Ein geradezu paradoxes Ansinnen der Bezirksverwaltung, hatten wir doch unsere Anfangsinformation aus der genannten Ausstellung in der Staatlichen Kunsthalle. Wir nahmen aber den Kampf um „unsere“ Gedenktafel auf.

### **Was haben wir erreicht?**

Wir lernten Recherchieren: Neben Zeitzeugeninterviews auch anhand alter Zeitungen, Fotografien, Stadtplänen und Akten in diversen Archiven. Und wir lernten wissenschaftliches Arbeiten: Quellenangaben, Quellenkritik, Fußnoten, Verbinden von Informationen aus unterschiedlichen Quellen zu einem Gesamtbild, Einbindung der Informationen zum lokalen Geschehen in übergreifende historische Handlungen und Ereignisabfolgen, Wahrnehmung von Widersprüchen in den Quellen, Bewertungen und Schlussfolgerungen. Bei all diesem stand die Würdigung der NS-Opfer immer an oberster Stelle.

Ergebnis waren Ausstellungen und Veranstaltungen, die wir im Gemeindezentrum des Ortsteils, aber auch



Präsentation der Ausstellung auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf, Juni 1985

1985 auf dem evangelischen Kirchentag in Düsseldorf präsentierten. 1990 erschien dann unser Buch mit dem Titel „Direkt vor der Haustür – Berlin-Lichtenrade im Nationalsozialismus“ in einer Auflage von 2000 Exemplaren, die seit langem vergriffen sind. Es fasste unsere bis dahin erzielten Erkenntnisse zusammen.

Heute haben wir in Lichtenrade nicht nur am Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers von Sachsenhausen ein Mahnmal (1987). Als Mahn- und Erinnerungsorte an den Nationalsozialismus existieren weiterhin eine Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus auf dem evangelischen Kirchhof in der Paplitzer Straße (1996), die offizielle Benennung des Erich-Hermann-Platzes (2003) und insgesamt 33 Stolpersteine an 13 über den Ort verteilten Adressen (2007).

Die Geschichtswerkstatt Lichtenrade, seit 2002 Projektgruppe der Berliner Geschichtswerkstatt, hat für ihre langjährige Aufklärungsarbeit – Stadtrundgänge, Lesungen, Veranstaltungen mit Zeitzeugen et cetera mit über die Jahre Hunderten von Teilnehmern – bezirksoffizielle Anerkennung erfahren:

- Durch Verleihung der Urkunde für besondere Verdienste um den Bezirk Tempelhof-Schöneberg durch den Bezirksbürgermeister im Jahr 2002,
- durch die Einladung als Sachverständige im Ausschuss für Bildung und Kultur der BVV Tempelhof-Schöneberg zur Frage der Platzbenennung und Gedenktafel für Erich Hermann im Jahr 2003,
- durch Auszeichnung mit dem Förderpreis des Bezirkes Tempelhof-Schöneberg für ehrenamtliches Engagement im Jahr 2007.

Im Rahmen des Programms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird die Geschichtswerkstatt im „Lokalen Aktionsplan des Bezirkes Tempelhof-Schöneberg von Berlin“ (2007) neben vielen anderen als „vorhandenes Netzwerk, zivilgesellschaftliche Initiative, Partner und Ressource“ bezeichnet, allerdings ohne dass das zu spürbaren Folgen und Veränderungen geführt hätte.

Erst jüngst, im März 2023, erhielt die Geschichtswerkstatt Lichtenrade die Einladung, sich in den Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie (PfD) Tempelhof-Schöneberg einzubringen. Die Partnerschaften für Demokratie sind Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Arbeitsschwerpunkte liegen auf der Antisemitismusprävention, in der Stärkung jüdischen Lebens und in der Demokratieförderung. Aufgabe der Begleitausschüsse ist, die Strategie und Ziele der Partnerschaften in Form von Förderung und Ausrichtung mitzubestimmen. Wie das konkret aussieht und welche Wirkung damit verbunden ist, wird abzuwarten sein. Warum die Fokussierung auf Antisemitismusprävention liegt und warum nicht breiter von Antirassismus gesprochen wird, ist nicht ganz klar. Da war das genannte 2007er Programm von seinem Ansatz her breiter aufgestellt.

Parallel zu diesen Indizien offizieller Anerkennung und Akzeptanz für antifaschistische Arbeit und einem breiten antifaschistischen gesellschaftlichen Grundkonsens sind jedoch weitere Entwicklungen wahrzunehmen:

Oral History hat sich in der Geschichtsschreibung als Methodik etabliert und wissenschaftlich weiterentwickelt. Regionalgeschichtliche antifaschistische Forschungs-, Bildungs-, Gedenk- und Aufklärungsarbeit unterlag und unterliegt einer zunehmenden Professionalisierung und Institutionalisierung. Das ist einerseits zu begrüßen, da dem Forschungs- und Aufklärungsanliegen damit materielle Ressourcen zur Verfügung stehen, die der Arbeit Breitenwirkung und Kontinuität verleihen.

Auf der anderen Seite geht damit ein zunehmend wissenschaftliches Expertentum einher, das den ursprünglich emanzipatorischen Ansatz der Geschichtsbewegung „von unten“, die Menschen zu eigenem verantwortlichen Handeln zu bewegen, konterkariert.

Zeitzeugen sterben aus und werden im Zuge der Verwissenschaftlichung auf die Quellenfunktion reduziert. Es geht um die Sicherung und Objektivierung ihrer gegebenen Informationen, nicht so sehr um ihre Individualität und Persönlichkeit und die Wahrnehmung ihrer Erfahrungen als Opfer und/oder Widerstandskämpfer. Im wissenschaftlichen Disput mögen diese Subjektivitäten sogar stören. Daher kann es

auch sinnvoll sein, Zeitzeugen nicht mehr zu befragen, wenn dadurch keine neuen Erkenntnisse mehr zu erwarten sind, so die Äußerung eines exponierten Wissenschaftlers auf einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema.

Auf der anderen Seite erfahren geschichtliche Themen – nicht nur, aber gerade auch der Nationalsozialismus – einen schon länger andauernden Boom in der Verarbeitung und Aufbereitung durch die Medien. Es gibt fast keinen thematischen Aspekt, der nicht durch ein „passendes“ Zeitzeugensegment zu illustrieren wäre. Die Zuhörer- und Zuschauerschaft wird dabei in die Rolle passiver Konsumenten gedrängt, quasi in das Gegenteil von emanzipatorischer Handlungspotenz. Es besteht die Gefahr, dass geschichtliche Themen zu unterhaltendem, unkritisch reflektiertem Konsumgut werden, ohne den Anspruch, aus der Geschichte zu lernen und sich in den Traditionslinien emanzipatorischer Bewegungen zu verorten. Der Geschichtswerkstatt ging es ja gerade nicht um die Reproduktion von hegemonialer Geschichtsschreibung aus der Perspektive und Interpretation „der Herrschenden“, sondern ausdrücklich um den emanzipatorischen Ansatz „von unten“.

### Was ist offen?

Was bedeutet das bisher Gesagte für die aktuelle Arbeit? Die Lichtenrader Gruppe arbeitet weiter im kleinen Kreis, macht regelmäßig Stadtteilrundgänge und setzt sich für antifaschistisches Gedenken ein. Auf der Wunschliste stehen noch:

- Eine ergänzende Informationsstele am Mahnmal für das KZ-Außenlager von Sachsenhausen am Bornhagenweg in Lichtenrade. Ein entsprechender Beschluss der BVV Tempelhof-Schöneberg liegt seit 2014 vor, auch der Textentwurf ist bereits durch die bezirklichen Gremien Gedenktafelkommission, Kulturausschuss und BVV 2020 positiv abgestimmt; die endgültige Realisierung steht noch aus.
- Eine ebensolche Informationsstele am Standort des ehemaligen KZ-Außenlagers von Sachsenhausen an der Motzener Straße, früher Lichtenrader Weg, in Marienfelde.

- Aktualisierte Dokumentationen/Veröffentlichungen mit den gegenüber 1990 stark erweiterten Recherche-Ergebnissen zu den KZ-Außenlager-Standorten Lichtenrade und Marienfelde sowie zur Geschichte Erich Hermanns. Wünschenswert wäre eine solche auch zum Thema „NS-Zwangsarbeit in Lichtenrade“.

Insgesamt ergibt sich aber ein „Nachwuchsproblem“ für die Geschichtswerkstatt und für antifaschistische Bildungsarbeit allgemein. Dabei hat das Grundanliegen des emanzipatorischen Lernens aus der Geschichte nichts an Aktualität verloren.

Da die Zeitzeugen und Opfer des Faschismus fast nicht mehr zur Verfügung stehen, stellt sich die Frage, wie das Fehlen ihrer Authentizität für die nachfolgenden Generationen ersetzt werden kann. Hier bekommen ihre Nachkommen oder ihre Gesprächspartner zu Lebzeiten – sozusagen als Sekundärzeitzeugen – eine zunehmende Bedeutung. Durch die sehr persönlichen, freundschaftlichen Kontakte zu einigen Zeitzeugen und ihren Berichten ist es der Lichtenrader Gruppe bislang gelungen, hier einen Weg für sich zu finden.

Dennoch sind Fragen mit dieser Problematik verbunden: Können wir Nachgeborenen überhaupt diese Funktion übernehmen? Sind nicht auch wir eher Zeitzeugen in eigener Sache und Interpretation und damit nur unzureichende Anwälte früherer Generationen? Können wir für sie und in ihrem Sinne wirklich sprechen, auch wenn wir uns als ihre Erben betrachten? Wie weit entfernen wir uns mit fortlaufender Zeit von den Anliegen der Altvorderen? Der Schwur von Buchenwald lautet:

*„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel ...“*

Verstehen wir und die nachfolgenden Generationen den Schwur von Buchenwald noch ebenso wie die Buchenwalder selbst?

Einen sehr interessanten Ansatz der Geschichtsvermittlung lernten wir 2022 in Lichtenrade kennen.

Die selbstorganisierte Theatergruppe „Tütü Sabotage“ griff die Geschichte von Erich Hermann auf und verarbeitete sie auf Basis der von uns recherchierten Archivmaterialien zu einem Theaterstück. Erich Hermann war ein junger Kommunist, der in der Silvesternacht 1932/33 durch einen SA-Mann in Lichtenrade erstochen wurde. Heute ist der Platz zum Gedenken an die Tat nach Hermann benannt.

Sieben Vorstellungen des Stückes wurden 2022 im Sozialen Zentrum in der Wünsdorfer Straße 56 in Lichtenrade aufgeführt. Alle sieben Aufführungen waren kostenfrei und jeweils bis auf den letzten Platz ausgebucht. Die bewegende Inszenierung wurde vom Publikum mit großer Anteilnahme und Respekt für die Umsetzung des historischen Stoffes und die schauspielerische Leistung aufgenommen. Im Anschluss liefen wir – das Ensemble, das Publikum sowie Ruth und Andreas von der Geschichtswerkstatt Lichtenrade – jeweils zum Erich-Hermann-Platz, dem historischen Ort der Tat. Dort wurden ergänzende Informationen zum damaligen Geschehen und zum Werdegang der Platzbenennung nach Erich Hermann im Jahr 2003 gegeben und des Opfers in einer kurzen, stimmungsvollen Inszenierung gedacht.

Für uns als Geschichtswerkstatt Lichtenrade hat sich gezeigt, dass Theater eine wertvolle Methode ist, um Geschichte(n) zu vermitteln und dabei die emotionale Ebene bei Menschen anzusprechen. Die Theatergruppe hat sich intensiv mit dem historischen Stoff und Fragen der Inszenierung auseinandergesetzt, um die damals Handelnden nicht klischeehaft, sondern als Menschen mit komplexen Persönlichkeitsmerkmalen darzustellen. Und sie haben es geschafft, die „unsichtbare Wand zwischen Schauspiel und Publikum“ zu überwinden. In der Schlusszene etwa kam es durch das Heraustreten der Schauspielenden aus ihren Rollen zu einer Verbindung der Zeitebenen – Spielzeit zu Jetztzeit – und der Schauspielenden zum Publikum. Alle gemeinsam standen gewissermaßen beim aufgebahrten Erich Hermann und gedachten seiner. Das entspricht vielleicht – nach Jenny Wüstenberg – der „emotionaleren Herangehensweise, damit aus Erinnerungsarbeit auch wieder Erinnerungsprotest werden kann“. Wir haben ihn – so glaube ich – bitter nötig. Wir hoffen, die produktive Kooperation mit unseren Neu-Lichtenrader Freunden von „Tütü Sabotage“ fortzusetzen.



# Die Rote Insel – Geschichte eines ehemaligen Schöneberger Arbeiterviertels

**Moderation: Dr. Andreas Bräutigam, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.**

**Referent:innen: Gisela Wenzel, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.; Martin Forberg, Stadtbild-erklärer; Annette Maurer-Kartal, Stadtteilverein Schöneberg**

*Montag, 21. November 2022, 19:00 Uhr*

Das Areal zwischen den Gleisanlagen der Nord-Süd-Bahn, der Wannseebahn und der Ringbahn wird landläufig als „Insel“ bzw. seiner historischen Eigenschaft eines proletarischen Wohnquartiers wegen als „Rote Insel“ bezeichnet. Eines der ersten Projekte, das die Berliner Geschichtswerkstatt bekannt gemacht hat, war ihre Ausstellung und das Buch zur Geschichte des Schöneberger Arbeiterviertels „Die Rote Insel“ aus dem Jahr 1987. 1989 wurde sie auch im Ostteil der Stadt – der damaligen Hauptstadt der DDR – präsentiert.

Was hat die Berliner Geschichtswerkstatt in den 1980er Jahren auf der „Insel“ vorgefunden? Wie hat sich das Quartier seitdem verändert und weiterentwickelt? Welche neuen Ansätze für eine „Geschichte von unten“ gibt es im Stadtteil? Die Veranstaltung zeichnet die 40-jährige Arbeit der BGW zur „Roten Insel“ nach, fragt nach Wirkungen und Perspektiven.

## Veranstaltungsbericht

**Jürgen Karwelat**

### Wie rot ist die Insel noch?

Wenn sich zu einer Veranstaltung im Laden der Berliner Geschichtswerkstatt 30 Leute versammeln, dann wird es nicht nur eng und kommunikativ, sondern als Folge meist auch produktiv.

Am Montag, den 21. November 2022, war es wieder einmal so weit, als 33 Interessierte kamen, um die Geschichte der Roten Insel, eines ehemaligen Schöneberger Arbeiterviertels, zu hören. Gisela Wenzel, Mitglied der Berliner Geschichtswerkstatt, Annette Maurer-Kartal vom Stadtteilverein Schöneberg und Martin Forberg, Menschenrechtsaktivist und Stadtteilführer, präsentierten unter der souveränen Leitung von Andreas Bräutigam ein buntes Bild des sich verändernden Stadtteils. Dabei ging es nicht nur um die Geschichte selbst, sondern auch um die Vermittlung von Geschichte sowie um die Zukunft der Insel und den zu schaffenden „Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber“.



© Berliner Geschichtswerkstatt

*Moderator Dr. Andreas Bräutigam (Mitte) und Referent:innen Martin Forberg, Annette Maurer-Kartal und Gisela Wenzel (von rechts)*

Unser Gründungsmitglied Gisela Wenzel wunderte sich eingangs, dass das Interesse an der Roten Insel seit den ersten Aktivitäten der Geschichtswerkstatt

im Jahr 1983 bis heute nicht nachgelassen hat. Das abgeschlossene kleine Gebiet zwischen den Gleisen der ersten preußischen Eisenbahnen war schon vor dem Ersten Weltkrieg und erst recht in der Zeit der Weimarer Republik eine Hochburg der Sozialdemokratie und der Kommunisten und war auf diese Weise zu seinem Namen gekommen. Der Stadtteil hat die Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg nahezu unbeschadet überstanden. Die Häuser aus der Kaiserzeit sind erhalten. Allerdings waren es kleine, beengte Wohnungen, und es gab wenige Grünflächen auf der Insel. Hinzu kam in den 1920er Jahren eine Müllverbrennungsanlage nahe dem heutigen Bahnhof Südkreuz auf dem Gelände der Berliner Stadtreinigung in der Ringbahnstraße.

Gisela Wenzel betonte, dass die Insel schon Anfang der 1980er Jahre Anlaufpunkt für die „Antifaschistischen Stadtrundfahrten“ gewesen sei, weil am Ort der ehemaligen Kohlenhandlung in der Torgauer Straße auf den SPD-Politiker Julius Leber hingewiesen werden konnte. Die Widerständler trafen sich im Büro seiner Kohlenhandlung. Nach dem Zweiten Weltkrieg betrieb Annedore Leber dort ihren Mosaik-Verlag, in dem sie viele Bücher zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus herausgab. Eine kleine Gruppe machte sich im Jahr 1982 daran, Material über die Insel zum Beispiel aus alten Schönberger Zeitungen zusammen zu tragen. 1983, anlässlich von 50 Jahren Machtübergabe an die Nationalsozialisten, kam es dann mit einfachen Mitteln zu einer ersten Ausstellung im damaligen Begegnungsprojekt „PallasT“ in der Schöneberger Pallasstraße.

Unvergleichlich größer war die von verschiedenen staatlichen Stellen finanzierte Ausstellung der Roten Insel im Rahmen der 750-Jahr-Feier Berlins im Jahr 1987. Die Berliner Geschichtswerkstatt organisierte zu diesem Anlass neben dieser Ausstellung zwei weitere Projekte, nämlich über die Geschichte des Lindenhofs, einer genossenschaftlichen Siedlung am Rande Schönebergs zu Tempelhof, und über die Nachkriegsgeschichte des Weddings, „hart an der Grenze“, nicht nur im Hinblick auf die Nähe zu Ost-Berlin.

Mit zahlreichen beeindruckenden Fotos erläuterte Gisela Wenzel die Insel-Ausstellung, die im ehemaligen Pferdebahnhof in der Monumentenstraße stattfand. Der Aufgang mit den leichten Stufen, den die Pfer-

de zu ihren Ställen im ersten Stock nehmen mussten, war noch vorhanden. Es wurden auch die Räume von „Marcus Metallbau“ genutzt, aus deren Werkstatt an der Außenfassade zwei große Adlerflügel angebracht wurden. Die spektakulären Flügel waren der Geschichtswerkstatt nach ihrer Präsentation in der großen Preußen-Ausstellung im Jahre 1981 überlassen worden. Gisela Wenzel wusste zu berichten, dass die Flügel in die angrenzende S-Bahn-Böschung gestürzt, dort später entdeckt und dann für die Preußen-Ausstellung verwendet worden waren. Die Fotos der Rote-Insel-Ausstellung zeigten, dass sich die damalige Arbeitsgruppe auch mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus beschäftigt hatte. Der Schreibtisch von Julius Leber war nachgestellt und auch der Koffer, mit dem durch auslaufende Säure Parolen auf die Straßenoberfläche aufgebracht worden war, war zu sehen.

Zur Geschichte der Roten Insel gehört auch, dass es im Rahmen der Annäherung von Ost- und West-Berlin im Frühjahr 1989 zu einer Ausstellung im Museum „Berliner Arbeiterleben um 1900“ in der Husemannstraße in Prenzlauer Berg kam. Die Berliner Geschichtswerkstatt präsentierte sich in Ost-Berlin nicht nur mit der Ausstellung über die Rote Insel, sondern auch mit anderen Projekten und weiteren Beispielen zur Geschichtsarbeit im Westen der Stadt. Ein Problem gab es mit der Handdruckmaschine aus den 1930er Jahren, die zur Veranschaulichung des politischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus gezeigt werden sollte. An der Grenze gab es Diskussionen. Anscheinend hatten die Zöllner Befürchtungen, dass damit Parallelen zu Aktivitäten der DDR-Bürgerrechtsbewegung gezogen werden könnten, die zu diesem Zeitpunkt noch ähnliche Geräte verwendeten. Letztlich gelang der Grenzübertritt mit der Maschine, die dann in der Ausstellung präsentiert wurde.

Das Interesse an der Geschichte der Roten Insel hat über die Jahre nicht nachgelassen. 2008 legte die Berliner Geschichtswerkstatt ihr Buch von 1987, um ein neues Einleitungskapitel ergänzt, wieder auf. Bei der Premiere des 2008 neu angesetzten Rundgangs über die Insel kamen sage und schreibe 80 Personen zusammen.

Martin Forberg, der sich selbst als „Zugezogenen“ bezeichnete, kam 1997 auf die Rote Insel und be-



© Berliner Geschichtswerkstatt

*Jeder Platz war besetzt von Interessierten unterschiedlichsten Alters*

gann einige Jahre später, dort Rundgänge anzubieten. Er betonte, dass es der ältesten Bürgerinitiative Deutschlands, der „Bürgerinitiative Westtangente“, zu verdanken sei, dass die Rote Insel überhaupt noch existiere. Wären die Pläne zum Autobahnbau in den 1970er und 80er Jahren nicht verhindert worden, wäre ein Teil der Häuser auf der Insel abgerissen worden. Anders als bei den Rundgängen der Berliner Geschichtswerkstatt will Forberg eine konkrete politische Botschaft vermitteln. Er befindet sich „auf den Spuren der Menschenrechte“. Die Insel gibt reichlich Anknüpfungspunkte dafür. Nahe der Königin-Luise-Gedächtniskirche hatte sich die Frauenwohngemeinschaft „Gusti“ gebildet. Nicht ohne Ironie hatte die WG mit ihrem Namen auf die „Kirchen-Guste“ Bezug genommen. Dies war der Spottname von Königin Luise, der Frau von Kaiser Wilhelm II., weil sie unzählige evangelische Kirchen in Preußen eingeweiht hatte.

Neben dem Hinweis auf den Kampf für Frauenrechte gab es Gelegenheit, auf den fehlenden Aufzug im S-Bahnhof Leberstraße hinzuweisen. Behinderte, für deren Rechte sich die Gesellschaft einsetzen müsse, würden hier aus dem normalen Leben ausgegrenzt.

Letztlich ist die Geschichte des Nationalsozialismus untrennbar mit der Erklärung der allgemeinen

Menschenrechte verbunden, da deren Proklamation unmittelbare Folge der Barbarei der Nazis war. „Die Einhaltung der Menschenrechte ist keine innere Angelegenheit einzelner Staaten“, betonte Forberg und erwähnte, dass der Verein „Schöneberg hilft“, der zurzeit vor allem Flüchtlinge aus der Ukraine unterstützt, auf der Roten Insel seinen Sitz hat. Bezüge zu den aktuellen Diskussionen über die Verantwortung Deutschlands für Verbrechen während der Kolonialzeit stellte Martin Forberg her, indem er darauf hinwies, dass das 1. Eisenbahnbataillon seine Kaserne auf der Roten Insel hatte. Die Soldaten waren unmittelbar beteiligt an der Niederschlagung von Aufständen im damaligen Deutsch-Südwestafrika.

Annette Mauer-Kartal kennt sich auf der Insel auch wegen ihrer Tätigkeit im Stadtteilverein Schöneberg aus, der unter anderem soziale Beratung und Jugendarbeit anbietet und Kindertagesstätten betreibt. Ihr fiel auf, dass sich die Insel schleichend verändere. In der Vergangenheit habe es praktisch keine Wohnungsbau- oder Kapitalgesellschaften gegeben, die eine größere Anzahl von Häusern besaß. Es habe kleinteilige Eigentumsverhältnisse mit vielen Einzel Eigentümern von Häusern gegeben. Verstärkt komme es jetzt aber zu Verkäufen an größere Gesellschaften, nachdem alte Eigentümer gestorben seien und zahl-

reiche Erben auf Verwertung ihres Besitzes drängten. Infolge dessen würden die Mehrfamilienhäuser in Eigentumswohnungen zerlegt. Die weitere Folge sei, dass nur besser Verdienende diese Wohnungen erwerben könnten. Dies habe zu einer schleichenden Veränderung der Bevölkerungsstruktur geführt.

Auch viele Kleingewerbetreibende mussten in den letzten Jahren das Feld räumen. Dies sei zum Beispiel mit der Schaffung des Grünzugs am Rande der S-Bahn der Fall gewesen, wo jetzt die „Begegnungs- und Erinnerungsstätte Annedore und Julius Leber“ entstehen soll. Auf diesen Ort sei sie 2012 aufmerksam geworden, als sie rein zufällig im Rathaus Schöneberg die Ergebnisse eines Wettbewerbs gesehen habe, den das Bezirksamt für ein Kunstwerk zur Erinnerung an Julius Leber ausgelobt hatte. Ein Teil der Bedingungen des Wettbewerbs war, dass die bestehenden Gebäude, die auf den Fundamenten der Kohlenhandlung errichtet worden waren, und in dem Annedore Leber nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Mosaik-Verlag betrieben hatte, abgerissen werden sollten. Annette Maurer-Kartal meinte, die Frauenwochenzeitung „Mosaik“ sei so gut gewesen, dass sie, wenn sie nicht wegen Papiermangels eingestellt worden wäre, die „Brigitte“ überflügelt hätte.

Ihre Empörung über den Abriss der Gebäude war so groß, dass sie zum Einspruch gegen den Bau des Wettbewerbssiegers aufrief, den sie als „Steckdosendenkmal“ bezeichnete. Beim ersten Treffen fanden sich 60 Personen ein. Entstanden war eine Protestgruppe, die sich in den nächsten Jahren durch Briefe, Treffen, Veranstaltungen und Ausstellungen am Bauzaun für die Erhaltung der vorhandenen Gebäude und die Nutzung als Geschichtsort einsetzte. Dem inzwischen gegründeten „Arbeitskreis Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber“ traten zahlreiche Institutionen und Einzelpersonen bei. Der Protest hatte Erfolg. Die Bezirksverordnetenversammlung beschloss die Erhaltung der Gebäude. Ein Antrag auf Gewährung von Mitteln der Lotto-Stiftung in Höhe von 350.000 Euro wurde im Herbst 2022 positiv beschieden. Noch im Jahr 2023 kann mit der Rekonstruktion der Gebäude begonnen werden.

Die anschließende Diskussion hatte die Zukunft des Lern- und Gedenkortes zum Mittelpunkt. Es sei bewundernswert, dass das bürgerschaftliche Engage-

ment über so viele Jahre nicht nachgelassen und schließlich zum Erfolg geführt habe. Nun geht es weiter. Der Ort soll nicht nur ein Ort des Gedenkens, sondern auch des Lernens und des Begegnens sein. Dazu braucht es weiter Kraft von vielen. Annette Maurer-Kartal ist sich sicher, dass es klappen wird.

## Vortrag

**Gisela Wenzel**, Berliner Geschichtswerkstatt

### Die „Rote Insel“, vor 40 Jahren wiederentdeckt – Ein persönlicher Erinnerungsbericht

Der 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung war in Deutschland ein Schlüsseljahr für die historische Aufarbeitung der NS-Geschichte. Dabei rückte erstmals eine „neue Geschichtsbewegung“ ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Ihr Blick richtete sich unterhalb der nationalen Ebene staatlicher Machtverhältnisse – die weitgehend als bekannt vorausgesetzt werden konnten – auf die gesellschaftlichen Verhältnisse vor Ort. Wie, so fragten wir uns, hatte sich der Epochenbruch von 1933, der Übergang von Demokratie zur Diktatur, im vertrauten Wohn- und Lebensumfeld, im zwischenmenschlichen Raum von Familie, Schule, Betrieb und Nachbarschaft abgespielt? In welchen Bezirken und Stadtteilen Berlins

finden die Nazis schon früh Zustimmung, wo stießen sie auf Ablehnung und Widerstand?

#### Die Initiative des Berliner Kulturrats

Den Weg zu unserer ersten Projektförderung bahnte uns 1982 der Berliner Kulturrat mit seiner öffentlichen Ausschreibung, die sich unter der Überschrift „1933 – Zerstörung der Demokratie – Machtübergabe und Widerstand“ ausschließlich an die freie Kulturszene richtete. So etwas hatte es zuvor noch nie gegeben und ist wohl auch in dieser Form einmalig geblieben. Angesprochen waren vor allem Ge-



© Berliner Geschichtswerkstatt

Projektgruppe am Ort der Ausstellung im ehemaligen Pferdeomnibusbahnhof in der Monumentenstraße, 1987

schichtprojekte mit sozial-, alltagsgeschichtlichem und stadtteilbezogenem Ansatz. Da konnten wir uns gute Chancen ausrechnen! Ob diese Ausschreibung so erfolgreich war, weil der Senat das offizielle historische Datum schlichtweg verpennt hatte oder ein aufgeschlossener CDU-Kultursenator seine schützende Hand über das Experiment gehalten hatte, sei dahingestellt. Jedenfalls wurde ein breites Spektrum der freien Kulturszene gefördert – von freien Theatergruppen bis zu Schreib- und Geschichtswerkstätten. Außer der finanziellen Förderung war es vor allem die gegenseitige Wahrnehmung und ansatzweise Vernetzung, die sich anregend und nachhaltig wie ein warmer Frühlingsregen auf die politische Kultur von unten auswirkte.

### **Unsere ersten Projekte: Spurensuche im Stadtteil und im Kiez**

Mit dem Antrag „Spurensicherung – Alltag und Widerstand im Berlin der 30er Jahre“ und drei Kiezprojekten bewarb sich die Geschichtswerkstatt erfolgreich um eigene Projektmittel. Dabei trat der Bezirk Schöneberg mit drei unterschiedlichen Schauplätzen in der Broschüre „Spurensicherung in Schöneberg 1933 – ‚Rote Insel‘, Lindenhof, ‚Jüdische Schweiz““ von 1983 noch gemeinsam auf. Sie ist auch in dem Sammelband von 1984 enthalten, den die Berliner Geschichtswerkstatt als „Dokumentation der lokalhistorischen Projekte in Berlin (West) anlässlich des 50. Jahrestages der Machtübergabe an die Nationalsozialisten“ bei Elefanten Press herausgab.

### **Auf der Suche nach zeitgeschichtlichen Quellen und Zeitzeugen**

Diese Anfangszeit war in der Geschichtswerkstatt von Aufbruch und produktivem Chaos gekennzeichnet. Ich erinnere mich an eine Art Goldgräberstimmung, die uns von allen Seiten personellen Zulauf bescherte. Doch schon bald machten wir die ernüchternde Erfahrung, dass die zwölf Jahre des Nationalsozialismus in der ohnehin spärlichen lokalgeschichtlichen Literatur noch ein absolutes Tabuthema war, ein großer weißer Fleck. Auch die Bestände des Landes- und Bundesarchivs waren für diese Thematik und Epoche noch so gut wie nicht erschlossen. Archive waren oh-

nehin fast ausschließlich Experten der akademischen Fachwelt vorbehalten. StudentInnen ohne Empfehlung eines Professors war die Zugangsberechtigung verwehrt. Sie wurde erst nach zähen Auseinandersetzungen im Zuge eines neuen Archivgesetzes auch für SchülerInnen und historische Laien erstritten.

Und auch in der Geschichtswissenschaft trafen wir mit unseren neuen Methoden der lokalen Spurensuche und Zeitzeugenbefragung noch weitgehend auf Ablehnung. Auch die Geschichtswerkstätten betraten damit Neuland. Ermutigende Vorbilder fanden wir bei den englischen „History Workshops“ und der „Grabe, wo du stehst“-Methode des dänischen Arbeiterhistorikers Sven Lindqvist.

### **Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im lokalen Gedächtnis**

Ich arbeitete in diesen Jahren auf der Basis von Zeit- und ABM-Verträgen am Kunstamt Schöneberg im „Haus am Kleistpark“. Meine Vorgesetzte, die Kunstamtsleiterin Katharina Kaiser, war – ähnlich wie die Geschichtswerkstatt – mittels offener Projektarbeit entschlossen, die vorgefundenen Zustände am Schöneberger Heimatmuseum zu erneuern. Ich betreute den Aufbau eines Arbeitskreises von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen und historischen Zeitzeugen aus dem Bezirk, deren Erinnerungen es einzufangen und für die jeweiligen Ausstellungsthemen auszuwerten galt. Eine weitere Aufgabe war es, die vorgefundenen archivalischen Überlieferungsbestände des Heimatmuseums zu sichten und für diverse lokalgeschichtliche Projekte zu erschließen. Dabei entdeckte ich unter anderem auch die Geschichte der „Roten Insel“.

Als besonders ergiebige Quelle erwiesen sich erstens das umfangreiche Postkarten- und Fotoarchiv, das wir bereits systematisch nach Straßen geordnet vorfanden. Und zweitens die gesammelten Bände des „Schöneberger Tageblatts“ für die Zeit der selbständigen Stadt Schöneberg im Kaiserreich und des „Schöneberg-Friedenauer Lokalanzeigers“ für die Weimarer Republik. Außerdem stieß ich hier auch auf die lokalgeschichtlich aufschlussreiche Hinterlassenschaft des Malers Hans Baluschek (1870-1935). Im Kaiserreich als „Rinnsteinkünstler“ diffamiert, hatte er nach dem Ersten Weltkrieg die „Schöneberger Kunstdeputa-

tion“ geleitet. Viele seiner Bildmotive waren vom proletarischen Milieu der „Roten Insel“ inspiriert, wo sich anfänglich auch seine Atelierwohnung befand. Ähnliches galt für den Schriftsteller Paul Zech, der bis 1933 in der Naumannstraße gewohnt hatte. Als er im selben Jahr ins argentinische Exil ging, schrieb er dort seinen Tatsachenroman „Deutschland, dein Tänzer ist der Tod“. In ihm verarbeitete er im literarischen Rückblick das Geschehen in Berlin und auf der „Roten Insel“ in den Jahren des politischen Umbruchs vor und nach 1933.

Damals lernte ich auch Hans Gräfer kennen, der in seinem Laden in der Schöneberger Goltzstraße ein Antiquariat und Bildarchiv hatte, das unter Fachleuten der Berlin-Geschichte ein Geheimtipp war. Hans hatte der Geschichtswerkstatt auch die leerstehende Ladenwohnung gegenüber seinem Antiquariat vermittelt, in der unser Verein nun schon seit über 40 Jahren beheimatet ist. In unseren Gesprächen nahm das Projekt „Rote Insel“ allmählich Konturen an. Er arbeitete bis 1987 daran mit und trat auch dem Verein bei. Wertvolle Originaldokumente aus seiner Sammlung, die er auf Auktionen erstanden hatte, wurden von uns fotokopiert, in Schwarztee getaucht und glattgebügelt. Mit diesem Trick sahen sie in unserer Ausstellung täuschend echt aus.

### **Ein Film mit Theo Pinkus und anderen Zeitzeugen**

Mit der aktiven Einbeziehung von ZeitzeugInnen und ihren Erzählungen in den Forschungsprozess hoben wir einen wahren Schatz von Erinnerungen ans Tageslicht. Im Gespräch mit ihnen stellte sich auch eine produktive Brücke zwischen den politischen Generationen her. Als besonderer Glücksfall erwies sich die Begegnung mit dem Züricher Buchhändler und Antiquar Theo Pinkus, der 1927 bis 1933 als junger Mann seine berufliche und politische Lehrzeit in Berlin verbracht hatte. Er wohnte damals in Schöneberg und absolvierte eine Buchhändlerlehre bei Rowohlt an der Potsdamer Brücke. Im Schöneberger Jugendheim in der ehemaligen „Maison de Santé“ war er 1927 in den Kommunistischen Jugendverband eingetreten. Und im Vereinslokal auf der „Roten Insel“ bei Emil Poratz vervielfältigten sie als „Schöneberger Jungproleten“ ihre Flugblätter für die Haus- und Hofagi-

tation. In dem Videofilm „Kommunistische Jugend in Schöneberg“, den die Medienoperative Berlin e. V. 1983 in Kooperation mit mir aufnahm, sind diese Erinnerungen dauerhaft festgehalten: An den heutigen Schauplätzen gedreht, veranschaulicht dieser Zeitzeugenfilm ein Stück Alltagsgeschichte und politische Kultur aus den 30er Jahren. Weitere Zeitzeugen, zum Teil auch im Film zu sehen, waren Gerhard Birkholz, Johannes Baczewski, Helmut Grammatke, Herr und Frau Maas, Ilse Rehwald, Hilde Radosch und Vera Breitwieser. Von ihnen allen liegen auch Tonbandaufzeichnungen vor.

### **Die „Rote Insel“-Ausstellung von 1983**

Im Frühjahr 1983 eröffneten wir unsere erste Ausstellung über die „Rote Insel“ im Schöneberger Freizeitheim Pallas(T) in der Pallasstraße. Besonderes Interesse fanden zwei groß aufgezeichnete Stadtpläne von Schöneberg-Friedenau, auf denen die recherchierten Vereinslokale, Treffpunkte und Tatorte der „roten“ und „braunen“ Bewegung eingezeichnet waren. Dadurch konnten ortskundige Besucher erfahren, was sich vor 50 Jahren, oft „direkt vor ihrer Haustür“ abgespielt hatte. Die berüchtigten SA-Lokale und die kommunistischen Vereinslokale waren gegen Ende der Weimarer Republik zu Ausgangs- und Angriffspunkten immer gewalttätigerer Zusammenstöße und Straßenkämpfe geworden. Auf gemalten Kulissen waren diese Orte nach Vorlagen alter Fotos rekonstruiert und als Blickfang in die Ausstellungsarchitektur eingebaut worden. Agitationsmaterial wie Aufrufe und Flugblätter und wertvolle Dokumente wie Tarnschriften des kommunistischen und gewerkschaftlichen Widerstands – auch aus Schöneberg und von der „Roten Insel“ – waren in Vitrinen verschlossen und mit Lupe genauer zu betrachten. Sie waren uns von Theo Pinkus aus der Studienbibliothek Zürich für die Dauer der Ausstellung zur Verfügung gestellt worden. Zur Eröffnung war er persönlich aus Zürich angereist. In seinem Beitrag für eine Publikation des Bezirksamts Schöneberg beschreibt er diese Erfahrung unter der Überschrift „Die Jugend im Alter – zweimal Schöneberg erlebt“.

### **Der „Rummel um die runden Zahlen“**

Im Rhythmus der runden Gedenktage vergrößerte sich in den folgenden Jahren in der BRD sprunghaft die Zahl der örtlichen und regionalen Geschichtsinitiativen und festigte sich zu einer neuen Geschichtsbewegung. Nach der Vernetzung der örtlichen Vereine in einem eigenen bundesweiten Dachverband und der Edition von zwei überregionalen Zeitschriften mit dem Titel „Geschichtswerkstatt“ und „Werkstatt Geschichte“ entfaltete sich ein kritisches Potenzial von erheblicher Sprengkraft. Die Autoren der Zeitschrift „Werkstatt Geschichte“ nahmen auch den „Rummel um die runden Zahlen“ unter die Lupe. Die Auseinandersetzung erfolgte an mehreren Fronten und richtete sich sowohl gegen den herkömmlichen Wissenschaftsbetrieb als auch gegen die schweigende Mehrheit und die konservative Geschichtskultur Kohl'scher Prägung – zum Beispiel gegen das Deutsche Historische Museum und die Gedenkstätte „gegen Krieg und Gewaltherrschaft“ in der Neuen Wache.

Auf das Gedenkjahr 1983 folgte zwei Jahre später der 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa. Erinnerung an Flucht und Vertreibung, Erzählungen vom Zusammenbruch des Deutschen Reichs, vom Jahr Null, der Kriegsgefangenschaft der Männer und dem Überlebenskampf der (Trümmer-) Frauen bildeten das bestimmende Narrativ. Mit diesen Themen verschafften sich auch die Stimmen der Mitläufer- und Tätergesellschaft vermehrt öffentliches Gehör – exemplarisch der dominante Auftritt von Erika Steinbach.

Dagegen setzte der damalige CDU-Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner vielbeachteten Gedenkrede vor dem Bundestag neue Akzente. Er sprach vom 8. Mai 1945 als einem Tag der Befreiung und der Chance zu einem Neubeginn in der Demokratie. Für die kritische Geschichtsaufarbeitung rückten die brutalen Rückzugskämpfe der Wehrmacht mit besonders hohen Opferzahlen auf Seiten der sowjetischen Zivilbevölkerung und Roten Armee, sowie die sinnlosen Gewaltverbrechen der Nazijustiz an Widerstandskämpfern und Deserteuren bei Kriegsende verstärkt ins Blickfeld.

### **Zweiter Anlauf des Projekts „Rote Insel“ im Rahmen der 750-Jahr-Feier Berlins 1987**

Die Entscheidung über eine Teilnahme der Geschichtswerkstatt an der 750-Jahr-Feier Berlins war zunächst nicht unumstritten. Zur Feier Westberlins müsste es korrekterweise heißen, denn das Stadtjubiläum, das 50 Jahre zuvor eigentlich die Nazis „erfunden“ hatten, fand in der geteilten Stadt gleich in doppelter Aufführung statt.

Inzwischen erfreute sich die Geschichtswerkstatt eines so guten Rufs, dass der Westberliner Kultursenat bereits im Vorfeld seiner Planung mit einem Kooperationsangebot auf sie zukam. Der Senat zeigte sich besonders an unseren Kiezprojekten interessiert und die Geschichtswerkstatt sah in dem Angebot eine Chance, durch die Finanzierung eigener Ausstellungen und Kataloge aus ihrer bisherigen Nischenexistenz herauszukommen. Als so genannte Komplementär-Ausstellungen zur zentralen Berlin-Ausstellung im Gropius-Bau wurde unsere Bewerbung schließlich für drei Kiezprojekte bewilligt. In unserer Arbeit waren wir selbständig, unsere Ergebnisse aber sollten in die offizielle Werbung aufgenommen werden. Das konnte uns nur recht sein.

Ein weiterer Meilenstein war dann die Unterzeichnung des Vertrags für eine mehrbändige Publikationsreihe beim Nischen-Verlag. Hier erschienen in der Folge die beiden Schöneberger Bände zur „Roten Insel“ und zum „Lindenhof“ und das aus dem Nachkriegsprojekt hervorgegangene „Der Wedding – hart an der Grenze“. Thema und Zeitplan waren damit festgesetzt. Aber wer sollte eigentlich all diese Arbeit machen? Ohne weitere freiwillige MitarbeiterInnen war das nicht zu schaffen.

Durch Flüsterpropaganda in Bekanntenkreisen hatte sich die Möglichkeit einer zeitlich begrenzten Mitarbeit an den Ausstellungsprojekten der Geschichtswerkstatt schnell herumgesprochen. Und schon bald konnten wir uns vor Anfragen kaum retten. Der kleine Laden in der Goltzstraße platzte aus allen Nähten. Die Weddinger Gruppe sah sich schon bald gezwungen, einen eigenen Laden in der dortigen Amrumer Straße anzumieten. Und auch die Lindenhof-Gruppe fand in der Genossenschaftssiedlung, in der später ihre Ausstellung gezeigt werden sollte, eigene Arbeitsräume.

Einschließlich der aktiven Zeitzeugen und Ausstellungsbauer, Designer und Künstler waren es schließlich mehr als hundert Personen, die auf die eine oder andere Weise ihren Beitrag zu dem Werk leisteten; ein etwas chaotischer, aber im Ergebnis erfolgreiches „Work in Progress“. Die Wenigsten arbeiteten gegen Bezahlung, und leider noch weniger konnten sich zu einem Eintritt in den Verein und dauerhafter Mitarbeit entschließen.

Es waren in der Regel junge Leute aus dem Uni-Bereich, die als Einzelperson oder gemeinsam mit anderen Interessierten aus ihrem Bekanntenkreis bei uns Anschluss fanden. Sie versprachen sich, in der BGW etwas zu erlernen, was ihnen die Uni damals nicht bieten konnte: selbständiges Forschen zu einem selbstgewählten Thema, Zugang zu Archiven und Zeitzeugenbefragung, Fotorecherchen, Mitarbeit an Ausstellungs- und Katalogtexten, Design und Drucken von Plakaten. Und im Idealfall: eine gute Zeit mit netten Leuten und anschließendem Kneipenbesuch.

Ein eigenes Lern- und Arbeitsfeld war die Oral History: Zeitzeugen zu finden und nach deren Einwilligung mit Tonband zu interviewen, Transkriptionen anzufertigen und auszuwerten. Dazu bot die Geschichtswerkstatt in eigenen Fortbildungsveranstaltungen lebensgeschichtliche Interviews nach der Methode von Gabriele Rosenthal an. In besonders gründlicher Form wurde dieses arbeitsaufwendige Verfahren im Lindenhof-Projekt praktiziert.

### **Die „Rote Insel“ – ein multiperspektivisches Zeitmosaik**

In der neuen Arbeitsgruppe hatten wir uns bald auf eine wesentliche Erweiterung des Zeit- und Themenrahmens gegenüber dem 33-Projekt verständigt. Grundlage für diese Neustrukturierung war eine schon vor Jahren von Hans Gräfer und mir zusammengestellte Themen- und Quellenübersicht. Nur auf dieser Basis wurde es möglich, die große Gruppe von interessierten MitarbeiterInnen sowie selbständig Arbeitende in einen arbeitsteiligen Rechercheprozess für Ausstellung und Katalog einzubeziehen. Der Reichtum der Millionenbauern, der Bau der ersten Eisenbahnlinien Preußens quer über die Schöne-

berger Feldflur, die Bedeutung der Militär-Eisenbahn, ihre Kasernen, Kolonialgeschichte und technischer Erfindungsgeist, die gründerzeitliche Bauentwicklung, Mietskasernen und kinderreiche Familien in beengten Wohnverhältnissen, die Auswirkung der Speerschen Stadtplanung für den Kiez, Ringbahn und Industrieansiedlung am Rande der Insel, Energiegewinnung im Gas- und Elektrizitätswerk, Ansiedlung von Kleingewerbe, Tante-Emma-Läden und Eckkneipen, jüdische Geschichte am Beispiel eines Kaufhauses, zwei historisch bedeutsame Friedhöfe, Wohn- und Arbeitsorte historischer Persönlichkeiten wie August Bebel, Friedrich Naumann, Julius Leber, Frauengeschichte(n) von Marlene Dietrich bis zum Alltag typischer Inselbewohnerinnen, proletarisches Milieu im Spiegel der Kunst: Bilder von Hans Baluschek und Romane von Paul Zech. Kurzum: 100 Jahre Berliner Kiezgeschichte aus der Perspektive der „großen und kleinen Leute“.

Der Katalog in seiner Themen- und Autorenavielfalt beweist, dass das Konzept aufgegangen ist. Er findet noch heute – nach mehr als 30 Jahren – Käufer und begeisterte Leser und gilt in eingeweihten Kreisen bereits als Klassiker. Das ist nicht zuletzt das Verdienst der sorgfältigen Redaktionsarbeit von Herbert Böpple und der langjährigen Betreuung des Nachdrucks durch unser Vereinsmitglied Stefan May.

### **Die Ausstellung zur 750-Jahr-Feier im historischen Pferdebahnhof**

Hinter der Toreinfahrt des Hauses Monumentenstraße 33/34 entdeckten wir bei unseren Rundgängen das Gelände eines ehemaligen Pferdeomnibusbahnhofs. In dem heutigen Gewerbehof sind immer noch deutlich die Pferdestallungen und -rampen, die in den ersten Stock hinaufführen, zu erkennen. Mit der Neuen Berliner Omnibus Aktiengesellschaft – so schreibt Autorin Eva Brinkschulte im Katalog – siedelte sich im Jahre 1900 erstmals eine größere Verkehrsgesellschaft auf der Insel an.

An diesem Ort zeigten wir im Sommer 1987 unsere große Ausstellung über die „Rote Insel“. Wir hatten für sechs Monate von der privaten Eigentümerin des Grundstücks zwei übereinanderliegende Fabrikräume angemietet: Im ebenerdigen Stockwerk wurden



*Ansicht des ehemaligen Pferdeomnibusbahnhofs von der Crellestraße aus, 1986*

auf den Ausstellungstafeln unseres Mero-Systems die vielen Themen zur Geschichte des Stadtteils gezeigt, zu denen wir ein Jahr lang geforscht hatten. Da vieles davon selbst den Anwohnern neu war und die zentrale Werbung die ganze Stadt erreichte, waren Besucherzahl und Presseresonanz erfreulich hoch.

In der unteren Etage waren mit Gründerzeit-Möbeln und Gegenständen – im Wesentlichen ein Beitrag von Hans Gräfer mit seinen Flohmarktkontakten – eine Arbeiterküche und Stube um 1900 nachgestellt. Ein altes Kindergitterbett, eine Zinnbadewanne, ein Waschbrett, eine alte Nähmaschine und geflickte Wäsche veranschaulichten die Einrichtung eines Arbeiterhaushalts, wie er unter den beengten Wohnverhältnissen auf der Insel zum Alltag gehört hatte.

Ein Künstler stellte mit selbstgefertigten lebensgroßen Figuren die Szene eines Straßenkampfes zwischen Nazis und Kommunisten nach. Und vor dem Hintergrund eines vergrößerten Linolschnitts von Wolfgang Szepansky wurden die Aktionsformen des Widerstands vorgeführt. Mit einer zeitgenössisch-originalen Abzugsmaschine demonstrierten wir die

illegale Flugblattherstellung und weitere Vervielfältigungsmethoden der Aktivisten einer lokalen Widerstandsgruppe. Und umgeben von Stapeln von Bricketts saß die Figur Julius Leber am Schreibtisch seiner Kohlenhandlung in der Torgauer Straße am Rande der „Roten Insel“.

### **Die Bergung der eisernen Schwingen des preußischen Ikarus – Eine Spurensicherungsaktion und Hommage**

Er war einst das stolze Wahrzeichen der Kaiserlichen Kunstschmiede Marcus-Metall: der handgeschmiedete Adler, der mit weit ausgebreiteten Flügeln hoch oben vom Dach der Schmiede des Nachbargrundstücks auf den angrenzenden S-Bahngraben und die Züge der Wannseebahn hinabgeblickt hatte. Und die im Zug sitzenden Passagiere hatten schon zu Kaisers Zeiten erwartungsvoll zu dem stolzen Vogel hinaufgeblickt und lächelnd zurück begrüßt – so wird es überliefert. In späteren Zeiten war der Adler irgendwann aus Altersschwäche in den S-Bahngraben gestürzt und allmählich in seine Einzelteile zerfallen. Acht-



Ausstattung eines Arbeiterhaushaltes Anfang des 20. Jahrhunderts, gezeigt in der Ausstellung „Die Rote Insel“, 1989

los hatte man ihn dort liegen lassen. Bis ihn anlässlich der großen Berliner Preußen-Ausstellung Anfang der 80er Jahre Studenten der Hochschule der Künste zusammen mit ihrem Professor Diethart Kerbs als passendes Ausstellungsstück wiederentdeckten und aus seiner misslichen Lage befreiten. So erlebte das ramponierte Stück – entleibt und auf ein Paar prächtige Schwingen reduziert, im Gropius-Bau hoch oben unter der Decke des Lichthofs schwebend – seine Auferstehung als preußischer Ikarus!

Nach Abbau der viel beachteten Ausstellung rostete er jahrelang in den Kellerräumen des Gropius-Baus weiter vor sich hin. Bis ihn 1987 nach langer Suche die Geschichtswerkstatt für ihre „Rote-Insel“-Ausstellung wieder ans Tageslicht beförderte und in seine alte Heimat nach Schöneberg überführte; allerdings nicht mehr fürs Dach und auch nicht für den Graben. Unsere Ausstellungsbauer nagelten ihn jetzt an der Ziegelwand der alten Schmiede im Hof des ehemaligen Pferdebahnhofs fest.

Zwischen historischer Friedhofsmauer und der Werkstatt von Marcus-Metall begrüßte er nun als erstes Schauobjekt mit Erläuterung die Besucher der Ausstellung „Rote Insel“. Und er blieb dort als Wahrzeichen für Preußens Glanz und Untergang auch noch jahrelang hängen. Bis er eines Tages – dieses Mal wohl für immer – verschwunden war.

Dieser Ausstellungsort ist den Kiezbewohnern noch lange im Gedächtnis geblieben. Danach war er wieder ein verschlossener Gewerbehof und ausschließlich den ansässigen Mietern und Gewerbetreibenden zugänglich. Nur vom Crellemarkt aus sieht man auch



Abzugsgerät für Flugblätter und ein Stempelkoffer (Hitler = Krieg) vor dem Hintergrund eines Linolschnittes von Wolfgang Szepeansky, 1987

heute noch jenseits der S-Bahngleise auf die höher gelegenen Fabrikgebäude und den alten Schornstein mit dem verwitterten Schriftzug „KPD lebt!“. Das waren 1987 unsere Ausstellungsräume, auf die ich immer wieder von einstigen Besuchern angesprochen wurde. Von dem Ausläufer des Teltowrückens, der Schöneberg seinen Namen gab, blickte einst der Maler Adolf Menzel über Wiesen und Felder bis auf die alte Residenzstadt Berlin. Heute zeigt der Fernsehturm in Mitte diese Richtung an.

### **Der Sprung über die Mauer – Die „Rote Insel“ im Museum „Berliner Arbeiterleben um 1900“ im Prenzlauer Berg**

Kurze Vorgeschichte: Was lange währt, wird endlich gut. Nach 13 Jahren der Verhandlung seit 1973 kam es im Mai 1986 auf höchster diplomatischer Ebene zwischen Bundesrepublik und DDR zur Unterzeichnung eines innerdeutschen Kulturabkommens. Im Jahr darauf einigten sich beide Seiten zusätzlich darüber, auch die „selbständige Einheit Berlin-West“ (nach Auffassung der DDR) bzw. das Bundesland „West-Berlin“ (nach Auffassung der BRD) anstandslos in das innerdeutsche Abkommen einzubeziehen.

Zu den 100 Projekten aus unterschiedlichen Bereichen der Kultur, die dieses Abkommen mit Leben ausfüllen sollten, gehörte als erstes Westberliner Geschichtsprojekt die „Topographie des Terrors“, die ab Februar 1989 mit einer Dokumentenausstellung in der Berliner Stadtbibliothek an der Breiten Straße zu sehen war – für die Menschen in der DDR eine Sen-



Die in der Ausstellung gezeigten Adlerflügel gehörten zum Firmenzeichen des benachbarten Kunstschmiedebetriebs Paul Marcus, 1987



Die Flügel des „preußischen Ikarus“ im Eingangsbereich der Ausstellung, 1987

sation. Zu unserer großen Überraschung erhielt auch die Geschichtswerkstatt kurz darauf eine Einladung nach Ostberlin. Sie sah vor, ab Mai 1989 die Ausstellung „Rote Insel“ im Museum „Berliner Arbeiterleben um 1900“ zu zeigen. Unser Gastgeber war eine kleine kulturgeschichtliche Einrichtung im Bezirk Prenzlauer Berg, die dem Märkischen Museum unterstellt war. Bis heute weiß ich nicht, wer unser Fürsprecher war und wie diese Entscheidung zustande kam. Aber wir sagten zu und freuten uns auf dieses ungewöhnliche Abenteuer. Lutz Birkholz, Autor und Ausstellungsbauer in unserer Projektgruppe, und ich als Projektleiterin handelten alles Vertragliche mit unserem Ostberliner Partner – dem Kulturwissenschaftler Tobias Böhm und dem Leiter des Märkischen Museums – aus und nahmen ein zeitlich begrenztes Dauervisum für Ostberlin in Empfang. Am 1. Mai eröffneten wir in der Husemannstraße in der Nähe des Kollwitzplatzes unsere Ausstellung, die dort bis August 1989 zu sehen war.

Wegen der kleineren Räume musste die Ausstellung neu konzipiert werden. Beim Aufbau wurden wir tatkräftig von dem Ostberliner Arbeiterteam unterstützt, mit dem wir uns bald gut verstanden. In der Mittagspause nahmen sie uns gern in ihre Kantine mit. Diese gehörte damals noch zu einem Möbellager in einer stillgelegten Brauerei, aus der nach der Wende die Kulturbrauerei entstand. Unser Katalog wurde mit kleinen Korrekturen und einem Vorwort von Tobias Böhm in zweiter Auflage neu gedruckt.

Eine eigene Vortragsreihe war ursprünglich nicht vorgesehen, erschien uns aber dringend erwünscht. Nach zähen Verhandlungen erreichten wir eine dop-

pelte Ergänzung: Erstens sollten auf zehn Tafeln, die im Vortragssaal aufgehängt wurden, Idee und Praxis der Arbeit von Geschichtswerkstätten zur Darstellung kommen. Diese Aufgabe übernahm unser Vereinsmitglied Susanne Köstering, spätere Geschäftsführerin des brandenburgischen Museumsverbands. Zweitens gab es eine begleitende Vortragsreihe, die so genannten Montagsgespräche, bei der jede Woche ein anderes Kiezprojekt der Geschichtswerkstatt (Lindenhof und Wedding) und weitere uns nahestehende Wissenschaftler aus Westberlin referierten, wie Professor Jonas Geist zum Projekt „Berliner Mietshaus“ und Professor Diethart Kerbs zum Thema „Fotografie als historische Quelle“. Jedem Vortrag war als Gesprächsleitung ein anderer Ostberliner Kulturwissenschaftler aus der Schule von Professor Mühlberg zugeordnet. Über den fachlichen Austausch hinaus kam es dabei auch zu freundschaftlichen Begegnungen, ungeachtet der Aufpasser der Firma Horch und Guck, die regelmäßig in der ersten Reihe Platz nahmen. Keiner von uns ahnte, wie dicht das Ende der DDR bevorstand. Die Klopfschellen an der Mauer waren jedoch nicht zu überhören. Drei Monate später fiel sie.

Ich lernte während meiner Anwesenheit im Museum „Arbeiterleben“ eine ganze Reihe Ostberliner KulturwissenschaftlerInnen und HistorikerInnen näher kennen: Ina Merkel, Thomas Flierl, Sigrid Jacobeit, Horst Groschopp, Christa Lorenz und andere. Nach der Wende traf ich noch häufiger Ina Merkel in der inzwischen gegründeten Ostberliner Geschichtswerkstatt, die jedoch bald einen anderen Weg einschlug. Und Thomas Flierl unterstützte in seiner neuen Rolle als Berliner Kultursenator noch maßgeblich unseren



© Berliner Geschichtswerkstatt

Eröffnung der Ausstellung im Museum „Berliner Arbeiterleben um 1900“ in der Husemannstraße in Prenzlauer Berg, 1989

Kampf für die Einrichtung des Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Schöneweide.

Weniger glücklich verlief die weitere Entwicklung für das Arbeitermuseum Prenzlauer Berg. Hier herrschte nach der Wende große Verunsicherung; immer deutlicher kündigte sich nach der Vereinigung von Ost und West die Abwicklung an. Dann wurde dem Personal der Reihe nach gekündigt und der Leiter auf einen wenig profilierten Posten im Märkischen Museum abgeschoben. Er wurde dort nie heimisch und ist in frühem Alter verstorben. In die renovierten Häuser im Prenzlauer Berg rund um den Kollwitzplatz zogen andere Menschen ein, der Kiez wurde bunter, schicker und die Wohnungsmieten immer unerschwinglicher. Was mit dem Kulturaustausch als menschliche Begegnungen auf Augenhöhe so hoffnungsfroh begonnen hatte, verkümmerte zu einem unscheinbaren Mauerblümchen. Selbst in der Chronik der Stiftung Topographie ist dieses Ereignis keiner Erinnerung mehr wert.

## Vortrag

**Martin Forberg**, M. A., Stadtbilderklärer, Autor

### Auf der Spur der Menschenrechte über die Rote Insel – Ein Stadtspaziergang

Seit 2015 biete ich meinen Stadtspaziergang „Auf der Spur der Menschenrechte über die Rote Insel“ an. Dieses Projekt gäbe es wahrscheinlich nicht ohne die Arbeit der Berliner Geschichtswerkstatt und namentlich ohne das nachhaltige Engagement von Kolleg\*innen wie Gisela Wenzel und Andreas Bräutigam. Denn ich wurde bei der Entwicklung meines Stadtspaziergangs sehr stark durch die genannten Kolleg\*innen inspiriert und habe auch selbst mit ihnen und mit Christine Scherzinger gemeinsame Führungen auf der „Roten Insel“ und in ihrer Umgebung veranstalten dürfen.

Christine Scherzinger hat sich auch durch sehr eigenständige, politische und soziale sowie kulturelle Aspekte verbindende Stadtführungen einen Namen gemacht. Mit ihrer Publikation „Die Rote Insel – Berlin-Schöneberg, Bruchstücke zur Stadtgeschichte“ hat die Berliner Geschichtswerkstatt eine solide Grundlage für eine engagierte Betrachtung der politischen und der Sozialgeschichte dieser Gegend zwischen den drei S-Bahngleisen von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zur „vergangenen Gegenwart“ der 1980er gelegt.

Dieser Sammelband ist zugleich ein Füllhorn der Lokalgeschichte mit seinen wertvollen Beiträgen, die im Jahr 1987 eine noch heute höchst bedeutungsvolle Palette an Themen und ein ebenso maßgebendes Panoptikum an historischen Personen anboten – und ein Phänomen. Ein Phänomen gerade deshalb, weil dieses Buch, obwohl es im Kern vor etwa 36 Jahren geschrieben wurde, zu Recht ein Standardwerk über die „Rote Insel“ geblieben ist. Neben anderen bedeutenden Literaturtiteln gibt es außerdem seit 2018 die „Insel-Tour“: 19 informative Tafeln, die auf der Insel verteilt sind und „historische Informationen zu einem Stadtraum“ bieten – ein Projekt des Bezirksamts

Tempelhof-Schöneberg, Abteilung Bildung, Kultur und Soziales, Fachbereich Kunst, Kultur, Museen. <sup>(1)</sup>

Tatsächlich ist die „Rote Insel“ wie ein Schatzkästlein, dem sich eindrucksvolle Geschichten über Menschen entlocken lassen, die sich für ein menschenwürdiges Leben für alle eingesetzt haben und einsetzen. Der Grundgedanke meines Spaziergangs ist, sowohl diesen spannenden „Kiez“ vorzustellen, mit seinen sozialgeschichtlich interessanten Aspekten und den Persönlichkeiten, die hier geboren wurden, lebten und wirkten – als auch die Menschenrechte, ausgehend von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 in Paris angenommen hat.

Ein wesentliches „Lernziel“ des Spaziergangs ist es, zu zeigen, dass sich das Engagement für Menschenrechte „lohnt“, dass es konkrete positive Ergebnisse erreichen kann – nach dem Motto „Das Glas ist halb voll“.

#### **Warum Menschenrechtsspaziergänge und was hat die „Rote Insel“ damit zu tun? – Die Aktualität der Menschenrechte**

Gerade heute – angesichts der vielfältigen Gefährdungen der Menschenrechte weltweit – ist es wichtig, sie als rechtlich und moralisch verbindliche ethische Grundlage der Weltgesellschaft zu verteidigen. Und das heißt auch: sie bekannt zu machen, also über die Menschenrechte und ihre konkreten Verbindungen zum Alltag zu sprechen. Da bietet sich gerade die „Rote Insel“ an – eben weil sie sehr eng mit dem Widerstand gegen das Nazi-Regime verbunden ist.

Das liegt sehr nahe, denn in der Einleitung – der Präambel – der Allgemeinen Erklärung der Menschen-

rechte (im Folgenden: AEMR) ist zu lesen, dass diese Erklärung auch deshalb notwendig wurde, weil „die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen.“<sup>(2)</sup>

Gemeint waren die Verbrechen des Nazi-Regimes. Gerade vor diesem Hintergrund haben die Vereinten Nationen – ausgehend von der AEMR in den folgenden Jahrzehnten ein Regelwerk zum weltweiten Schutz der Menschenrechte aufgebaut. Auf der „Roten Insel“, diesem kleinen Kiez, ist es sehr gut möglich, die Vielfalt der Menschenrechte anschaulich darzustellen.

### **Die Unteilbarkeit der Menschenrechte**

Bedeutsam ist auch, dass schon in den 30 Artikeln der AEMR von 1948 eine große Bandbreite von Menschenrechten erwähnt wird. Es geht zum Beispiel um das Recht auf Leben, auf Schutz vor Folter. Oder das Recht auf Meinungsfreiheit und die Glaubensfreiheit. Aber bereits in der AEMR sind auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte enthalten. Das sind zum Beispiel das Recht auf Wohnen, auf Gesundheit, auf Bildung und auf Kultur. Diese Unteilbarkeit der Menschenrechte ist sehr wichtig – die verschiedenen Menschenrechte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wie bereits erwähnt, war es auch die Unmenschlichkeit des NS-Regimes, die 1948 zur Verabschiedung der AEMR führte. Und auf der „Roten Insel“ gab es mutige Menschen, die gegen dieses Regime Widerstand leisteten. Sie haben die Menschenwürde verteidigt.

### **Die „Rote Insel“ als Beispiel für den Widerstand gegen das Nazi-Regime**

Auch heute ist das Bild, das sich Menschen von der „Roten Insel“ machen, von diesen Widerstandskämpfer\*innen geprägt. Zum Beispiel von Julius und Annedore Leber: Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und seine Frau, die Schneiderin und Juristin war, haben von 1937 an in einer Kohlenhandlung an der Torgauer Straße gearbeitet – im Süden der „Insel“, an der Ecke zur Gotenstraße. Im Juli 1944 wurde der

Widerstandskämpfer dort verhaftet und nach einem Schauprozess am 5. Januar 1945 hingerichtet.<sup>(3)</sup>

In der Nähe der ursprünglichen Kohlenhandlung entsteht zwischen Torgauer Straße und Annedore-Leber-Park der „Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber“. Getragen wird das Projekt von einem ehrenamtlich tätigen, sehr engagierten Arbeitskreis, der unter anderem aus Mitgliedern des Stadtteilvereins Schöneberg und der Berliner Geschichtswerkstatt besteht. Im Spätsommer 2020 stellte der Arbeitskreis eine neue Publikation vor, die Informationen auf dem neuesten Stand bietet.<sup>(4)</sup>

Im Widerstand gegen das Nazi-Regime waren auf der „Roten Insel“ nicht zuletzt Mitglieder der KPD aktiv<sup>(5)</sup> und auch die kleine, undogmatische Gruppe „Kommunistische Partei Opposition“ (KPO). Hier waren unter anderen Alfred Davidsohn und Ernst Paul engagiert. Die Erkenntnisse über Alfred Davidsohn und die KPO gehen auf die umfassenden Forschungen von Gisela Wenzel zurück. Davidsohn lebte in der heutigen Crellestraße 27, der damaligen Bahnstraße. Der Metallarbeiter Ernst Paul wohnte in der Hohenfriedbergstraße 2. Beide waren also im nördlichen Teil der „Insel“ zuhause.

Die KPO trat für ein „Bündnis der beiden großen Arbeiterparteien“ ein gegen die Gefahr, die von den Nazis ausging. Alfred Davidsohn, der jüdischer Herkunft war, konnte sich mit einem Teil seiner Familie nach Palästina retten. Dort wurde er Mitglied einer Gruppe, die der Religionsphilosoph Martin Buber ins Leben gerufen hatte und die sich für die jüdisch-arabische Verständigung einsetzte. Von Israel aus zog er später in die Schweiz um.<sup>(6)</sup>

### **Der Informationsort Schwerbelastungskörper und der Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße**

Das Nazi-Regime selbst hat ebenfalls Spuren um die „Rote Insel“ herum hinterlassen. Eine Möglichkeit, sich darüber zu informieren, gibt es im Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße am historischen Ort, Werner-Voss-Damm 54A: Hier befand sich von März bis Dezember 1933 ein frühes Konzentrationslager unter Führung der SA. Die verantwortlichen SA-Männer inhaftierten, verhörten und folterten an diesem Ort

vor allem politisch Andersdenkende, Juden und andere vom NS-Regime verfolgte Gruppen.

Auf der „Roten Insel“ wurde die Hertha-Block-Promenade nach einer Frau benannt, die 1933 im SA-Gefängnis Papestraße inhaftiert war. Diese Promenade läuft in den Alfred-Lion-Steg aus, benannt nach dem US-amerikanischen Musikproduzenten, der als Alfred Wladislaus Lion 1908 in Friedenau geboren wurde und mit seiner jüdischen Mutter 1933 nach Chile floh.

Der „Informationsort Schwerbelastungskörper“ in der General-Pape-Straße 1, direkt hinter der Kolonnenbrücke, im Osten der „Insel“, orientiert über das „größtenwahnsinnigste Bauvorhaben“, das „es je für Berlin gegeben hat“, nämlich die Planungen des NS-Regimes für die „Welthauptstadt Germania“. <sup>(7)</sup>

### **Menschenrechte sind verbindlich und konkret: Auch ein fehlender Aufzug am U-Bahnhof ist ein Menschenrechtsthema**

Menschenrechte wirken sich praktisch aus. Sie sind nicht nur eine schöne Idee für freundliche Sonntagsreden. Sondern sie sind – wie der Name schon sagt – Recht, also haben sie die rechtliche Verbindlichkeit eines Gesetzes. In Deutschland haben diejenigen Menschenrechtsübereinkommen, die die Regierung unterzeichnet hat, den Rang eines Bundesgesetzes.

Es ist gut, dass es am S-Bahnhof Julius-Leber-Brücke einen Aufzug gibt. Denn das ist auch eine Menschenrechtsfrage: Wenn es keinen Aufzug gäbe, wäre dieser S-Bahnhof nicht barrierefrei. Oder, in der Sprache des „Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ aus dem Jahr 2006, nicht „zugänglich“. Und das ist ein Verstoß gegen dieses Übereinkommen. Denn dort wird die Zugänglichkeit, die Barrierefreiheit gefordert. Das gilt auch für das Bildungswesen. Alle sollen einbezogen werden, niemand ausgeschlossen. Der bekannte Begriff lautet: Inklusion. <sup>(8)</sup>

Hier wird noch einmal deutlich, dass die Menschenrechte allen Menschen nützen und dass sie sich in allen Alltagsbereichen auswirken. Entsprechend dem

berühmten Satz aus dem Artikel 1 der AEMR: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“

### **Kinderrechte und Klimapolitik**

Die Kinderrechte sind in der Kinderrechtskonvention von 1989 verankert. Da es so viele, zum Teil sehr schön gestaltete Kinderspielflächen auf der „Roten Insel“ gibt, lassen sich die Kinderrechte hier sehr gut veranschaulichen. Im September 2019 reichte die damals 15-jährige Hamburger Schülerin Raina Ilanova zusammen mit 15 anderen Kindern beim Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen eine Beschwerde gegen die Regierungen von fünf Staaten wegen deren unzureichender Klimapolitik ein.

Es handelt sich um „Argentinien, Brasilien, Deutschland, Frankreich und die Türkei. Fünf Länder, deren CO<sub>2</sub>-Emissionen einerseits besonders hoch sind, die andererseits 2014 das Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention unterzeichnet haben, das Beschwerden erlaubt.“ Dabei beriefen sie sich – beziehungsweise die Rechtsanwaltskanzlei, die die Beschwerde verfasste – auf die vier Grundprinzipien der Kinderrechtskonvention:

„Das Diskriminierungsverbot – Kinderrechte gelten ausnahmslos für alle Kinder. Diese haben zweitens ein Recht auf Leben und darauf, sich persönlich entwickeln zu können; ein Recht, dass ihre Interessen bei staatlichen Entscheidungen berücksichtigt werden und sie sich an solchen Entscheidungen, die sie betreffen, auch beteiligen können.“ <sup>(9)</sup>

### **Wie die „Insel“ durch eine Bürger\*inneninitiative gerettet wurde**

In den 1970ern bestimmte die Vorstellung einer „autogerechten Stadt“ das Denken der Verkehrsplaner\*innen auch auf der größeren Insel West-Berlin. Was nicht bedeutet, dass dieses Konzept heute vollkommen überwunden wäre. Die in diesem Zusammenhang vorgesehenen Schnellstraßen hätten so manchen „Kiez“ zerstört.

Der Architekt Norbert Rheinländer, einer der aktivsten Vertreter der 1974 als Verein gegründeten „Bürgerinitiative gegen die Westtangente e. V.“, schreibt über deren Anfänge:

„Herbst 1973. Bei einigen Anwohnern in der Cherusker- und Ebersstraße herrscht Aufregung: Ein Kinderspielplatz soll verlegt werden. Wir informieren uns und erfahren, dass dies ein erster Schritt ist zur Verwirklichung der im Flächennutzungsplan von 1965 vorgesehenen Autobahn Westtangente. Ihr sollen Wohnhäuser und Grünflächen geopfert werden, um dem Leitbild der autogerechten Stadt Rechnung zu tragen. Wir Anwohner sind uns einig in der Ablehnung dieser autofixierten, umweltschädlichen Verkehrspolitik und beschließen, uns dagegen zu wehren.“<sup>(10)</sup>

Die Bürgerinitiative machte Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und entwickelte ein neues Konzept – „eine echte Alternative zum Autoverkehr: die ‚Grüntangente‘. Diese Idee vernetzt die Bahngelände, die über 40 Jahre nicht mehr benutzt worden sind und auf denen eine üppige und vielfältige ‚Spontanvegetation‘ herangewachsen war, mit Stadtteilparks und sonstigen Grünflächen.“ Heute sind viele Elemente dieser Idee auf der „Roten Insel“ verwirklicht.

### Es gibt auch ein Menschenrecht auf Wohnen

Das Problem steigender Mieten, die Umwandlung in Eigentumswohnungen und die damit oft verbundene Verdrängung von Menschen – auch unter dem Begriff Gentrifizierung zusammengefasst – macht vor der „Roten Insel“ nicht Halt. Deshalb ist die „Insel“ seit 2015 eines der Milieuschutzgebiete im Bezirk Tempelhof-Schöneberg. „Ziel des Milieuschutzes ist es, negative städtebauliche Folgen zu verhindern, etwa die mögliche Verdrängung von Altmietern, die ihre Mieten nach sogenannten Luxusmodernisierungen oder der Zusammenlegung kleinerer Wohnungen nicht mehr bezahlen können.“<sup>(11)</sup>

Ganz wichtig: Es gibt auch ein Menschenrecht auf Wohnen – eben als Teil der schon erwähnten „wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte“, kurz WSK. Über das Recht auf Wohnen informiert zum Beispiel Amnesty International.<sup>(12)</sup> Dieses

Recht kommt auch schon in der AEMR vor, nämlich in Artikel 25, Absatz 1.

### Berühmte Frauen auf der „Roten Insel“

Die vielleicht berühmteste „Tochter“ der Insel, Marlene Dietrich (1901 – 1992) hat sich in den USA gegen das Nazi-Regime engagiert: Nach 1945 wurde sie dafür von nicht wenigen West-Berliner\*innen angefeindet, von anderen aber auch gerade deshalb geliebt. Geboren wurde Marlene Dietrich in der heutigen Leberstraße 65, die damals Sedanstraße hieß.<sup>(13)</sup>



Portrait Marlene Dietrich an einer Hauswand in der Leberstraße, 2023

© Berliner Geschichtswerkstatt

Auf dem Alten St.-Matthäus-Kirchhof in der Großgörschenstraße 26 sind zwei weitere sehr engagierte Frauen, May Ayim und Kitty Kuse, bestattet.

May Ayim (1960 – 1996), deren Bedeutung als schwarze deutsche Dichterin, rassismuskritische und feministische Aktivistin gerade heute gar nicht zu überschätzen ist, war Mitherausgeberin des 1986 erschienen, bahnbrechenden Buches „Farbe bekennen – Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“.<sup>(14)</sup> Aktuell im Jahr 2023 spielt die Tradition von May Ayims Wirken auch in der Ausstellung „Auf den Spuren der Familie Diek – Geschichten schwarzer Menschen in Tempelhof-Schöneberg“ eine Rolle, die im Museum Schöneberg bis zum 1. Oktober 2023 gezeigt wird.

In dem von May Ayim mitverfassten Buch geht es auch um den Schutz vor rassistischer Diskriminierung.

© Berliner Geschichtswerkstatt



Grab von May Ayim auf dem Alten St.-Matthäus-Kirchhof, 2023

rung, wobei damit selbstverständlich alle Formen von Rassismus gemeint sind. Übrigens: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat schon 1965 das „Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung“ verabschiedet. Es wird auch Anti-Rassismus-Konvention oder abgekürzt ICERD genannt. <sup>(15)</sup>

Kitty Kuse (1904 – 1999) gründete 1974 eine Gruppe für ältere lesbische Frauen. Das war in Deutschland die erste dieser Art nach 1945. Die Zeitschrift, die von der Gruppe von 1975 an herausgegeben wurde, hieß „ukz – unsere kleine zeitung“. Aufgewachsen ist Kitty Kuse auf der „Roten Insel“. Sie beteiligte sich unter der Nazi-Diktatur an der Rettung der jüdischen Malerin Gertrude Sandmann „indem sie Lebensmittel quer durch Berlin zu ihrem Versteck brachte“.

Christiane von Lengerke schrieb in der ukz im Jahr 2000 über sie: „Kitty war nicht nur eine unerschrockene Frau, eine treue Freundin, eine, die sich für andere einsetzte, kurz: ein Vorbild. Kitty war auch lebendiges Zeugnis dafür, dass es schon lange vor der Nazizeit, in der Generation der Mütter, Frauen gegeben hatte, die öffentlich, halböffentlich, oder auch in privaten Zirkeln ihre Liebe zu Frauen gelebt hatten. Sie war Repräsentantin unserer verschwiegenen Geschichte.“ <sup>(16)</sup> An der Naumannstraße 47 erhielt eine Grünanlage auf der „Roten Insel“ 2017 den Namen Kitty-Kuse-Platz.

Am Gustav-Müller-Platz steht eines der berühmtesten Gebäude auf der „Insel“, die Königin-Luise-Gedächtniskirche – ein rundes, neo-barockes Bauwerk aus dem Jahr 1912. Dort am Platz entstand in einer



Grabstein von Kitty Kuse auf dem Alten St.-Matthäus-Kirchhof, 2023

Frauen-Wohngemeinschaft die Idee für ein Frauenhaus, das 1976 in Berlin-Wilmersdorf eröffnet wurde und das älteste seiner Art in Deutschland sein soll. Die Vereinten Nationen haben 1979 das „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ (CEDAW) verabschiedet, das auch „Frauenrechtskonvention“ genannt wird. <sup>(17)</sup> Selbst in Berlin aber herrscht in der Gegenwart ein Mangel an Plätzen in Frauenhäusern. Gewalt gegen Frauen und weitere gravierende Menschenrechtsverletzungen an sowie Benachteiligungen von Frauen bestimmen in Deutschland und international die Schlagzeilen.

© Berliner Geschichtswerkstatt

© Berliner Geschichtswerkstatt



Evangelische Königin-Luise-Gedächtniskirche am Gustav-Müller-Platz, 2023

## Zwei Beispiele jüdischer Biografien auf der „Roten Insel“

In den 1920ern zog der Dichter und Schriftsteller Paul Zech (1881 – 1946) in den damaligen Königsweg ein. Er lebte bis 1933 in dem Haus mit der heutigen Adresse Naumannstraße 78. Daran erinnert eine Gedenktafel am Haus. Er war ein Künstler, wie es einige Künstler\*innen auf der „Roten Insel“ gab und gibt – eben in diesem Fall ein Wortkünstler. Paul Zech schenkte der Nachwelt den Tatsachenroman „Deutschland, dein Tänzer ist der Tod“. Nach eigenen Angaben Zechs wurde das Buch zwischen 1933 und 1937 geschrieben, teils noch in Deutschland, teils im argentinischen Exil. Es ist ein Widerstandsroman, der zu großen Teilen Menschen beschreibt, die sich gegen das Nazi-Regime zur Wehr setzten oder unter ihm litten. <sup>(18)</sup>

So kommt beispielsweise der Arzt Doktor Max Frankenstein in dem Roman vor, der tatsächlich in der Kolonnenstraße 12/13 lebte. Er war jüdischer Herkunft. Im Roman von Paul Zech verteidigt der Buchdrucker Louis-Ferdinand Schimmel, der ebenfalls in der Kolonnenstraße wohnt und dessen Frau von Doktor Frankenstein hingebungsvoll versorgt wird, den Arzt gegen den antijüdischen Hass seiner Kinder:

„Nun hör mal, Mädchen, den Doktor Frankenstein kenne ich fast ein Menschenalter lang. Er hat deinen Großvater schon behandelt. Es gibt hier in der Kolonnenstraße überhaupt keine alteingesessene Familie, glaube ich, bei der er nicht Hausarzt ist. Ich habe nie gehört, dass man jemals abfällig von ihm gesprochen hätte. Seine Honorarforderungen sind mäßig, man kann das Geld noch aufbringen.“

Seit 2016 erinnern vier Stolpersteine vor der Kolonnenstraße 12/13 an die Familie: an Max und dessen Frau Paula Frankenstein, den Sohn Alfred und die Tochter Edith Benjamin, geborene Frankenstein. Max und Paula Frankenstein konnten sich, nachdem dem Arzt 1933 die Approbation entzogen worden und das Ehepaar zur Untermiete in der Münchener Straße wohnen musste, im Februar 1939 durch ihre Auswanderung nach Palästina retten, wie dies schon zuvor die Kinder getan hatten. <sup>(19)</sup>



Stolpersteine für die Familie Frankenstein vor der letzten freiwilligen Wohnung in der Kolonnenstraße 12, 2023

© Berliner Geschichtswerkstatt

## Die „Rote Insel“ im Kaiserreich: Ungleiche Nachbarschaften

Etwa zwischen den 1880ern und 1918 lebten in den drei Straßen im Westen der „Insel“ vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter. Die SPD und die KPD waren hier außerordentlich stark – die SPD vor allem im Kaiserreich, und später – in der Weimarer Republik – die KPD. Diese drei Straßen waren die Cherusker-, die Goten- und die Sedanstraße. Hier war also die „Insel“ besonders „rot“.

Aber gleich östlich davon entstanden Häuser mit Wohnungen für Angestellte, Beamte und allgemein für Angehörige der Mittelschichten. Beispiele dafür sind die Gustav-Müller-Straße und die heutige Naumannstraße – sie hieß bis 1929 Königsweg und hat heute noch Vorgärten. <sup>(20)</sup>

Und ein drittes, sehr wichtiges Element war, schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und auch im Kaiserreich bis zur Novemberrevolution von 1918, das Militär: Es gab auf der „Insel“ und gleich nebenan im Gelände um die heutige General-Pape-Straße einen Militärbahnhof und Kasernen für gleich zwei sogenannte Eisenbahnbataillone. Und das ist nur ein Teil der dortigen riesigen Kasernenanlagen. Übrigens: Die Kolonnenstraße heißt tatsächlich so, weil die Militärkolonnen hier im Kaiserreich entlang marschierten. <sup>(21)</sup>

### **Friedrich Naumann: Politiker, Pfarrer und glühender Verfechter von Imperialismus und Kolonialismus**

Angehörige der Schöneberger Eisenbahnbataillone waren auch an der Niederschlagung zum Beispiel der Aufstände der Nama und Herero im heutigen Namibia – und damit an einem Völkermord durch die deutsche Kolonialmacht – beteiligt. Darüber informierte eine Ausstellung zur Kolonialgeschichte der Museen Tempelhof-Schöneberg im Jahr 2017. <sup>(22)</sup>

Zu den eher etablierten Berühmtheiten unter den „Insel“-Bewohner\*innen zählte der liberale Politiker und Pfarrer Friedrich Naumann (1860 – 1919), der von 1906 bis 1919 in der heutigen Naumannstraße 24 wohnte. Er war einerseits sozial orientiert und andererseits Verfechter einer imperialistischen Politik, was die Befürwortung von Kolonialismus und kolonialistischer Gewalt, also bekanntlich auch Massenmorde einschloss. So verteidigte Naumann die „Hunnenrede“ von Kaiser Wilhelm II. aus dem Jahr 1900. „Darin hatte dieser den nach China auslaufenden deutschen Soldaten zugerufen, sie sollten den Boxeraufstand blutig niederwerfen (...)“.

Naumann wurde und wird vorgehalten, die extrem gewalttätige, von Massakern gekennzeichnete Politik des Osmanischen Reiches gegenüber den Armenier\*innen und den Völkermord an ihnen durch das jungtürkische Regime insgesamt beschönigt zu haben. So schrieb der Publizist Lothar Baier in einer Buchbesprechung für den Deutschlandfunk, Naumann habe sich „selbst von den noch frischen Nachrichten über den Völkermord an den Armeniern von 1915 und 1916 im April 1917 nicht davon abhalten (lassen), bei der Grundsteinlegung für ein deutsch-türkisches Freundschaftshaus in Konstantinopel die Festrede zu halten.“ <sup>(23)</sup>

Seit 1929 ist die Straße, in der er wohnte, der ehemalige Königsweg, nach ihm benannt. Er ist begraben auf dem zweiten berühmten Friedhof auf der „Roten Insel“, dem Alten Zwölf-Apostel-Kirchhof, gegenüber von dem Haus, in dem er lebte.

### **Die „Rote Insel“: Ein Ort der Vielfalt in Vergangenheit und Gegenwart**

Auch Tempelhof-Schöneberg ist ein Berliner Bezirk, in dem weit über ein Drittel der Bevölkerung Kinder oder Kindeskinde von Einwander\*innen oder selbst eingewandert sind. Hinzu kommen Menschen, die in Fluchtunterkünften leben. Dies zeigt noch einmal, dass Vielfalt eine Selbstverständlichkeit und der Normalfall ist – natürlich in Berlin, in Tempelhof-Schöneberg und auch auf der „Roten Insel“. Das bedeutet aber leider noch nicht, dass alle Teile der Bevölkerung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft entsprechend ihrem Anteil vertreten sind. Auch heute erleben Menschen, dass sie als angeblich nicht Zugehörige, als angeblich „Andere“ ausgegrenzt werden. Umso wichtiger ist es, zu betonen, dass auch die „Rote Insel“ – wie natürlich Berlin überhaupt – immer ein Ort der Vielfalt war.

Dazu gehörten schon lange vor 1911 auch auf der „Roten Insel“ Einwander\*innen: in der Kolonnenstraße zum Beispiel besaß die Familie Sarre spätestens im 19. Jahrhundert Grundstücke – eine Familie, die von den Hugenott\*innen abstammte, die bereits im späten 17. Jahrhundert als Geflüchtete aus Frankreich unter anderem nach Berlin und Brandenburg kamen. Auch der Botaniker Carl David Bouché (1809 – 1881), der den Alten Zwölf-Apostel-Kirchhof in der Kolonnenstraße 24–25 gestaltete, kam aus einer Hugenottenfamilie. <sup>(24)</sup>

Im Jahr 1911 wurde die katholische St.-Elisabeth-Kirche eingeweiht, ebenfalls in der Kolonnenstraße. Damals gab es einen dringenden Bedarf für katholische Einwander\*innen aus Schlesien und Westfalen.

Auch heute steht diese Kirche für Vielfalt: seit 1989 hat die Slowenische Gemeinde hier ein Zuhause. Afrikanische Christ\*innen feiern sonntags ihre Gottesdienste in der Kirche. <sup>(25)</sup> Das Robert-Blum-Gymnasium gegenüber, in der Kolonnenstraße 21, hat sich das Motto gegeben: „Vielfältig zusammen leben und lernen“. Die Schule gehört zum bundesweiten Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. <sup>(26)</sup>

Sie ist nach dem Verleger, Journalisten, Demokraten und Abgeordneten der Nationalversammlung in der



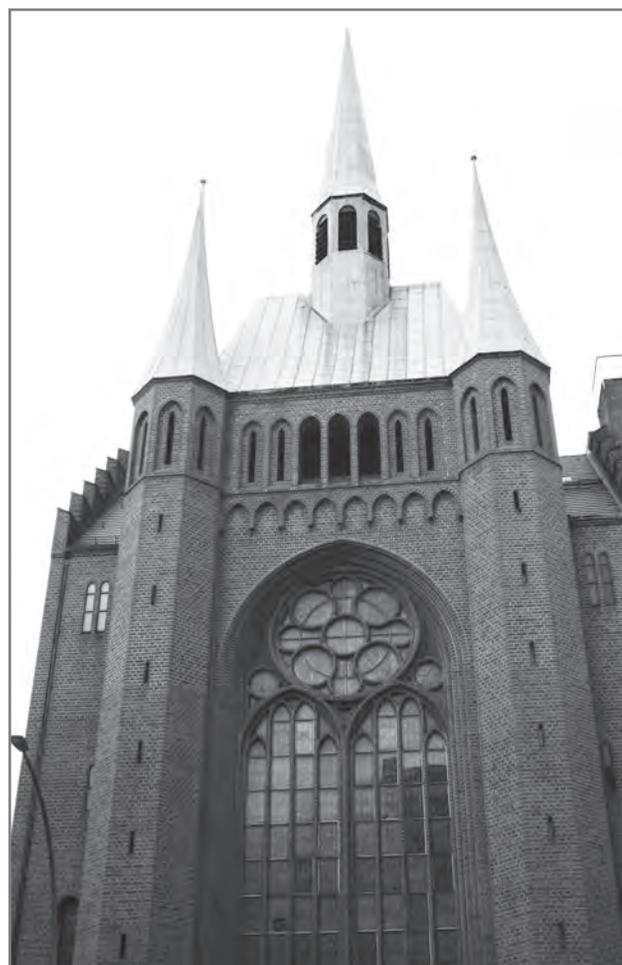
Gedenktafel für Robert Blum am nach ihm benannten Gymnasium in der Kolonnenstraße 21, 2023

Frankfurter Paulskirche, Robert Blum, benannt. Auf sein Wirken und auf seine Hinrichtung unter Bruch seiner Immunität als Abgeordneter in Wien im Jahr 1848 weist eine Gedenktafel an der Schule hin.

Robert Blum war eine bedeutende Persönlichkeit in der demokratischen Revolution von 1848, deren 175. Jahrestag im Jahr 2023 begangen wird. Und dies auch aufgrund der Wichtigkeit dieser Revolution für die aktuelle Bewahrung der Demokratie in Deutschland. Beim Gedenken wurde nicht zuletzt die Bedeutung von Frauen für die Revolution hervorgehoben. Auch in diesem Zusammenhang hat sich Robert Blum solidarisch gezeigt. Auf Bildungsveranstaltungen zum Jubiläum wurde auch auf den Beitrag jüdischer Revolutionär\*innen und auf die Bedeutung des Kampfes gegen antijüdischen Rassismus und Antisemitismus zur Zeit der Revolution von 1848 hingewiesen.

In einer kleinen Parallelstraße der Kolonnenstraße, in der Geßlerstraße 11, steht das „Interkulturelle Haus“. „Hier wird Familien, Kindern und Jugendlichen, ganz gleich welcher Herkunft und Religion, Raum zur Begegnung und zum Austausch, zu Bildung und Kreativität geboten“, heißt es auf der Internetseite der Einrichtung.<sup>(27)</sup> Auf Plakaten wird auch dafür geworben, Alltagsrassismus entgegen zu treten.

Hier trifft sich auch die Tempelhof-Schöneberger Arbeitsgemeinschaft der Immigrant\*innen- und Flüchtlingsprojekte (T-SAGIF). „Ihr gehören über 40 Immigrant\*innen- und Flüchtlingsprojekte des Bezirks Tempelhof-Schöneberg an“, informiert die Internetseite von T-SAGIF. Weiter heißt es dort: „T-SAGIF verfolgt das Ziel, das Klima der Verständigung und



Katholische St.-Elisabeth-Kirche in der Kolonnenstraße 38/39, 2023

des friedlichen Miteinanders im Bezirk zu fördern und die Teilhabe der Migrant\_innen in allen Lebensbereichen zu erhöhen.“<sup>(28)</sup>

In besonderer Weise steht der Stadtteilverein Schöneberg e. V. auf der „Roten Insel“ und in anderen Kiezen Schönebergs für eine interkulturelle Arbeit. Das Büro des Vereins befindet sich in der Crellestraße 38. Auf der „Roten Insel“ unterhält der Stadtteilverein zwei Kindertagesstätten: die Kita Cookies am Gustav-Müller-Platz 2 und die Kita Kik in der Monumentenstraße 3.<sup>(29)</sup>

Der Verein ist auch, wie erwähnt, einer der beiden Träger\*innen des „Arbeitskreises Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber“ und damit daran beteiligt, die Erinnerung an den Widerstand gegen das Nazi-Regime auf der „Roten Insel“ wachzuhalten.



Aktuell wird der „Inselgarten“ von Menschen bewirtschaftet, die im Kiez wohnen, 2022

### Der „Inselgarten“: Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte gärtnern gemeinsam

Auch das Recht auf Schutz vor Verfolgung wird bereits in der AEMR erwähnt, und zwar in Artikel 14, Absatz 1: „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“

Auf der „Roten Insel“ gibt es ein besonders schönes Projekt, an dem Menschen mit Fluchterfahrungen beteiligt sind, in der Cheruskerstraße 2: Im „Inselgarten“ mit seinen eindrucksvollen Hochbeeten und einem Bienenstock gärtnern Geflüchtete und bereits länger in Berlin lebende Menschen gemeinsam, organisiert von der Initiative „Soulgarden Berlin“ und in Zusammenarbeit mit der Organisation „Über den Tellerrand“, deren Büro natürlich auch auf der „Insel“ ist, nämlich in der Roßbachstraße 6.

Gemeinsam Pflanzen großziehen, gemeinsam kochen, zusammen Sprachen lernen und zusammen Kultur genießen, das ist die Idee von „Über den Tellerrand“. Keya Choudhury leitet „Soulgarden Berlin“

– und sie und die „Seelengärten“ sind nicht nur auf der Schöneberger „Insel“, sondern auch anderswo in Berlin unterwegs. <sup>(30)</sup>

### Das Gedicht von Zehra Çırak „oben auf dem Gasometer“

Schon vor etwa 20 Jahren hat sich die Berliner Dichterin Zehra Çırak, die 1960 in Istanbul geboren wurde und seit 1963 in Deutschland lebt, in einem Gedicht auf fast traumwandlerische Weise mit dem Gasometer in Schöneberg auseinandergesetzt. Das Gedicht mit dem Titel „Zu einem Foto von F. Seidenstücker“ handelt von der Begegnung der Autorin mit einem Spaziergänger oben auf dem Gasometer im Jahr 1927. Dieser Spaziergänger ist auf einer Fotopostkarte des Fotografen Friedrich Seidenstücker zu sehen:

*„Manchmal träume ich von einem Spaziergang oben auf dem Gasometer ganz alleine bei Windstille.“*

In dem Traum kommt es zu einer Begegnung mit dem Spaziergänger:

*„Der Flaneur wacht auf und sieht aus seinem Fenster er schaut auf den Gasometer und lacht in den Morgen verrückt sagt er mir träumte heute Nacht eine Begegnung mit einer Frau im Jahre 2000 oben auf dem Gasometer.“* <sup>(31)</sup>

Zehra Çırak erhielt zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem den Adelbert-von-Chamisso-Preis 2001. Sie hat in Berlin von 1982 an mit dem Objektkünstler Jürgen Walter zusammen gearbeitet und gelebt, bis zu dessen Tod im Jahr 2014.

2019 haben die Lyrikerin Safiye Can und der Schriftsteller Hakan Akçit ein Interview mit Zehra Çırak geführt, das auf „Heimatkunde“, dem migrationspolitischen Portal der Heinrich-Böll-Stiftung, erschienen ist. Zehra Çırak erzählt von der „Lyrikbegeisterung bei Kindern und Jugendlichen“, die sie bei den Schreibwerkstätten, die sie an Schulen durchführt, erlebt. Diese Begeisterung „schlummert nur ganz leicht an der Oberfläche und muss lediglich etwas gerüttelt werden, und sie erwacht mit Freude am Sprachspiel und am Experimentieren.“ <sup>(32)</sup>

## Anmerkungen

Dieser Vortrag basiert auf dem Artikel „Auf der Spur der Menschenrechte über die Rote Insel“, den der Autor 2020 auf der Website der Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlichte: <https://www.bildungswerk-boell.de/de/2020/12/07/die-rote-insel>

(1) Berliner Geschichtswerkstatt e. V. (Hrsg.): Die Rote Insel. Berlin-Schöneberg. Bruchstücke zur Stadtgeschichte. Dirk Nishen Verlag, Berlin 1987, erweiterte Neuauflage 2008

ZERA berlin: Insel Tour. Historische Informationen zu einem Stadtraum, Begleitheft, (Berlin 2018), im Internet unter: <https://www.inseltour-berlin.de/>

Gisela Wenzel: Die „Rote Insel“. Zur Geschichte eines Schöneberger Arbeiterquartiers, in: Spurensicherung in Schöneberg 1933: „Rote Insel“, Lindenhof, „Jüdische Schweiz“

Ausstellung im Rahmen der Projektreihe des Berliner Kulturrats: 1933 – Zerstörung der Demokratie – Machtübergabe und Widerstand, hrsg. von der Berliner Geschichtswerkstatt, Berlin 1983

Petra Zwaka: Schöneberg auf dem Weg nach Berlin: Historische Pläne, Texte und Fotografien. Ein Bilder- und Lesebuch, Berlin 1987

Berlin-Schöneberg. Blicke ins Quartier 1949 – 2000, hrsg. von Johanna Muschelknautz und Petra Zwaka, Schöneberg Museum, Berlin 2001

Christian Simon: Schöneberg im Wandel der Geschichte: Es war in Schöneberg im Monat Mai, Berlin 1998, S.29 – 33

Es gibt weitere erwähnenswerte Publikationen zur „Roten Insel“, so etwa die zweimal jährlich vom Robert-Blum-Gymnasium in der Kolonnenstraße herausgegebene „BlumPostille“.

Ulf Schumann betreibt den „Rote Insel-Blog aus Schöneberg“ (<http://www.roteinsel.eu>) und auf Facebook gibt es als sozial engagiertes Medium @RoteInsel

Die Insel ist auch ein bedeutender Schauplatz in dem Roman „Die Einsteinianer“ von Rainer E. Zimmermann, Schibri-Verlag, 2012.

(2) United Nations Human Rights. Office of the High Commissioner / Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte: Deutsche Fassung des Textes der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948: [https://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR\\_Translations/ger.pdf](https://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR_Translations/ger.pdf)

(3) Wolf-Jürgen Haßdorf: „Es war ja nicht unser Krieg“. Julius Leber – Kohlenhändler auf der „Roten Insel“, in: Berliner Geschichtswerkstatt e.V. (Hrsg.): Die Rote Insel, S. 129 – 136 Im Widerstand: Annedore und Julius Leber, in: ZERA berlin: Insel Tour, S. 70 - 73, wie Anm. 1

Dörte Döhl: Nur Mut! Annedore Leber – Schneiderin, Politikerin, Publizistin und Kohlenhändlerin, in: „Kiez Schöneberg“, August/September 2017, S. 8 – 12

Heinrich-Wilhelm Wörmann: Widerstand in Schöneberg und Tempelhof, Berlin 2002 (= Band 13 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. Herausgeber: Gedenkstätte Deutscher Widerstand), S. 57, 60 – 63, 183

(4) Dörte Döhl, wie Anm. 9, Website Arbeitskreis Gedenkort Annedore und Julius Leber, getragen vom Stadtteilverein Schöneberg e. V. und der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.: <https://gedenkort-leber.de/> Neue Publikation: „Treffpunkt Kohlenhandlung“. Ein Lern- und Gedenkort für Annedore und Julius Leber

(5) Gisela Wenzel: Die „Rote Insel“, S. 9, wie Anm. 1; Sander: „Das war ,ne ganze rote Gegend hier ...“, S. 31 – 38, wie Anm. 8

(6) Gisela Wenzel, Insa Eschenbach: Alfred Davidsohn – Leben „gegen den Strom“, in: Leben in Schöneberg/Friedenau 1933 – 1945, hrsg. vom Bezirksamt Schöneberg von Berlin, 2., überarbeitete und erweiterte Ausgabe, Berlin 1987, S. 132 f.

(7) Zitat Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße: <http://www.gedenk-ort-papestrasse.de/start.html>; zu Hertha Block und zum SA-Gefängnis: Irene von Götz, Petra Zwaka (Hrsg.): SA-Gefängnis Papestraße. Ein frühes Konzentrationslager in Berlin, Berlin 2013, S. 54 f.; über Alfred Lion und die Debatte um die Straßenbenennung: Alfred-Lion-Steg, in: ZERA berlin: Insel Tour, S. 54 – 59, wie Anm. 1

Zitat Informationsort Schwerbelastungskörper: <http://www.schwerbelastungskoeper.de/von-berlin-zu-germania.html>; Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: United Nations Human Rights. Office of the High Commissioner / Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte: Deutsche Fassung des Textes der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

(8) UN-Behindertenrechtskonvention. Deutsches Institut für Menschenrechte ([institut-fuer-menschenrechte.de](http://institut-fuer-menschenrechte.de))

(9) Zitat Kinderrechte: Die Kanzlei, die hinter der Beschwerde steht. Zeit Campus; Berliner Zeitung 25.9.2019 ([kiosk.plus](http://kiosk.plus)). Text der Kinderrechtskonvention: Die UN-Kinderrechtskonvention im Wortlaut und zum Download ([unicef.de](http://unicef.de))

(10) Alle folgenden Zitate aus: Norbert Rheinländer: Die vielen Leben der Westtangente und ihrer Bürgerinitiative, in: Berlin-Schöneberg. Blicke ins Quartier 1949 – 2000, wie Anm. 1, S. 76 ff.

(11) Karen Noetzel: Schöneberger Insel ist Milieuschutzgebiet, in: Berliner Woche, 17. Juli 2015: [https://www.berliner-woche.de/schoenerberg/c-soziales/schoeneberger-insel-ist-milieuschutzgebiet\\_a81101](https://www.berliner-woche.de/schoenerberg/c-soziales/schoeneberger-insel-ist-milieuschutzgebiet_a81101)

(12) Amnesty International: Amnesty Report, Kenia, 1. Oktober 2009: Das Recht auf Wohnen, <https://www.amnesty.de/mit-menschenrechten-gegen-armut/wohnen-wuerde/das-recht-auf-wohnen-stoppt-rechtswidrige-zwangsräumung>

(13) Marlene Dietrich, in: ZERA berlin: Insel Tour, S. 74 – 79, wie Anm. 1;

Udo Badelt: Todestag von Marlene Dietrich. Sie war, Gott sei Dank, Berliner, in: Der Tagesspiegel, Online-Ausgabe vom 6.5.2012, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/todestag-von-marlene-dietrich-sie-war-gott-sei-dank-berlinerin/6594634.html>;

Eva Gesine Baur: Einsame Klasse. Das Leben der Marlene Dietrich, München 2017

(14) Katharina Oguntoye, May Opitz/Ayim, Dagmar Schultz: Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. Berlin 1986;

May Ayim: grenzenlos und unverschämt, Berlin 1997;

Peggy Piesche: Euer Schweigen schützt Euch nicht: Audre Lorde und die Schwarze Frauenbewegung in Deutschland, Berlin 2012

(15) Aktuell – Museen Tempelhof Schöneberg ([museen-tempelhof-schoeneberg.de](http://museen-tempelhof-schoeneberg.de));

Deutsches Institut für Menschenrechte: Anti-Rassismus-Konvention (ICERD), <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsinstrumente/vereinte-nationen/menschenrechtsabkommen/anti-rassismus-konvention-icerd/>

(16) Ilse Kokula, Christiane von Lengerke, Eva Rieger: Käthe (Kitty) Kuse: FemBioFrauen, Biographieforschung: <https://www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/kaethe-kitty-kuse/>

(17) Ulrike Pohl: Schaltzentrale Gustav-Müller-Platz, in: Berlin-Schöneberg. Blicke ins Quartier, S.137, – 140, wie Anm.1;

Über die Königin-Luise-Gedächtniskirche: Uta Gerdes/Heike Pam-penthin: Aus dem Leben der Königin-Luise-Gedächtnis-Gemeinde, in: Berliner Geschichtswerkstatt e. V. (Hrsg.): Die Rote Insel, S.150 – 155, wie Anm.1;

Königin-Luise-Gedächtniskirche, in: ZERA berlin: Insel Tour, S.20 – 25, wie Anm. 1;

Erika von Hören: Königin-Luise-Gedächtniskirche. Herz der „Roten Insel“ in Schöneberg, in: „Kiez Schöneberg“, Dezember 2017/ Januar 2018, S. 8 – 14.

Deutsches Institut für Menschenrechte: Frauenrechtskonvention (CEDAW): <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsinstrumente/vereinte-nationen/menschenrechtsabkommen/frauenrechtskonvention-cedaw/>

(18) Paul Zech: „Deutschland, dein Tänzer ist der Tod“; der Roman ist im Internet zu finden unter: <https://www.projekt-gutenberg.org/zech/taenzer/taenzer.html>;

Herbert Böppe: „Deutschland, dein Tänzer ist der Tod“ von Paul Zech. Auf den lokalen Spuren eines Widerstandsromanes, in: Berliner Geschichtswerkstatt e. V. (Hrsg.): Die Rote Insel, S.114 – 121, wie Anm.1;

Gedenkstätte Deutscher Widerstand: Biografien. Personenverzeichnis: Paul Zech [https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/paul-zech/?no\\_cache=1](https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/paul-zech/?no_cache=1)

(19) Zitat aus dem Roman: Paul Zech: „Deutschland, dein Tänzer ist der Tod“, S. 24

Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin: Stolpersteine in Berlin: <https://www.stolpersteine-berlin.de/de/biografie/8082> (Paula Frankenstein)

<https://www.stolpersteine-berlin.de/de/biografie/8083> (Max Frankenstein)

<https://www.stolpersteine-berlin.de/de/biografie/8084> (Alfred Frankenstein)

<https://www.stolpersteine-berlin.de/de/biografie/8085> (Edith Benjamin)

(20) Andreas Sander: „Das war ‚ne ganze rote Gegend hier ...“. Zur politischen und kulturellen Entwicklung von 1900 bis 1945, in: Berliner Geschichtswerkstatt e. V. (Hrsg.): Die Rote Insel, S. 27 – 38, wie Anm. 1;

„Rote Insel“, in: ZERA berlin: Insel Tour, S. 80 – 83, wie Anm. 1;

Gisela Wenzel: Die „Rote Insel“, wie Anm. 1

(21) Klaus Hesse, Stille Belagerung zwischen den Kriegen. Das Militär auf der ‚Schöneberger Insel‘ 1873 – 1914, in: Berliner Geschichtswerkstatt e. V. (Hrsg.): Die Rote Insel, S. 39 – 55;

Die Kolonnenstraße, Militärbahnhof Schöneberg, Eisenbahn-Pionier-/Militärische Nutzung, in: ZERA berlin: Insel Tour, S. 36 f., 44 – 49, 60 – 65, beide wie Anm. 1

(22) Quellen: Hesse, S. 54 f., wie Anm. 9.;

<https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/vorherige-ausstellungen.html>;

Ottmar Fischer: Ausstellung im Schöneberg-Museum; „Es gab eine Kolonialzeit“, in: Die Stadtteilzeitung, hrsg. vom Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V., Nr. 142, Juni 2017;

Karen Noetzel: Ausstellung zur Kolonialgeschichte im Museum Schöneberg mit Fokus auf den heutigen Bezirk, in: Berliner Woche, 31.5.2017, [https://www.berliner-woche.de/schoeneberg/c-kultur/ausstellung-zur-kolonialgeschichte-im-museum-schoeneberg-mit-fokus-auf-den-heutigen-bezirk\\_a126035](https://www.berliner-woche.de/schoeneberg/c-kultur/ausstellung-zur-kolonialgeschichte-im-museum-schoeneberg-mit-fokus-auf-den-heutigen-bezirk_a126035)

(23) Zitat Naumann und „Hunnenrede“: Thomas Schmid, Der illiberale Liberale, in: Die Welt, 24.8.2019, Online-Ausgabe, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article199046357/100-Todestag-Friedrich-Naumann-Der-illiberale-Liberale.html>;

Zitat Lothar Baier: derselbe: Buchbesprechung: Hans-Lukas Kieser, Dominik J. Schaller (Hrsg.): Der Völkermord an den Armeniern und die Shoah. The Armenian Genocide and the Shoah, Deutschlandfunk, Politische Literatur, 13.1.2003, [https://www.deutschlandfunk.de/hans-lukas-kieser-dominik-j-schaller-hrsg-der-voelkermord.730.de.html?dram:article\\_id=101956](https://www.deutschlandfunk.de/hans-lukas-kieser-dominik-j-schaller-hrsg-der-voelkermord.730.de.html?dram:article_id=101956);

Wikipedia: Friedrich Naumann, [https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich\\_Naumann](https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Naumann);

Andreas Sander: Ein Liberaler auf der „Roten Insel“ – Friedrich Naumann, in: Berliner Geschichtswerkstatt e. V. (Hrsg.): Die Rote Insel, S.84 – 87; wie Anm.1

(24) Die Kolonnenstraße, in: ZERA berlin: Insel Tour, S. 32 f., wie Anm. 1;

Gerhard Fischer: Die Hugenotten in Berlin, Berlin 2010;

Meike Eggert, Die „Insel“ entsteht. Bebauung und Gewerbe bis 1918, in: Berliner Geschichtswerkstatt e. V. (Hrsg.): Die Rote Insel, S. 20;

Wikipedia: St. Elisabeth (Berlin-Schöneberg, [https://de.wikipedia.org/wiki/St.\\_Elisabeth\\_\(Berlin-Sch%C3%B6neberg;Carl\\_David\\_Bouch%C3%A9\)](https://de.wikipedia.org/wiki/St._Elisabeth_(Berlin-Sch%C3%B6neberg;Carl_David_Bouch%C3%A9)) – Wikipedia

(25) Katholische Kirchengemeinde St. Matthias – Slowenische Gemeinde in St. Elisabeth ([st-matthias-berlin.de](http://st-matthias-berlin.de));

Wie afrikanische Christen in Deutschland unter Corona leiden. Afrika DW 27.5.2020

(26) <https://www.robert-blum-schule.de> (robert-blum-schule.de); Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ([schule-ohne-rassismus.org](http://schule-ohne-rassismus.org))

(27) Über Uns – Interkulturelles Haus ([ikhberlin.de](http://ikhberlin.de))

(28) Interkulturelles Haus und T-SAGIF – Berlin.de: Tempelhof-Schöneberger Arbeitsgemeinschaft der Immigranten- und Flüchtlingsprojekte (T-SAGIF)

(29) Stadtteilverein Schöneberg e. V. <https://stadtteilvereinschoeneberg.de/ueber-uns/>

(30) Erika von Hören: „Über den Tellerrand“. Hier können sich Berliner und Flüchtlinge kennen lernen, in: „Kiez Schöneberg“, Februar/März 2017, S. 14 – 22;

<https://ueberdentellerrand.org>;

<https://soulgardenberlin.de>

(31) Zehra Çirak, Zu einem Foto von F. Seidenstücker, in: Berlin-Schöneberg. Blicke ins Quartier, , S. 112, wie Anm.1;

über den Fotografen Friedrich Seidenstücker: Wikipedia:[https://de.m.wikipedia.org/wiki/Friedrich\\_Seidenst%C3%BCcker#:~:text=Friedrich%20Seidenst%C3%BCcker%20%28%2A%2026.%20September%201882%20in%20Unn](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Seidenst%C3%BCcker#:~:text=Friedrich%20Seidenst%C3%BCcker%20%28%2A%2026.%20September%201882%20in%20Unn)

[https://de.m.wikipedia.org/wiki/Friedrich\\_Seidenst%C3%BCcker#:~:text=Friedrich%20Seidenst%C3%BCcker%20%28%2A%2026.%20September%201882%20in%20Unn](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Seidenst%C3%BCcker#:~:text=Friedrich%20Seidenst%C3%BCcker%20%28%2A%2026.%20September%201882%20in%20Unn)

(32) Interview mit Zehra Çirak von Safiye Can und Hakan Akçit: „Mehr Zivilcourage zeigen durch sofortiges Einmischen“, in: „Heimatkunde“, dem migrationspolitischen Portal der Heinrich-Böll-Stiftung, 23. Oktober 2019: <https://heimatkunde.boell.de/de/2019/10/23/mehr-zivilcourage-zeigen-durch-sofortiges-einmischen-interview-mit-zehra-cirak>;

Leseprobe von Zehra Çirak, 30. Oktober 2019, in: ebd. :<https://heimatkunde.boell.de/de/2019/10/30/leseproben-der-gedichte-von-zehra-cirak>

## Vortrag

**Annette Maurer-Kartal**, Stadtteilverein Schöneberg, Arbeitskreis Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber

### Die Kohlenhandlung auf der Roten Insel:

### Ein veränderter Ort in einem sich verändernden Stadtteil

#### Was ist die „Rote Insel“?

Die „Rote Insel“, wie wir sie in ihrer Grundstruktur heute kennen, ist ein relativ junger Stadtteil Schönebergs. Nur über Brücken oder durch Unterführungen erreichbar, liegt sie eingebettet zwischen den Gleisen der S1 nach Wannsee, der S2 nach Lichtenrade und der S45/46, der Ringbahn. An der Torgauer Straße waren die Wannseebahn und die Ringbahn durch die später als Cheruskerkurve bezeichnete Abzweigung verbunden. An den Yorckbrücken treffen sich die S1 und die S2. Der Schöneberger Bereich der Bahnen wurde in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts erbaut; hier entstanden auch erste Bahnhöfe. Die ersten Straßen der Insel folgten vorhandenen Wegen, wie die Kolonnenstraße, der Tempelhofer Weg – jetzt Ella-Barowsky-Straße – und der Priesterweg.

#### Entwicklung im 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg

Auf dem vorstädtischen Gelände kaufte die Zwölf-Apostel-Gemeinde an der Kolonnen- und Großgörschenstraße umfangreiche Areale, um der Nachfrage nach Grabflächen auf den Gemeindefriedhöfen gerecht zu werden. Auf dem Grundstück der späteren Schwielowseeschule war ein Eisenbahnregiment angesiedelt. Jetzt finden sich dort Sportplätze, ein großer Spielplatz und ein Waldorfschulzentrum.

Ein Blick auf den Stadtplan zeigt eine durchgängige Planung der Insel, die die Parzellen für die Häuser streng durchdeklinierte. Die meisten Grundstücke sind nicht sehr groß, sodass nur wenige Bauten mit mehreren Hinterhöfen angelegt wurden. Die meis-

ten Wohnhäuser wurden zwischen 1880 und 1914 errichtet. Fast nur in den Eckhäusern gibt es große Wohnungen im Vorderhaus. In den Gebäuden mit nur einer Straßenfront finden sich überwiegend Wohnungen mit drei Räumen, mit einer Küche, oft einer Kammer und einem Bad. In Hinterhäusern und Seitenflügeln sind es kleine Wohnungen mit ein bis zwei Zimmern, nicht wenige schon mit einer innen liegenden Toilette.

Für den Bau einer Kirche war ein kleiner zentraler Platz vorgesehen, dort wurde 1912 die Königin-Luise-Gedächtniskirche geweiht. Der achteckige Kirchenbau nutzt die Gegebenheiten des runden Platzes und wird wegen seiner barocken Kuppelform als „Käseglocke“ bezeichnet. Die Gemeinde war eine Ausgründung aus der Apostel-Paulus-Gemeinde. Es wurden drei Schulen gebaut, die heutige Robert-Blum-Oberschule, jetzt Gymnasium, die jetzige Havelland-Grundschule und die ehemalige Luise-und-Wilhelm-Teske-Oberschule, die derzeit in eine Grundschule umgebaut wird. Das Gelände der ehemaligen Schwielowseeschule, in den 60er Jahren errichtet, wurde an einen Waldorfschul-Träger verkauft; dort gibt es jetzt wieder eine Schule.

Eine Post wurde eingerichtet, kleine Kaufhäuser und zahlreiche Läden für die Versorgung der Bewohnerinnen entstanden. Hinzu kamen Handwerk und Gewerbe. Die Insel hatte eine sehr gemischte Bevölkerung. Offiziere der nahe gelegenen Regimenter mieteten sich gern in den nicht allzu großen Vorderhauswohnungen ein. Arbeiter bewohnten die kleinen Wohnungen in den Hinterhäusern und Seitenflügeln. Diese trafen sich gern in den Kneipen und viele waren politisch aktiv. So erhielt die Insel ihren Namen. Parks

und Erholungsflächen waren bei der dichten Bebauung nicht vorgesehen. Es entstanden eine Gasanstalt und ein Elektrizitätswerk. Kleine Produktionsstätten und Lagerflächen wurden ebenso errichtet.

Zwischen den Kriegen blieb die Insel ein besonderer Stadtteil, in dem vor allem Menschen mit mittleren und geringen Einkommen lebten. Eine der bekanntesten Bewohnerinnen war Marlene Dietrich. In den Straßen finden wir immer wieder Stolpersteine; auch jüdische Bewohner der Insel wurden in Konzentrationslagern umgebracht.

### Nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Krieg wurden in einigen durch Bomben gerissenen Baulücken Neubauten errichtet. An anderen Stellen entstanden auch kleine Grünflächen und Spielplätze. Auf den Flächen des ehemaligen Elektrizitätswerkes sowie entlang der Bahnlinien siedelten sich Gewerbe an; an wenigen Stellen sind sie noch zu finden. In den 60ern und 70ern des 20. Jahrhunderts verschwanden zahlreiche kleine Läden von der Insel, die Räume wurden oft in „Ladenwohnungen“ umgewandelt.

Insgesamt wurde die Insel eher vernachlässigt, war sie doch Teil der Planung für den Weiterbau der Westtangente, und nicht wenige der vorhandenen Gebäude wären dem zum Opfer gefallen. Gerade hier engagierten sich zahlreiche Nachbarinnen in der BI Westtangente, einer der ersten Bürgerinitiativen, die sich mit zahlreichen Aktionen und großem Engagement schließlich erfolgreich Gehör verschaffte. Die Insel wurde – trotz teilweise schwierigerer Strukturen als in benachbarten Arealen – nicht zum Sanierungsgebiet erklärt. Modernisierung und Sanierung wurden deshalb hier von den Hausbesitzern vorangetrieben, ohne den Schutz und die Begleitung der Mieter in den Sanierungsgebieten.

### Nach der Wende

Dazu kam der Verkauf von Häusern, oft durch die Erben der traditionellen Hausbesitzer, und die Umwandlung in Eigentumswohnungen. Immer mehr Altbauten wurden in den letzten Jahrzehnten in Ei-



Blick auf die Königin-Luise-Gedächtniskirche am Gustav-Müller-Platz, 2023

© Berliner Geschichtswerkstatt

gentumswohnungen aufgeteilt und zogen neue zahlungskräftige Bewohnergruppen an. Auch gab es teilweise aufwändige Modernisierungen. Einen weiteren Schub erhielt diese Entwicklung auf der Insel durch Neubauten an ihrem südlichen Ende sowie auf der bis dahin nicht genutzten „Schöneberger Linse“. Die Neubauten in diesem Umfeld bieten vor allem Büroräume an, aber auch Eigentumswohnungen und sogar einige Bauten im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Ebenso ist die Entwicklung am nördlichen Ende, an den Yorckbrücken. Auch kleine Baulücken werden inzwischen gern mit Gebäuden mit hochpreisigen Eigentumswohnungen geschlossen; die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen wird nicht durch die wenigen Sozialwohnungen gedeckt.

Im Rahmen des Stadtumbaues West nach der Wende wurden kleine Grünflächen erweitert, die auf der Cheruskerkurve nach der Auffassung entstanden waren. Auch auf den Flächen entlang der Ringbahn und der S2 wurden Grünanlagen und Wegverbindungen

für Fußgänger-innen und Radfahrer-innen gebaut, zum Kaiser-Wilhelm-Platz, nach Tempelhof und nach Kreuzberg. Für die dort ansässigen Gewerbe war kein Platz mehr. Nach dem Auszug der Gasag entstand auf der Fläche der ehemaligen Gasanstalt in den letzten Jahren der nicht unumstrittene Euref-Campus mit Betrieben, die sich innovativ mit Energie befassen. Dazu gehört auch der nicht mehr genutzte Gasometer, das weithin sichtbare Wahrzeichen der Insel, in dessen Innenraum derzeit ein Bürogebäude errichtet wird. Aus einer Reihe von Lagerhallen und kleinen Produktionsstätten entstand der Naumannpark, in dem sich zahlreiche Betriebe angesiedelt haben, aber auch Park- und Sportangebote entstanden sind. Die alten Eckkneipen sind rar geworden; es gibt zahlreiche Spezialitätenrestaurants, Cafés und Bistros, die die neuen Bewohner-innen ansprechen.

Der neu errichtete Bahnhof Südkreuz sorgt neben den guten Bus- und S-Bahnverbindungen für Anschluss an das deutsche und europäische Fernverkehrsnetz. Mit dem wieder errichteten Bahnhof Julius-Leber-Brücke und dem Fernbahnhof ist die lange Zeit wenig geschätzte Rote Insel, die nur schlecht angebunden war, inzwischen zu einer attraktiven Lage nahe am Stadtzentrum geworden, und damit ein interessantes Viertel. Das hat Auswirkungen auf die Mieten und die Preise für Wohnungen, aber auch auf die Gewerbe und das Miteinander auf der Insel. Gerade die Menschen, denen es nicht so gut geht, fühlen sich zunehmend bedroht und haben Angst, ihre Heimat zu verlieren. Ob Berliner-innen oder Nachbar-innen mit alteingesessenem Migrationshintergrund, ob alte und sehr alte Menschen, ob junge Familien, Alleinerziehende oder junge Leute: für sie alle ist es schwierig, die steigenden Mieten aufzubringen. Zwar ist auch die Insel inzwischen ein Milieuschutzgebiet, doch dies schützt nicht wirksam vor den Auswirkungen der Veränderungen im Umfeld.

### **Die Kohlenhandlung und das Gelände an der Torgauer Straße**

Die Kohlenhandlung liegt an der Torgauer Straße in dem neu gebauten Grünzug, der inzwischen nach Annedore Leber benannt wurde. Das nach dem Zweiten Weltkrieg von Annedore Leber als Geschäftshaus der Kohlenhandlung, Sitz ihres Mosaik-Verlages und

Ort ihrer politischen Tätigkeit errichtete Gebäude ist in diesem Bereich das einzige erhaltene. Es wurde in den 60er Jahren durch einen Anbau ergänzt und ist in seiner Struktur bewahrt. Die jetzigen Bauten nutzen das Fundament des ehemaligen Stellwerks, das ebenfalls durch Bomben zerstört wurde. Die früheren Holzbauten der Kohlenhandlung sind verbrannt. Die zwischenzeitlich genutzten Ausweichräume befanden sich in einem ebenfalls durch Bomben getroffenen Gebäude gegenüber. Dort wurde eine Wohnanlage errichtet. Einige Möbel von Julius Leber sind erhalten, unter anderem einer der „verhuckten“ Sessel. Sie befinden sich in der Julius-Leber-Kaserne im Wedding.

Die Kohlenhandlung verlor bei einem Bombentreffer nicht nur die Gebäude, sondern auch ihre Waren und nicht zuletzt die LKWs, die notwendig waren, um die Kohlen zu den Verbrauchern zu bringen. Restitutionsanträge von Julius Leber und seines Geschäftspartners sind in den Archiven der Stiftung Deutscher Widerstand zu finden. Die kleinen Holzgebäude waren ein wichtiger Ort des Widerstands. Zwar fanden hier keine großen Treffen statt, doch immer wieder waren Personen aus dem Widerstand zu Gast bei Julius Leber.

Annedore Leber führte nach der Ermordung ihres Ehemannes die Kohlenhandlung bis in die 70er Jahre fort. Auch auf ihrem Firmengelände wurden noch lange Zeit Kohlen gelagert, um für alle Fälle gerüstet zu sein – die so genannte Senatsreserve. Später fanden dort nacheinander ein Gartenbaubetrieb und verschiedene Gebrauchtwagenhändler Platz, auch ein Händler für gebrauchte Großfahrzeuge. Das Gebäude war bereits für den Abriss vorbereitet, als es gelang, es zunächst mit einem Pachtvertrag zu sichern.

Das Nebeneinander der unterschiedlichen Arbeitsgebiete Annedore Lebers funktionierte gut. Die Kohlenhandlung war wieder ein Treffpunkt, nicht nur für die Kundinnen und Kunden, sondern auch für Politikerinnen, Autor-innen und andere, mit denen Annedore Leber zusammenarbeitete. Von der Kohlenhandlung ist nichts mehr zu sehen. Daran erinnert neben dem unscheinbaren Gebäude nur eine aufgepflasterte Fläche im Park mit einem Aussichtspunkt. Das Großsteinpflaster aus Granit wurde auf dem Gelände der Kohlenhandlung und des Stellwerks aufgenommen und ergänzt.



© Berliner Geschichtswerkstatt

*Ehemalige Kohlenhandlung und zukünftiger Lernort, 2023*

### Ausblick

Der Lern- und Gedenkort im Gebäude der Kohlenhandlung soll eine Tradition aufgreifen: Als Treffpunkt für Menschen, die sich für die Geschichte des Widerstands interessieren, für Nachbar-innen, die sich mit der lokalen Geschichte beschäftigen, und für Alteingesessene und neu Zugezogene – als Ort der Begegnung an der Grenze zwischen altem Bestand und Neubauten. Informationen über die Tätigkeit des Ehepaares Leber und über den Widerstand verbinden sich hier mit Austausch, Begegnung und Diskussion. Damit werden wichtige Anliegen von Annedore und Julius Leber aufgegriffen, die sich als Politiker und Politikerin, Journalist, Autorin und Herausgeberin dafür einsetzten, dass diese wichtige Basis der Demokratie und des Miteinanders unterschiedlichster Gruppen Platz in der Gesellschaft haben muss.



# Straßennamen:

## Warum denn kein „Benno-Ohnesorg-Platz“?

**Moderation: Peter Lassau, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.**  
**Referent: Jürgen Karwelat, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.**

*Montag, 9. Januar 2023, 19:00 Uhr*

Straßennamen sind mehr als Ortsbezeichnungen. Sie sind auch Ausdruck unterschiedlicher Auffassungen, was in einer Gesellschaft wichtig ist oder welche Personen in Ehren gehalten werden sollen. In Berlin wurde seit der Gründung von Groß-Berlin im Jahr 1920 über Straßennamen gestritten. Wie erinnern wir an jüngere politische Ereignisse wie die Studentenrevolte Ende der 1960er oder die Hausbesetzerbewegung in den 1980ern? Wann sollten Straßennamen durch

neue Namen ersetzt werden? Und muss der Name einer Person der Zeitgeschichte tatsächlich weichen, wenn er nicht den heutigen Kriterien für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entspricht? Die Diskussion dauert an. Der Vortrag stellt den „Straßennamenkampf“ in Berlin seit 1920 dar und hebt hervor, dass ein Ende der Auseinandersetzungen zurzeit nicht absehbar ist.

## Veranstaltungsbericht

**Sonja Miltenberger**

Es war erstaunlich, wie viele Interessierte das Thema Straßennamen auf den Plan gerufen hatte. Mehr als 30 Menschen drängten sich in unserem kleinen Vereinsraum. Jürgen Karwelat, langjähriges Mitglied des Vereins und Kenner der Szene, ist seit 40 Jahren mit dem Thema vertraut. Bereits in den 1980er Jahren kümmerte sich die Berliner Geschichtswerkstatt um Historie und Gegenwart der Straßen- und Ortsbezeichnungen in Berlin.

Gleich zu Beginn seines Vortrags zeigte Jürgen Karwelat ein Plakat mit der Aufschrift „Ein Platz sieht Roth“. Gegner der Umbenennung des Heinrichplatzes in Rio-Reiser-Platz machten die Kulturstaatsministerin und ehemalige Managerin der Band Ton Steine Scherben, Claudia Roth, dafür verantwortlich, dass die Anwohner sich nun an einen neuen Namen gewöhnen und ihr angestammtes liebevolles Kürzel „Heini“ vielleicht in „Reisi“ ändern müssen. Welch eine Herausforderung!

Nach diesem munteren Auftakt ging es tief in die Geschichte und wir erfuhren, dass es in Berlin seit dem 13. Jahrhundert Straßennamen und ab dem 17. Jahrhundert auch die Verwendung von Personennamen



*Jürgen Karwelat, Referent*

auf Straßenschildern gab. Das 20. Jahrhundert ist, wie zu erwarten, geprägt von der Zeit des Nationalsozialismus und der Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands, wovon die Stadt Berlin am intensivsten betroffen war. Was dies für die Gedenkkultur im öffentlichen Stadtraum bedeutete, wird anhand von vielen Um-, Rück- und Neubenennungen der Straßen klar. Und – nicht zu unterschätzen ist die mitunter verwirrende Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Senatsverwaltung und den Bezirken. Das beste

## Warum denn kein „Benno-Ohnesorg-Platz“?

© Berliner Geschichtswerkstatt



*Interessiertes Publikum in unserem Laden*

Beispiel hierfür liefert der 26 Jahre währende Kampf der Berliner Geschichtswerkstatt um die Benennung des heutigen Rosa-Luxemburg-Stegs im Bezirk Mitte.

In der anschließenden Diskussion wird noch einmal deutlich, worum es aktuell gehen sollte. Einigkeit bestand darin, dass weibliche Personen immer noch „unter Straßenniveau“ rangieren. Da gibt es Wege, Stege, Pfade oder Steige. Eine Straße, eine Allee oder gar einen Damm mit einem Frauennamen zu zieren, wäre also an der Zeit.

Konsens bei den Anwesenden herrschte vor allem aber darüber, dass die Kommentierung der Straßennamen das Wichtigste sei und dies ja auch gesetzlich bereits verankert ist.

Am Schluss der Veranstaltung erzählte ein Zuhörer noch folgende Geschichte: In Leipzig gab es eine Südstraße. Diese wurde erwartungsgemäß im Jahr 1933 in Adolf-Hitler-Straße umbenannt und nach Kriegsende von den US-amerikanischen Besatzern wieder zurück in Südstraße. Keine zwei Monate später wurde die Straße unter sowjetischem Befehl in Karl-Liebknecht-Straße geändert. Kein Wunder, dass da so manche Straßenbahnfahrer durcheinanderkamen.

Wenn sie dann die Haltestelle durch das Mikrofon ansagten, konnte dabei auch schon mal eine Adolf-Südknecht-Straße herauskommen.

Und noch ein scherzhaftes Angebot: die viel umstrittene Mohrenstraße in Berlin-Mitte lediglich mit zwei Punkten über dem „o“ zu ergänzen und so die Diskussion um diesen Straßennamen zu beenden.

## Vortrag

Jürgen Karwelat, Verwaltungsjurist, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

## Debatten um Straßennamen in Berlin

Das Thema Straßennamen ist in Berlin in großer Regelmäßigkeit Gegenstand heißer Diskussionen. Als Mitglied der Berliner Geschichtswerkstatt habe ich schon fast 40 Jahre Erfahrung im „Straßennamenkampf“. Die letzte heftige Auseinandersetzung, bei der wir dabei waren, gab es seit November 2019 im Berliner Stadtteil Kreuzberg um den damaligen Heinrichplatz – benannt nach einem preußischen Prinzen –, der nach dem Willen der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg im August 2022 in Rio-Reiser-Platz umbenannt wurde. Verteidiger des alten Namens waren wieder einmal die unmittelbaren Anwohner, diesmal Alt- und Jung-Punks, die sich ihren legendären „Heini“ nicht wegnehmen lassen wollten.

Nach der turbulenten Sitzung der BVV Friedrichshain-Kreuzberg im Jahr 2019, als die Umbenennung beschlossen wurde, ließ die Gruppe nicht locker und protestierte weiter. Bei der großen Platzeinweihungsfete am 21. August 2022 waren sie durch Plakate auf der Litfaßsäule „Heinrichplatz“ vertreten. Dort hieß es „Ein Platz sieht Roth – macht kaputt, was euch kaputt macht! #heinibleibt“. Es folgte am 4. November 2022 etwas Ungewöhnliches: In einer ganzseitigen Anzeige in der Berliner Zeitung rekapitulierten die Aktivisten von „Heini bleibt“ den Diskussionsprozess, der zum Rio-Reiser-Platz geführt hatte, und nannten ihn undemokratisch, weil nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in den Prozess einbezogen worden sei. Der Protest ist offensichtlich zäh und die Aktivisten lassen sich ihn auch etwas kosten.

### Warum haben Straßen überhaupt Namen?

Straßennamen dienen uns zur täglichen Orientierung. Sie sind aber auch ein offener Geschichtsatlas. Sie beleuchten die Vergangenheit, aber auch das ak-



Protestplakat gegen die Umbenennung des Heinrichplatzes, 2022

tuelle Geschehen. In gewisser Weise verkörpern sie konservierte Geschichte. Sie bringen die Geisteshaltung einer Epoche zum Ausdruck. Die Straßennamen zeigen Idealbilder und Vorbilder.

Manchmal kann man die Häutung einer Stadt und ihr Wachstum auch an den Namen der Straßen ablesen. Wenn Personen durch einen Straßennamen geehrt werden, dann sind diese Benennungen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens durchweg als Ehrungen gemeint. Diese Wertungen werden von späteren Generationen nicht unbedingt geteilt. Das Thema Umbenennungen gibt es in Berlin seit mindestens 100 Jahren.

## Warum denn kein „Benno-Ohnesorg-Platz“?

Die ersten Namen für Berliner Gassen sind bereits im 13. Jahrhundert nachweisbar. Zu alten überlieferten Bezeichnungen gehören die Namen nach Handwerkern, Gewerbezeigen, Kirchen, geographischen Richtungen, Anwohnern, Eigentümern oder Fluren. Sie hielten sich damit unmittelbar an den jeweiligen Ort. Mit dem Wachstum der Stadt wurde es notwendig, weitere Namen zu benutzen, um sich orientieren zu können. Ab 1700 wurde es dann üblich, Straßen auch nach Personen zu benennen. Zunächst waren Herrscher, Könige, Prinzen und Fürsten die Namensgeber. So entstand zum Beispiel die Friedrichstadt mit der Friedrichstraße, benannt nach dem preußischen König Friedrich I., dem „Soldatenkönig“. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts kamen dann Militärs oder auch Grundeigentümer dazu. Den eigentlichen Boom von Straßennamen gab es in Berlin und den umgrenzenden Städten und Gemeinden aber mit der Reichsgründung 1871 und der Erklärung von Berlin als Reichshauptstadt. Mit der gleichzeitigen Industrialisierung wuchs die Stadt von circa 420.000 Einwohnern im Jahr 1850 auf circa zwei Millionen im Jahr 1910. Nimmt man die 1920 eingemeindeten Städte und Dörfer dazu, waren es gar 3,8 Millionen Bewohner. Riesige Neubaugebiete entstanden, für die neue Straßennamen gefunden werden mussten.

### **Doppelbenennungen – ein Problem**

Als 1920 Groß-Berlin durch Eingemeindung von acht Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken entstand, hatte die neu geschaffene Weltstadt ein großes Problem, das sie bis heute, 100 Jahre später, mitschleppt. Es gibt hunderte von Doppelbenennungen in der Stadt – zum Beispiel auch heute noch fünf Bismarckstraßen, zwei Bismarckplätze und eine Bismarckallee. Wir haben drei Friedrichstraßen, zwei Friedrich-Wilhelm-Straßen und einen Friedrich-Wilhelm-Platz, drei Prinzenstraßen, zwei Prinzessinnenstraßen und eine Prinzenallee. Die Zahl der Doppelbenennungen von berühmten deutschen Dichtern ist legendär. Berlin hat acht Goethe- und sieben Schillerstraßen, dazu aber noch zwei Schillerpromenaden, einen Schillerplatz, einen Schillerring und einen Schillerhof. Und natürlich gibt es in Berlin auch Berliner Straßen, nämlich acht an der Zahl, und eine Berliner Allee. Ganz zu schweigen von den Bahnhofstraßen, von denen es neun gibt.

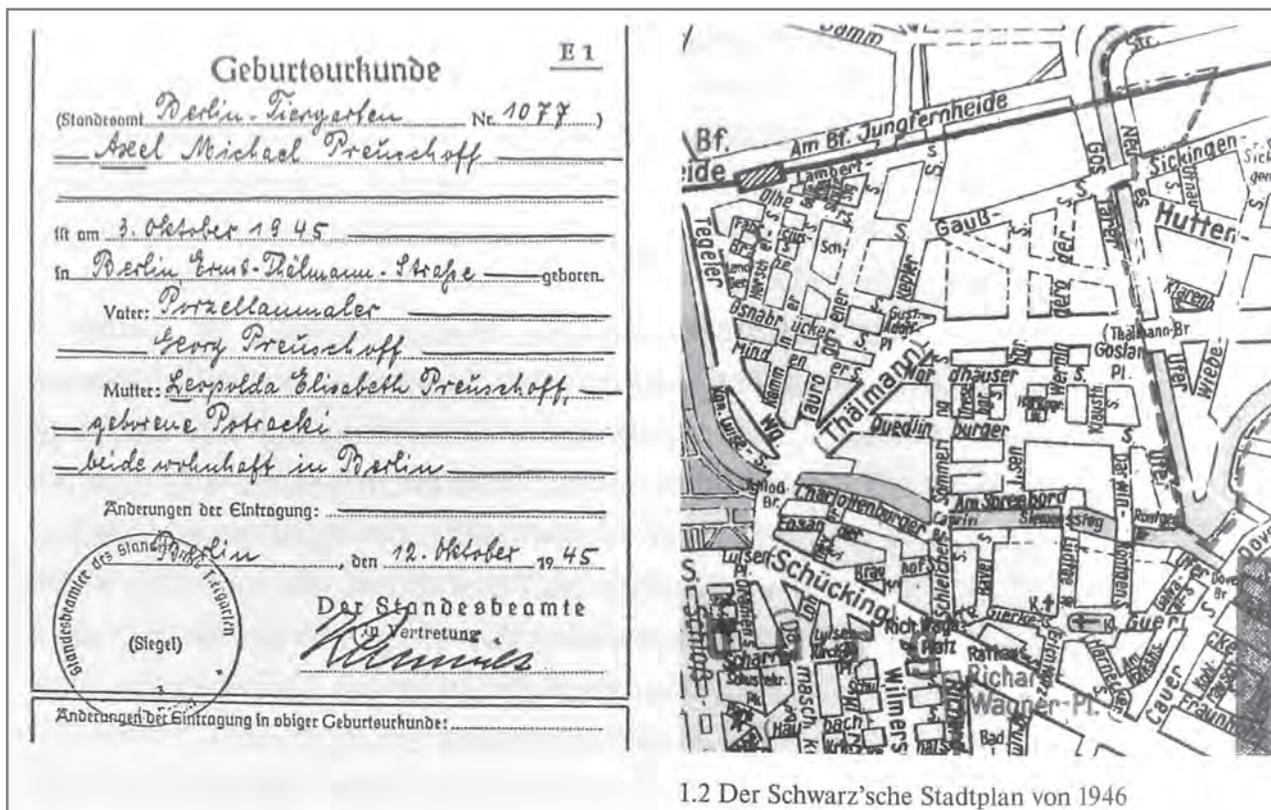
Die Verwaltung von Groß-Berlin versuchte das Problem in den Griff zu bekommen. Eine Kommission erstellte 1927 ein „Grünbuch“, um die zahlreichen Dopplungen zu beseitigen. Insgesamt wurden 2240 Umbenennungen vorgeschlagen. Über die Durchführung dieser Pläne ist nichts bekannt. Sie sind wohl alle im Ansatz stecken geblieben, angeblich wegen Geldmangels in der Zeit der Weltwirtschaftskrise.

Die Nationalsozialisten nahmen ihre Machtergreifung zum Anlass, zahlreiche Straßen nach ihren Protagonisten und Helden zu benennen. Einige Stadtteile wurden „militarisiert“. Straßen wurden nach Kriegshelden aus dem Ersten Weltkrieg benannt. Der heutige Theodor-Heuß-Platz, damaliger Reichskanzlerplatz, erhielt 1933 den Namen Adolf-Hitler-Platz. Die 1930 nach Gustav Stresemann benannte Straße änderten die Nazis 1935 in Hermann-Göring-Straße. Ein ganzer Stadtteil, nämlich Friedrichshain, wurde 1933 nach Horst Wessel benannt, der heutige Rosa-Luxemburg-Platz ebenfalls 1933 in Horst-Wessel-Platz.

Für das Jahr 1936 wurden in der Umetikettierungsaktion der Nationalsozialisten 173 Straßen aufgeführt. Es könnten aber sogar noch mehr gewesen sein, allerdings nicht alle aus ideologischen Gründen. Auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Christiane Zieseke, Fraktion Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz, vom 6. Mai 1985 antwortete der West-Berliner Senator für Verkehr und Betriebe, dass es zu diesem Zeitpunkt (also 1985) noch 107 Straßen gab, die in der Zeit von 1933 bis 1945 nach Personen benannt worden waren. Die Zahl ist heute nur unwesentlich geringer.

### **Der Aufbruch nach dem Zusammenbruch – Kriegsende und ein Neuanfang**

Bereits am 24. Mai 1945 bat der von der sowjetischen Militärverwaltung eingesetzte Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner die Bezirksbürgermeister, Vorschläge zur Wiederherstellung der alten Straßenbezeichnungen einzureichen. Im Juni 1945 gingen beim Magistrat von Berlin die ersten vereinzelt Vorschläge für Namensänderungen ein. Eine erste größere Liste kam aus Neukölln. Der Magistrat beschloss daraufhin, dass Bürgermeister Karl Maron (KPD, später SED) als



Geburtsurkunde von Manfred Preuschoff, geboren in der Ernst-Thälmann-Straße

oberster Dienstherr der städtischen Polizei für derartige Angelegenheiten zuständig sei. In der Folgezeit sammelte eine Zentralstelle die Vorschläge der einzelnen Bezirksverwaltungen, die auf Ideen von Parteien, Volksbildungsämtern, des FDGB und von Privatpersonen beruhten. Innerhalb der nächsten 15 Monate wuchsen die Vorschläge zu einer wahren Flut an und erreichten die Zahl von 1795 bei einer Gesamtzahl von 10.000 Straßen der Stadt. Zu dem Ziel, die nationalsozialistischen und militaristischen Namen zu tilgen, trat die Absicht, die vielen Mehrfachbenennungen im Stadtgebiet zu beseitigen.

Einigen Bezirken ging die umständliche Prozedur im Magistrat zu langsam voran. So benannte im September 1945 der Bezirksbürgermeister von Reinickendorf auf eigene Faust zahlreiche Straßen neu, vor allem nach heute weithin unbekanntem aktiven Kämpfern gegen den Faschismus. Es gab auch kuriose Ereignisse: In Moabit hieß die Turmstraße für einige Monate nach Beendigung des Krieges Ernst-Thälmann-Straße. Diese Benennung wurde rückgängig gemacht, dafür erhielt aber die Kaiserin-Augusta-Allee den Namen Thälmann-Allee. Auch diese Änderung hatte keinen längeren Bestand: 1947 musste Thälmann

zum zweiten Mal zugunsten des alten Namens weichen. Die Straße heißt seitdem wieder Kaiserin-Augusta-Allee.

Die erste größere Umbenennung ging in Berlin im November 1945 vonstatten, als der Magistrat sie für 29 Straßen und Plätze in Zehlendorf beschloss. Vielleicht lag es an der politischen Unverfänglichkeit der neuen Namen, dass es hier so schnell ging. In der früheren SS-Siedlung fand sich dann zum Beispiel statt des Führerplatzes der Selmaplatz. Es gab nun einen Urselweg, einen Gimpelsteig, einen Waldsängerpfad und eine Matterhornstraße.

Außer diesen Umbenennungen wurden bis November 1945 nur drei weitere anerkannt: Karl-Marx-Platz (früher Hohenzollernplatz, Neukölln), Liebknechtstraße (Kaiser-Wilhelm-Straße, Mitte) und Liebknecht-Platz (vormals Bülowplatz, jetzt Rosa-Luxemburg-Platz, Mitte). Bürgermeister Maron stellte im Dezember 1945 klar: 677 Straßen sollten in einem ersten Schwung umbenannt werden, 700 weitere sollten später folgen, wie die Berliner Zeitung berichtete. Zu diesem Zeitpunkt waren die Umbenennungen zumindest für die Verwaltung beschlossene Sache. An-



und Wehberg. Quidde und Wehberg waren Präsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft, Quidde erhielt 1927 den Friedensnobelpreis.

Allein in Tempelhof hätten 197 Straßen ihren Namen wechseln sollen. Das größte zusammenhängende Gebiet war das „Fliegerviertel“ in Neu-Tempelhof. Hier hatten die Nazis am 21. April 1936, dem „Tag der Luftwaffe“, 16 Straßen nach „Fliegerhelden“ des Ersten Weltkriegs umbenannt. Der Plan von 1946 sah für das gesamte Viertel neue Namen vor, die der Stadt sicher besser zu Gesicht gestanden hätten als die zweifelhaften Helden, die auch heute noch im „Fliegerviertel“ zu finden sind. So sollte es statt einer Manfred-von-Richthofen-Straße eine Mühsamstraße geben, benannt nach dem anarchistischen und pazifistischen Schriftsteller Erich Mühsam, den die Nazis 1934 im KZ Oranienburg umgebracht hatten. Vorgesehen waren unter anderem auch eine Franz-Werfel-Straße, ein Bertha-von-Suttner-Damm, eine Georg-Büchner-Straße, ein Mehringring und ein Scheerbartring. Alle Straßen bis auf eine Ausnahme tragen heute noch die Namen der Benennung von 1936. Die Hauptstraße heißt weiterhin Manfred-von-Richthofen-Straße.

In Neukölln waren im Februar 1946 von einer dafür eingesetzten Kommission 41 Umbenennungsvorschläge gemacht worden, wobei nur ein Teil einen ausgesprochen politischen Hintergrund hatte. In Tempelhof und in anderen Bezirken wie Köpenick, Wedding oder Reinickendorf sollten Widerstandskämpfer gegen die Nazi-Diktatur geehrt werden. Aber auch die erste Frauenbewegung war nicht vergessen worden. Die Mansteinstraße in Schöneberg sollte nach der Führerin des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung Minna Cauer benannt werden, die in der Nähe, auf dem St.-Matthäus-Kirchhof, begraben liegt. Stattdessen trägt die Straße noch heute den Namen des preußischen Generals und Statthalters von Elsass-Lothringen. Die Alvenslebenstraße gleich um die Ecke, benannt nach einem weiteren preußischen General des Krieges 1870/71, sollte den Namen des von den Nazis verfolgten Bildhauers Ernst Barlach erhalten.

Ohne die Einschränkung, dass noch eine Genehmigung des Magistrats erfolgen müsse, nannte der Plan 1946 das Stadion Neukölln bereits Werner-Seelenbinder-Kampfbahn, benannt nach dem Neuköllner

Ringer, sechsfacher deutscher Meister und Olympiasieger 1936. Der Widerstandskämpfer Seelenbinder war am 24. Oktober 1944 im Zuchthaus Brandenburg ermordet worden. Die 1945 offiziell vorgenommene Benennung der Sportstätte wurde ab 1948/1949 wegen der kommunistischen Gesinnung Seelenbinders stillschweigend rückgängig gemacht. Erst 55 Jahre später, am 24. Oktober 2004, wurde der Sportpark Neukölln in Werner-Seelenbinder-Sportpark umbenannt. Im Ost-Berliner Bezirk Köpenick gab es seit dem 31. Juli 1947 (Zeitpunkt der Veröffentlichung) eine Seelenbinderstraße.

Die Arbeitsgruppe der Berliner Verwaltung sammelte Anfang 1946 weiterhin Vorschläge für Umbenennungen, bis schließlich in der Presse berichtet wurde, dass keine neuen mehr entgegengenommen würden. Offensichtlich waren die Bezirke in Konkurrenz zueinander getreten, da jeder seine Ernst-Thälmann-, Breitscheid-, Bebel- oder Rosa-Luxemburg-Straße wollte – so jedenfalls berichtete die Tägliche Rundschau am 7. März 1946.

Währenddessen vollzog der Magistrat einige offizielle Namenswechsel. Am 16. Februar 1946 beschloss er die neuen Straßennamen Franz-Mehring-Platz (früher Belle-Alliance-Platz, heute Mehringplatz), Franz-Mehring-Straße (früher Belle-Alliance-Straße, heute Mehringdamm), beide Kreuzberg, und August-Bebel-Platz (früher Kaiser-Franz-Joseph-Platz, heute Bebelplatz), in Mitte. Am 5. April 1946 wurde die Umbenennung der Neuköllner Braunauer Straße in Sonnenallee beschlossen und am 1. Mai 1946 die des Baltenplatzes und der Petersburger Straße in Bersarinplatz und Bersarinstraße. Bersarin, Befehlshaber der fünften sowjetischen Armee und erster Militärkommandant der Stadt Berlin, war am 16. Juni 1945 bei einem Motorradunfall ums Leben gekommen.

In seiner Sitzung vom 3. August 1946 beschäftigte sich der Magistrat erneut mit den Straßenumbenennungen, die nicht so recht vorankamen. Das geeignete Material fehlte, und die ersten Wahlen in der Stadt nach Kriegsende warfen ihre Schatten voraus. Im Hinblick darauf beschloss der Senat, die neuen Namen erst nach der Wahl, nämlich am 1. November 1946, einzuführen und mit Rücksicht auf die ordnungsgemäße Aufstellung der Wahllisten bis dahin keine Umbenennungen vorzunehmen.

### „Sand im Getriebe“

In der Sitzung vom 28. September 1946 schließlich stellte Bürgermeister Maron mit der Magistratsvorlage 428 das vorläufige Ergebnis der Umbenennungspläne vor. Die Vorlage enthielt die Veränderungen, die von den Bezirken beschlossen worden waren. Darin heißt es:

*„Der Magistrat beschloss am 20. Juni 1945, die Straßen der Stadt Berlin umzubenennen, die faschistische und militaristische Namen tragen. Aus verkehrstechnischen Gründen wurden zugleich alle Straßen, die mehrmals im Berliner Straßenbild erscheinen, umbenannt. Bisher gab es in Berlin 20 Berliner Straßen, 6 Beethovenstraßen, 18 Bahnhofstraßen. Dringende Nachfragen der Alliierten Kommandantur, Verwaltungsämter, Post, B.V.G., sowie der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke nach Stadtplänen erfordern den baldigen Abschluss der Umbenennung. 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters gez. Maron.“*

Danach sollten 1795 Straßen, 89 Plätze, neun Parks, 17 Brücken und eine Siedlung umbenannt werden. Da die Vorlage verspätet eingebracht worden war und sich – im Protokoll nicht näher bezeichnete – Mängel zeigten, wurde eine Kommission gebildet, die die Umbenennungen nun vorbereiten sollte. Sie bestand aus dem Vorsitzenden Otto Winzer (SED) und den Mitgliedern Karl Maron (SED, 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters), Dr. Bruno Harms (LDP), Arthur Pieck (SED) und Dr. Arthur Werner (Oberbürgermeister).

Den großen Einschnitt brachten die ersten freien Wahlen in Berlin nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs am 20. Oktober 1946. Vier Parteien stellten sich der politischen Auseinandersetzung: SPD, SED, CDU und LDP. Die SED, hervorgegangen aus dem Zusammenschluss von KPD und Teilen der SPD am 13. April 1946, erlitt eine von niemandem erwartete hohe Niederlage. Sie erhielt nur 19,8 Prozent der Stimmen, während die SPD mit 48,7 Prozent fast die absolute Mehrheit erreichte. Am 5. Dezember 1946 wählte die Stadtverordnetenversammlung einen neuen Magistrat. Er bestand nunmehr aus dem Oberbürgermeister Dr. Otto Ostrowski (SPD), Dr. Ferdinand Friedensburg (1. Bürgermeister, CDU), Dr. Heinrich Acker (2. Bürgermeister, SED) und Louise Schroeder

(3. Bürgermeisterin, SPD). Zu diesem Zeitpunkt gab es schon heftige Spannungen zwischen der SED auf der einen und den restlichen drei Parteien auf der anderen Seite.

Die neue politische Situation blieb für die Umbenennungspläne nicht ohne Folgen. Nach bislang zehn offiziellen Namensänderungen sollten alle weiteren Schritte gestoppt werden, um die Entscheidungen der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung zu überlassen. Zusätzlich begannen auch erneute Diskussionen in den Bezirken. In Tempelhof zum Beispiel wurde Anfang 1947 von der BVV ein Straßenumbenennungsausschuss eingesetzt, der die bereits beschlossenen Änderungen noch einmal überdenken sollte. Der Ausschuss erarbeitete für das „Fliegerviertel“ völlig neue Vorschläge, die aber von der BVV verworfen wurden. Letztlich blieb es in Neu-Tempelhof bei den alten Namen aus der Nazi-Zeit.

Den kläglichen Abschluss der über zweijährigen Bemühungen, faschistische und militaristische Straßennamen aus dem Stadtplan von Groß-Berlin zu verbannen, machte der Magistrat mit seinem Beschluss vom 31. Juli 1947. Nur ein verschwindend kleiner Teil der ins Auge gefassten über 1500 Änderungen wurde verwirklicht. 150 Straßen wurden aufgeführt. Es handelte sich um Rückbenennungen von Straßen, die in der Zeit von 1933 bis 1945 nach Helden oder Kriegsgroßen der Nazis benannt worden waren. Die aufgeführten neuen Namen waren eine Zusammenfassung der bereits beschlossenen und vollzogenen Namensänderungen seit Mai 1945.

Die längste Liste von Umbenennungen hatte der Bezirk Zehlendorf mit 40 neuen Namen aufzuweisen. Dies waren zum Großteil Straßen der schon erwähnten SS-Siedlung, die die Nazis nach ihren geistigen Wegbereitern oder alten Kämpfern der „Bewegung“ benannt hatten. Im November 1945 kamen dafür politisch unverfängliche Namen. Im Bezirk Tempelhof wurde nur eine Änderung vollzogen: die Wagemannstraße hieß nun Belßstraße, nach einem Lehrer und Gemeindevorsteher von Marienfelde aus dem 19. Jahrhundert. Das war also der traurige Rest der ursprünglich vorgeschlagenen 197 Umbenennungen im Bezirk Tempelhof!

Von den 212 Vorschlägen in Steglitz, 147 in Pankow und 150 in Lichtenberg war ebenfalls nur ein kleiner Teil übriggeblieben. Forscht man nach den Gründen, steht man ungläubig vor den in den Zeitungen wiedergegebenen Argumenten: Geld soll die ideologischen Aufräumarbeiten schließlich zum Erliegen gebracht haben. 2,5 Millionen Reichsmark hätten dem Staatssäckel entnommen werden müssen, weiß der Nachtexpress vom 4. Juli 1947 zu berichten; dazu der Lohn für die Arbeitskräfte, die die Schilder hätten malen und aufhängen müssen! Auch sei die Materialbeschaffung zu schwierig gewesen.

### **Sonderfall Reinickendorf**

Dass es nicht allein am Geld oder am Material gelegen haben kann, beweisen die Vorkommnisse im Bezirk Reinickendorf. Dort hatte die Bezirksverwaltung in eigener Regie zahlreiche Straßennamen geändert. Alle diese Änderungen mussten nun nach zwei Jahren rückgängig gemacht werden. Lediglich zwei hatten Bestand, nämlich die der Dietrich-Eckart-Straße in Maxim-Gorki-Straße, heute nur noch Gorkistraße, und die der früheren Felseneckstraße in Klemkestraße. Letzteres war eine sehr symbolhafte Kehrtwende. Die Nazi-Benennung „Felseneck“ ging darauf zurück, dass eine Schlägertruppe der SA am 19. Januar 1932 die in Wilhelmsruh gelegene Laubenzkolonie „Felseneck“ überfiel. Dabei wurde Fritz Klemke, der vier Tage vorher Mitglied der KPD geworden war, von der SA erschossen. Die Nazis feierten das Ereignis als Teil ihrer Eroberung Berlins und manifestierten dies mit der Namensgebung „Felseneckstraße“. Konsequenterweise wurde die Straße 1945 nach dem dort ermordeten Fritz Klemke benannt.

Reinickendorf hatte einen Sonderweg genommen, weil hier unter der sowjetischen Militärverwaltung ein dreiköpfiger „Beratender Ausschuss“ gebildet worden war, angeführt von dem Kommunisten Erich Böhm. Der Bezirk hatte 130 Namensänderungsvorschläge gemeldet, wobei Reinickendorf, wie gesagt, nicht die Freigabe durch die Hauptverwaltung abwartete, sondern vollendete Tatsachen schuf.

### **Spaltung der Berliner Verwaltung**

Infolge der Güterblockade der West-Berliner Stadtteile durch die Sowjets kam es im September 1948 zur Spaltung der bis dahin gemeinsamen Verwaltung. In Ost-Berlin bildete sich am 30. November 1948 ein eigener, von der SED dominierter Magistrat unter Oberbürgermeister Friedrich Ebert. Im Westteil nahm Ernst Reuter als gewählter Oberbürgermeister seinen provisorischen Dienstsitz im Rathaus Schöneberg ein.

In Sachen Straßennamen setzten die Ost- und Westbezirke ihren unterschiedlichen Weg entlang der ideologischen Grenzen fort. Während sich der Westteil der Stadt darauf konzentrierte, Doppelbenennungen nach und nach zu beseitigen, fasste der Magistrat von Ost-Berlin im Mai 1951 den Beschluss, alle Straßen, deren Namen monarchistischen Ursprungs waren, künftig nach fortschrittlichen Wissenschaftlern, Künstlern und prominenten Kommunisten zu benennen, wie Der Tagesspiegel berichtete. Bis Ende 1951 wurden in Ost-Berlin 227 Straßen und in West-Berlin über 237 Straßen umbenannt.

Während der Osten konsequent nicht nur kommunistische Widerstandskämpfer oder Helden der Arbeiterklasse ehrte, sondern auch bürgerliche Künstler, Schriftstellerinnen und Politiker, beharrte die West-Berliner Verwaltung im Wesentlichen auf den Namen, die vor 1945 gültig gewesen waren. Neubauviertel im Westen erhielten unverfängliche Bezeichnungen. Die Folge: Vergeblich sucht man in West-Berliner Bezirken Adolf Glasbrenner, E.T.A. Hoffmann, Heinrich Heine, Moses Mendelssohn, Thomas Mann, Kurt Tucholsky, Ricarda Huch, Max Liebermann, Ernst Ludwig Kirchner, Paul Klee, Arnold und Stefan Zweig, Matthias Erzberger, Ernst Toller, Heinrich Brüning, Erich Mühsam, Rosa Luxemburg, Bertolt Brecht oder Gottfried Benn. Solche Namen sind aber in den östlichen Stadtteilen zu finden. Eine kleine Ausnahme ist der Rosa-Luxemburg-Steg, den die Berliner Geschichtswerkstatt nach 26 Jahren Kampf 2012 durchsetzte. Geradezu symbolhaft für den Ost-West-Gegensatz ist die Tatsache, dass die Kreuzberger Prinzenstraße in Mitte als Heinrich-Heine-Straße fortgeführt wird.

## Widerständler im Westen und im Osten

Schaut man auf den heutigen Stadtplan von Berlin, lassen sich immer noch signifikante Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Stadtteilen erkennen, nicht nur, was preußische Könige und Königinnen, preußische Militärs, Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Schauspieler und Künstlerinnen betrifft. Dies gilt besonders im Hinblick auf die Erinnerung an den Widerstand gegen die Nationalsozialisten.

In den westlichen Stadtteilen wird nicht so systematisch wie im Osten an Widerständler erinnert, und Kommunisten findet man nur sehr selten auf Straßenschildern. In Ost-Berlin gibt es bis zum heutigen Tage einige geschlossene Stadtteile, die nach Widerstandskämpfern benannt sind, etwa das Viertel um den Anton-Saefkow-Platz in Lichtenberg und Köpenick mit den Namen der Ermordeten der „Köpenicker Blutwoche“. Im Westen ist dies lediglich in der Paul-Hertz-Siedlung in Charlottenburg-Nord um den Goerdelerdamm der Fall. Ansatzweise kann man auch die Gropiusstadt dazu zählen.

Bei den Umbenennungen, die noch vom gemeinsamen Magistrat am 31. Juli 1947 vorgenommen wurden, sind hier zu nennen:

- Der Leuschnerdamm in Kreuzberg, nach Wilhelm Leuschner, SPD-Mitglied, am 29. September 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet,
- der Breitscheidplatz in Charlottenburg, nach Rudolf Breitscheid, SPD-Mitglied, gestorben am 24. August 1944 im KZ Buchenwald,
- die Leberstraße und Julius-Leber-Brücke in Schöneberg, nach Julius Leber, SPD-Mitglied, am 5. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet,
- und die Klemkestraße in Reinickendorf, nach Fritz Klemke, KPD, dort ermordet am 19. Januar 1932.

Zuständig für Umbenennungen war zunächst die Senatsverwaltung. Ab 1966 durften die Bezirke bestimmen. Das ist auch bis heute noch so.



Zeitungsartikel „Freibier für den alten Kaiserdamm“, Nordwestdeutsche Zeitung, 16. Januar 1968

## Vom Kaiserdamm zum Adenauerdamm und zurück

Die Geschichte einer Umbenennung muss besonders hervorgehoben werden – die des Kaiserdamms in Adenauerdamm. Als Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, am 19. April 1967 in Rhöndorf starb, war das Bezirksamt Charlottenburg bemüht, ihn sehr schnell durch eine Straßenumbenennung zu ehren. Am 21. April, also zwei Tage nach dem Tod Adenauers, beschloss die Baudeputation der Bezirksverordnetenversammlung, den Kaiserdamm in Adenauerdamm umzubenennen. Es sollte eine repräsentative Straße sein, auch die Nähe zum Ernst-Reuter-Platz und zur gerade geplanten Marie-Elisabeth-Lüders-Straße diente als Argument. Schon am 24. April bestätigte das Bezirksamt die Umbenennung, nur zwei Tage später wurden die Schilder angebracht.

Womit die Kommunalpolitiker nicht gerechnet hatten: Es brach ein Sturm der Entrüstung los, nicht nur



Provisorische Umbenennung in Rosa-Luxemburg-Brücke, 1987

bei den Anwohnern, sondern berlinweit. Die Argumentation war weniger, dass man unbedingt am Kaiser festhalten wollte. Grund war eher die Tatsache, dass Adenauer von den Berlinern abgelehnt wurde, da er nicht als ein Freund der Stadt galt. Er war nach der Errichtung der Mauer am 13. August 1961 nicht nach Berlin geeilt. Das nahmen die Berliner ihm übel. Abfällige Zitate Adenauers über Berlin wurden hervorgeholt. Auch die SPD in Charlottenburg drehte sich und sprach sich nun für den Kaiserdamm aus, was ihr einige Häme einbrachte, Motto: „Sozialdemokraten setzen sich für einen Kaiser ein“. Die Bürgerinitiative um den Patentanwalt Becker, Kaiserdamm 12, organisierte Veranstaltungen und sammelte über Wochen Unterschriften. Der Druck war so stark, dass das Bezirksamt Anfang Januar 1968 den Umbenennungsbeschluss rückgängig machte (Abstimmungsverhältnis sechs zu zwei) und die alten Schilder am 15. Januar 1968 wieder anbrachte. Dies ist der einzige mir bekannte Fall, in dem aufgrund von Bürgerprotesten eine schon beschlossene und dann auch umgesetzte Straßenbenennung rückgängig gemacht wurde.

Der Streit um die Würdigung von Konrad Adenauer, der immerhin Ehrenbürger von Berlin war, wurde

1973 auf wenig elegante Weise, für Berlin aber typisch, gelöst. Man erklärte eine Straßenkreuzung des Kurfürstendamms mit der Wilmersdorfer Straße zum Platz und gab diesem den Namen Adenauerplatz. Die Diskussion um die Würdigung eines CDU-Politikers kam 2018 nach dem Tod des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl erneut auf. Es wurde öffentlich darüber debattiert, ob und wo an Helmut Kohl erinnert werden sollte. In Charlottenburg-Wilmersdorf brachte die AfD einen entsprechenden Antrag ein, der dann aber zurückgezogen wurde. Kurzzeitig war der Große Stern im Gespräch. Eine Helmut-Kohl-Straße gibt es in Berlin bis heute nicht. Die Berliner CDU forderte sie zuletzt im Juni 2022 anlässlich des fünften Todestages von Kohl. Keine Bezirksverordnetenversammlung hat den Vorschlag aber bisher aufgegriffen.

### Diskussionen in den 1980er Jahren

Mit dem Erstarren der Geschichtsbewegung Anfang der 1980er Jahre in West-Berlin nahmen auch die Diskussionen über Straßennamen wieder zu. Dabei standen die Namen mit Bezug zum Nationalsozialismus im Mittelpunkt. Aber auch andere Aspekte wie

## Warum denn kein „Benno-Ohnesorg-Platz“?

etwa die Tatsache, dass Frauen stark unterrepräsentiert waren und Fragen des Kolonialismus, kamen auf.

1988 brachte die Berliner Geschichtswerkstatt ein Buch zu diesem Thema mit dem Titel „Sackgassen – Keine Wendemöglichkeit für Berliner Straßennamen“ heraus. Unmittelbarer Anlass war die Auseinandersetzung um eine Brücke über den Landwehrkanal, die nach Rosa Luxemburg benannt werden sollte. Seit 1986 hatte unser Verein vergeblich gefordert, dass die neue Fußgängerbrücke den Namen der sozialistischen Politikerin erhalten sollte. An der Vorgängerbrücke war Luxemburg halbtot oder schon tot am 15. Januar 1919 in den Kanal geworfen worden. Es kamen aktuelle Auseinandersetzungen um Straßennamen in verschiedenen Stadtteilen dazu.

Das Buch verkaufte sich schlecht. Es war aber, wie sich später zeigte, seiner Zeit voraus, da es nahezu alle Konfliktfelder, die wir heute diskutieren, ansprach:

1. Benennungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, zum Beispiel des „Fliegerviertels“ in Neu-Tempelhof.
2. Keine Namen von Antisemiten, etwa die Auseinandersetzung um den Dietrich-Schäfer-Weg in Steglitz.
3. Einsatz für Straßen, die nach Frauen benannt werden – dem widmen sich gleich drei Artikel, unter anderem „Frauen unter Straßenniveau“.
4. Kolonialismus: Die Auseinandersetzung um das Afrikanische Viertel mit Kritik an der „Umwidmung“ der Petersallee in Petersallee, vom Kolonialherren zum Stadtverordneten gleichen Namens.
5. Zeichen setzen durch „Umdrehen“ des Bezugs: Artikel über die Graf-Spee-Straße und das Reichpietschufer, das beziehungsreich 1947 von Tirpitzufer in Reichpietschufer umbenannt worden war – ein Namenswechsel vom Führer der kaiserlichen Flotte zum hingerichteten Matrosen dieser Flotte.

Die Berliner Geschichtswerkstatt zog mit ihrem „Mobilen Museum“, einem umgebauten BVG-Bus, durch die Stadt und problematisierte Benennungen von Straßen. Der Bus stand mit ortsbezogenen Ausstellungen in der Manfred-von-Richtofen-Straße in Tempelhof, im Dietrich-Schäfer-Weg in Steglitz und

im Tiergarten an der Rosa-Luxemburg-Brücke, wie wir sie damals schon nannten.

## Straßenumbenennungen in Ost-Berlin

Wenig später fiel die Mauer in Berlin. In der Stadt begann eine turbulente Phase, in der sich das Leben vor allem der Ost-Berliner von Grund auf änderte.

Seit Beginn des Jahres 1990 wurde in der DDR über Namensänderungen diskutiert. Schon im Januar war es ausgemachte Sache, dass zum Beispiel Karl-Marx-Stadt wieder in Chemnitz rückbenannt wird und dass die nach dem tschechischen Stalinisten Klement Gottwald benannte Straße in Berlin-Weißensee einen neuen Namen erhalten sollte. In Berlin begann eine breite Diskussion aber erst nach den Kommunalwahlen im Mai 1990. Die Bezirksverordnetenversammlungen bildeten Sonderausschüsse, die die Änderungswünsche sammeln und diskutieren sollten. Eine „Arbeitsgemeinschaft Straßenumbenennungen“ bei der Ost-Berliner Magistratsverwaltung für Inneres unter Senator Thomas Krüger fasste die aus der Bevölkerung eingehenden Vorschläge zusammen – bis November 1990 waren es 1.673 für 283 Straßen.

Darunter fanden sich allerdings auch nicht so ganz ernstgemeinte Vorschläge wie Donald-Duck- oder Thomas-Krüger-Straße. Diese aber waren – im Gegensatz zu den später vollzogenen Umbenennungen – wenigstens originell. Schaut man sich die Namensliste an, die dann umgesetzt wurde, so kann man unschwer erkennen, dass fast ausnahmslos wieder die alten Namen vor der letzten Umbenennung in der DDR-Zeit eingesetzt wurden. Nichts zu finden von den Forderungen zahlreicher politischer Gruppen, wie etwa der Berliner Geschichtswerkstatt, endlich auch Frauennamen ins Berliner Stadtbild zu bringen. Es gab keine Benennung, die an die Bürgerbewegung der DDR erinnert hätte, die das SED-Regime gestürzt hatte.

So kam beispielsweise in Mitte eine gewisse Königin Luise zurück (früher Hermann-Matern-Straße), obwohl es in der Stadt schon drei Luisenstraßen, einen Luisenplatz, einen Luisenweg und einen Luisenhain sowie zwei Königin-Luise-Straßen gab, die an die preußische Königin und Ehefrau von Friedrich Wil-

helm III. erinnerten. In Weißensee ist eine der unzähligen Berliner Straßen beziehungsweise Berliner Alleen wiedererstanden. In Lichtenberg wurde die Jacques-Duclos-Straße rückbenannt, 1975 umgetauft nach einem französischen kommunistischen Widerstandskämpfer. Nun heißt sie wieder Möllendorffstraße, nach dem preußischen Generalfeldmarschall Wichard von Möllendorff.

Die Berliner Geschichtswerkstatt schickte damals der Arbeitsgruppe Straßenumbenennungen eine lange Liste von Frauen als neue Namensgeberinnen – nichts davon wurde berücksichtigt. Natürlich waren die neuen alten Namen die einfachste Lösung, da lästiges Nachdenken und Entscheiden über neue Namen Arbeit und Ärger machen können. Der Weg des geringsten Widerstands hat allerdings zum Teil ausgesprochen Makabres produziert. Den Vogel schoss in dieser Hinsicht der Bezirk Mitte ab. Dort erhielt die Reinhold-Huhn-Straße den alten Namen Schützenstraße zurück. Das war treffend formuliert, wenn man bedenkt, dass Reinhold Huhn ein DDR-Grenzer war, der am 18. Juni 1962 an der Mauer erschossen wurde. Der Schütze war ein Fluchthelfer, wie in einem Gerichtsprozess im Jahr 1996 festgestellt wurde.

Der einzig neue Name, der in Mitte beschlossen werden sollte, war für die ehemalige Otto-Grotewohl-Straße vorgesehen: Toleranzstraße. Die Entscheidung der BVV, die gegen die Stimmen von SPD und CDU zustande gekommen war, wurde dann aber durch den Widerspruch mehrerer Anwohner und zweier SPD-Verordneter gestoppt. Die Sache lag deshalb zunächst auf Eis. 1992 fasste das Bezirksamt Mitte den neuen Beschluss, dass die Straße nach Willy Brandt heißen sollte. Aber auch dies wurde nicht realisiert, weil die Ausführungsvorschriften des Berliner Straßengesetzes vorsehen, dass die Benennung nach einer Person erst nach Ablauf von fünf Jahren seit deren Tod möglich ist. Das war bei Willy Brandt, der erst kurz vorher, am 8. Oktober 1992 gestorben war, nicht der Fall.

Jetzt trat der Senat auf den Plan. Verkehrssenator Herwig Haase (CDU) forderte im Juni 1993 die Bezirksverwaltung Mitte ultimativ auf, die Otto-Grotewohl-Straße in Wilhelmstraße rückzubenennen. Das Bezirksamt blieb bewusst untätig mit dem Hinweis, die BVV solle sich mit der Angelegenheit noch einmal befassen. Dies nahm die Senatsverwaltung nun zum Anlass, die Sache nach dem Hauptstadtgesetz an sich

-2-

aus der Gruppe der Berliner Frauen (alle sind in Berlin geboren und/oder haben hier lange Zeit gearbeitet):

**Franziska Tiburtius**  
(geb. 1843, gest. 1927, eine der beiden ersten Berliner Ärztinnen, Praxis in der Alten Schönhauser Str.)

**Alice Salomon**  
(geb. 1872, gest. 1948, Mitbegründerin und Leiterin der Sozialen Frauenschule in Berlin und damit Begründerin des Berufs des Sozialarbeiters, Frauenrechtlerin; da Jüdin, 1937 Emigration in die USA)

**Helene Lange**  
(geb. 1848, gest. 1930, neben Gertrud Bäumer bedeutendste Repräsentantin der gemäßigten Richtung der bürgerlichen Frauenbewegung; ihr Schwerpunkt war die Mädchenbildung)

**Henriette Schrader**  
(geb. 1827, gest. 1899, Gründerin der reformpädagogischen Pestalozzi-Fröbel-Schule)

**Hedwig Dohm**  
(geb. 1833, gest. 1919, Schriftstellerin und älteste Theoretikerin des radikalen Feminismus)

**Minna Cauer**  
(geb. 1841, gest. 1922, Gründerin der Vereine "Frauenwohl" und "Kaufmännischer Hilfsverein für weibliche Angestellte; 1946 war für sie eine Straßenumbenennung in Schöneberg vorgesehen, zu der es nicht kam)

**Lily Braun**  
(geb. 1865, gest. 1916, Schriftstellerin und politisch für Frauenrechte in der Sozialdemokratischen Partei tätig, Gegenspielerin von Clara Zetkin; 1946 war für sie eine Straßenumbenennung in Tempelhof vorgesehen, zu der es nicht kam)

**Helene Stöcker**  
(geb. 1869, gest. 1943; gehörte zum linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung, gründete 1905 den "Bund für Mutterschutz und Sexualreform" und baute ein breites Beratungsnetz auf, 1933 Emigration in die USA, wo sie 1943 starb)

**Käte Frankenthal**  
(geb. 1889, gest. 1976, eine der wichtigsten Gesundheitspolitikerinnen Berlins in den 20ern, arbeitete als Ärztin an der Charité,

Vorschlagsliste der Berliner Geschichtswerkstatt zu Straßenumbenennungen mit Frauennamen, 1991

zu ziehen und die Rückbenennung selbst durchzuführen. Bei der Bürgerbeteiligung per Flugblattverteilung und Aushang kamen 75 Äußerungen zusammen, davon der größere Teil positiv – so das Verwaltungsgericht Berlin in dem folgenden Gerichtsverfahren. Die Senatsverwaltung hatte den „Verwaltungsakt Wilhelmstraße“ mit der sofortigen Vollziehbarkeit ausgestattet und die Schilder „Wilhelmstraße“ sofort anbringen lassen. Dagegen erhobene Klagen vor dem Verwaltungsgericht wurden abgewiesen.

Zu den Ost-Berliner Umbenennungen ist noch eine länger dauernde Episode aus dem Jahr 1994 anzumerken: Da der Bezirk Mitte, in dem auch das Regierungsviertel liegt, nach Ansicht des Verkehrssenators Haase widerborstig in Sachen Umbenennungen war,

## Warum denn kein „Benno-Ohnesorg-Platz“?

berief er eine vielköpfige „Unabhängige Kommission zur Umbenennung von Straßen“ ein. Dies war eine direkte Folge der Auseinandersetzungen um die Wilhelmstraße. Diese Kommission erarbeitete eine Liste von Umbenennungsvorschlägen, aus denen der Verkehrssenator dann aber nur fünf von insgesamt zehn umsetzte. Der spektakulärste Fall war die Rückbenennung der Clara-Zetkin-Straße in Dorotheenstraße. So hatte Verkehrssenator Haase vermieden, dass Bundestagsabgeordnete ihr Büro in einer Straße haben, die nach der kommunistischen Politikerin und Frauenrechtlerin Clara Zetkin benannt ist, die 1932 Alterspräsidentin des Deutschen Reichstags war.

Dies erinnert an eine andere Nachwendeposse: Im April 1993 zog das Abgeordnetenhaus von Berlin aus dem Rathaus Schöneberg in das wiederhergestellte Gebäude des ehemaligen Preußischen Landtags um. Zuvor kam es am 21. Januar 1993 zu einer Debatte über die neue offizielle Postanschrift. Das Gebäude liegt nämlich an der Niederkirchnerstraße. Die damalige Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Dr. Hanna-Renate Laurien (CDU), erklärte, dass sie ihr Hausrecht dahingehend nutzen wolle, dass die Niederkirchnerstraße nicht die offizielle Postadresse des Abgeordnetenhauses sein werde, weil Käthe Niederkirchner Kommunistin gewesen sei. Der sich anschließende SPD-Antrag, der Präsidentin die Adresse Niederkirchnerstraße zu empfehlen, wurde mit 106 gegen 96 Stimmen angenommen. Trotzdem hatte das Abgeordnetenhaus lange Zeit drei Adressen:

- Die offizielle der Präsidentin, die „Abgeordnetenhaus von Berlin, 10111 Berlin-Mitte“ lautete,
- die Anschrift „Niederkirchnerstraße“, die die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS verwendeten,
- und die Adresse „Preußischer Landtag“, die die Fraktionen der CDU und der FDP benutzten.

Dem Landespressedienst vom 13. März 1997 ist eine Liste der Umbenennungen seit dem 3. Oktober 1990 bis März 1997 zu entnehmen. Bei der Durchsicht fällt auf, dass der weitaus größte Teil Rückbenennungen waren. Lediglich die Bezirke Hellersdorf und Marzahn ragen heraus mit der Ehrung bekannter Persönlichkeiten der jüngeren Geschichte. Freuen wir uns über eine Louis-Lewin-Straße, eine Adele-Sandrock-Straße, eine Lily-Braun-Straße, eine Erich-Kästner-

Straße und eine Havemannstraße. Aber kein Wunder: Hellersdorf und Marzahn waren Neubaugebiete mit Erstbezug in der DDR-Zeit. Straßennamen vor den SED-Größen, die dort auf den Straßenschildern standen, gab es nicht, also kam keine Rückbenennung in Frage. Ganz neue Namen mussten her.

### **Diskussion in den Westbezirken von Berlin**

Die Hoffnung, dass die Ostberliner Diskussion in systematischer Weise auch auf die Westberliner Bezirke übergreifen würde, erfüllte sich damals nicht. Dennoch wurden einige Umbenennungsdebatten geführt. Dabei gehe ich hier auf drei Aspekte ein: eine Art Wiedergutmachung für jüdische Berliner, Frauennamen auf Straßenschildern und die Überlegung, ob nicht Kommentare besser angebracht sind als Umbenennungen. Schließlich komme ich zu der Frage, warum es bis zum heutigen Tage keinen „Benno-Ohnesorg-Platz“ gibt.

### **Wiedergutmachung**

In manchen Fällen war es eine schwere Geburt. Ich selbst war beteiligt an den Umbenennungsdiskussionen für drei Straßen im Grunewald. 1992 hatte die BVV Wilmersdorf mit den Stimmen von SPD und Alternativer Liste die Rück- oder Neubenennung von drei Straßen beschlossen. Die Schellendorffstraße sollte rückbenannt werden in Friedenthalstraße, ein liberaler Politiker, und der Dünkelbergsteig wieder in Morgenrothstraße, ein Mediziner. In beiden Fällen handelte es sich um Berliner jüdischen Glaubens, die von den Straßenschildern verdrängt worden waren. Die Umbenennungen waren 1938 vorgenommen worden. Als drittes sollte der Seebergsteig, benannt nach Reinhold Seeberg, einem den Nationalsozialisten nahestehenden evangelischen Theologen, in Walter-Benjamin-Straße umbenannt werden. Die Anwohner klagten gegen die beschlossenen Änderungen vor dem Verwaltungsgericht. Die Umsetzung der Beschlüsse war damit blockiert.

Nach einem politischen Wechsel 1992 in der BVV hob die neue Mehrheit, bestehend aus CDU, FDP und Republikanern, die Beschlüsse für die Schellendorffstraße und den Dünkelbergsteig auf. Die Umbenennung

des Seebergsteigs wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP bestätigt. Dies nutzte aber nichts. Eine Anwohnerklage blockierte weiterhin die geplante Walter-Benjamin-Straße. Dann gab es 1995 eine weitere Wahl mit neuen Mehrheiten. Die CDU erhielt 23 der 45 Mandate in der BVV Wilmersdorf. Mit dieser Mehrheit wurde im Mai 1996 der ursprüngliche Umbenennungsbeschluss aufgehoben. Erst 2002 kam es zur Neubenennung des Seebergsteigs in Toni-Lessler-Straße, nachdem sich die politischen Mehrheiten durch Fusion der beiden Bezirke Charlottenburg und Wilmersdorf erneut geändert hatten. Benjamin kam nicht mehr als Namensgeber in Frage, da inzwischen in Charlottenburg ein Platz nach ihm benannt worden war. Toni Lessler war eine jüdische Pädagogin, die im Grunewald in den 1930er Jahren eine private Waldschule gegründet hatte.

Für die verdrängten Juden Friedenthal und Morgenroth setzte das CDU-geführte Bezirksamt 1997 zwei unbefriedigende Ersatzlösungen durch: den Friedenthalpark am Halensee und den Morgenrothplatz vor dem Verwaltungsgebäude Hohenzollerndamm 177. Ebenfalls in die Kategorie „Wiedergutmachung“ fällt die Rückbenennung der Haberlandstraße in Schöneberg. 1996 erhielt ein Teil der alten Haberlandstraße, die die Nazis 1938 in Nördlinger und Treuchtlinger Straße umbenannt hatten, ihren alten Namen zurück. Salomon Haberland, Unternehmer und jüdischen Glaubens, hatte großen Anteil an der Errichtung des Bayerischen Viertels, in dem auch die ihm gewidmete Straße liegt.

## Neues Erinnern

Was in den 1980ern langsam in den Blick kam, war die Tatsache, dass Frauennamen auf Berliner Straßenschildern völlig unterrepräsentiert waren. Dies ist auch heute noch so. Trotz umfassender Bemühungen ist das Verhältnis Frauen zu Männer in einzelnen Bezirken immer noch etwa eins zu zehn. 1988 hatten wir im Buch „Sackgassen“ eine kleine Statistik aufgemacht:

Von den gut 6000 Straßen West-Berlins trugen 1917 Personennamen, davon galten Frauen immerhin 164. Das machte knapp ein Zehntel der nach Männern benannten aus. Wirklichen Frauen waren davon aber

nur 110 gewidmet, 54 bezogen sich lediglich auf anonyme Vornamen. Bei Männern lag der Prozentsatz niedriger, hier waren es nur 15 Namen. Zog man die gekrönten Häupter ab und zum Beispiel Bühnenfiguren, verblieb ein Restposten von 23 Benennungen, die sich auf Frauen bezogen, deren Wirken durch die Straßenehrung als bewahrenswert für unser Gedächtnis angesehen wurde. Und nun kommt es: Von diesen 23 Benennungen waren zwölf „unter Straßenniveau“, nämlich Wege, Pfade, Steige oder Zeilen.

Hier hat sich seit den 1980ern einiges getan. Zwar wurde die ellenlange Liste mit Frauennamen, die die Berliner Geschichtswerkstatt 1991 an die damals tätige Arbeitsgruppe Straßennamen beim Magistrat geschickt hatte, praktisch nicht beachtet. Eine der Hauptforderungen von uns war, die damalige Hermann-Matern-Straße, wegen des Bezugs zur Charité nach der Ärztin und Politikerin Käte Frankenthal zu benennen. Leider wurde der Rat nicht befolgt. Es kam, wie erwähnt, zur Rückbenennung in Luisenstraße.

Die Zeit war aber reif für Frauennamen auf Straßenschildern. Dabei ging es weniger um Um- als um Neubenennungen. Das erste geschlossene „Frauenviertel“ entstand 1996 in Neukölln im Neubaugebiet Rudower Felder. Damals hieß es, dass von den 700 Straßen in Neukölln nur acht den Namen von Frauen trugen. Mit dem neuen Viertel kamen gleich 20 dazu, unter anderem ein Käte-Frankenthal-Weg und eine Elly-Heuss-Knapp-Straße.

Es folgten in gehörigem Abstand weitere „Frauenviertel“ in anderen Stadtteilen. Nahezu alle Bezirksverordnetenversammlungen der Stadt haben inzwischen Grundsatzbeschlüsse gefasst, dass bei Be- und Umbenennungen von Straßen nach Personen grundsätzlich Frauennamen zum Zuge kommen sollen. Die Verbindlichkeit dieser Regelung ist unterschiedlich hart formuliert, sodass manchmal zahlreiche argumentative Klimmzüge gemacht wurden, um – entgegen der Grundregel – doch noch einen Mann zu ehren. Das war zum Beispiel 2008 bei der Rudi-Dutschke-Straße und 2022 beim Rio-Reiser-Platz der Fall. Es wurde hervorgehoben, dass sich Rio Reiser als schwuler Mann besonders um die Gleichberechtigung im Hinblick auf die sexuelle Orientierung der Menschen eingesetzt habe.

**DIE GRÜNEN** 

**Alternative Liste** Für Demokratie und Umweltschutz  
Fraktion der AL in der BVV Wilmersdorf  
Fehrbelliner Platz 4, 1000 Berlin 31  
Telefon: 030/86897684

*Januar 1991*



## Liebe Anwohnerinnen und Anwohner !!

Visitenkarten und Briefbögen müssen neu angeschafft, Freunde, Verwandte und Geschäftsleute müssen über die Adressenänderungen informiert werden. Mancher Brief kommt erst auf Umwegen an. - Arbeit und Unannehmlichkeiten macht es schon, wenn die Straße in der man wohnt, ihren Namen verliert. Dies wird auch der Fall sein, sollten die Schellendorfstr., der Dünkelbergsteig und der Seebergsteig umbenannt werden. Wir meinen aber, daß diese nachteiligen Folgen für die betroffenen Bürger tragbar sind, denn es geht darum, von den Nationalsozialisten angerichtetes Unrecht jetzt endlich wiedergutzumachen. Ein Straßename ist eben mehr als ein Orientierungswort auf dem Stadtplan!

### **KENNEN SIE KARL RUDOLF FRIEDENTHAL, JULIUS MORGENROTH ODER WALTER BENJAMIN ?**

In der Zeit von 1933 bis 1945 haben die Nazis in Berlin zahlreiche Straßen umbenannt, um der Stadt ihren Stempel aufzudrücken. Eine Reihe von Umbenennungen war vorgenommen worden, um die Namen von jüdischen Mitbürgern aus dem Stadtbild verschwinden zu lassen. Dies war besonders im Grunewaldviertel der Fall. Mindestens neun Beispiele gibt es dafür. Sie sind bis zum heutigen Tage nicht rückgängig gemacht worden. Ein Teil der Personen, deren Namen für immer vom Stadtplan verschwinden sollten, ist nach 1945 erneut durch Straßennamensgebung geehrt worden (wie z.B. Walter Rathenau oder Ludwig Barney). Andere blieben bisher unberücksichtigt. Die Grünen/Alternative Liste unterstützen daher den Vorschlag der SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung, im Grunewald-Viertel zwei Straßen rückzubenennen und einer Straße einen neuen Namen zu geben.

Es wäre schon lange an der Zeit gewesen, in dieser Hinsicht an jüdischen Mitbürgern begangenes Unrecht wiedergutzumachen. In einer Zeit, in der in Ost-Berlin ebenfalls über Straßenumbenennungen diskutiert wird, bietet sich auch für die West-Bezirke Gelegenheit zum Nachdenken.

Wir sind daher dafür

- die Schellendorfstr. wieder in Friedenthalstr. (am 16.5.1938 umbenannt) rückzubenennen
- den Dünkelbergsteig wieder in Morgenrothstr. (am 17.9.1938 umbenannt) rückzubenennen
- den Seebergsteig in Walter-Benjamin-Str. zu benennen (die Straße hatte am 14.4.1936 ihren früheren Namen Dunckerstr. verloren, eine Dunckerstr. gibt es aber schon in Prenzlauer Berg, so daß eine Rückbenennung nicht notwendig ist)

EINIGE DATEN ZU DEN PERSONEN:

**Karl Rudolf Friedenthal**

(geb. 1827, gest. 1890) war einer der profiliertesten Politiker des Kaiserreichs. 1867 gehörte er zu den Gründern der freikonservativen Partei. Zwischen 1870 und 1879 war er Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses (1873/74 dessen 2. Vizepräsident) und von 1871 bis 1881 Mitglied des Reichstages. 1874 wurde er außerdem preußischer Landwirtschaftsminister. Nach politischen Meinungsverschiedenheiten mit Bismarck schied er 1879 aus der Regierung aus.

**Paul Bronsart von Schellendorff**

"Der Westen" schrieb am 17.8.1938 über die neue Schellendorffstr.: "Träger dieses Namens ist der ehemalige preußische General und Kriegsminister Paul Bronsart von Schellendorff, der, am 25. Januar 1832 in Danzig geboren, früh in den Großen Generalstab kam und auch den Krieg von 1870/71 als Abteilungschef im Generalstab des Großen Hauptquartiers mitmachte. Vor Sedan wurde er General, als die Festung am 1. September 1870 die weiße Fahne zeigte, mit den ersten Kapitulationsverhandlungen betraut. 1881 übernahm Bronsart von Schellendorff als Generalleutnant eine Gardedivision; zwei Jahre später wurde er Kriegsminister und setzte sich dabei vor allem für die Verbesserung der Bewaffnung der Infanterie ein. 1889 wurde er Kommandierender General des 1. Armeekorps in Königsberg; er starb zwei Jahre später, am 23. Juni 1891, in Schertienen bei Braunsberg.

**Julius Morgenroth**

(1871 bis 1924), Arzt und Forscher, arbeitete von 1905 bis 1919 als Vorsteher der Bakteriologischen Abteilung am Pathologischen Institut der Charité und leitete ab 1919 bis zu seinem Tode die Abteilung der Chemotherapie am Robert-Koch-Institut. Seine Hauptarbeitsgebiete bildeten die Immunitätslehre und die Chemotherapie. Er entwickelte Medikamente gegen Wundinfektionen und die sog. Schlafkrankheit.

**Friedrich Wilhelm Dünkelberg**

(1819 bis 1912) war Direktor der Landwirtschaftlichen Akademie Poppelsdorf (Bonn) und wird als der Begründer der sog. "Kulturtechnik", der Lehre vom optimierten Landbau, angesehen.

**Walter Benjamin**

(geb. am 15.7.1892 in Berlin, gest. am 27.9.1940 in Port Bou/Spanien) war einer der scharfsinnigsten Literaturkritiker und Schriftsteller der Weimarer Republik, der seinen Schwerpunkt in gesellschaftskritischer und philosophisch orientierter Literatur hatte. Lange Jahre lebte er im Haus der Familie, in der Delbrückstr. 23 im Grunewald-Viertel. Im März 1933 floh Benjamin, der jüdischer Abstammung war, vor den nationalsozialistischen Machthabern nach Paris ins Exil. Als 1940 die deutschen Truppen Frankreich besetzten, flüchtete Benjamin weiter in Richtung Spanien, wurde aber mit anderen Flüchtlingen in der Grenzstadt Port Bou zurückgehalten. Aus Furcht vor Auslieferung an die Deutschen beging Benjamin dort Selbstmord.

**Reinhold Seeberg**

(geb. 1859, gest. 1935; war ein konservativer, national orientierter Theologe, der als Wegbereiter der den Nationalsozialisten nahestehenden "Deutschen Christen" angesehen werden kann. Er gilt außerdem als theologischer Propagandist des deutschen Imperialismus. Hier einige seiner Veröffentlichungen: Christentum und Germanentum, 1914; Krieg und Kulturfortschritt, 1915; Volkserhaltung und Volksmehrung, 1916; Der Krieg und die allgemeine Menschenliebe, 1915.



ist die Kommentierung eine praktische, aber auch angemessene Form, mit der Geschichte dieser Straßen umzugehen.

Auf der Erklärungstafel, die jetzt schon seit längerer Zeit nicht vorhanden ist, hieß es:

*„Als Kaiser Wilhelm I. am 9. März 1888 starb, wurden ihm zu Ehren einige Straßen in Wilmersdorf umbenannt. Seine Schlachten gegen die Revolutionäre werden heute anders bewertet. Jetzt stehen diese Straßennamen für die Niederlage der Demokraten. Nach der Revolution sollte es noch 100 Jahre dauern, bis 1949 mit der Bundesrepublik eine stabile und dauerhafte Demokratie in Deutschland errichtet werden konnte.“*

Dies kann wenigstens auf den Internetseiten des Bezirks angeschaut werden.

### Aufgaben der Zukunft

Welche Aufgaben haben wir noch im Hinblick auf Straßennamen? Ich rufe „Rudi, der Kampf geht weiter“. Wir müssen uns kümmern:

- um mehr Frauennamen auf Straßenschildern
- aktuell weiter um Straßennamen, die den Kolonialismus widerspiegeln. Hier wurden am 2. Dezember 2022 im Afrikanischen Viertel im Wedding der Nachtigalplatz in Manga-Bell-Platz und die Lüderitzstraße in Cornelius-Fredericks-Straße umbenannt. Es steht noch die Umbenennung der Petersallee aus, die zurzeit durch einige Anwohnerklagen gestoppt wird.
- um Prüfung weiterer Straßen, die Antisemitismus ausdrücken, in Wilmersdorf eventuell die Wangenheimstraße und die Kronprinzenallee,
- um Altlasten, die wir durchaus ein zweites, drittes oder viertes Mal diskutieren könnten: Hindenburgdamm, Treitschkestraße, „Fliegerviertel“ in Tempelhof,
- um die jüngere Geschichte: in Charlottenburg einen Benno-Ohnesorg-Platz und in Mitte ein „Neues Forum“ statt des Schlossplatzes.



Umkämpfter Straßennamen Mohrenstraße in Mitte, 2022

### Benno-Ohnesorg-Platz

Zum Schluss möchte ich noch einige Bemerkungen zum Benno-Ohnesorg-Platz machen, der leider immer noch Shakespeareplatz heißt. Wir müssen uns auch an die wichtige Geschichte der gesellschaftlichen Umwälzungen durch die Demokratie- und Studentenbewegung erinnern, die nachhaltigen Einfluss auf unser heutiges Leben hatte. Da genügt nicht eine Rudi-Dutschke-Straße in Kreuzberg.



Symbolische Benennung des Benno-Ohnesorg-Platzes, 2020

## Warum denn kein „Benno-Ohnesorg-Platz“?

Am 2. Juni 1967 wurde im Hinterhof der Krumme Straße 66/67 der Student Benno Ohnesorg von dem Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen. Die Proteste gegen das persische Schah-Regime und die Tötung von Benno Ohnesorg waren einer der Bruchpunkte in der deutschen Nachkriegsgeschichte. In zwei Prozessen wurde der Schütze freigesprochen. Wie schon damals vermutet und später festgestellt, unterdrückte und vernichtete die Polizei Beweismittel. Polizeibeamte sagten vor Gericht bewusst die Unwahrheit oder konnten sich angeblich an nichts erinnern. Die Prozesse können als Justizskandale gewertet werden. Die Benennung des Platzes könnte als eine kleine Geste der Wiedergutmachung angesehen werden, damit man wenigstens an Benno Ohnesorg erinnert.

Der bis diesem Zeitpunkt namenlose Platz wurde 1987 nach dem englischen Dramatiker William Shakespeare benannt, als dort auch eine Shakespeare-Büste aufgestellt wurde, die die Stadt London Berlin anlässlich der 750-Jahr-Feier geschenkt hatte. Der Platz wird mit seinem Namen in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Der Name Benno Ohnesorg wird hingegen mit diesem Ort in Verbindung gebracht.

Dass es noch nicht zu einer Umbenennung gekommen ist, hat seine Ursache darin, dass der gesamte Platz privaten Eigentümern der Nachbarhäuser gehört und diese im Jahr 2020 gegenüber dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf erklärten, an dem Namen Shakespeareplatz festhalten zu wollen. Ich bin aber der Ansicht, dass es keineswegs in der Kompetenz der Anwohner liegen kann, welchen Namen ein Platz trägt.

Straßennamen sind eine öffentliche Angelegenheit. Juristisch gesehen, könnte das Bezirksamt auch Plätze be- und umbenennen, die einen privaten Eigentümer haben. Der Platz ist frei zugänglich und wird auch als öffentlich angesehen. Die Berliner Geschichtswerkstatt hat den Platz schon zwei Mal symbolisch umbenannt. Leider wurden die Schilder sehr schnell von der Polizei entfernt. Das wird uns nicht daran hindern, die Forderung nach einem Benno-Ohnesorg-Platz weiter zu erheben. Bei Gelegenheit werden wir auch wieder mit Schildern anrücken, damit man wenigstens an Benno Ohnesorg erinnert.





# Wer erzählt? – Dokumente als Ersatz für Zeitzeugen

**Moderation: Gertrud Fischer-Sabrow, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.**

**Referent\*innen: Dr. Irmgard Zündorf (Public History, ZZF Potsdam),  
Dr. Cord Pagenstecher (Oral History Digital, FU Berlin)**

*Montag, 30. Januar 2023, 19:00 Uhr*

Wie gehen wir damit um, wenn Zeitzeugen zur Epoche des Nationalsozialismus bald nicht mehr zur Verfügung stehen? Gerade für uns in der Berliner Geschichtswerkstatt, die in der Tradition der Geschichte von unten steht und vielfach zum Nationalsozialismus gearbeitet hat und arbeitet, nehmen diese Zeitzeugen eine zentrale Stellung bei der Erfassung und Vermittlung historischer Sachverhalte ein.

Können neue Medien und der Einsatz von digitalen Archiven mit Dokumenten, Fotos, Filmen et cetera die Zeitzeugen in persona mit ihrer Anschaulichkeit und emotionalen Nähe ersetzen?

## Veranstaltungsbericht

**Peter Lassau**

„Ich musste bei deiner Erzählung dauernd weinen, und du überhaupt nicht, obwohl du doch betroffen bist. – Wie machst du das?“ So sinngemäß ein Mädchen einer Grundschulklasse zu Petra Michalski, nachdem diese von der Verfolgung ihres Ehemannes Franz und seiner Rettung vor den Nazi-Schergen erzählt hatte. Eine solche Unmittelbarkeit und Direktheit habe sie als anrührend erlebt, und nur durch die Begegnung mit Zeitzeugen von Angesicht zu Angesicht könne so etwas erreicht werden, sagte uns Petra Michalski zu Beginn dieser Veranstaltung.

Das Ehepaar Michalski – leibhaftige Zeitzeugen also – bereicherten diesen Abend. Seit seinem Schlaganfall sei sie das Sprachrohr ihres Mannes Franz, dem, wie gesagt, im Alter von zehn Jahren 1944 unter abenteuerlichen Umständen die Flucht vor den Nazis gelungen war, erzählte sie. Und solange es ihnen möglich sei, seien sie noch als Zeitzeugen im Einsatz bei allen möglichen Institutionen, von Grundschulen über Oberschulen bis zu Polizei und Bundeswehr. Klar sei aber auch, dass es für die Zeit des Nationalsozialismus bald keine Zeitzeugen mehr gebe. Man müsse also überlegen, wie es dann weitergehen soll. – Damit war das Thema des Abends auf den Punkt gebracht.



*Im Publikum saß auch das Ehepaar Petra und Franz Michalski (Mitte)*

Gut 20 Gäste hatten sich von miserablen Wetter nicht abschrecken lassen und den Weg in unseren Laden gefunden. Gertrud Fischer-Sabrow, die die Veranstaltung auf souveräne Weise moderierte, erinnerte zunächst daran, dass die BGW in Bezug auf Oral History und Zeitzeugen-Interviews über Routine und reiche Erfahrung verfüge. Schließlich war dies die Kernmethode bei der Aufarbeitung der Geschichte der Zwangsarbeit, dem Schwerpunkt der Arbeit der BGW in den 1980er und 1990er Jahren. Ausgewiesene



Moderatorin Gertrud Fischer-Sabrow und Referentin Dr. Irmgard Zündorf (von rechts) während des Vortrags von Dr. Cord Pagenstecher

ner Experte für diesen Bereich ist unser Mitglied Dr. Cord Pagenstecher. Er ist Leiter des Projekts „Oral History Digital“ an der Freien Universität Berlin und hat maßgeblich die digitale Interviewsammlung zur Zwangsarbeit aufgebaut.

Aus seinen Ausführungen wird deutlich, welche Anstrengungen unternommen wurden, um die Oral History hoffähig zu machen als seriöses Werkzeug des Historikers in Forschung und Lehre. Bei Zeitzeugen-Interviews muss der Interviewer peinlich darauf achten, dass er sich auf keinen Fall einmischt. Alles ist wichtig, nichts wird weggelassen, Zwischenfragen sollten nicht gestellt werden. Im zweiten Schritt wird transkribiert, ebenfalls inklusive aller Einzelheiten. Im Fall der Zwangsarbeiter-Interviews stand danach eine genaue Übersetzung an. Nach Möglichkeit sollten schließlich noch weitere Daten zu Lebensumständen und biographisch-historischem Hintergrund der interviewten Person angefügt werden, um eine genaue Quellenkritik zu ermöglichen.

Zusammengefügt entsteht so ein digitales Interview-Archiv, gleichsam Zeitzeugen-Interviews als Konserve; sicher nicht so eindrücklich wie ein direkter Kontakt, aber eine gute Lösung. Die Nutzung wird erleichtert durch beigefügte inhaltliche Zusammenfassungen, Filter nach Geschlecht, Sprache, Alter et cetera und durch Bereitstellung des zugehörigen audiovisuellen Materials. Der Zugang erfolgt schlicht online über eine Registrierung, vergleichbar mit einem normalen Archiv. Alles in allem ein enormer Aufwand also, aber einer, der sich lohnt: Das Ergebnis ist ein Produkt, das unterschiedliche Funktionen erfüllen kann.

Dr. Irmgard Zündorf, Leiterin des Bereichs Public History am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, die zweite Referentin dieses Abends, zeigte weitere Einsatzmöglichkeiten für Zeitzeugen auf: Ihr Tätigkeitsfeld besteht darin, Geschichtsstudenten, die zwar an Geschichtskultur und der Vermittlung von Geschichte interessiert sind, aber nicht im Schuldienst arbeiten wollen, Alternativen anzubieten. In den meisten Fällen werden das Gedenkstätten, Museen oder etwa Touristikunternehmen sein.

An einem Beispiel veranschaulichte Irmgard Zündorf die Ansprüche an eine solche Tätigkeit:

Vor die Aufgabe gestellt, für eine Ausstellung ein typisches Bild für die Bundesrepublik Deutschland der 1950er Jahre auszusuchen, habe sie selbst einst ein Porträtfoto Konrad Adenauers gewählt. Ergebnis: Aha, typisch für diese Zeit ist also ein alter gebrechlicher Mann in steifer Haltung und konservativer Kleidung. – Das konnte es also nicht sein. Wirkungsvoller und angemessener für die Vermittlung von Geschichte ist zweifellos der direkte Zugang zu den Menschen. Das kann unter anderem über die eigene Familie geschehen, zum Beispiel über das Tagebuch einer Großmutter oder die Bitte an sie, ein solches Tagebuch einer bestimmten Zeit zu verfassen.

Auf der Hand liegt, dass die Etappe der Zeitzeugen in Bezug auf den Nationalsozialismus zu Ende geht. Historische Prozesse wird es freilich weiterhin geben und damit immer wieder Zeitzeugen, die als wertvolle Quellen von Bedeutung sind. Von Belang ist in diesem Zusammenhang die Verwendung moderner Medien von Internet-Apps bis zu Podcasts. Unbedingt muss aber eine aufmerksame und umfassende Quellenkritik für die Aussagen von Zeitzeugen angewandt und gepflegt werden.

Diese Einschätzung wurde von unserem Publikum bestätigt, zum Beispiel mit folgender Information: Nach Kriegsende wurden unter anderem die Polizeiakten verschiedener Dienststellen in Schöneberg ausgewertet. Dabei stellte sich heraus, dass eine Frau alliierte Soldaten wegen Übergriffen auf Frauen angezeigt hatte. Dieselbe Frau hatte sich in den Kriegsjahren zuvor durch Denunziationen hervorgetan, indem sie zum Beispiel Anwohner beschuldigte, Juden

zu verstecken. Nicht unerheblich für die Bewertung einer solchen Quelle.

Fazit: Eine anregende Veranstaltung, die verdeutlichte, dass für die BGW Oral History, Geschichtsvermittlung, Einbindung von Zeitzeugen seit Jahren Routine ist, sozusagen zu ihrer DNA gehört. Unser Verein hat wesentlich dazu beigetragen, solche Methoden zu etablieren und zu verfeinern.



© Berliner Geschichtswerkstatt

*Eine ZuhörerIn bedankt und verabschiedet sich bei Frau Michalski (rechts)*

## Zusammenfassung der Vorträge

**Dr. Cord Pagenstecher**, Freie Universität Berlin:

### Digitale Zeitzeugen-Interviews am Beispiel von Projekten

In seinem Referat betont Cord Pagenstecher die Bedeutung der Zeitzeugen nicht nur für Geschichtskultur, Bildung und Schule, sondern auch für die Forschung. Dass Oral-History-Interviews inzwischen eine zentrale Quelle für die Geschichtswissenschaft sind, sei vor allem ein Verdienst der Geschichtswerkstätten in Deutschland. Denn die akademische Forschung an den Universitäten habe die mündliche Geschichte zunächst nicht ernst genommen. Das große Interesse an den digitalen Interview-Archiven an der Freien Universität Berlin zeige, dass sich dies geändert habe.

In der Projektgruppe der Geschichtswerkstatt zur NS-Zwangsarbeit waren Erinnerungsberichte von und Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeitern zentrale Quellen und Projektergebnisse. Die Interviews führten Gisela Wenzel, Ewa Czerwiakowski und Angela Martin. Cord Pagenstecher kam dadurch mit der Oral History in Berührung, widmet sich seither aber stärker den Aufgaben, die sich nach der Aufzeichnung der Interviews ergeben. Wie kann man sie bewahren? Wie kann man sie auch mit digitalen Hilfsmitteln erschließen und zugänglich machen? Erfahrungen mit der Interviewführung selbst mache er erst jüngst in einem eigenen kleinen Interview-Projekt zur 40-jährigen Geschichte des Kirchenasyls in Berlin.

Doch dann kommt er zurück zur Frage der Veranstaltung: Wie kann es weitergehen mit Zeitzeugen-Erinnerungen zum Nationalsozialismus? Ihre Edition in Buchform sei eine bewährte, auch von der Geschichtswerkstatt vielfältig genutzte Form, um für die Zukunft die Aussagen von Zeitzeugen festzuhalten. Besser noch sei es aber, die originalen Interviews als Audio- oder Videodatei zugänglich zu machen, da sie neben der Verschriftlichung als Transkript auch noch Gestik, Mimik, Ausdrucksweise der Sprechenden und anderes mehr dokumentieren und anschaulich machen.

In einer Powerpoint-Präsentation zeigt Cord Pagenstecher drei Projekte, an denen er mitgearbeitet hat, und die auf unterschiedliche Art und Weise versuchen, Zeitzeugen-Interviews in der digitalen Gegenwart und Zukunft für verschiedene Zielgruppen zugänglich zu machen. Bei allen drei sind Arbeitsergebnisse der Geschichtswerkstatt mit eingeflossen.

1. Das Interview-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945. Erinnerungen und Geschichte“ für Bildung und Wissenschaft.
2. Die digitale Lernumgebung „Zeugen der Shoah. Lernen mit Interviews“ für den schulischen Geschichtsunterricht.
3. Die mobile Anwendung „Zwangsarbeit. Die Zeitzeugen-App der Berliner Geschichtswerkstatt“ für eigenständige Spurensuche in Berlin, die unter <https://zwangsarbeit-in-berlin.de> erreichbar ist.

#### **Zu 1.: Interview-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945“**

Das Archiv ist an der Freien Universität Berlin seit 2008 aufgebaut worden. Es basiert auf Interviews, die 2005/2006 in 25 Ländern durchgeführt wurden. Fast 600 Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen haben stattgefunden, darunter Holocaust-Überlebende, KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene, zivile Zwangsarbeiter, verschiedenste Gruppen aus verschiedenen Ländern. Daraus ist an der Freien Universität ein digitales Interviewarchiv entstanden, das online steht, aber nicht wie bei YouTube frei verfügbar ist. Man muss sich mit seinen Daten registrieren, Nutzungsbedingungen akzeptieren, genauso wie wenn man in einem Archiv vor Ort recherchieren will. Damit wird ein Missbrauch erschwert beziehungsweise nachvollziehbar gemacht und ein gewisser Schutzraum für die mitunter traumatischen Lebens-

Aktuelle Internet-Seite des FU-Projekts „Zwangsarbeit 1939 – 1945“

geschichten geschaffen. In dieses Archiv ist auch eine Sammlung der Berliner Geschichtswerkstatt eingegangen, bestehend aus elf Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus Łódź.

Zur Kontextualisierung wurden die Interviewer, die an diesem Projekt beteiligt waren, selbst interviewt, zum Beispiel Gisela Wenzel. Die Fragestellung war: Wie ist das Interview entstanden? Wie habt ihr die Leute gefunden? Wer dieses Archiv besucht, kann detailliert forschen und die Daten beispielsweise nach verschiedenen Gruppen, nach Sprachen, Geschlecht oder Geburtsjahr filtern. Unter dem Stichwort „Geschichtswerkstatt“ findet man unter anderem die genannten elf Interviews, teils als Video-, teils als Audiodatei. Bei einer Volltextsuche erscheint dann ein einzelnes Interview wie etwa mit Alina K., das ziemlich detailliert erschlossen, auf Polnisch transkribiert und ins Deutsche übersetzt ist. Das Transkript läuft mit der Videodatei mit.

Zusätzlich gibt es ein Inhaltsverzeichnis, denn bei einer vielstündigen lebensgeschichtlichen Erzählung im Interview verliert man leicht die Orientierung. Kurzbiografien, Fotos und andere Dokumente vertiefen den ganzen Kontext einer Biografie. Auch vergleichende Untersuchungen mit anderen Interviews in anderen Sprachen zu einem Begriff, einem Ort, einer

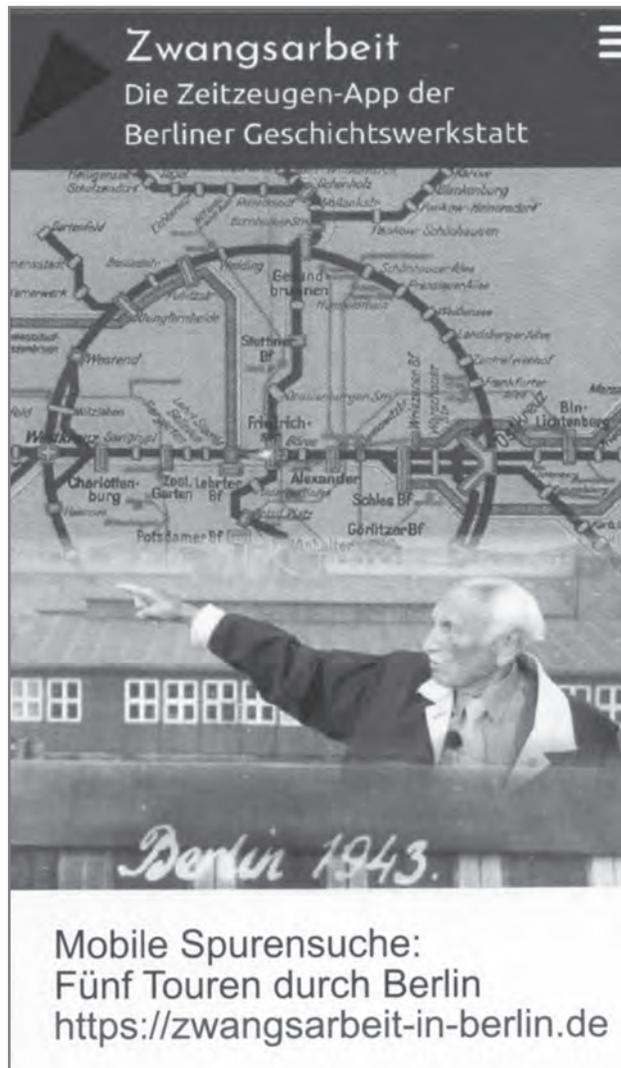
Firma sind möglich. Wem dieses Vorgehen zu kleinteilig und wissenschaftlich ist, der kann im Vollbild die Videoansicht mit Untertiteln einschalten und sich einfach auf die Erzählung einlassen.

Dieses Interviewarchiv, in dem die ganzen ungeschnittenen, vielstündigen, vielsprachigen Berichte der Zeitzeugen als Quellen im Original recherchierbar sind, wird nicht nur an der Universität und in der Forschung genutzt, sondern auch im Bildungsbereich, in Schulen, für Prüfungs- und Abiturarbeiten.

Ein erheblicher Anteil der Nutzer, ungefähr ein Viertel, gibt familiäres Interesse an. Beispielsweise waren die Großeltern Zwangsarbeiter oder hatten Zwangsarbeiter beschäftigt, und beider Enkel haben dann aus dem einen oder anderen Grund Interesse. Die Meisten wollen dort ihre eigenen Angehörigen finden. Das gelingt zwar selten bei den 600 Interviews. Doch beim Recherchieren interessieren sie sich dann auch für andere Geschichten.

## Zu 2.: Lernumgebung „Lernen mit Interviews“

Der Rahmen eines 45- oder 90-minütigen Geschichtsunterrichts wird durch die ausführlichen lebensgeschichtlichen Interviews gesprengt. Deswegen



Aktuelle Startseite der App „Zwangsarbeit. Die Zeitzeugen-App der Berliner Geschichtswerkstatt“

wurden spezifische Bildungsangebote für Schulen entwickelt. 2010 war das Medium der Wahl noch die DVD, 2016 wurde dann eine Online-Anwendung unter der Adresse „Lernen-mit-Interviews.de“ erstellt. Dafür wurden fünf bis sieben Zeitzeugen ausgewählt, exemplarisch aus verschiedenen Gruppen, und aus diesen mehrstündigen Interviews halbstündige biografische Kurzfilme gemacht. Ein Beispiel ist Helena Bohle-Szacki, eine deutsch-jüdische Polin, die nach der Haft in Ravensbrück und der Rückkehr nach Polen später jahrzehntelang in Wilmersdorf lebte und als Künstlerin arbeitete. Die Lernumgebung ergänzt die Zeitzeugen-Erinnerungen mit weiteren Materialien und didaktisch formulierten Arbeitsaufträgen, die die Schülerinnen und Schüler zu einer eigenen Auseinandersetzung anregen, unterstützt durch Kommentare für die Lehrkräfte. Ähnliche Lernumgebungen wurden auch für das Thema „Zeugen der Shoah“ und für Polen, Tschechien, Russland und die Niederlande entwickelt.

### Zu 3.: „Zwangsarbeit. Die Zeitzeugen-App der Berliner Geschichtswerkstatt“

Diese App erlaubt eine digitale Spurensuche mit dem Smartphone in der Hand. Auf fünf Touren zu Fuß oder auf dem Fahrrad durch Berlin kann der Nutzer den Erinnerungen von ehemaligen Zwangsarbeitern folgen, er wird zu Lagern und Fabriken geführt. Fotos und Dokumente geben Informationen zu Opfern und Tätern.

**Dr. Irmgard Zündorf**, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam:

## Vorstellung des Studienganges Public History mit ausgewählten Projekten

Irmgard Zündorf ergänzt die Einsatzmöglichkeiten von Zeitzeugen ausgehend von einem besonderen Bereich der Geschichtswissenschaft, der Public History. Zunächst stellt sie, auf Wunsch der Moderatorin, diesen Studiengang vor, den es seit 2008 an der Freien Universität Berlin nach Vorbild der USA als ersten

dieser Art in Deutschland gibt. Die Studierenden haben bereits einen Bachelor in Geschichte und sind im Masterstudiengang, sodass sie über Grundlagen der Text- und Quellenarbeit verfügen, die für eine künftige Beschäftigung auch außerhalb der Forschung notwendig ist.

Ihre Berufsaussichten liegen vor allem im pädagogischen Bereich der Museen und Gedenkstätten, wo sie Führungen konzipieren, pädagogische Angebote und Workshops entwickeln, aber auch im kuratorischen Bereich dieser Institutionen. Eine Studentin ist zum Beispiel im Bundesinnenministerium beschäftigt, das seine Geschichte aufarbeiten ließ. Auch in diversen Stiftungen wie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur oder der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) sind viele untergekommen. Der Bereich, den die Studierenden meistens bevorzugen, sind die Medien. Der Zugang dazu ist aber nicht so einfach. Für Geschichtsredakteure gibt es kaum Vollzeitstellen, weder bei den größeren noch bei kleineren Zeitungen. In Agenturen dagegen sind junge Historiker gefragt, die Podcasts machen, Websites erstellen und in den Social Media tätig sind. Interessant ist, dass die meisten langjährigen Mitarbeiter vieler Häuser zwar wissen, dass sie in den Social Media präsent sein müssen, es aber nicht machen. Dafür werden jüngere Leute gebraucht, die sich damit auskennen. Und das kann Studierenden oft einen guten Einstieg in größere Einrichtungen verschaffen.

Historiker\*Innen haben zwar Berufsaussichten außerhalb von Schule und Universität in Gedenkstätten, im Journalismus, bei Medien, Stiftungen und Vereinen, aber dafür sind die Studierenden des Faches Geschichte meistens nicht vorbereitet. Irmgard Zündorfs persönliches Beispiel: „Ich habe klassisch Politik und Geschichte studiert und mein erster Job nach der Uni war am Haus der Geschichte in Bonn. Mein erster Auftrag war, ein typisches Foto der frühen Bundesrepublik für eine Ausstellung auszusuchen. Als ich ein Porträtfoto von Konrad Adenauer ausgewählt habe, waren die Museumsleute entsetzt. Damit sei das typische Bild der Bundesrepublik ein alter Mann. Denn das Bild sagt nicht aus, dass das der Bundeskanzler ist, sondern das Bild zeigt einen alten Mann. Dass man überhaupt ein Empfinden oder ein Bewusstsein für Bilder, Objekte und Menschen hat, das hatte ich im Studium nicht gelernt.“

Das übliche Geschichtsstudium, das hauptsächlich im Analysieren von Texten besteht, bekommt in der Public History neue Ansätze. Die Studierenden sollen einerseits Geschichtspräsentationen wie Ausstellungen, Dokumentationen oder Websites analysieren und andererseits selbst Konzepte für Projekte entwi-

## Durch die Stadt der Lager



**S-Bahn-Tour**  
 Länge: 19 km  
 Dauer: 2:00 h  
 Startpunkt: S/U  
 Zoologischer Garten

KARTE

### Stationen dieser Tour

- ① Juden, Hunde und Traglasten ▶
- ② Im S-Bahn-Wagen ▶
- ③ Eine Art Unterwelt ▶
- ④ Bei der Gestapo ▶

*Ausschnitt aus der Übersichtsseite der Tour 5 der Zwangsarbeiter-App, 2023*

ckeln, wie Geschichte in unterschiedlichen Medien an eine breite Öffentlichkeit vermittelt werden kann. Quellen, die sie zur Verfügung haben, sind entweder Texte, Fotografien, Objekte oder auch Menschen.

Ein wichtiger Arbeitsbereich sind Interviews im klassischen Sinn. Ein Beispiel ist „Das Gedächtnis der Nation“, ein Projekt, das vom ZDF mitentwickelt wurde und Interviews zur deutschen Geschichte durchführt und sammelt. Praktisch wird dies mit einem LKW umgesetzt, der zu einem Aufnahmestudio umgebaut wurde und durch das Land fährt. Am Standort Berlin konnten sich die Studierenden beteiligen und selbst Interviews führen.

Ein weiteres Projekt war, die eigene Familie, die Eltern und Großeltern zu interviewen – mit der Überlegung, was aus dieser Geschichte gemacht werden kann, welches allgemeine Interesse daran besteht und wie die Ergebnisse aufbereitet werden können. Ein schönes Beispiel ist ein Büchlein, das aus Gesprächen einer Studentin mit der Großmutter entstand und mit

## Wer erzählt?

deren Fotos, Rezepten und Modetipps versehen ist. Das Ganze ist mit einem QR-Code versehen, sodass die Leser und Leserinnen über diesen auf eine Website geführt werden, auf der sie die Ergebnisse hören können.

Der Einstieg in die Zeitzeugen-Interviews mit der eigenen Familie funktioniert immer sehr gut und dient der Übung. Interviews mit Holocaust-Überlebenden dagegen haben eine andere Tiefe, die sich nicht als Übung eignen.

Gegenwärtig erstellen die Studierenden Interviews zur DDR-Geschichte. Genügend jüngere Leute stehen dafür als Zeitzeugen zur Verfügung. Zu ganz unterschiedlichen Themen werden aber auch zum Beispiel Filme gedreht, Audio- oder Videoaufnahmen gemacht, woraus kleine Präsentationen für eine Website entstehen.

## Zusammenfassung der Diskussion

**Gertrud Fischer-Sabrow**, Berliner Geschichtswerkstatt

### Perspektiven der Zeitzeugeninterviews

Die Diskussion wird mit einem Gespräch zwischen den Vortragenden, Irmgard Zündorf und Cord Pagenstecher, eröffnet. Dabei unterstreichen beide, dass Interviews in digitalen Medien eine vielfältige und konstruktive Möglichkeit der Zeitzeugenarbeit bieten. Digitale Anwendungen sind allerdings aufwändig zu erstellen und aufgrund der raschen technischen Entwicklung oft schwer zu pflegen und aktuell zu halten. Ein Beispiel ist für Cord Pagenstecher die Zwangsarbeiter-App der Berliner Geschichtswerkstatt, die ursprünglich als reine iPhone- und Android-App im Rahmen des Projektjahrs „Zerstörte Vielfalt“ 2013 entwickelt worden war. Nach einigen Jahren funktionierte sie auf den aktualisierten Betriebssystemen neuer Smartphones nicht mehr. Die Projektfinanzierung war inzwischen ausgelaufen; die Agentur, die die App programmiert hatte, hatte sich aufgelöst. So war die App einige Zeit lang nicht mehr benutzbar. Ende 2022 konnte die Geschichtswerkstatt die Anwendung dann aus eigenen Mitteln neu aufsetzen. Als mobile Website ist sie nun ohne Download oder Anmeldung auf Smartphones oder Tablets und auch auf dem Computer zu Hause nutzbar.

Der Aufwand für digitale Zeitzeugenprojekte ist erheblich. Andererseits, betont Cord Pagenstecher, be-

deutet auch eine reale Begegnung mit Zeitzeugen eine große Anstrengung. Die Kontaktaufnahme ist oft umständlich, denn es muss ja eine Beziehung entstehen. Im Schulbereich scheuen viele Lehrer diese Mühe. Das Gleiche gilt für Gedenkstättenbesuche, die eine intensive Vorbereitung erfordern.

Zu den inhaltlichen Argumenten äußert sich Cord Pagenstecher dahingehend, dass die Emotionalität oder Authentizität der persönlichen Begegnung, die oft ausschlaggebend genannt wird, beim Kontakt über digitale Medien nicht unterschätzt werden darf: „So ein Videointerview kann einen auch ziemlich packen. Die Schüler sind da sehr aufmerksam. Man sagt ja, Schüler haben nur eine geringe Aufmerksamkeitsspanne von ein paar Minuten. Nein, das stimmt nicht.“

Sein anderes gewichtiges Argument ist, dass es bei der Auseinandersetzung mit Zeitzeugenerinnerungen nicht primär um Emotionen gehen darf: „Die Geschichte wird genug emotionalisiert von allen möglichen Medien. Ich finde, es geht um Information, um Auseinandersetzung und kritische Nachfragen. Es geht auch in der Schule, in der Bildung darum, die Quelle kritisch zu sehen und zu analysieren. Ich

muss lernen, wie ich zuhöre, wie ich nachfrage. Nachfragen an den Zeitzeugen direkt sind zwar mit einer konservierten Aufnahme nicht möglich. Aber auch in einem Live-Gespräch sind Nachfragen, gar kritische, oft schwer zu stellen. In einer Klasse mit vielen Schülern, bei wenig Zeit, traut sich manch ein Schüler gar nicht, sich zu melden, oder ihm fallen die Fragen erst hinterher ein. Da merke ich dann doch, dass die digitalen Anwendungen eine ziemlich intensive Auseinandersetzung ermöglichen. Wenn ich etwas nicht genau verstanden habe, spule ich nochmal zurück. Wenn ein Wort fällt, das ich nicht kenne, schaue ich schnell bei Google nach.“

Mit zusätzlichen Informationen zu den Interviews soll die Internetsuche präziser und intensiver gestaltet werden. Das Gleiche gilt natürlich auch bei einer Spurensuche mit der Zeitzeugen-App. Vor Ort geht es weniger um ausführliche Informationen und Recherchen, aber man erfährt, dass die Stadt Berlin eine Vergangenheit hat, die man jetzt nicht mehr sehen kann.

Ein anrührendes Beispiel enthält die Zwangsarbeiter-App der Geschichtswerkstatt: Am Brandenburger Tor hört man mit dem Handy in der Hand die Geschichte der polnischen Zwangsarbeiterin, die als 14-Jährige dort stand und vor Heimweh in eine Mauer kritzelte „Pferdchen, bring mich nach Hause!“ 60 Jahre später kam sie wieder nach Berlin und schaute nach, ob ihr Gekritzel noch zu finden sei, und erzählte ihre Erinnerung.

Auch Irmgard Zündorf stellt die positiven Aspekte der digitalen Interviews heraus. Sie weist auf Gedenkstätten zum Nationalsozialismus hin, die seit 20 Jahren in der Regel nicht mehr mit Zeitzeugen arbeiten, weil nicht mehr genügend zur Verfügung stehen. Sie arbeiten mit aufgenommenen Interviews, die in der pädagogischen Tätigkeit viel einfacher zu handhaben sind. Die Personen in diesen Interviews können zwar nicht antworten, aber man kann ihre Aussagen kritischer hinterfragen als bei Leuten, die einem direkt gegenüber sitzen; denn es ist schwierig, sein Gegenüber zu fragen: Stimmt das eigentlich, was Du sagst? Oder man will nicht nach Gefühlen fragen, weil man Angst davor hat, dass diese Person die Fassung verliert.

Neue Formen der Geschichtsvermittlung entstehen auch in den modernen sozialen Medien. Auf TikTok,

einer Plattform, von der Irmgard Zündorf nicht gedacht hätte, dass sie sich überhaupt mit Geschichte befasst, findet man Clips und Kurzvideos zum Beispiel zur Familiengeschichte. Enkel interviewen ihre Großmütter und diese erzählen über den Holocaust. Für die Historikerin Zündorf ist „das Ganze etwas schräg“, weil es in einer sehr lockeren, fast lustigen Atmosphäre gefilmt ist. Aber offensichtlich trifft es die Zielgruppe der jungen Leute zwischen 13 und 23 und hat extrem viele Follower. Neue Vermittlungsformate sind also da und sie funktionieren – mal besser, mal schlechter.

### **Reale Zeitzeugen und die neuen Medien**

Die Bedeutung der neuen Medien für junge Leute am Beispiel von Podcasts und der Berlin History App bestätigt Petra Michalski. Das habe sie von Jugendlichen erfahren, mit denen sie in regem Austausch stehe. Sie nimmt lebhaft an der Diskussion teil und erläutert, wie anschaulich reale Zeitzeugen sein können. Ihr Mann Franz Michalski wurde in Breslau in einer jüdisch-stämmigen Familie geboren und musste als Kind mit den Eltern fliehen. Von der aufregenden und abenteuerlichen Flucht und anderen Episoden aus seinem Leben erzählt er schon seit Jahren in Bildungseinrichtungen und Schulen. Seit er krankheits halber nicht mehr so gut reden kann, ist seine Frau sein Sprachrohr. Ein Buch, ein Film und auch ein Hologramm sind bereits erstellt und sichern die Aussagen. Aber noch ist das Ehepaar Michalski gerüstet, persönlich vor Schulklassen aller Altersstufen zu treten und auch auf schwierige Fragen zu antworten.

### **Wie verändert sich der Bezug zur NS-Geschichte?**

Irmgard Zündorf bewegt vor allem die Zäsur, die mit dem Ende der Zeitzeugenschaft eintritt: „Auf jeden Fall wird eine Epoche zu Ende gehen, wenn es keine Zeitzeugen zum Nationalsozialismus mehr gibt. Die Frage ist nur, wie wir insgesamt als Gesellschaft damit umgehen, und wie sich dann unser Bezug zur NS-Geschichte verändert. Eine ganz andere Perspektive wird sich auf die Geschichte richten, wenn der direkte Zusammenhang fehlt. Der Nationalsozialismus wird dann so weit weg sein wie der Erste Weltkrieg. Vielleicht kennen manche hier im Raum noch

## Wer erzählt?

Teilnehmer dieses Krieges, zum Beispiel ihren Großvater. Aber weiter zurück – der Deutsch-Französische Krieg [1870/71], das ist so lange vorbei, das betrifft uns nicht mehr emotional. So wird es dann auch mit der Holocaustgeschichte sein, aber es wird eine neue Perspektive geben.“

### **Zeitzeugen berühren nicht nur Emotionen, sondern auch Intimes**

Peter Lassau verweist auf das Problem, dass Zeitzeugen nicht nur Emotionen, sondern auch Intimes berühren können. Es geht ihm um die Frage, welche Grenzen beachtet werden müssen, wenn Vergangenheit und Erinnerungen offenbart werden. Er schildert einen Fall aus seiner eigenen Schulzeit und fragt, ob ein begeisterter SS-Mann, der Großvater eines Mitschülers, in die Schule hätte eingeladen werden dürfen. In anderen Fällen, meint Peter Lassau, kommen möglicherweise Dinge zutage, von denen man nicht weiß, ob man sie Schülern unbedingt zumuten kann; selbst wenn nur das Tagebuch der Großmutter aufgeschrieben werden soll.

Dieses Problem spricht auch Marita Filipowsky an, die aus ihrer Familie berichtet. In der Schule bekam eine Enkelin die Aufgabe, ihre Großeltern über ihre Erlebnisse im Krieg zu befragen. Nach längerem Zögern, als die Großmutter den Raum verlassen hatte, erzählte der Großvater zum ersten Mal aus den Kriegszeiten. Gewissenhaft schrieb das Mädchen alles auf. Doch der Inhalt der Niederschrift löste in der Familie tiefe Bestürzung aus, denn es kamen Dinge heraus, die bis dahin niemand wusste.

### **Grenzüberschreitungen und Verantwortung bei Interviews**

Für mich, Gertrud Fischer-Sabrow, als ehemalige Lehrerin, ist das Erlebnis von Marita Filipowsky ein typisches Beispiel für das oft unsensible Vorgehen mancher Kollegen, die sich nicht vorstellen können, welche Abgründe und Geheimnisse sich unter Umständen auftun, wenn sie so unbedachte Fragen zur Familiengeschichte stellen.

Laut Irmgard Zündorf wurden in dem genannten Fall eindeutig Grenzen überschritten. Die Familie war nicht informiert, alle Lebenden aus der Familie hätten ihr Einverständnis erklären müssen. Sie betont, dass ihre Studierenden, wenn sie mit fremden Personen ein Interview führen, sich darüber bewusst sein müssen, welche Konsequenzen sich ergeben können. Dass sie eine gewisse Verantwortung haben für die Ergebnisse des Interviews und für die Texte, die entstehen.

Bestimmte Personen würde sie im Bereich der Geschichtsvermittlung überhaupt nicht einladen. „Zum Beispiel, wenn sich herausstellt, das war ein SS-Offizier, der sich nach wie vor nicht distanziert, dann wäre das für mich keine Person, die ich irgendwohin einladen würde. Es ist mit Sicherheit interessant, wie diese Person sich ihre Geschichte zurecht strickt, aber bestimmt nicht für die Geschichtsvermittlung.“

Sinnvoll findet Irmgard Zündorf dagegen Täter-Interviews, die Gedenkstätten führen, wenn diese Personen bereit sind, über ihre Geschichte zu sprechen. Gedenkstätten setzen diese Interviews nur sehr, sehr gezielt in der Geschichtsvermittlung, in betreuten Arbeitsgruppen ein. Diese schwierige Interviewsituation hat sie selbst erfahren, als sie noch als Studentin ihren Onkel, der an der Ostfront war, direkt nach der Wehrmachtsausstellung [Mitte der 1990er Jahre] interviewt hat. Deutlich wurde, dass sie damals mit dem Interview überfordert war und dieses besser von einer professionellen Stelle, wie zum Beispiel einer Gedenkstätte, hätte durchgeführt werden müssen.

### **Notwendigkeit der quellenkritischen Betrachtung von Interviews**

Petra Michalski nennt einen Fall, um zu zeigen, dass Familie auch in anderer Hinsicht ein Problem in der Erinnerungskultur darstellen kann. Ein Helfer der Michalskis war Polizist und sollte mit Hilfe der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Yad Vashem als Gerechter unter den Völkern geehrt werden. Aber die Nachkommen des inzwischen verstorbenen Polizisten wollten das nicht und wehrten sich mit Händen und Füßen dagegen. „Was war das wohl für eine Familie?“

Ein Gast weist darauf hin, dass bei der Einschätzung von Interviews die gesamte Biografie herangezogen werden müsse und nennt ein Beispiel aus einem der ersten Projekte über 1945 in der Geschichtswerkstatt. Zum Thema Vergewaltigung berichtete eine Zeitzeugin ganz beeindruckend darüber, was sie erlebt hatte. Als dann das Polizeibuch der benachbarten Dienststelle aus der Kriegszeit gefunden wurde, kam darin eine Frau vor, die wiederholt bei der Polizei erschienen war und diese informiert hatte, in welchen Wohnungen Juden illegal wohnten. Das war genau die Person, die als Zeitzeugin in dem Projekt zu 1945 auf ein Podest gestellt worden war. Für unseren Gast ein Beleg dafür, ein Interview quellenkritisch anhand der Biografie betrachten zu müssen.

### **Auswahl der interviewten Personen und ihr Blick auf die Geschichte**

Eine weitere Frage des Gastes an Cord Pagenstecher: „Wie haben Sie denn die sieben Interviews auf ‚Lernen mit Interviews‘ ausgewählt? Waren die Personen besonders eloquent oder überzeugend in dem, was sie berichtet hatten?“

Cord Pagenstecher: „Das war ein langer Diskussionsprozess, denn es sollten verschiedene Gruppen präsentiert werden, also eine Vielfalt von Herkunftsländern, Schicksalen, rassistischen, politischen oder sonstigen Einstufungen, die mit sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen einhergehen. Und dann ging es darum, Menschen zu finden, die gut erzählen und zu denen es noch zusätzliches Material gibt. Das sind Kriterien, die bei der reinen Forschung nicht so wichtig sind wie in der Vermittlungsarbeit.“

Zu dem Beispiel, das Sie genannt haben – ich glaube, dass natürlich Zeitzeugen, wie alle Menschen, nur Teile ihrer Geschichte erzählen und andere Teile nicht. Auch erzählt man zu unterschiedlichen Zeitpunkten anders. Unsere Erinnerung ist beeinflusst von dem, was in der Erzählzeit passiert. Aussagen von Zeitzeugen sind immer kritisch zu betrachten. Deshalb sind Möglichkeiten, wie Vorbereitung, Nachbereitung und Recherchen zu einem Interview wichtig. Aber im genannten Fall [des Judenverrats, siehe oben] war es vermutlich eher ein Zufall, dass das rauskam. In vielen Fällen müssen wir sagen, ist es nur ein Teil-

blick auf die Geschichte, den wir mit den Aussagen bekommen können.“

Für Peter Lassau ist es eine Frage, welcher Zweck mit Interviews verfolgt wird. Für ihn braucht die Schule Anschaulichkeit, damit die Schüler leichter nachvollziehen können, was passiert ist, während die Forschung eine kritischere Quellenkritik anwenden muss.

Cord Pagenstecher will dagegen mit seinem Material Unterstützung geben, damit auch in der Schule im Rahmen des Möglichen Quellenkritik geübt wird. Denn das sei schließlich das, was man im Geschichtsunterricht lernen soll.

### **Kritik an der opferzentrierten Erinnerungskultur: „Opa war kein Nazi“**

Des Weiteren führt Cord Pagenstecher aus, dass es eine breite Kritik an der in Deutschland herrschenden opferzentrierten Erinnerungskultur gibt. „Viele Jugendliche und auch Erwachsene denken: ‚Opa war kein Nazi‘. Das ist zwar verkürzt, aber die Vorstellung besteht: viele waren im Widerstand und relativ wenige waren Täter. Das mag damit zusammenhängen, dass wir in verschiedenen Kontexten, ob das im Fernsehen ist, in der Familie, in der Schule oder in Museen, uns mit dem Widerstand und den Opfern beschäftigen. Dem müssen wir uns stellen, aber wie macht man das? Das ist schwierig. Gerade im Interview oder einem Treffen mit einem Zeitzeugen ist es immer auch ein Wagnis. Es ist nicht von vornherein alles klar, wie es läuft. Das ist aber auch das Spannende daran. Es kann auch ganz schiefgehen.“

### **Geschichte des Nationalsozialismus lebendig halten**

Gisela Wenzel möchte nochmal auf die Ursprungsfrage zurückkommen, wie es gelingt, die Geschichte des Nationalsozialismus weiter in der Gesellschaft lebendig zu halten. Zuvor gibt sie einen Rückblick zur Erinnerungsarbeit in der Geschichtswerkstatt. „In der 68er-Bewegung war das Thema Faschismus und die Auseinandersetzung damit sehr lebendig, aber im Wesentlichen doch eine geschichtlich-strukturelle

## Wer erzählt?

Auseinandersetzung. Die Beschäftigung mit den Zeitzeugen war relativ wenig verbreitet und unter unseren Mitgliedern in der BGW zunächst umstritten, weil vielen zu subjektiv.

Nach vielen Jahren, davon fast 20 Jahre Auseinandersetzung im Projekt Zwangsarbeit, ist wirklich ein Prozess der Vermittlung mit Zeitzeugen aus Polen, Russland und Belarus in Gang gekommen. Zunächst war es ein schriftlicher Austausch. Die ehemaligen Zwangsarbeiter haben uns geschrieben und wir haben nachgefragt. Dann kamen Antworten, Fotos, Dokumente und erst in einer zweiten Phase haben wir die Leute besucht und Interviews gemacht.

Unsere Vermittlung von Geschichte passierte nicht in der Schule, sondern unser Anliegen war, wie bekommen wir Öffentlichkeit? Denn die Beschäftigung mit Zwangsarbeit hieß für uns, vergessene Opfer und vergessene Orte sichtbar zu machen. Dazu ist in den letzten 20, 30 Jahren viel passiert. An vielen Orten wurden Gedenksteine errichtet, Zeitzeugen eingeladen und lokale Forschungsprojekte entstanden. Gedenkstätten, Holocaust-Gedenktag, Entschädigungen der ehemaligen Zwangsarbeiter et cetera sind Beispiele des Erreichten.“

### Methodische Fragen bei Interviews

Gerd Koch berührt die Frage des methodischen Vorgehens im Interview. Er berichtet zunächst von seinen eigenen unterschiedlichen Erfahrungen. In Hamburg in so genannten Klöntreffs haben Leute über Themen wie Krieg oder Frieden miteinander gesprochen, ohne Spezifizierung und ohne Diskussionsleitung, günstig für Zwischentöne und Stimmungslagen. In Berlin wurde die Methode des narrativen lebensgeschichtlichen Interviews aus der qualitativen Sozialforschung im Bereich der sozialen Arbeit angewandt. In der ersten Stufe erzählten die Personen nach einem Impuls ohne Unterbrechung, dann gab es Nachfragen im vorgegebenen Erzählrahmen. Daraus entwickelten sich so genannte Erzählcafés, bei denen das Publikum nachfragen und das Thema erweitern konnte. Für die Forschungsarbeit waren diese Erzählcafés nicht geeignet, dafür mussten die Interviews exakt transkribiert werden.

Gerd Koch fragt Cord Pagenstecher, mit welcher Struktur er die Interviews gemacht habe. Dessen Antwort: „Die Methode, die sich in der Oral History theoretisch und praktisch durchgesetzt hat, ist, dass man die freie Erzählung nicht nur erlaubt, sondern unterstützt. Dadurch bekommt der Erzähler Raum, seine Geschichte auf seine Art und Weise zu erzählen. Dann erst folgen interne und dann externe Nachfragen.“

### Die Rolle des Interviewers

Bei den digitalen Archiven ist es laut Cord Pagenstecher interessant, dass man viel genauer hinschauen könne, was eigentlich die Interviewer machten und wie sich das auf die Erzählung auswirke. „Die Erzählung wird gewissermaßen auch als Dialog erkennbar. Und die Aufzeichnung beeinflusst das Geschehen noch weiter, weil die Leute wissen, da steht eine Kamera oder ein Mikro. Das hat Auswirkungen, deren man sich bewusst sein muss, wenn man später damit arbeitet.“

Auch für Irmgard Zündorf ist es ein wichtiges Anliegen, ihren Studierenden beizubringen, dass sie in einem Interviewpartner eine Quelle haben, die sie verändern, je mehr sie selbst Einfluss nehmen. Das heißt, sie sollten sich möglichst zurücknehmen. Aber schon allein dadurch, dass man Interesse zeigt oder nur eine gewisse begrenzte Zeit hat, beeinflusst man die Person, die man interviewt. Dementsprechend ist es wichtig, zusätzlich eine Art Protokoll zu führen: wie war das Setting, was ist zwischendurch passiert, wie war die Atmosphäre? In dieser Art werden zum Beispiel in der Gedenkstätte Berliner Mauer die Zeitzeugeninterviews durchgeführt – auf professionelle, sehr aufwändige Weise.

### Weitere Probleme: Transkription, Kontrolle, Anonymisierung der Interviews

Peter Lassau erinnert an die jüngsten Erfahrungen in der Berliner Geschichtswerkstatt mit Interviews für das Buch „Für mich wurde die Welt geöffnet“, Erinnerungsberichten zu 1968. „Das Vorgehen war zunächst, die Leute einfach reden zu lassen, dann wurde alles transkribiert. Das ist eine Wahnsinnsarbeit – zum

Verrückt werden. Daraufhin haben wir beschlossen, die restlichen Interessierten nicht mehr zu interviewen, sondern sie sollten selbst aufschreiben, was sie zu sagen haben. Das waren knappere Texte, die besser zu lesen waren.“

Für Cord Pagenstecher ist die Frage, ob Interviewte ihre Aussagen kontrollieren können, so wie Petra Michalski es vorschlägt, bei Video- oder Audio-Aufzeichnungen schwierig. Er stellt klar, ein digitales Interview sei zunächst eine Quelle, die archiviert wird, und keine Veröffentlichung. „Also: Kein Journalist kann drei knackige Sätze herausziehen und nochmal nachfragen, ob sie auch wirklich so stimmen. Es gibt vorher eine Einverständniserklärung mit einer Besprechung, wie man damit umgehen wird. Aber es erfordert Mut von den Zeitzeugen, zu reden.“

Bei einer Veröffentlichung wird gestrichen und lektoriert. Bei einer Aufnahme entsteht die Erinnerung beim Erzählen. Man kann dem Zeitzeugen beim Erinnern zugucken. Das ist schon heikel. Deshalb ist es verständlich, wenn manche Leute das nicht machen wollen; aber dadurch entsteht diese besondere Quelle, die sehr nahe am Erinnerungsprozess ist. Wir machen es so, dass wir genau hinschauen, welche Passagen passen, und reden darüber. Aber eine Abnahme durch die Interviewten würde ich vermeiden und ihnen auch nicht zumuten. Das ist schließlich auch unsere Verantwortung, damit umzugehen. Jeder Interviewte kann natürlich zu jeder Zeit sagen, ich ziehe das zurück wegen Datenschutz. Ich kann meine Daten jederzeit wiederhaben. Das ist bisher eigentlich kaum vorgekommen. Aber damit muss man rechnen.“

Irmgard Zündorf fügt hinzu, dass es Einverständniserklärungen gibt, die in verschiedene Kategorien unterteilt sind: 1. Für die Forschung, 2. Dürfen archiviert werden, 3. Nur für die Vermittlung, 4. Dürfen zugänglich gemacht werden, 5. Für die Vermittlung und Weitergabe erlaubt.

Cord Pagenstecher erklärt zum Transkribieren, dass in seinem Institut viel mit automatischer Spracherkennung gearbeitet wird. „Zwar gibt es große Fortschritte, das Prozedere ist aber immer noch sehr fehlerbehaftet. Hilfreich ist sie vor allem, um ein Video zu durchsuchen, nicht so sehr, um eine Publikation zu erstellen.“

Ein Gast problematisiert die Anonymisierung. „Die Stiftung Berliner Mauer hat mit mir ein langes lebensgeschichtliches Interview gemacht; meine Bedingung war, dass es anonymisiert wird. Einer, der mich kannte, hat das gehört und meine Stimme erkannt. Aber letztlich war das kein großes Problem.“

## Schlusswort

Schließlich kommt es in der Diskussion wieder zu der grundsätzlichen Frage: Wie blicken wir auf den Nationalsozialismus, wenn es keine Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mehr gibt?

Jürgen Karwelats Statement soll auch als Schluss dieses Berichtes dienen: „Wenn keine Zeitzeugen mehr da sind, dann könnte dieser Teil der deutschen Geschichte genauso relativiert werden wie etwas, was noch weiter zurückliegt. Es ging ja beim Nationalsozialismus darum, dass wir besonders wach sein müssen, damit das nicht wieder passiert.“

Dieses Unbehagen darüber ist wichtig. Ich glaube aber, dass diese Relativierung nicht eintritt, weil die Beschäftigung mit diesem Teil der deutschen Geschichte ziemlich breit in die Gesellschaft eingedrungen ist, auch über die vielen modernen medialen Möglichkeiten.“

Und daran muss die Berliner Geschichtswerkstatt weiterarbeiten – so die Moderatorin.

## Wichtige Internetadressen:

Das Interview-Projekt zur Geschichte des Kirchenasyls in Berlin: <https://kirchenasyl-bb.de/40-jahre/interviewprojekt>

Der Bereich Digitale Interview-Sammlungen der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin: <https://www.cedis.fu-berlin.de/dis>

Das Interview-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945. Erinnerungen und Geschichte“: <https://archiv.zwangsarbeit-archiv.de>

## Wer erzählt?

Die digitale Lernumgebung „Zeugen der Shoah. Lernen mit Interviews“: <https://lernen-mit-interviews.de>

Die mobile Anwendung „Zwangsarbeit. Die Zeitzeugen-App der Berliner Geschichtswerkstatt“ unter <https://zwangsarbeit-in-berlin.de>

Elf Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus Łódź: <https://www.zwangsarbeit-archiv.de/sammlung/teilsammlungen/polenbgw-berlin>

Zu Fragen der Kontextualisierung von Zeitzeugeninterviews ein Interview mit Gisela Wenzel: <https://www.zwangsarbeit-archiv.de/projekt/experteninterviews/wenzel>

# Podiumsgespräch: Geschichtswerkstatt – quo vadis?

**Moderation: Peter Lassau, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.**

**Referent:innen: Helena Becker (nur schriftlich) und Martha Betat (beide Berliner Geschichtswerkstatt), Jannis Herberhold (Theatergruppe „Tütü Sabotage“), Nahuel Mulone Estevez (Stadtteilinitiative „Lichtenrade solidarisch“)**

*Montag, 13. Februar 2023, 19:00 Uhr*

40 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt sind nicht nur Anlass, in die Vergangenheit zu schauen. Nicht weniger wichtig ist der Blick nach vorne. Wie mag die Zukunft dieses Vereins aussehen? Die Mitgliederkartei verrät, dass nicht nur der Verein älter geworden ist. Zunehmend sind es Rentner und Pensionäre, die die Geschichtswerkstatt am Leben halten. Das ist zwar beruhigend, schließlich ist abzusehen, dass weitere interessante Jahrgänge den Ruhestand erreichen und Lust auf eine sinnvolle Betätigung haben, aber so

schön das ist: Es fehlt an jungen Leuten, die mitmachen; ein Phänomen, das auch für andere Vereine gilt.

In einem Podiumsgespräch mit jüngeren Engagierten wollen wir überlegen, wie das Interesse an unserer Arbeit geweckt werden könnte und welche Zukunftsperspektiven es für die Berliner Geschichtswerkstatt e. V. gibt. Welche Mittel, Methoden, Aktionsformen, welche Partnerschaften könnten dabei behilflich sein?

## Veranstaltungsbericht

Jürgen Karwelat

Ein bisschen Selbstspiegelung war schon dabei, als sich an einem trübem Februarabend 25 Personen im Laden der Berliner Geschichtswerkstatt einfanden, um darüber zu diskutieren und nachzudenken, welchen Weg der Verein in Zukunft einschlagen soll, insbesondere durch Be- und Anwerben jüngerer Leute.

Peter Lassau, Moderator des Abends, führte in das Thema ein, indem er einen schnellen Galopptritt durch die Geschichte des Vereins startete. Anfang der 1980er Jahre brachten die Berliner Geschichtswerkstatt und ähnliche Gruppen eine neue Perspektive auf die „große Geschichte“. Es war spannend, Alltags- und Stadtteilgeschichte zu erarbeiten. Größtes Renommee habe der Verein durch seine Aktivitäten zur Zwangsarbeit in Berlin erlangt. Neue Methoden wurden angewendet. Geschichte wurde „erfahrbar“ gemacht durch die Dampferfahrten, die der Verein auch heute noch anbietet. Aber: Der Altersdurchschnitt der Mitglieder ist gestiegen. „Der alte Schwung ist hin. Der Umgang mit den neuen Medien unklar“, meinte Peter Lassau. Trotzdem sei der Verein immer noch wichtig wegen der aufgegriffenen Themen und seiner Funktion als



*Referent:innen und Moderator (von links Martha Betat, Nahuel Mulone Estevez, Peter Lassau, Jannis Herberhold)*

Anlaufpunkt für geschichtlich Interessierte. Martha Betat, fast zwei Generationen jünger als Peter Lassau, berichtete von ihrer Untersuchung über die Entstehung und Funktionsweise der Geschichtswerkstätten in Deutschland. Die ersten ihrer Art entstanden in Berlin und Hamburg. Martha Betat hat sich intensiv mit den beiden ostdeutschen Geschichtswerk-



*Bis zum Schluss ein aufmerksames Publikum*

stätten in Rostock und Jena beschäftigt. Nach ihrer Schätzung gibt es heute in ganz Deutschland etwa 70 Initiativen. Sie schilderte, dass die Geschichtswerkstatt Rostock im Jahr 1995 im dortigen universitären Bereich entstanden sei, aus dem Ärger über die Besetzung von Hochschulstellen mit westdeutschen BewerberInnen heraus. Die GründerInnen sahen durch den Verein die Möglichkeit, sich eine berufliche Karriere zu schaffen. Auch heute wird die Arbeit teilweise mit staatlichen Mitteln finanziert. Der Verein gibt die halbjährlich erscheinende Zeitschrift „Zeitgeschichte regional“ heraus, er besitzt ein sehr großes Fotoarchiv und organisiert Ausstellungen im Kröpeliner Tor. Thematisch ist der Verein breit aufgestellt, indem er unterschiedliche regionalgeschichtliche Aspekte aufgreift.

Zwar wurde die Geschichtswerkstatt Jena in demselben Jahr 1995 wie die in Rostock gegründet, unterscheidet sich aber sehr in der inhaltlichen Arbeit. Der Verein wurde mit dem Ziel der Aufarbeitung der SED-Geschichte ins Leben gerufen. SED-Opfer trafen und treffen sich dort. Es wird Hilfestellung bei der Einsicht in Stasi-Akten gegeben. Der Verein gibt die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Gerbergasse

18“ heraus. Themen sind Fragen der Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Es werden auch Kongresse, Tagungen und Lesungen organisiert.

Was die beiden ostdeutschen Geschichtswerkstätten von unserem Verein unterscheidet, sei der selbstverständliche Umgang mit „Staatsknete“. Wie in Rostock gebe es auch in Jena eine Voll- und eine Teilzeitstelle, die durch die Stadt finanziert sei. Das sei auch gleichzeitig ihr Appell an die Berliner Geschichtswerkstatt: Wir sollten uns um eine staatliche Grundfinanzierung für eine Organisationsstelle bemühen. Daneben stellten sich für die Geschichtswerkstatt Zukunftsfragen bei der Digitalisierung, der Vernetzung mit anderen Gruppen und natürlich im Hinblick auf neue Themen wie zum Beispiel die Migration.

Jannis Herberhold von „Tütü Sabotage“ schilderte anschaulich, wie seine Theatergruppe Geschichtsvermittlung mit Theater verbinde. Über die Geschichtswerkstatt Lichtenrade seien er und seine Leute an das brutale lokalgeschichtliche Ereignis, die Ermordung von Erich Hermann zu Silvester 1932, herangeführt worden. Ihr Anspruch sei, Geschichte durch Theater zu erzählen. Auf diese Weise werde Lokalgeschichte

lebendig. Wichtig sei es gewesen, dass das Theaterstück Schritt für Schritt im Dialog mit der Sichtung des Materials entwickelt wurde. „Das war ein kontinuierlicher Dialog mit der Vergangenheit“. Wichtig sei auch, dass nach dem Theaterstück ein Spaziergang zum Tatort des Mordes angeboten wurde. Die Kombination von Theater und Gedenken habe eine besondere Wirkung gehabt. Auf der Bühne könne Geschichte lebendig vermittelt werden, auch weil das Theater die Freiheit der Fiktion habe.

Nahuel Mulone Estevez, ebenfalls von der Theatergruppe „Tütü Sabotage“ und Mitglied einer Stadtteilinitiative, richtete seinen Blick auf die politische Wirkung von Theater und Geschichte. Mit Gleichgesinnten arbeitet er daran, dass in Lichtenrade ein Begegnungsort für die Nachbarschaft geschaffen wird. Junge Menschen könnten dadurch erreicht werden, dass man ihnen die Möglichkeit gibt, sich selbst zu organisieren. Selbstorganisation war auch das zentrale Wort in seinem Statement. Die subtiler gewordene Unterdrückung müsse beseitigt werden, man müsse eine tiefgreifende Veränderung der Verhältnisse herbeiführen. Die kapitalistische Grundordnung sei die Ursache der Probleme. Nachbarschaft sei hochgradig politisch. Ein Ort der Begegnung sei wichtig für die Selbstorganisation. Wir müssten die Geschichte betrachten, um zum Beispiel zu erfahren, wie die Unterdrückung vor 100 Jahren funktionierte. Wenn die Geschichtswerkstatt überleben solle, müsse sie sich der Fragen der Zeit annehmen, wie etwa dem Thema Rassismus. Die jungen Leute kämen, wenn man ihre Probleme und Themen anspreche.

Zur Einleitung der Diskussion verlas Peter Lassau eine Parodie zur Frage, wie man gute Ratschläge erteilen kann. Die folgende Debatte war geprägt von der Frage, auf welche Weise das Interesse an Geschichte geweckt werden kann. Es kamen verschiedene Vorschläge auf den Tisch. Man solle sich auf keinen Fall auf Geschichtsvermittlung im engeren Sinn beschränken. Theaterspielen und szenisches Schreiben seien zum Beispiel andere Mittel. Erzählcafés und auch die Stadtplanung seien Ansatzfelder. „Schau, wo du stehst“ und „Zeige den anderen, was du gefunden hast“ seien praktische Anweisungen, wie Geschichte vermittelt werden könne.

Ein Gast berichtete darüber, dass er 100 Jahre Geschichte eines märkischen Dorfes aufgerollt habe, weil er die Leute dort dazu bringen konnte, ihre alten Fotos zusammen zu tragen. Es habe sich eine große Dynamik zwischen den Dorfbewohnern entwickelt. Vorschläge für die Geschichtswerkstatt waren: Vernetzen mit anderen Gruppen, die politisch aktiv sind, Plattform bieten für diejenigen, die etwas machen wollen, Neugier wecken und Hilfestellung leisten. Eine Skepsis blieb gegenüber den digitalen Netzwerken. Hier müsse man viel Zeit investieren, wenn es funktionieren solle. Aber wer macht die Arbeit? Da sind wir wieder bei der Frage, ob man sich bemühen sollte, von staatlicher Seite eine Teilfinanzierung zu erhalten.

## Einführung

**Peter Lassau**, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

### BGW – quo vadis?

„Junge, freischwebende Historiker, Aktivisten der Hausbesetzerbewegung und andere Menschen aus der Alternativbewegung“ waren es, die laut Wikipedia „1981 im autonomen Kulturzentrum Mehringhof“ die Berliner Geschichtswerkstatt gründeten. Vorbild und Muster für ihre Geschichtsarbeit lieferte Sven Lindqvists Handbuch zur Erforschung der eigenen Geschichte „Gräv där du står“ (1978, deutsch 1989: „Grabe, wo du stehst“) und die History-Workshop-Bewegung des Engländers Raphael Samuel.

Im Zentrum der Betrachtung sollte die Lokalgeschichte stehen, die Geschichte der kleinen Leute, ihre Lebensumstände, ihre Erfahrungen. Es ergaben sich so neue Perspektiven auf die großen Themen. Es ging um die lokale Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus, des Widerstandes gegen ihn, der Judenverfolgung und des Holocaust. Am bedeutendsten für die Berliner Geschichtswerkstatt wurde zweifellos die Erforschung der Zwangsarbeit. Unbestritten das Verdienst der BGW, hier Licht in eine dunkle Vergangenheit gebracht zu haben. Und dass Gisela Wenzel, eines ihrer Gründungsmitglieder, für dieses Engagement das Bundesverdienstkreuz erhielt, belegt die Bedeutung dieser Arbeit.

Dies kennzeichnete die BGW der 1980er Jahre. Das hatte tatsächlich den Charakter einer Bewegung, voller Elan und voller Schwung. Befördert auch durch Methoden, Formen, Themen und Perspektiven, die bis dahin in der Geschichtswissenschaft allenfalls ein Nischendasein gefristet hatten. Oral History gewann an Ansehen und Bedeutung, wurde zunehmend zu einem wichtigen Werkzeug historischer Forschung, erleichterte den Zugang zu historischen Feldern, die bis dahin höchstens sekundär waren. Frauengeschichte wurde in den Blick genommen, Alltagsgeschichte, Geschichte von Minderheiten.

Geschichte sollte erfahrbar gemacht werden in ihrem Prozesscharakter, anschaulich, mit basisdemokratischem Anspruch, orientiert an den Lebensumständen der Adressaten mit der Einladung, sich einzumischen. Die Programme der BGW aus dieser Zeit belegen, wie genau diese Vorstellungen umgesetzt wurden. Neben dem Schwerpunkt „Zwangsarbeiter“ gab es zahlreiche Werkstattgespräche, wurde ein öffentlich zugängliches Archiv gegründet und gepflegt, fanden seit 1984 jährlich historische Stadtrundfahrten mit dem Schiff statt, wurden etliche Veranstaltungsreihen durchgeführt und dokumentiert.

Diese Erfolgsgeschichte eines unabhängigen gemeinnützigen Vereins wurde zum Teil auch möglich durch staatliche Zuwendungen. So gab es zeitweise ABM-Stellen und befristete Arbeitsverträge auf Honorarbasis – eine Erleichterung der Planung und Motivation für Mitarbeit und Engagement. Ergebnis waren zum Beispiel beachtliche Ausstellungen anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins. All dies nutzte dem Verein und stabilisierte ihn, festigte seine Funktion und Verankerung in Kiez und Stadt.

Gleichwohl kann es nicht überraschen, dass der Zahn der Zeit auch an der BGW nagt: Die Zeit der Honorarzahungen und ABM-Stellen ist längst vorbei und die Akteure sind in die Jahre gekommen. Neumitglieder kommen überwiegend erst zu uns, wenn sie das Pensionsalter erreicht haben. Zum Glück bieten wir auch die Möglichkeit eines Praktikums an, und die jungen Leute, die auf diesem Weg zu uns stoßen, sind für den Verein ein Jungbrunnen. Aber diese Bindung ist eine rein ehrenamtliche. Abgesehen davon, dass es im Alter von 30 Jahren viele Zwänge gibt, die ein solches Engagement einschränken, ist fraglich, inwieweit die BGW in ihrer Tradition und Struktur attraktiv für junge Leute ist. Der Umgang mit neuen angeblich sozialen Medien gehört bei uns nicht zur

Routine, unsere Kommunikationkanäle und Veranstaltungen sind eher Old School.

Wir sollten also etwas ändern, um einer zunehmenden Vergrößerung vorzubeugen und die Zukunft dieses

so attraktiven Vereins zu sichern. Immerhin haben wir schon unsere Website modernisiert und auf einen zeitgemäßen Stand gebracht. Aber das wird nicht ausreichen. Welche Wege könnten wir einschlagen?

## Anmerkungen

**Helena Becker**, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

### Wege der Zukunft oder: So könnte es weitergehen

Um neue Mitglieder für die Berliner Geschichtswerkstatt zu gewinnen und somit die lange Tradition des Vereins weitertragen, aber auch weiterentwickeln zu können, braucht es neue Wege. Engagierte junge Menschen für die temporäre und vor allem dauerhafte Mitarbeit an verschiedenen Projekten sowie für die täglichen Arbeiten im Verein zu finden und zu motivieren, kann ein Weg sein, Nachwuchs zu fördern.

Spannende Kooperationspartner stellen hier Schulen, Jugendzentren und Universitäten dar. Neben Flyern und Plakaten können Vereinsmitglieder auch gezielt Veranstaltungen besuchen, um dort die Arbeit des Vereins, aktuelle sowie zukünftige Projekte vorzustellen. Zudem können so fortwährend potenzielle Praktikanten und Praktikantinnen auf die Arbeit der Geschichtswerkstatt aufmerksam gemacht werden. Gemeinsam gestaltete Seminare oder Arbeiten im Rahmen von Projekttagen an Schulen und in Jugendzentren können das Interesse an lokaler, aber auch der eigenen Geschichte wecken und somit den Weg ebnen, an weiteren Projekten teilzuhaben oder diese sogar aktiv mitzugestalten.

Der Kontakt zu Studiengängen, die sich mit Geschichte, Zeitgeschichte, Public History et cetera beschäftigen, könnte zu Kooperationen führen – projektbasiert würde sich hier eine Vielzahl von thematischen Möglichkeiten ergeben, die aktiv von den Studierenden mitbestimmt werden könnten. Hier müssten die Kontakte zu den Leitungen der Studiengänge oder auch einzelnen Dozenten aufgefrischt oder erst geknüpft werden. Auch muss stärker hervorgehoben und beworben werden, dass Studierende sich mit Lokalge-

schichte oder vereinspezifischen Themenschwerpunkten für ihre Seminar- und Abschlussarbeiten auseinandersetzen und so auch die Archive nutzen und den Zugang zu Zeitzeugen über die Berliner Geschichtswerkstatt erhalten können.

Das Einbinden sozialer Medien ist ein weiterer wichtiger Aspekt, um die Aufmerksamkeit junger Menschen zu gewinnen. Stadtpaziergänge, Schiffsfahrten, Veranstaltungen jeder Art könnten medial begleitet und aufgearbeitet werden, um diesen Content dann für die Ausgestaltung eines Instagram- und Facebook-Accounts zu nutzen. Hier könnte der Kontakt zu Studienrichtungen und Ausbildungsträgern spannend sein, die sich mit Gestaltung, Medien, Social Media Content et cetera beschäftigen, um die Studierenden zu Praktika zu ermuntern und von ihren Fertigkeiten zu profitieren.

Als Orientierung könnten andere geschichtsrelevante Vereine und Organisationen dienen, die bereits den Schritt in die sozialen Medien gewagt und digitale Projekte realisiert haben. Zudem könnten Themenwochen spezifisch auf die Inhalte sozialer Medien hin konzipiert werden – dabei könnten aktuelle Projekte wie auch vergangene in den Fokus gerückt werden. Herausfordernd ist hierbei natürlich, engagierte Personen zu finden, die nicht nur ein Interesse für geschichtsrelevante Themen haben, sondern auch das Interesse und die Fertigkeiten besitzen, diese Themen mit entsprechenden Digitalstrategien aufzuarbeiten.

Die gezielte Organisation von Veranstaltungen, Workshops und Diskussionsabenden für junge Menschen

mit entsprechendem Themenfokus kann ebenfalls auf großes Interesse stoßen. Der Verein und sein Laden könnten zu einem Ort kreativen Schaffens, einem sicheren Raum werden, in dem junge Menschen Freude daran haben, aktuelle politische wie auch emotionale Themen zu diskutieren und Projekte zu entwickeln. Themen rund um Mieten, Stadtentwicklung und Gestaltung, Musik, Jugendkultur, die eigene Familiengeschichte, Rassismus und Diskriminierung, Klima und Umwelt könnten hierbei im Mittelpunkt stehen. Auch Poetry Slams mit gesellschafts- und geschichtsrelevanten Themen mit bekannten und neuen Akteuren aus der Szene könnten eine Veranstaltungsform sein, die großen Anklang findet.

Zudem könnte eine gezielte Kampagne über die bereits genutzten Kanäle sowie die sozialen Medien entwickelt werden, die Menschen verschiedener Altersgruppen anspricht und zum Mitmachen auffordert. Eine erste Idee könnte es sein, kleine Interviews über den Alltag und die persönliche Familiengeschichte verschiedener Menschen unterschiedlicher Altersgruppen zu machen und daraus eine Broschüre zu erstellen. Hier könnten verschiedene Themenschwerpunkte bestimmt werden oder aber der Fokus auf die einzelnen individuellen Geschichten und Alltags Herausforderungen gelegt werden. So kämen viele verschiedene Menschen im Laden der Berliner Geschichtswerkstatt zusammen, fühlten sich gesehen und gehört, erführen von der Arbeit und den verschiedenen Projekten.

Einige von ihnen könnten durch die Auseinandersetzung mit der eigenen oder der Familiengeschichte dazu motiviert werden, sich auch darüber hinaus in der Berliner Geschichtswerkstatt zu engagieren. Diese Interviews könnten sowohl transkribiert und in einer Broschüre aufgearbeitet, als auch gefilmt und geschnitten werden, um auf der Homepage aber auch auf den Vereinsseiten in den sozialen Medien veröffentlicht zu werden. So könnten die Inhalte multimedial genutzt werden. Anschließend könnte man die Mitmachenden zu einer gemeinsamen Gesprächsrunde einladen und diese entweder thematisch in Kleingruppen fassen oder Überschneidungspunkte bei allen finden.

Die Möglichkeiten sind vielfältig und berücksichtigen die Einbindung moderner Kommunikationsmittel, wobei der Laden der Berliner Geschichtswerkstatt und die laufenden Projekte und Veranstaltungen dennoch im Mittelpunkt stehen. Gerade wenn junge Menschen angesprochen und motiviert werden sollen, braucht es eine Auseinandersetzung mit spezifischen Themen der jeweiligen Altersgruppe.

Um die genannten Vorschläge auszuarbeiten und realisieren zu können, könnte eine bezahlte feste Stelle im Verein ungemein hilfreich, wenn nicht sogar entscheidend sein. Die dafür eingesetzte Person könnte nicht nur verschiedene Projekte koordinieren, sondern auch aktiv an die Umsetzung gehen und gemeinsam mit anderen Vereinsmitgliedern kleine Projektgruppen ins Leben rufen, wie auch die Schnittstelle aller Projekte bilden. Geeignet wäre eine geschichtsinteressierte Person, die jedoch auch versiert im Umgang mit den modernen Kommunikationskanälen ist, Veranstaltungen und Projekte initiieren, aber auch bereits vorhandene begleiten und aufarbeiten kann. Neben einer Einbindung der Themenschwerpunkte des Vereins muss die Person ein gutes Gespür für die Themen junger Menschen beziehungsweise generell gesellschaftspolitischer Themen mitbringen, um auch mit eigenen Ideen die Nachwuchsförderung aktiv vorantreiben zu können. Die Berliner Geschichtswerkstatt hätte so eine Möglichkeit, ihre Tradition fortzuführen, aber auch neue Themen, Kommunikationswege und gesellschaftsrelevante Projekte anzustoßen.

## Vortrag

**Martha Betat**, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

### Geschichtswerkstatt, quo vadis? – Eine Sammlung meiner Gedanken

Wie lässt sich das Konzept Geschichtswerkstatt in die Zukunft tragen? Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wurde am 13. Februar 2023 unter der Leitfrage „Geschichtswerkstatt – quo vadis?“ im Laden des Vereins darüber gesprochen, wohin es mit der BGW in Zukunft geht. Tatsächlich ergab sich ein reges Gespräch zwischen Podiumsgästen und Publikum, in dem viele Fragen aufgeworfen und verschiedene Ideen eingebracht wurden. Dass Geschichte nie auserzählt ist und dass es die Zivilgesellschaft braucht, um Geschichte zu erzählen, darin waren sich an diesem Abend offensichtlich alle einig. Politisches Denken, Handeln und Diskutieren bleibt in einer Demokratie unentbehrlich. Für Schaffung neuer Ansätze und Methoden gab es noch kein klares Bild. Das Interesse, Ideen und Engagement sind aber da; das ist ein tolles Zeichen.

Die zwei Podiumsgäste von „Tütü Sabotage“ griffen die Aspekte Solidarität und soziale Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft auf und machten damit deutlich, dass miteinander zu arbeiten in so vielen Hinsichten ein Gewinn ist – sei es im politischen Engagement, im Bereich Kunst und Kultur oder ganz einfach im Alltag. Wenn sich Menschen zusammenfinden, um zu überlegen: „was können wir tun?“, ist das ein politischer Akt. Dass die BGW ein Ort ist, an dem das stattfinden kann, macht sie nebst weiteren Gründen erhaltenswert.

Die Frage des Abends, die zunächst empfindlich existenziell, aber notwendig daherkam, lautete: Wozu braucht es die BGW in der Zukunft überhaupt? Welche Aufgaben sollte/kann/muss die Geschichtswerkstatt in der Zukunft erfüllen? Meine Antworten darauf fasse ich kurz in einer Art Plädoyer für die BGW zusammen:

Die Aufarbeitung der Verbrechen von Diktaturen oder öffentliches Gedenken an die Opfer jener sind

kein abschließbarer Prozess, vielmehr handelt es sich um notwendige und vor allem stetige Pflegearbeit. Allein dafür braucht es die Geschichtswerkstatt, die seit über 40 Jahren einen Anteil an genau dieser Pflegearbeit leistet. Das Wissen und das Material, die jährlichen Veranstaltungskalender und die Mitglieder ließen die BGW zu einer Institution wachsen, die es so nicht noch einmal gibt. Die BGW ist für mich ein Ort, der neben der politisch-historischen, der aktivistischen, auch eine soziale Aufgabe erfüllt, indem er zunächst einmal für alle Interessierten offen ist: Ob als erste Anlaufstelle bei Recherchen, als erster Berührungspunkt mit Berliner Stadtgeschichte oder als Ort des freien Engagements liegt in der Goltzstraße 49 so viel Potenzial und Wert. Das darf nicht verloren gehen.

#### Neue Wege

Zwei Punkte stehen aus meiner Sicht auf der Agenda, die die BGW zukunftsfähig machen können: die Vernetzung mit Universitäten, Schulen und Bildungsinitiativen und eine hauptamtliche Stelle. Für letzteres habe ich mich besonders ausgesprochen. Das Beschäftigungsverhältnis innerhalb der BGW ist so eine Sache, denn allein durch ehrenamtliches Engagement ist sie aus meiner Sicht zukünftig nicht tragfähig. Es braucht eine hauptamtliche Vollzeitstelle. Um eine bezahlte Kraft in der BGW anzustellen, müsste das Prinzip losgelassen werden, keine staatliche Förderung – früher gern als „Staatsknete“ abgelehnt – anzunehmen. Ein Für und Wider müsste natürlich diskutiert werden.

Die Entscheidung, nicht von direkter staatlicher Förderung abhängig sein zu wollen, sollte überdacht werden. Die Förderungen, die sporadisch Honoraraufträge decken, bieten den Honorarnehmenden keine konsistente und langfristige Einnahmequelle,

auf die die meisten vermutlich angewiesen sind. Mit langfristigen Aufträgen und deren finanzieller Absicherung ließe sich vielleicht ein wenig mehr Stabilität herstellen – für beide Seiten. Die Aufgaben in der Geschichtswerkstatt sind so vielfältig und bedeuten vor allem viel „Workload“. Die Idee, auch in der Zukunft eine rein ehrenamtlich getragene Initiative zu sein, ist schön – vielleicht zu schön. Das Potenzial, das in der BGW steckt, könnte sich durch eine/n hauptamtliche/n Mitarbeiterin oder Mitarbeiter weiter entfalten und einer unsicheren Zukunft entgegenwirken.

Vielleicht hilft der Gedanke, eine Vollzeitkraft nicht als einen Verlust von Integrität zu sehen, sondern als tatkräftige Unterstützung für all jene Projekte, die schon da sind? Ich persönlich vertrete die Haltung: Dinge ändern sich, Flexibilität lohnt sich. Eine passende Aussage dazu las ich in einem Artikel in der Zeitschrift WerkstattGeschichte: *„Jede Bewegung hat ihre Zeit, keine Bewegung ist von Dauer. Die Provokationen, welche die Arbeit der Geschichtswerkstätten oft in den Stadtöffentlichkeiten gewesen waren, nutzten sich im Laufe der Jahre ab. [...] Doch Verdienste bleiben. Aus der Retrospektive ist es vor allem den Geschichtswerkstätten und -initiativen zu verdanken, wenn sich damals durch ihre lokale Feldforschung die Geschichts- und Öffentlichkeitskultur verändert hat.“*<sup>(1)</sup>

Es ist wichtig, auf die Geschichte der Geschichtswerkstätten zurückzublicken. Nur wenn wir verstehen, welche Initiative und welche Motivation hinter der Gründung der BGW stand, lassen sich Notwendigkeit und Argumente für das Fortbestehen erkennen. Was Geschichtswerkstätten in der Gründungsphase der 1980er und 1990er Jahre bewerkstelligten, entsprang einem politischen und aktionistischen Zeitgeist. Was hat sich seitdem geändert? Alles – und gleichzeitig wenig: Die Welt wandelte sich von einer analogen in eine digitale, von einer lokalgebundenen in eine global Vernetzte. Die weltweiten Konfliktlinien verliefen damals zwischen „West“ und „Ost“, dann lange auf weltwirtschaftlicher Ebene; heute verhärteten sich die Fronten des Kalten Krieges wieder.

Die Themen, die vor allem die „68er“ und Aktivisten der neuen sozialen Bewegungen damals beschäftigten, sind von heute gar nicht so verschieden. Oder sind politische Knackpunkte wie Gleichstellung, soziale Gerechtigkeit, Abrüstung und Umwelt heute etwa gelöst? Das Gegenteil ist der Fall; sie haben sich entweder verstärkt, verändert oder weiterentwickelt, aber „gelöst“ sind sie lange nicht. Dass im Jahr 2023 die Folgen von Antisemitismus, Faschismus und Imperialismus wieder so lebendig geworden sind, verlangt einerseits ein umso öffentlicheres Gedenken an ihre Opfer, andererseits auch ein dringendes Mahnen, endlich aus der Geschichte zu lernen. Für die BGW bedeutet das neue Aufgaben, Herausforderungen, Forschungsfragen und die Notwendigkeit, Haltung zu zeigen – immer mit dem Verweis auf die Geschichte.

Was hat es mit der Vernetzung auf sich? Aktuell ist die BGW ein im Kiez bekanntes Ladengeschäft, für langjährige Mitglieder ein Anker ihres persönlichen Interesses. Aber wie lassen sich die vielfältigen Veranstaltungen, Arbeitsgruppen und Publikationen an diejenigen verbreiten, die noch nie etwas von der BGW gehört haben? Zum Beispiel in Zusammenarbeit mit Universitäten: die Freie Universität Berlin bietet den Masterstudiengang „Public History“ an, die Universität Potsdam stellt im Masterstudiengang Zeitgeschichte gerne geförderte Projekte auf die Beine. Intensivere Projektarbeiten und Ausweitung des Praktikumsangebotes für Studierende böten sich wunderbar an, um das Wissen der BGW weiterzugeben. In Anlehnung an die Kooperation mit der Theatergruppe / dem Sozialprojekt „Tütü Sabotage“ wären auch gemeinsame Projekte mit vergleichbaren politischen Initiativen Möglichkeiten fruchtbarer Zusammenarbeit.

Vernetzung also, aber wie? Vernetzung klappt vor allem dort, wo sich Junge viel aufhalten: in „diesem Internet“. Soziale Medien wie Facebook, Twitter, Instagram und Co. kann man persönlich finden, wie man will. Fakt ist aber, dass sich mittlerweile alle größeren Initiativen – von den Arolsen Archives bis zur Rosa-Luxemburg-Stiftung – auf diesen digitalen Plattformen bewegen, um dort ihre Arbeit zu „bewerben“. Besonders die Arolsen Archives sind ein tolles

<sup>1</sup> Vgl. Eva Brücker, Frauke Bollow: „Das andere soziale Gedächtnis. Das Dokumentationszentrum für Alltags- und Regionalgeschichte der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.“, in: WerkstattGeschichte 5 (1993), S. 17-23

Beispiel, wie sich Projekte mit kurzen Videos und Fotostrecken ganz ohne reißerische Inhalte präsentieren lassen. Auch für die Berliner Geschichtswerkstatt wäre das denkbar. Über ein mögliches Wie habe ich ein kleines Konzept erstellt, nach dem die BGW ohne großen zeitlichen Aufwand buchstäblich ihren Auftritt haben könnte. Es braucht immer Interessierte, Engagierte und Mitglieder – ohne Aktive kein Aktivismus.

### Ein Blick auf zwei andere Geschichtswerkstätten: Rostock und Jena

Am Abend der Podiumsdiskussion hielt ich einen Impulsvortrag darüber, wie andere Geschichtswerkstätten ihre Existenzen sichern. Dafür konnte ich aus den Ergebnissen meiner Masterarbeit schöpfen, die den Titel „Ostdeutsche Geschichtswerkstätten in den 1990er Jahren – am Beispiel der Geschichtswerkstätten Jena und Rostock“ trägt. Im besten Fall könnten diese beiden eine Inspirationsquelle für das „Projekt Zukunft“ der BGW sein.

Die zwei ostdeutschen Geschichtswerkstätten entstanden in den 1990er Jahren vor einem völlig anderen zeitgeschichtlichen Hintergrund als das Berliner Pendant zu Beginn der 1980er Jahre. Zum Gründungszeitpunkt der Geschichtswerkstätten Jena und Rostock war der Mauerfall bildlich gesprochen „fünf Minuten her“, was die Initiativen maßgeblich prägte. Jenny Wüstenberg übersetzte die Wirren der Wendezeit in ihrer Publikation zu Geschichtswerkstätten als „Geschichte, die noch raucht“; eine sehr schöne Formulierung, wie ich finde. Die Rostocker Werkstätten schlossen sich 1995 als Verein und Geschichtswerkstatt zusammen. Über ihre Gründung führte ich mit Mitgründerin Anarit Lorenzen-Schmidt ein Gespräch, in dem sie mir aus ihren persönlichen Erinnerungen über die 90er Jahre in Rostock berichtete. Berufliche Chancen für (studierende) Geisteswissenschaftler waren nach der Bildungsreform schlecht bis nicht vorhanden, gleichzeitig kippte die Stimmung in Teilen der Stadtbevölkerung extrem – prägnantes Beispiel dafür ist das brennende „Sonnenblumenhaus“ 1992.

Nach dem Gespräch hielt ich für meine Recherche fest: *„Ihr Gründungsmotiv ergab sich aus der Unzufriedenheit über die restlose Implementierung des Bildungssystems der Bundesrepublik in die ehemalige DDR-Bildungslandschaft. Das hatte starken Einfluss auf die Wertigkeit ihrer Bildungsabschlüsse und ihrer Identitäten. Der Anspruch, unabhängig von den verschlechterten Gegebenheiten an ihrer Universität, aber weiterhin geschichtswissenschaftlich zu arbeiten, wurde zum Motiv ihrer Werkstattgründung. Im Wesentlichen ist die Unzufriedenheit vieler Ostdeutscher über die Bildungspolitik im Transformationsprozess ein entscheidender Faktor.“*<sup>(2)</sup>

Das Licht, unter dem die Rostocker Geschichtswerkstatt geschaffen wurde, ist also ein völlig anderes. Unstimmigkeiten im politischen Wiedervereinigungsprozess als auch erstarkender Rassismus und Faschismus gaben den Anstoß zur Werkstattgründung in Rostock. Staatliche Förderung wurde ab 1996 zum Garanten für den Fortbestand der Initiative, so dass die Vereinstätigkeit und vor allem die Veröffentlichung der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Zeitgeschichte regional – Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern“ gesichert war.

Hier war die „Staatsknete“ nicht etwas, das aufgrund der Kritik an der BRD-Politik abgelehnt wurde, sondern das zur persönlichen Existenzsicherung junger Geschichtswissenschaftler wurde. Anarit Lorenzen-Schmidt ist seit 1996 hauptamtlich und in Vollbeschäftigung Geschäftsführerin der Rostocker Geschichtswerkstatt. Ob und inwiefern die staatliche Förderung ihre inhaltliche Arbeit bestimmt, müsste sie selbst einschätzen. Ohne ehrenamtliche Mitarbeiter, Mitgliedsbeiträge und den Umsatz aus dem Verkauf der Zeitschrift wäre die Geschichtswerkstatt Rostock wohl nicht tragbar.

In Jena verlief die Gründung der Geschichtswerkstatt enger entlang der Aufarbeitungslinien der DDR-Geschichte und hatte weniger mit beruflicher Existenzgründung zu tun. Dazu schrieb ich in meiner Masterarbeit: *„Die Enquete-Kommission, die sie [die Bundesregierung] zwischen 1992 und 1994 zur ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Dikta-*

2 Martha Betat: Ostdeutsche Geschichtswerkstätten in den 1990er Jahren – am Beispiel der Geschichtswerkstätten Jena und Rostock, Masterarbeit im Fach Zeitgeschichte, vorgelegt im August 2022, S. 52



Titelseite von „Gerbergasse 18. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik“, Ausgabe 3/2021

tur in Deutschland‘ einsetzte, traf sich zur 68. Sitzung zwei Tage im März 1994 in Jena, um ‚Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens‘ am Beispiel Jenas zu untersuchen. [...] Bei der Enquete-Kommission kam ‚auf den Tisch‘, was die Akteure der verschiedenen DDR-Oppositionsbewegungen jeweils bewegte: Ausreise und Flucht, der Versuch eines realen Sozialismus, Menschen- und Bürgerrechte, Frieden und Abrüstung. [...] Dass die Geschichtswerkstatt Jena e. V. etwa ein Jahr später gegründet wurde, sei im Licht der zivilen und bundesrepublikanischen Aufarbeitungslinien zu sehen, [...]. Mit sechzehn Gründungsmitgliedern, aus drei Frauen und dreizehn Männern nicht in üblicher Parität, wurde der Verein am symbolträchtigen Datum des 17. Juni 1995 gegründet, um [...], regionale NS- und DDR-Geschichte

te zu erforschen, zu dokumentieren und öffentlichkeitswirksam darzustellen.“<sup>(3)</sup>

Daniel Börner, Mitarbeiter der Jenaer Geschichtswerkstatt, klärte mich in einem Gespräch über die starke soziale Komponente auf, die die Gründungszeit bestimmte: „Betroffene [hatten] das Bedürfnis nach der Aufarbeitung persönlicher Schicksale [...], und [fanden] in der Geschichtswerkstatt eine Anlaufstelle [...]: ‚Ganz grundsätzliche Fragen standen im Raum: Wo liegen ‚meine‘ Akten? Wie kann ich biografische Ereignisse belegen oder beweisen? Wer ist verantwortlich für erlittenes Unrecht? Der ganze Bereich der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze ordnete und sortierte sich.“<sup>(4)</sup>

Trotz der sehr verschiedenen Gründungsmotive der zwei Geschichtswerkstätten verbindet beide die Publikation ihrer Zeitschriften. Während die Jenaer ihre halbjährlich erscheinende „Gerbergasse 18“ herausbringen, deren Themen sich zu einem großen Teil um DDR- und Oppositionsgeschichte drehen, befasst sich die Rostocker „Zeitgeschichte regional“ deutlich mehr mit NS-Geschichte. Beide Zeitschriften werden – zu großen Teilen – durch die Beiträge ehrenamtlicher Autoren gefüllt, beide beziehen sich inhaltlich und thematisch stark auf ihre jeweilige Region.

Eine weitere Gemeinsamkeit der beiden ist die Haltung, dass Geschichte einen wichtigen Auftrag für die Gesellschaft erfüllt. Ich hielt in meiner Abschlussarbeit fest: „Eine Parallele der Werkstatt-Gründer Stognienko und Lorenzen-Schmidt findet sich in ihrer Überzeugung, dass Geschichte nahbar und für alle Gesellschaftsschichten zugänglich aufbereitet sein sollte. Stognienko formulierte seine Auffassung über die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Teilhabe an Geschichte wie folgt: ‚Diese Arbeit bleibt wichtig. Nicht nur wegen des lokalen, des regionalen Blicks. Wer liest schon Doktorarbeiten? Die historischen Orte vor der eigenen Tür bleiben wichtig für die gesellschaftliche Erinnerung. Deshalb sind sie auch so umkämpft. Politische und historische Bildung sollte bürgernah sein.‘ [...] Ähnlich formulierte Angrit Lorenzen-Schmidt den Versuch des Lerneffektes, der hinter ihrem Engagement steht: ‚Und deshalb haben wir dieses Lernen aus der Geschichte

3 Betat, S. 55-56

4 ebenda



Titelseite „Miro & Milena. Durch Raum und Zeit“,  
Bd. 2, 2022, Comic zur Landesgeschichte

und können es auf das Heute anwenden. Das war immer unser Ansatz und das geht einfach bei Geschichtswerkstätten super.<sup>(5)</sup> Ich wage zu sagen, dass auch die Berliner Geschichtswerkstatt sich da anschließen kann, denn die Demokratisierung der Geschichte gehört schließlich zum Konzept Geschichtswerkstatt.

Was macht die beiden ostdeutschen Geschichtswerkstätten neben ihren Zeitschriften zu bekannten Größen ihrer Regionen? In Jena wird mit Social Media gearbeitet: Veranstaltungen werden auf Facebook verkündet und auch auf Instagram ist die Geschichtswerkstatt Jena aktiv. Zusätzlich fügt sich der Verein in ein Netz von Förderern und Initiativen ein, wie zum Beispiel den Geschichtsverbund Thüringen. Die Rostocker Geschichtswerkstatt hat vor einigen Jahren die Comic-Reihe „Miro & Milena“ aufgelegt, die vor allem jüngere Leserinnen und Leser leicht verträglich

für Geschichte begeistern soll. Damit haben sie ein schönes Beispiel geschaffen, politisches Engagement familientauglich aufzuziehen und die Botschaft zu senden: Früh übt sich! Abgesehen davon ist die Comic-Reihe ein wirklich schönes Projekt.

Ein weiteres Standbein der Rostocker ist außerdem das Kröpeliner Tor, ein Wahrzeichen der Stadt, das ein kleines Museum beherbergt. Der Museumsbetrieb und Führungen durch das Gebäude werden von Ehrenamtlichen gestützt; vor allem Jüngere im Bundesfreiwilligendienst; aber auch Menschen, die durch sogenannte „Maßnahmen der Arbeitsagentur“ (früher ABM-Stellen) Dienst im Kröpeliner Tor leisten, geraten so oft an die Geschichtswerkstatt Rostock.

Abschließend bleibt mit nur zu betonen, wie wichtig eine zeitgemäße Reaktion auf das Jetzt ist. Es fällt mir wirklich nicht leicht zu behaupten, die Berliner Geschichtswerkstatt wird es irgendwann nicht mehr geben, wenn nicht Entscheidungen getroffen werden, die ihre Zukunft sichern. Im Prinzip ist doch so viel da: das Material im Archiv und der Bibliothek, die Publikationen, Veranstaltungsreihen, die Räume in der Goltzstraße, die Mitglieder (vor allem die aktiven, die sich so vielseitig engagieren!) und Interessierten, personelle Verbindungen zu anderen Initiativen. Immer wieder „stolpern“ Interessierte in die BGW, die wissen möchten, was wir „da eigentlich machen“ und nicht selten fragen sie, ob sie „irgendwie mitmachen“ könnten. Das Interesse an Geschichte von unten ist weiterhin da – das ist die beste Voraussetzung!

## Vortrag

**Jannis Herberhold**, Theatergruppe „Tütü Sabotage“

### „Schwester, was bleibt uns denn?“ – Impulse für Geschichtsarbeit und Oral History am Beispiel einer Theaterkooperation

#### Der Hintergrund der Kooperation

Ausgangspunkt für die Entwicklung des lokalgeschichtlichen Theaterstücks „Schwester, was bleibt uns denn?“ war das Zusammenkommen von drei verschiedenen Akteuren: der Stadtteilinitiative „Lichtenrade solidarisch“, der Theatergruppe „Tütü Sabotage“ und der Geschichtswerkstatt Lichtenrade. Die „Tütü Sabotage“ nutzt die Räume von „Lichtenrade solidarisch“ für ihre Proben und zwischen den beiden Gruppen gab es von Anfang an personelle Überschneidungen. Der Kontakt zur Geschichtswerkstatt kam dann ursprünglich über die gerade neu entstandene Stadtteilgruppe zustande, weil wir uns danach umsahen, was es gerade in Lichtenrade so gibt und wer da schon aktiv ist. Dabei war für uns die Geschichte des Ortes, an dem wir uns befinden, immer auch ein wichtiger Aspekt.

So stießen wir auf die Geschichtswerkstatt Lichtenrade und lernten unter anderem Ruth Zantow und Andreas Bräutigam kennen. In den gemeinsamen Gesprächen entstand die Idee, ein Theaterstück zur Lokalgeschichte zu machen. Die beiden erzählten uns sehr viel aus Lichtenrades Vergangenheit und eben auch die Geschichte von Erich Hermann, einem jungen Kommunisten, der von der SA in der Silvesternacht von 1932 auf 1933 ermordet wurde. Diese Geschichte wurde Ruth und Andreas wiederum noch direkt von dem mittlerweile leider verstorbenen Zeitzeugen Wolfgang Szepansky berichtet, der den ermordeten Erich Hermann persönlich gekannt hatte, was natürlich den Bezug zu dieser Geschichte enorm vertieft. Und so kam es zu der Entwicklung des Stückes „Schwester, was bleibt uns denn?“

#### Kontext des Stückes

Das Stück spielt an Silvester, kurz vor der Machtübertragung an die Nazis, im Kontext einer zunehmenden Präsenz der SA in Lichtenrade. Jedoch in dem Umfeld einer kommunistischen Familie, mit einer Schwester Frieda, die wiederum auch mit SA-Männern Umgang hatte. Vor diesem Hintergrund, mit den Auswirkungen einer Weltwirtschaftskrise und einer tiefen Krise der Arbeiter\*innenschaft insgesamt geschah eben dieser Mord, in dem sich so viele Aspekte des Zeitgeschehens kondensieren. Gleichzeitig führte die Beerdigung von Erich Hermann aber auch zu einer großen Demonstration in Lichtenrade, bei der Kommunist\*innen unter anderem zusammen mit Sozialdemokrat\*innen noch einmal eine riesige Einheitsfront bildeten, an der 11.000 Leute teilgenommen haben sollen, was in etwa der Anzahl von Einwohner\*innen Lichtenrades zu der Zeit entspricht.

#### Theater als Brückenschlag

Theater als Form des Geschichte-Erzählens generell versucht die Menschen direkt zu erreichen, macht Geschichte lebendig und ist neben den so wertvollen Zeitzeugenberichten eine weitere Methode, die es schaffen kann, einen persönlicheren Bezug zur Vergangenheit herzustellen als ein Geschichtsbuch oder ein Wikipedia-Artikel. Das Besondere an diesem Theaterstück ist die Verortung in der Lokalgeschichte, von jeher ein Merkmal der Arbeit der Geschichtswerkstatt. Denn ein ganz zentraler Ort des Geschehens in dem Stück, der Tatort, liegt in der Straße unserer Räume, nur etwa 500 Meter entfernt, also wirklich nah. Das wirkt natürlich mit einer ganz anderen Eindringlichkeit, auch weil wir nach den Vorführungen des Stückes dazu die Brücke schlugen. Wir

**Schwester**  
WAS BLEIBT UNS DENN ?  
28., 29., 30. Oktober 2022  
in Lichtenrade  
Wünsdorfer Straße 56  
Einlass  
Freitag und Samstag um 18:30  
Sonntag um 17:30  
Aufgrund der geringen Platzkapazitäten bitten wir  
Sie, Ihre Plätze im Voraus per E-Mail an  
tutasabotage@mailo.com zu reservieren.  
Eintritt frei – Spenden erbeten.  
Bitte kommen Sie symptomfrei und getestet.  
Ein Theaterstück von dem Ensemble TütüSabotage  
tutasabotage.wordpress.com  
EIN TEIL VON  
**DRAUSSEN  
STADT**

Plakat des Theaterstückes, Oktober 2022

machten jeweils einen Spaziergang zu dem Tatort, wo Ruth und Andreas nochmal sehr konkret kontextualisieren konnten, zum Beispiel mit Fotos von Erich Hermann oder einem Brief von Wolfgang Szepansky, in dem er die Beerdigung beschreibt.

An diesem Ort zu stehen, wo vor 90 Jahren ein junger Mensch von einem Faschisten aus politischen Motiven ermordet wurde, und mit allen gemeinsam ein hoffnungsvolles antifaschistisches Lied zu singen, war für mich ein sehr bewegender Moment, der die Kontinuität dieser Auseinandersetzung sehr spürbar machte. Und auch die Reaktionen der Menschen, die das Theaterstück gesehen hatten, zu dem Spaziergang mitgekommen waren und mitgesungen hatten, zeigten uns, dass diese Zusammenarbeit sehr gut funktioniert und dass sie, denke ich, ein gutes Beispiel dafür sein kann, wo es mit Geschichtsarbeit hingehen kann. Denn ohne das ganze Wissen von Ruth und Andreas wäre es niemals möglich gewesen, dieses Stück zu entwickeln. Es wäre niemals entstanden; wir hätten wahrscheinlich nicht einmal von dieser Geschichte

gehört, und schon gar nicht hätten wir sie verorten können, allein schon, weil sich zum Beispiel seit damals auch die Straßennamen geändert haben.

### Der Prozess der Stückentwicklung

Dieses Projekt der Stückentwicklung war eine wirklich spannende Auseinandersetzung, weil Geschichte eben nie entkoppelbar ist von den Perspektiven, die wir als diejenigen mit hineinbringen, die sich damit beschäftigen und dann ja auch erzählen. So gingen in diesem Prozess sehr viele Fragen auf: Warum interessiert uns das eigentlich? Wonach suchen wir, wenn wir uns mit dem Material beschäftigen? Wie bewerten wir das, was wir finden? Fragen bezüglich der Recherche, aber auch, wenn es um die Inszenierung ging, also die Art und Weise, wie wir das erzählen wollen, was also beim Publikum ankommen soll und warum.

Dabei bringen wir ja immer unsere Perspektiven von heute mit und müssen uns damit auseinandersetzen.



Theateraufführung, Oktober 2022

Und auch solche Fragen wie: Was ist Geschichte für uns eigentlich? Wie begreifen wir sie? Geht es uns um eine Mahnung aus der Vergangenheit heraus, vor Dingen, die nicht wieder passieren sollen? Geht es um Inspiration und Kraftschöpfen aus dem, was andere damals an Widerstand leisteten? Versuchen wir die Zusammenhänge zu verstehen, indem wir sie uns anschauen? Also waren es ganz viele spannende Aspekte von Geschichte, die in diesem Prozess der Stückentwicklung aufkamen, immer in einem Hin und Her zwischen Materialsichtung und Umsetzung im Theater.

Was wir nicht alles an Material bekamen! Angefangen mit dem Buch der Geschichtswerkstatt Lichtenrade, „Direkt vor der Haustür“, mit sehr vielen Informationen zu dieser Zeit; aber auch Verhörprotokolle, die wir zur Verfügung gestellt bekamen, Zeitungsartikel, Zeitzeugeninterviews und eben auch persönliche Gespräche. Ich glaube, ohne das Feuer, die thematische Begeisterung, die sich darin übertragen hat, hätte kein Funke überspringen können.

Wir sichteten also immer im Wechsel das Material und prüften: Was sind die spannenden Aspekte? Womit können wir Szenen improvisieren? Wie stellen wir Gefundenes dar, sodass es erlebbar und lebendig bleibt? Welche realen Personen gab es, welche Charaktere passen auf die Bühne? Wir erstellten eine ganze Wand voller Personen und ihrer Aussagen aus den Verhörprotokollen, um herauszufinden, was daran interessant ist und was im Theater funktioniert.

Dafür improvisierten wir immer wieder, versuchten Rollen zu finden, Dialoge zu schreiben – und das Ganze wieder von vorn. Es war quasi ein kontinuierlicher „Dialog mit der Vergangenheit“ parallel zu einem „Dialog mit dem zukünftigen Publikum“. Irgendwann hatten wir dann auch das Problem, dass es zu viele spannende Ereignisse zu der Zeit gab, die wir auf die Bühne bringen wollten, die aber nicht alle in ein Theaterstück hineinpassten – vieles davon brachten wir trotzdem noch irgendwie unter.

Dabei mussten wir uns natürlich immer wieder damit auseinandersetzen, worauf wir den Fokus legen woll-

ten. Zum Beispiel gab es die Frage, ob wir die Beweggründe der Nazis darstellen wollten, weil deren Aussagen ja auch in den Verhörprotokollen vorkamen, und wir uns entscheiden mussten: wollen wir das erzählen? Oder wollen wir uns lieber darauf konzentrieren, welche Auseinandersetzungen es vielleicht in der kommunistischen Bewegung zu der Zeit gab, welche verschiedenen Debatten und politischen Positionen? Oder geht es uns mehr um die persönliche Beziehung, die Frieda Hermann mit ihrem Bruder hatte? Wollen wir den Ausbruch aus patriarchalen Familienrollen aufgreifen und wie setzen wir das wiederum ins Verhältnis zu den Rollenbildern der Nazis, mit denen Frieda ebenfalls verkehrt hat?

Wir diskutierten auch immer wieder, wie wir einzelne Personen und Charaktere in diesem ganzen Kontext entscheiden lassen. Denn im Theater haben wir auch zu einem gewissen Grad die Freiheit der Fiktion, als Möglichkeit und als Notwendigkeit. Wir mussten die Lücken, also alle Informationen, die uns fehlten, füllen. Aber wir konnten das so machen, wie wir die Geschichte erzählen wollten, wie uns das nützt, oder in diesem Fall, was das Stück brauchte.

Dabei kristallisierte sich ein Spannungsfeld für uns besonders heraus: Wir bewegen uns in einer Zeit kurz vor der Machtübertragung an die Nazis. Es geht um einen Mord an einem Antifaschisten durch einen SA-Mann. Gleichzeitig war die anschließende Beerdigung für die Leute zu der Zeit ein enormer Moment der Kraft. Da kamen über 10.000 Leute zusammen auf die Straße! Und wir, aus unserer heutigen Perspektive, wissen aber, dass danach die komplette NS-Zeit erst noch bevorstand.

Mit diesem Wissen ging für uns dann auch die Frage auf, wie wir das Ende dieser Geschichte erzählen können. Wie bewegen wir uns narrativ in dem Spannungsfeld zwischen Resignation, (falscher) Hoffnung und (trotzdem) Kraftschöpfen? Welches Verhältnis wollen wir auch auf emotionaler Ebene setzen, zwischen Ohnmacht, Trauer, Wut und der Entschlossenheit, weiter zu kämpfen? Und damit sind wir auch wieder bei der anfänglichen Frage, inwieweit Geschichte für uns eine Kraft- und Inspirationsquelle sein kann, worin sich dieses zukunftsweisende Moment jeder Geschichtsarbeit zeigt: Welche Wünsche stecken in dem, was und wie wir die Dinge erzählen?

### **Quo vadis?**

Und damit schlagen wir den Bogen wieder zum Hier und Heute und zur Ausgangsfrage der Veranstaltung. Was wünschen wir uns für die Zukunft, wie soll es weitergehen mit der Geschichtswerkstatt und Geschichtsarbeit als solcher? Ich denke, die Entstehung dieses Theaterstücks zeigt vor allem zwei Dinge: Erstens ist Theater ein hervorragendes Mittel, um mit der Geschichte in einen Dialog zu treten, also sowohl eine Methode, sich kreativ Geschichte zu erarbeiten als auch eine sehr lebendige Form, diese zu vermitteln. Zweitens lohnt es sich, die Richtung von Kooperationen mit anderen lokalen Initiativen weiterzudenken. Denn wenn wir mit dem, was uns bewegt, andere Menschen erreichen und bewegen wollen, dann müssen wir offen sein für das, was die Menschen bewegt, und auch da sein, wo sich Menschen bewegen. Denn ohne Bewegung führt Geschichte nirgendwo hin.

## Vortrag

**Nahuel Mulone Estevez**, Stadtteilinitiative „Lichtenrade solidarisch“ und Theatergruppe „Tütü Sabotage“

### Geschichtswerkstatt, quo vadis?

#### Einleitung

Als Mitglied der Theatergruppe „Tütü Sabotage“ und Aktivist der Stadtteilinitiative „Lichtenrade solidarisch“ wurde ich gebeten, meine Gedanken zur Frage der Verjüngung der Berliner Geschichtswerkstatt im Rahmen eines kurzen Inputs bei der Veranstaltung „Geschichtswerkstatt – quo vadis?“ zu teilen. Es folgt eine von mir selbst vorgenommene und im Sinne der Verständlichkeit angepasste Verschriftlichung des Beitrags.

Die freie Theatergruppe „Tütü Sabotage“ hat in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Lichtenrade ein Theaterstück zur Lokalgeschichte im Stadtteil entwickelt und dies im Sommer und Herbst 2022 in den Projekträumen der Initiative „Lichtenrade solidarisch“ aufgeführt. Ich bin aktiver Teil sowohl von „Tütü Sabotage“ als auch von „Lichtenrade solidarisch“ und spreche im Folgenden vor allem aus der Perspektive der Stadtteilinitiative, die noch sehr jung ist, und sich zum Ziel gesetzt hat, politische Nachbarschaftsarbeit zu machen – was damit gemeint ist, werde ich noch erläutern.

Die Frage, wie sich die Berliner Geschichtswerkstatt verjüngen kann, kann ich nicht beantworten, ohne die Frage aufzuwerfen, wofür sich die Geschichtswerkstatt verjüngen sollte? Also stellt sich die Frage nach dem Zweck beziehungsweise nach den politischen Zielen der Geschichtsarbeit. Diese Frage kann ich wiederum nicht erörtern, ohne dabei meine eigenen politischen Überzeugungen einfließen zu lassen.

Ich werde für diese Erörterung zunächst vorstellen, wer die Stadtteilinitiative „Lichtenrade solidarisch“ überhaupt ist, welche Überzeugungen unserer Arbeit zugrunde liegen, welche politischen Ziele wir mit dieser Arbeit verfolgen und welche praktischen Ansätze

wir dabei wählen. Im Anschluss werde ich darlegen, welche Rolle Geschichte in dem Ganzen spielt.

#### **1. Wer sind wir? Was sind die Ziele und Methoden der Stadtteilinitiative?**

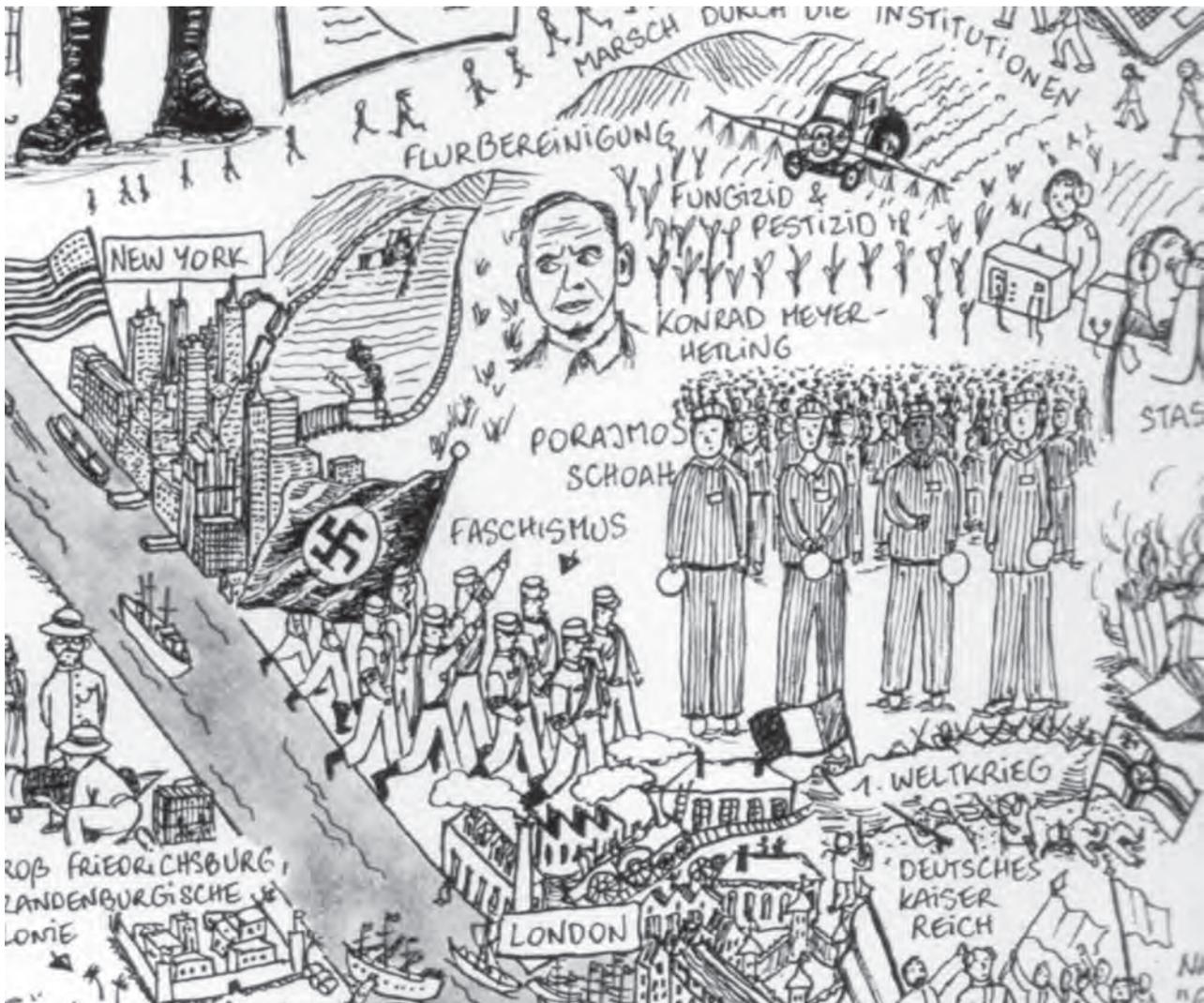
##### **1.1 Wer wir sind**

„Lichtenrade solidarisch“ ist eine Gruppe von linken Aktivist\*innen mit verschiedenen Hintergründen, die sich unter dem Vorhaben zusammengefunden haben, nachbarschaftliche Basisarbeit zu machen – also im Rahmen alltäglicher nachbarschaftlicher Beziehungen systemisch bedingte Probleme der Anwohner\*innen zu identifizieren und gemeinsam mit ihnen Lösungsansätze zu erproben, die auf Selbstermächtigung und Kollektivität fußen.

##### **1.2 Was wir wollen: Tiefgreifende Veränderung der Verhältnisse**

Uns eint die Überzeugung, dass es eine tiefgreifende Gesellschaftsveränderung zugunsten der Unterdrückten dieses Systems benötigt, um die Probleme der Menschen wirklich grundlegend und nachhaltig lösen zu können. Wir streben also eine vollständige Auflösung aller Unterdrückungs- und Herrschaftsformen sowie der ihnen zu Grunde liegenden Ordnung an. „Unterdrückung“ und „Herrschaft“ fassen wir dabei relativ weit, vom weichen Zwang zu einer Lohnarbeit, die zuweilen krankmacht, über psychischen Druck von Institutionen wie dem Jobcenter oder der Ausländerbehörde, bis hin zu Phänomenen wie Entfremdung und psychische Leiden durch einen vereinzelten, sinnentleerten Alltag.

Die Unterdrückungsphänomene sind in ihrer Erscheinung sowie in der Intensität der ausgeübten Ge-



Ausschnitt aus dem Wimmelbild „Die unendliche Geschichte“, 2023

walt unterschiedlich – wir sehen ihren gemeinsamen Ursprung allerdings in der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die die Interessen kleiner, privilegierter Personengruppen über das Allgemeinwohl und die Achtung der Natur stellt. Die politischen Institutionen, die vorgeben, im Sinne der Bevölkerung zu handeln, mögen an einzelnen Stellen tatsächliche Verbesserungen im Sinne eines „kleineren Übels“ bewirken, in letzter Konsequenz dienen sie aber der Aufrechterhaltung einer ihrem Wesen nach unmenschlichen Grundordnung, da sie ebendiese nicht in Frage stellen.

Als Beispiel kann man das Problem der Obdachlosigkeit anführen: Natürlich ist es gut und wichtig, dass es Angebote gibt, die das Leben von Menschen ohne Obdach ein Stück weit erträglicher machen. Das

Grundproblem der Diktatur des Privateigentums, die es überhaupt erst ermöglicht, dass es obdachlose Menschen gibt, während leerstehende Wohnungen als Spekulationsobjekte milliardenstarker Immobilienkonzerne dienen, wird von den Akteuren des politischen Systems aber nicht berührt und somit letztlich legitimiert und normalisiert.

Die Passivhaltung der Bevölkerung ist dabei Ursache und Folge dieser Entwicklungen zugleich. Uns wird eingetrichtert, in einer Demokratie zu leben. Tatsächlich ist der Einfluss, den Menschen über ihre Belange haben, bei genauerer Betrachtung verschwindend gering. Wir denken, dass echte Veränderung eine aktive Gesellschaft voraussetzt, dass also Menschen selbst über die Belange bestimmen, die sie betreffen. Hierfür braucht es substantiell neue Institutionen, die

strikt basisdemokratisch organisiert sind. Das Ziel unserer Nachbarschaftsarbeit ist also die Annäherung an eine Selbstorganisierung der Gesellschaft in allen Lebensbereichen.

### 1.3 Nachbarschaft als Tätigkeitsbereich

Der Raum der Nachbarschaft bildet die Komplexität des genannten Unterdrückungssystems ab. Es gibt in der Nachbarschaft verschiedene systemisch-bedingte Probleme, an die wir mit unserer Arbeit anknüpfen können. Mit dem Sozialen Zentrum, das wir aufbauen wollen, haben wir zudem die Möglichkeit, einen Raum zu erschaffen, an dem Solidarität und Gemeinschaft gelebte Praxis sein können, was in einer Gesellschaftsstruktur, die auf Konkurrenz und Vereinzelung basiert, bereits ein Politikum für sich ist.

### 1.4 Methoden

Die oben beschriebene tiefgreifende Veränderung wird uns nicht geschenkt werden, sondern muss kontinuierlich und langfristig erstritten werden. Diese Kämpfe können nicht stellvertretend geführt werden, sondern sie müssen von den Menschen selbst ausgehen, die sie betreffen. Unsere Stadtteilinitiative spielt dabei lediglich die Rolle, Menschen zusammenzubringen, die unter ähnlichen systemisch bedingten Problemen leiden. Das oben genannte Ziel ist also in den Mitteln, die wir zu seinem Erreichen wählen, enthalten: Selbstorganisierung.

Auch wenn wir uns in der Tradition sozialistischer Werte verorten, so unterscheiden wir uns in diesem Punkt bedeutend von den realsozialistischen Projekten des vergangenen Jahrhunderts, denen es trotz des vorgeblichen Ziels der Ermächtigung der unterdrückten Klassen nicht gelungen ist, diese Selbstermächtigung auch konsequent zu gewährleisten, sondern die auf kurz oder lang stets eingeholt wurden von derselben zentralistischen Mentalität, die auch den Mächtigen der kapitalistischen Staaten innewohnt.

Der Prozess der Befreiung kann jedoch nicht von oben verordnet werden, sondern muss von unten, das heißt von den Menschen selbst durchlebt werden. Für unser Projekt bedeutet das, dass wir systemische Pro-

bleme erkennen und gemeinsam mit den Betroffenen dieser Probleme Lösungen suchen wollen, sie also unterstützen wollen, ihre eigenen sozialen Kämpfe zu führen. Das können verschiedene Kämpfe sein, beispielsweise um Mieten, gegen Jobcenter-Schikane, gegen schlechte Arbeitsbedingungen, gegen steigende Preise et cetera.

### 2. Was hat das mit Geschichte zu tun?

Der Kampf, in dessen Kontinuität wir uns verorten, ist Jahrhunderte oder sogar Jahrtausende alt. Er ist unterschiedlich in seinen Erscheinungsformen, je nach Ort und Zeit, aber im Kern ist es derselbe Kampf: Nämlich der gegen eine entmenschlichende und lebensfeindliche Gesellschaftsordnung und für eine solche, in der ein gutes Leben für alle möglich ist. Ein Leben, das auf Freiheit und Gleichheit basiert. Dieses geschichtliche Bewusstsein zu fördern, stärkt uns in aktuellen sozialen Kämpfen. Es vergewissert uns, dass wir nicht losgelöst handeln, sondern in Verbindung zur Vergangenheit und anderen geografischen Kontexten stehen. Dieses Bewusstsein gibt unseren Kämpfen eine Tiefe und Bedeutung, weil es sie in einen größeren Zusammenhang stellt. Es hilft uns zudem auf analytischer Ebene, die historische Entwicklung des Kontextes zu verstehen, in dem wir uns bewegen. Ein Bewusstsein über diese Entwicklung der Dinge wiederum eröffnet uns die Perspektive, dass die Dinge auch anders sein könnten.

### 3. Mein Vorschlag für die Geschichtswerkstatt

Genau hier kann die Geschichtswerkstatt durch ihren Ansatz der „Geschichte von unten“ einen wichtigen Beitrag leisten. Sie kann an der Vertiefung und Bereicherung aktueller sozialer Kämpfe mitwirken, allerdings nur, wenn sie sich dies auch zum Ziel setzt. Wenn die Aneignung von Wissen zum Selbstzweck wird und keine politischen Ziele mehr verfolgt, verfällt sie in eine schulische Logik. Die Produktion von Wissen sollte meiner Ansicht nach stets den politischen Zielen dienen. Was die politischen Ziele der Geschichtswerkstatt sind, kann ich nicht beantworten, aber ich denke, dass der aktuellen linken „Bewegung“ an einigen Stellen mehr Geschichtsbewusstsein gut tun würde.





# Chronologie

**Sonja Miltenberger**

Die ausführliche Chronik ist auf unserer Homepage zu finden unter <https://www.berliner-geschichtswerkstatt.de/ueber-uns/chronik>

- 1981/1982** Nach ihrer Gründung im „blauen Salon“ des Mehringhofs in Kreuzberg bezieht die BerlinerGeschichtswerkstatt ihren Laden in der Schöneberger Goltzstraße 49. Die Hausbesetzerbewegung (siehe Medienpaket in der Publikationsliste) und das 1945-Projekt mit einer Werkstattausstellung bei der Berliner „Volksuni“ heben die Berliner Geschichtswerkstatt aus der Taufe. Die erste öffentlichkeitswirksame Veranstaltungsreihe, bei der ältere Menschen als Zeitzeugen zu ihren Jugenderfahrungen befragt wurden, ist in dem Buch „Vom Wandervogel zur Musikbox“ dokumentiert.



© Berliner Geschichtswerkstatt

*Noch sehr provisorisch, kurz nach dem Einzug in die Goltzstraße, 1982*

- 1983** Ausstellung „Projekt: Spurensicherung. Alltag und Widerstand im Berlin der 30er Jahre“: Erstes Produkt ist der Aufruf zur Bildung einer „Werkstatt Geschichte“. Sonderdruck aus Stattbuch 3 Berlin: „50 Jahre Machtergreifung der Nationalsozialisten“.  
Ausstellung und Begleitbroschüre: „Spurensicherung in Schöneberg“.  
Dokumentation der lokalgeschichtlichen Projekte in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West): „... Geschichte zurechtrücken, Unbekanntes aufdecken“.

- 1984** Beginn der Historischen Stadtrundfahrten mit dem Schiff.  
„Oberwasser und Tiefgang“: Laien-Theatergruppe, entsteht im Rahmen einer Ausstellung zum Thema „Kabarett im Faschismus“.  
Erstes bundesweites Treffen zum Geschichtsfest in Berlin.
- 1985** „Nachgegraben“: Symbolische Grabungsaktion des „Aktiven Museums“ unter Beteiligung der Berliner Geschichtswerkstatt auf dem Prinz-Albrecht-Gelände mit der Forderung nach Einrichtung einer Gedenkstätte. Im Mai kommt es dann zur Grundsteinlegung durch das „Aktive Museum“.



© Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V.

*Broschüre des Aktiven Museums. 1985*

- 1986** Die Berliner Geschichtswerkstatt fordert die im (West-)Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen auf, dafür zu sorgen, dass die neu zu errichtende Fußgängerbrücke über den Landwehrkanal den Namen „Rosa-Luxemburg-Brücke“ erhält. An dieser Stelle war der Körper von Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 in den Kanal geworfen worden. Die Forderung wurde erst 2012 eingelöst.
- 1987** Ausstellungen und Publikationen zur 750-Jahr-Feier Berlins „Die Rote Insel“, „Der Wedding – hart an der Grenze“, „Das war ‚ne ganz geschlossene Gesellschaft hier: Der Lindenhof“.  
Umbau eines ausgemusterten Doppeldeckerbusses der Berliner Verkehrsbetriebe als „Mobiles Museum“ für Wanderausstellungen: „Euthanasie-Aktion T4 – Die Mordzentrale in der Tiergartenstraße 4“.  
Protestaktion gegen das geplante Deutsche Historische Museum: Ausstellung mit Gegenkonzeptionen während der Grundsteinlegung im Tiergarten.
- 1988** Ausstellungszyklus und Publikation „Sackgassen – Keine Wendemöglichkeit für Berliner Straßennamen“.  
Buch zur Ausstellung „Russen-Bilder, Berlin 1945“.

- 1989** Ausstellung und Broschüre „Ansteckende Maßnahmen. Zum gesellschaftlichen Umgang mit AIDS“.  
Ausstellung und Dokumentation „Rund um den Klausenerplatz“.  
Ausstellung und Buch „August 1914. Ein Volk zieht in den Krieg“.  
Gedenktafel anlässlich des 40. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges und der Euthanasie-Verbrechen in der Tiergartenstraße.
- 1990** „Von Krenz zu Kohl“: Foto-Wanderausstellung zum Thema der „Wende“ in der DDR.  
Ausstellung und Buch „Am Wedding haben sie gelebt. Lebenswege jüdischer Bürgerinnen und Bürger“.  
„Laube, Parzelle, Kolonie“: Ausstellung des Museums „Berliner Arbeiterleben um 1900“ in Zusammenarbeit mit der BGW. Im Verlauf dieser Ausstellung wird der Bus des „Mobilen Museums“ durch Vandalismus zerstört und muss verschrottet werden.
- 1991** Ausstellung und Publikation: „Juden in Kreuzberg“.  
Ausstellung: „Niemandland – Das letzte Jahr der DDR“.
- 1992** Arbeitsgruppe „FROUWE - die politische Partizipation von Frauen in Ost und West von 1945 bis 1989“.  
Beginn des Projekts „Alliierte in Berlin 1944 bis 1994“.
- 1993** Wanderausstellung und Buch: „... da sind wir keine Ausländer mehr? Eingewanderte Arbeiter/innen in Berlin 1961-1993“.
- 1994** Beginn des Projektes: „Verdrängte Geschichte. Zwangsarbeiterlager der NS-Zeit in Berlin-Niederschöneweide“.  
Buch „Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte – Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte“.
- 1995** Ausstellung zur Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Berlin auf dem Gelände des letzten noch erhaltenen Zwangsarbeiterlagers in Berlin-Niederschöneweide. „Das vergessene Lager“ wird unter Denkmalschutz gestellt. Erste Ausstellung in Deutschland, in der sich ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter selbst zu Wort melden. „Euch, die Ihr das nicht erlebtet ...“ – Erinnerungen tschechischer Fremdarbeiter an Deutschland 1939 – 1945.
- 1996** Internationales Symposium über Fragen zur Forschung und Entschädigung von Zwangsarbeiter\*innen des Zweiten Weltkrieges in Deutschland.  
Neue Dampfer-Themen: Multi-Kulti-Tour; Lesbische Frauengeschichte, Broschüre „Neue Passagen“ zur Stadtgeschichte am Landwehrkanal.
- 1997** Publikation: „Totaleinsatz“: Sammlung von Briefen und Fotos ehemaliger ZwangsarbeiterInnen.  
„Arbeit für den Feind – Zwangsarbeiteralltag in Berlin und Brandenburg 1939 – 1945“: Mitarbeit an der Publikation und dem Ausstellungsprojekt der Humboldt-Universität.

„Ackern für Deutschland“: Ausstellung und Veranstaltungsreihe zur Geschichte und Gegenwart der Ausländerbeschäftigung seit 1871.  
Der systematische Ausbau unseres Verkaufssortiments mit Büchern zur Berliner Zeitgeschichte beginnt.

**1998** Besuch ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter des Heinkel-Konzerns.  
Ausstellung und Buch: 1848/1948 – Eine missverstandene Revolution.

**1999** Publikation: „Frauen an der Spree. Ein Spaziergang durch die Geschichte“.



Cover der Broschüre, 1999

Publikation: „Wahnsinn“: Zeitzeugenberichte zum Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989“.

„Polnische zivile Zwangsarbeiter“: Projekt, gefördert von der Berlin-Forschung der FU Berlin.

Publikation: „Zwei Ministerien in historischer Umgebung“: Die Bundesministerien für Wirtschaft/Technologie und für Verkehr/Bau- und Wohnungswesen am Invalidenpark in Berlin Mitte.

[www.berliner-geschichtswerkstatt.de](http://www.berliner-geschichtswerkstatt.de): Die Berliner Geschichtswerkstatt findet ihren Weg ins Internet.

**2000** Vielfältige Aktivitäten, insbesondere im Projekt „NS-Zwangsarbeit“: Einweihung zweier Gedenktafeln in der Joachimsthaler Straße, mehrere Begegnungen mit ehemaligen Zwangsarbeiter\*innen und Spurensuche mit polnischen ehemaligen Zwangsarbeiterinnen, Buch: „Zwangsarbeit in Berlin 1940 – 1945. Erinnerungsberichte aus Polen, der Ukraine und Weißrussland“.

**2001** Publikation: „Den Frauen nach. Ein Spaziergang am Landwehrkanal“. Verschiedene Projekte zur NS-Zwangsarbeit in Niederschöneweide: provisorische Gedenktafel; Einrichtung einer Koordinierungsstelle; Gespräche zum geplanten Informationszentrum NS-Zwangsarbeit; Begegnung mit ukrainischen Zeitzeuginnen und Institutionen in Kiew; Lobbyarbeit für eine sofortige Entschädigung; Unterstützung bei Nachweisrecherchen für ehemalige ZwangsarbeiterInnen; Teilnahme an verschiedenen Tagungen zu Details der Entschädigungsregelung und zur Nachweis-, Akten- und Forschungslage; Aktionstag „Fünf nach Zwölf“ zur Entschädigung für NS-Zwangsarbeit.

**2002** Die Geschichtswerkstatt Lichtenrade schließt sich als eigenständige Arbeitsgruppe der BGW an. Über das Jahr verteilt werden wieder Ausstellungen, Rundgänge, Sommergespräche und Schülerprojekte auf dem Gelände des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers veranstaltet.

Die Projektgruppe Lichtenrade organisiert Gedenkstättenfahrten zum ehemaligen KZ Sachsenhausen in Begleitung zweier Zeitzeugen. Ton-Dia-Show und Zeitzeugengespräch mit Gerda und Wolfgang Szepansky in Lichtenrade.

Buchpremiere „Ich sah den Namen Bosch“. Polnische Frauen als KZ-Häftlinge in der Dreilinden Maschinenbau GmbH.



Sechs Jahre später wird die Ausstellung „Bosch. Zwangsarbeit für eine Rüstungsfabrik in Kleinmachnow“ eröffnet, 2008

**2003** Wanderausstellung, Zeitzeugengespräche und Begleitpublikationen „Der Warschauer Aufstand 1944 als Familiengeschichte“. Einweihung der Victor-Klemperer-Gedenktafel in der Weimarischen Straße 6a.

**2004** Begegnungswoche zwischen der Lichtenrader Gruppe, einem Zeitzeugen, der von 1943 – 1945 im KZ-Außenlager in Lichtenrade inhaftiert war und verschiedenen Berliner Jugendgruppen. Mauern – Grenzen – Projektionen: „Niemand hat die Absicht, eine Festung Europa zu errichten“: Im August wird auf dem Alexanderplatz die Berliner Mauer neu aufgebaut. Diese Kunstaktion des Instituts für Nomadologie und der BGW soll

daran erinnern, dass seit dem Fall der Berliner Mauer rund um das im Vertrag von Schengen definierte Europa neue Mauern gebaut worden sind.  
Neue Themenfahrt: Emigrantenschiff und Gedenkveranstaltung zum Todestag von Rudi Dutschke.

- 2005 Projekttag rund um Niederschöneweide mit Jugendlichen verschiedener Nationalitäten und einer Besuchergruppe des Deutschen Bundestages.  
Neuaufgabe des Buches „Direkt vor der Haustür – Berlin-Lichtenrade im Nationalsozialismus“.  
Erstes Videoprojekt mit Zeitzeugen aus Lodz.
- 2006 Eröffnung des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide. Neu im Programm sind Abendfahrten mit dem Schiff unter dem Titel „Sunset in Berlin“.
- 2007 Lichtenrade: Stolpersteine – Direkt vor der Haustür. An 13 Lichtenrader Adressen werden Stolpersteine für insgesamt 34 Menschen verlegt.



Ausschnitt aus dem Flyer Stolpersteine, 2007

Mitarbeit am internationalen Projekt „Dokumentation der Lebenszeugnisse ehemaliger Zwangs- und Sklavenarbeiter“ unter der Leitung von Alexander von Plato, bei dem rund 600 Interviews aus 72 Ländern zusammengetragen werden.  
„Von Lodz nach Berlin“: DVD mit Zeitzeugenportraits ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter\*innen.

- 2008** Werkstattgespräche und Lesungen: „Wie starb Benno Ohnesorg? – Der 2. Juni 1967“, „Revolution im Wasserglas“ – Zur Erinnerung an den 9. November 1918. Gedenkveranstaltung zum 40. Jahrestag des Attentats auf Rudi Dutschke. Überarbeitete Neuauflage des Buches „Die Rote Insel“. Erste Schiffsfahrt zum Gedenken an Rio Reiser, an Bord die Live-Band „Ton Steine Scherben“.
- 2009** Bei einem Test der Berliner Zeitung werden die Historischen Stadtrundfahrten mit dem Schiff unangefochtener Sieger unter den sechs getesteten Fahrten. Werkstattgespräch über die „Rote Insel“ sowie weitere Rundgänge durch diesen Kiez. Fotoausstellung „Von Krenz zu Kohl. Der Berliner Mauerfall am 9. November 1989“.
- 2010** Neue Themen der Schiffstouren: „Ost-Berlin, West-Berlin – und die Stasi“; „Ökotec und Klimaschreck“; „Berlin im Takt“, die Rio Reiser-Fahrt heißt jetzt: „Scherben bringen Glück“. Dokumentarische und juristische Vorbereitung der Übergabe unseres Spezialarchivs zur NS-Zwangsarbeit an die Topographie des Terrors, Abteilung Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit.
- 2011** Werkstattgespräche: „Der Kapp-Putsch in Schöneberg“, „Entschädigung für Heimkinder?“, „Pfahl im Fleische. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin“. Ausstellung: „Versteckt im Wald. Rüstung – Ausbeutung – Gewalt“ in Warschau. Gespräch mit einem türkisch-armenischen Versöhnungsprojekt über Erinnerungsarbeit.
- 2012** Veranstaltungsreihe „30 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt“: Erinnern vor Ort. Werkstattgespräch: „... fast vergessen. Spuren eines jüdischen Lebens“. Online-Ausstellung: „Mirë se erdhëm? Albanerinnen in Berlin“. Benennung des „Rosa-Luxemburg-Stegs“, Fußgängerbrücke über den Landwehrkanal.
- 2013** Werkstattgespräche u. a. zum „Nazi-Terror in Lichtenrade am ‚Vorabend‘ des 30. Januar 1933“, Film über Annedore und Julius Leber, „Vom SS-Gefängnis Columbiahaus zum KZ Columbia“, „Resonanzen – Vertonte Erinnerungen“. Demonstration: „Widerstand war/ist möglich! Kohlenhandlung von Annedore und Julius Leber erhalten!“ Enthüllung einer Gedenktafel für den Musiker Rio Reiser am Haus Tempelhofer Ufer 32. „Zwangsarbeit. Die Zeitzeugen-App“ ist online.
- 2014** Erinnerung braucht einen Ort: Veranstaltung in Zusammenarbeit mit MdB Mechthild Rawert inklusive Präsentation der Projektgruppe zum ehemaligen Außenlager des KZ Sachsenhausen. Werkstattgespräche u. a.: „750 Jahre Schöneberg“, „Ich schlage vor, den Beifall kurz zu halten“, Originaltoncollage zur „Wende“ in der DDR. Veranstaltungsreihe und Publikation: „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“.

- 2015** Werkstattgespräch: Digitales Zeitzeugenarchiv des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit.  
Lesung: Regina Scheer liest aus ihrem Roman „Machandel“.  
Begegnungen mit Geschichtslehrer\*innen aus Großbritannien und Journalist\*innen aus Belarus.
- 2016** Veranstaltungsreihe „So viel Anfang war nie?! Nach dem Kriegsende in Berlin“.  
Werkstattgespräche u. a. über den Fotografen Jewgeni Chaldej, die Fotojournalistin Marie Goslich, „Topf & Söhne, die Ofenbauer von Auschwitz“, Der Jüdische Kulturbund 1933 bis 1941.  
Website zur Zwangsarbeit bei Bosch wird online gestellt.  
Das „Unsichtbare Theater“: Performances über Heimat, Nationalismus und Ausländerhass.
- 2017** Werkstattgespräch „Die Familie Lewissohn und ihr Seebad Mariendorf“.  
Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an den 2. Juni 1967 – Ermordung von Benno Ohnesorg.  
Erinnerung an den Matrosenaufstand 1917.  
Symbolische Anbringung einer Tafel zur Erinnerung an das Zwangsarbeiterlager Wilhelmsaue 40.  
Neue Erklärungstafel zum Attentat auf Rudi Dutschke am Kurfürstendamm.
- 2018** Veranstaltungsreihe „Was tun? – Что делать? Berlin – Russland seit der Oktoberrevolution. Aspekte einer komplizierten Beziehung.“  
Werkstattgespräche zum Themenbereich der 1968er-Bewegung.  
Kundgebung am Kurfürstendamm aus Anlass des Attentats auf Rudi Dutschke 1968.  
Einweihung der Gedenktafel für Paul Löbe in Liegnitz/Legnica (Polen).  
Veröffentlichung unserer Zeitzeugen-App zur NS-Zwangsarbeit in einem Schulbuchverlag.  
Ausstellung „Presse in der Revolutionszeit 1918/19“.



Ausschnitt aus dem Cover der Publikation, 2018

- 2019** Werkstattgespräche u. a. über die ersten weiblichen Abgeordneten in der Weimarer Nationalversammlung, Jugendradio DT 64 in der „Wende“-Zeit.  
 Veranstaltung: „Alles war möglich – oder doch nicht? Die Ostberliner Kunstszene in der „Wende“.“  
 Radiosendung: „Deutschland – deine Mauern. Rockmusik aus Ost und West, Nord und Süd“.
- 2020** Veranstaltungsreihe „100 Jahre Groß-Berlin – 1920: Aufbruch aus dem Chaos“. Symbolische Umbenennung des Shakespeare-Platzes in Benno-Ohnesorg-Platz. Beitritt zur Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) als korporatives Mitglied.  
 Werkstattgespräch: Berliner Frauen in den 1920er Jahren.
- 2021** Radiosendungen zum 143. Geburtstag des Schriftstellers Erich Mühsam und zur 1848er-Revolution.  
 Publikation: „alt, weiblich, gefährlich: OMAS GEGEN RECHTS“.  
 Veranstaltung: „Wenn die Nacht am tiefsten“ – Scherbenfestival: 50 Jahre Ton Steine Scherben, 70 Jahre Rio Reiser.
- 2022** Veranstaltung zum Memorial-Verbot in Kooperation mit dem Bürgerkomitee 15. Januar e. V.  
 Vortrag und Diskussionsrunde zur Geschichte und Gegenwart des Museums Karlshorst.  
 Theatergruppe „Tütü Sabotage“: „Schwester, was bleibt uns denn?“  
 Lesung: „Im Schatten der Sterne: Eine jüdische Widerstandsgruppe“.
- 2023** Veranstaltungsreihe „Erleben, Erinnern, Einmischen“ – 40 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt.



„Schwester, was bleibt uns denn?“ - Szenenbild

Geschichtswerkstatt Lichtenrade

## „Schwester, was bleibt uns denn?“ - Theaterempfehlung

Die Geschichtswerkstatt Lichtenrade hat vor mittlerweile fast 40 Jahre begonnen, die Geschichte unseres Stadtteils im Nationalsozialismus zu erforschen und darüber zu berichten. So auch über Erich Hermann, der als junger Kommunist in der Silvesternacht 1932/33 durch einen SA-Mann erstochen wurde (Erich-Hermann-Platz).

Diese Geschichte wurde von jungen Leuten aufgegriffen und zu einem Theaterstück verarbeitet, das Ende Juni bereits Premiere hatte. Die bewegende Inszenierung wurde vom Publikum mit großer Anteilnahme und Respekt für die Umsetzung des historischen Stoffes und die schauspielerische Leistung aufgenommen.

Die Gruppe hat den Plan, sich in Lichtenrade anzusiedeln, ein neues soziales Zentrum zu schaffen und u.a. mit den Mitteln des Theaters eine Verbindung zur Nachbarschaft aufzubauen. Es ist geplant, das Stück an den Abenden des 28., 29. (Einlass jeweils um 18.30 Uhr) und 30.10.2022 (Einlass 17.30 Uhr) noch drei weitere Male kostenfrei im Sozialen Zentrum in der Wünsdorfer

Str. 56 aufzuführen, so dass noch mehr Menschen aus der Nachbarschaft kommen und es anschauen und mit der Gruppe – inzwischen Kommunal e.V. – in Dialog treten können.

Für uns, die Geschichtswerkstatt Lichtenrade, hat sich gezeigt, dass Theater eine wertvolle Methode ist, um nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern auch um Geschichte(n) auf eine andere Art zu erzählen und die emotionale Ebene bei Menschen anzusprechen. Wir möchten Ihnen den Besuch der weiteren Aufführungen und das Kennenlernen der engagierten neuen Lichtenrader:Innen sehr empfehlen.

Mehr Informationen zum Verein Kommunal e.V. erhalten Sie über dessen E-Mail-Adresse [kommunal\\_ev@posteo.de](mailto:kommunal_ev@posteo.de). Anmeldungen für die Theater-Aufführungen sind aufgrund der begrenzten Platzzahl notwendig unter [tutusa-botage@mailo.com](mailto:tutusa-botage@mailo.com).

Ruth Zantow und Andreas Bräutigam  
(Berliner Geschichtswerkstatt, Projektgruppe Geschichtswerkstatt Lichtenrade)

# Nachwort

Peter Lassau

## 40 Jahre und ein bisschen weise

Gut 40 Jahre ist die Berliner Geschichtswerkstatt e. V. nun schon alt. Ein Grund zu feiern und kurz innezuhalten. Was zeichnet diesen gemeinnützigen Verein aus? Was treibt seine Mitglieder an? Wie hat er sich entwickelt? Sechs Veranstaltungen waren es, die die DNA der BGW widerspiegeln: Die Einstellung gegenüber historischen Prozessen, die Art der Geschichtsvermittlung sind es, die diesen Verein zusammenhalten.

Geschichtswissenschaft eignet sich zweifellos als Herrschaftsinstrument, wie es vor allem in autoritär-diktatorischen Regimen unabdingbar ist. Die Deutungshoheit über Geschichtsverläufe dient der Legitimation von Herrschaftsverhältnissen. Eindrückliche Beispiele dafür sind Nationalsozialismus und Stalinismus. Gefährlich lebt, wer das herrschende Geschichtsbild hinterfragt. Eine derartige Funktionalisierung von Geschichte ist nach wie vor in vielen Staaten dominant. Putins Verbot von Memorial zeigt das zum Beispiel auf.

Im Fokus einer derartigen Geschichtsbetrachtung steht häufig die Entwicklung von Mächtekonstellationen rivalisierender Staaten. Bis in die 1970er Jahre prägte ein solcher Ansatz auch in der Bundesrepublik Deutschland sowohl Geschichtsunterricht in Schulen als auch Studiengänge an den Universitäten. Dass dies den Blick auf die Vergangenheit einengt und eine Einordnung historischen Geschehens gleichsam auf die Perspektive der Staatenlenker, der Herrschenden beschränkt, liegt auf der Hand.

Die Losung „Grabe, wo du stehst!“ – gleichsam das Taufgelübde der Berliner Geschichtswerkstatt – steht einer solchen Rezeption von Geschichte diametral entgegen. Um lokale Geschichte – in Berlin würde man sagen „Kiezgeschichte“ –, die Geschichte der „kleinen Leute“, soll es gehen. Seinen Ursprung hat dieses Motto in Schweden mit Sven Lindqvists Handbuch zur Erforschung der eigenen Geschichte *Gräv där du står* (1978, deutsch 1989: *Grabe, wo du stehst.*). Es ist nicht verwunderlich, dass in der Folge der Emanzipationsbewegungen der sogenannten 68er

diese Losung besonders in Berlin auf fruchtbaren Boden fällt. Die Gründe dafür sind offensichtlich:

- Dies ist ein zutiefst demokratischer Ansatz. Niemand wird ausgegrenzt, jeder kann sich einbringen.
- Im Zentrum der Betrachtung stehen einfache Leute, Nachbarn, Menschen, die für historische Betrachtungen bis dato kaum relevant waren.
- Attraktiv ist etwas Neues, das die Geschichtswissenschaft bereichert und ihren Horizont erweitert. Neue Methoden sind erforderlich. In den traditionellen Werkzeugkoffer des Historikers mit Zeugnissen aus der Vergangenheit von Sachquellen über Text- und Bildquellen bis zu Ausgrabungen et cetera kommt nun ein weiteres wichtiges Instrument: der Zeitzeuge. Die Oral History wird bedeutend, ihre Methoden werden verfeinert. Ihre Anerkennung als valide, belastbare Quelle steht inzwischen außer Frage.
- Die Menschen reden zu lassen, die Orientierung an ihrem unmittelbaren Lebensumfeld stellt sie in den Mittelpunkt der Betrachtung und steht einer möglichen Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft als Legitimation von Machtinteressen entgegen.

So könnte man – denke ich – die Motivation der Gründerväter und -mütter dieses Vereins beschreiben. Diese Grundsätze bilden nach wie vor die Konstante des Vereinslebens, sind Maßstab und Orientierung.

Schwung und Elan der 1980er Jahre mögen nachgelassen haben. Die Akteure sind älter geworden. Ein Blick in das Veranstaltungsprogramm verdeutlicht aber, wie nah die BGW am Puls der Zeit ist. Werkstattgespräche beleuchten regelmäßig aktuelle Gegenwartsprobleme, die einen Bezug zu Berlin haben, in ihrer Historie. Dazu gehören zum Beispiel Aspekte der Beziehung zu Russland, die Erinnerung an herausragende Berliner Persönlichkeiten wie Julius Leber oder Regine Hildebrandt und viele mehr.

Daneben gibt es Themenbereiche, die kontinuierlich gepflegt und weiterentwickelt werden. Da sind etwa unsere Dampferfahrten, die immer wieder Neues von der Strecke zu berichten haben, und die Beschäftigung mit Straßennamen – hochaktuell und umstritten in Berlin. Dass der Rosa-Luxemburg-Steg am Landwehrkanal seinen Namen dem Stehvermögen der Berliner Geschichtswerkstatt zu verdanken hat, zeigt einerseits, dass steter Tropfen manchmal wirklich den Stein höhlt, und es belegt, dass es erfolgreich sein kann, sich einzumischen.

Zu den größten Verdiensten unseres Vereins gehört sein Beitrag zur Gründung der „Topographie des Terrors“ und des „Dokumentationszentrums Zwangsarbeit“ in Schöneweide. Beides Ergebnis einer neuen Herangehensweise an Geschichte.

Nicht nur die Berliner Geschichtswerkstatt kann solche Erfolge verbuchen, auch in anderen Orten wurden derartige Vereine gegründet und mittlerweile erkennen auch konservative Historiker die dort vorherrschenden Methoden an. Unumstritten vollzog sich dies allerdings nicht. Von der Dimension der Zwangsarbeit und dem Leid der Betroffenen wollte so mancher nichts hören. Erst recht nicht von daraus folgenden Wiedergutmachungsansprüchen. Das belegt, dass die Befolgung der oben erwähnten Grundsätze auch Konfliktbereitschaft voraussetzt. Der Blick in die Vergangenheit zeigt an diesem Beispiel, welche Bedeutung die Geschichtswerkstatt hatte.

Wie ist es aber heutzutage? Wird eine solche Institution noch gebraucht? Ist sie überhaupt kompatibel mit den neuen elektronischen Medien? Die Antwort lautet schlicht: Ja, auf jeden Fall! Warum?

Das Bestreben, Zugriff auf die Geschichte zu haben, der Anspruch auf Deutungshoheit historischer Prozesse ist zunehmend gefährlich. Rechtsradikale Gruppierungen versuchen mitunter gewaltsam, historische Verläufe willkürlich und verfälschend im Sinne ihrer Ideologie darzustellen. Die Gefahr, die von Demagogen wie Björn Höcke oder Götz Kubitschek und anderen ausgeht, darf nicht unterschätzt werden. Es ist nicht so, dass die BGW dabei auf verlorenem Posten steht. Die Abschlussveranstaltung „BGW – quo vadis?“ stimmte zuversichtlich: Auch für junge Leute ist dieser Verein attraktiv. Sie identifizieren sich mit seinen Zielen und haben Ideen, wie die neuen Medien zu diesem Zweck eingesetzt werden können.

Ein Problem ist die Finanzierung des Vereins. Im Gegensatz zu den 1980er Jahren gibt es weder staatliche Förderung durch ABM-Stellen noch befristete Honorare. Ausschließlich ehrenamtliche Arbeit, Spenden und Mitgliedsbeiträge halten den Betrieb am Laufen. Das garantiert zwar ein hohes Maß an Unabhängigkeit, für die BGW eine wesentliche Bedingung ihrer Arbeit. Dennoch: Eine staatliche Förderung zum Beispiel in Gestalt einer bezahlten Stelle wäre eine erhebliche Erleichterung und könnte den Bestand dieses wichtigen gemeinnützigen Vereins auch in der Zukunft sichern.



